



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Der Einfluss von politischen Themen (Policies) auf die
Wahlbeteiligung“

Verfasser

Mag.phil. Dieter Feierabend, Bakk.rer.soc.oec.

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, im November 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 784 300

Dissertationsgebiet lt.
Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer: Univ. Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger

*"A low voter turnout is an indication of fewer people
going to the polls."*

Dan Quayle

Danksagung

Wien, Jänner 2010: Ein hoffnungsvoller – wenngleich gestresster und nervöser – Doktorand stellt das erste Exposé für sein Dissertationsvorhaben vor. Titel: „*Die Rolle der Wahlbeteiligung in Wahlen zum Europäischen Parlament*“. Wie man wahrscheinlich anhand des Titels erahnen kann, handelte es sich um kein wirklich brauchbares Konzept, weshalb die Diskussion nach der Präsentation eher lang und schmerzhaft war, sowie erstmals der Gedanke aufkeimte, die Idee einer Dissertation zu verwerfen. Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. In den darauffolgenden viereinhalb Jahren haben sich nicht nur Thema und Forschungsfrage oftmals geändert (Highlight: „*Welchen Einfluss hat die Wahlbeteiligung auf den Stimmenanteil von Regierungs- bzw. Sozialdemokratischen Parteien?*“), sondern auch das persönliche Umfeld sowie ich selbst. Das Erstellen einer Dissertation gleicht einem Marathonlauf, bei dem man nie weiß, an welcher Stelle man gerade ist. Von der Idee bis zur Defensio sind viele kleine Schritte zu absolvieren und nicht selten zwingen einen Rückschläge dazu, bestimmte Wege mehrmals zu gehen. Diese Wege muss man zwar selbstständig gehen¹, jedoch nicht alleine. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei einigen Personen bedanken, ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht zustande gekommen wäre. Da ich nicht die Möglichkeit habe, mich bei allen zu Bedanken und bestimmt jemanden vergesse, möchte ich an dieser Stelle allen Personen, die ich in den folgenden Absätzen nicht erwähne meinen herzlichen Dank aussprechen.

Ganz besonders möchte ich mich bei meiner Doktormutter, Frau **Univ. Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger** bedanken, die mir stets geduldig und mit großem Fachwissen zur Seite stand, viel Zeit für das Gelingen meiner Dissertation opferte und nicht zuletzt durch persönliche Gespräche in Momenten in denen Ideen- und Hoffnungslosigkeit vorherrschten dafür sorgte, dass dieses Unterfangen doch noch ein glückliches Ende fand.

Saskia Blatakes, Elina Brutschin, André Hein, Natalya Gudz, Therese Kaiser, Maxi Lengger und Johanne Dohlie Saltmes, die mit mir das Postgraduate-Programm „Multi-Level

¹ Wenn jemand diese Zeilen zu Gesicht bekommt, ist die Plagiatsprüfung negativ ausgefallen und die Defensio geglückt

Politics in Europe“ am Institut für Höhere Studien in Wien absolvierten. Ich habe wunderbare Menschen getroffen, viel von euch gelernt und ihr wart auch emotional immer eine große Stütze. Insbesondere Therese und Maxi haben einen unendlich großen Beitrag geleistet, damit diese Dissertation entstehen kann.

Dr. Guido Tiemann stellvertretend für das Team der Abteilung Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien, die mich drei Jahre bei meiner Dissertation begleitet und finanziell unterstützt haben. Ich habe in der Zeit einiges gelernt.

Stefanie Gaismayer für das sehr kurzfristige und schnelle Korrekturlesen dieser Arbeit.

Eine Dissertation beschäftigt einen bis zur Defensio immer wieder, auch an den unmöglichsten Orten und Zeitpunkten. Deshalb möchte ich meinen Freunden **Martin Bachler, Lisi Bachler, Lukas Hörmann, Brigitte Kupka, Matthias Polster, Maximilian und Anna Ronniger** sowie **Angelika Stephanides** an dieser Stelle dafür danken, dass ich mit ihnen viele gemeinsame Stunden außerhalb der Uni/Dissertation verbringen durfte und deren Wert nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Was würde ich nur ohne euch tun?

Und nicht zuletzt möchte ich mich bei meinen Eltern **Johanna** und **Günter Feierabend**, sowie meiner Schwester **Ulrike Feierabend** bedanken, die mich immer und in jeglicher Hinsicht unterstützt haben, ganz besonders in den Zeiten in den es mir nicht gut ging. Danke!

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	2
1. Einleitung.....	8
2. Stand der Forschung	17
2.1 Wahlbeteiligung aus gesellschafts- und individueller Perspektive – Was beeinflusst das Verhalten?.....	18
2.2 Rational Choice basierte Modelle der Wahlbeteiligung – Der „Calculus of Voting“ ...	24
2.2.1 Wie definiert sich „rationales Verhalten“ ?	25
2.2.2 Der „Calculus of Voting“.....	26
2.3. Themenbasierte Wahlenthaltung anhand von Alienation und Indifference	32
2.3.1 Positionen, Dimensionen und räumliche Modelle	32
2.3.2 Alienation und Indifference als Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung	39
2.4. Empirische Studien und theoretische Problematiken	43
2.5 Conclusio	51
3. Theoretisches Modell.....	55
3.1 Der Einfluss von Konzepten der politischen Psychologie auf das Wahlverhalten und Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung	58
3.2 Der Einfluss von Wissen, politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten auf die Relevanz von Policies	63
3.2.1 Relevanz von Informationen für die politische Partizipation von Akteuren und deren Anwendung in Rational-Choice Modellen	64
3.2.2 Politische und informationsgewinnende Aktivitäten.....	68
3.3 Politische Versiertheit als Grundlage des Wahlverhaltens	72
3.3.1 Definition und Charakteristika von politischer Versiertheit.....	73
3.3.2. Der Einfluss von politischer Versiertheit auf das individuelle Verhalten	75
3.4 Individuelles Verhalten in einem mehrdimensionalen politischen Raum	80

3.5	Verwendetes theoretisches Modell und Hypothesen	91
3.5.1	Der Einfluss von wissens- und informationsgewinnenden Aktivitäten auf themenbasierte Wahlenthaltung.....	95
3.5.2	Der Einfluss von politischer Versiertheit auf themenbasierte Wahlenthaltung.....	97
3.5.3	Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung in einem mehrdimensionalen politischen Raum.....	98
3.6	Conclusio des Kapitels.....	100
4.	Fallauswahl, Methoden, Operationalisierung	102
4.1	Fallauswahl – Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009	105
4.1.1.	Die Klassifikation von „Haupt-“ und „Nebenwahlen“	105
4.2	Methoden	114
4.2.1.	(Hierarchische) logistische Regressionsmodelle	115
4.3	Daten.....	119
4.4	Konfiguration des Policy-Space	123
4.5	Operationalisierung.....	125
5.	Der empirische Einfluss von politischer Versiertheit auf Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung.....	135
5.1	Aufbau der empirischen Kapitel	135
5.1.1	Argumentationsgang für den empirischen Einfluss von politischer Versiertheit	136
5.2	Deskriptive Statistik.....	137
5.3	Themenbasierte Wahlenthaltung und politische Versiertheit in der L/R-Dimension..	141
5.3.1	Basismodell (Modell1).....	144
5.3.2	Modell mit politischer Versiertheit (Modell2).....	146
5.3.3	Modell mit Kontrollvariablen (Modell3).....	148
5.4	Themenbasierte Wahlenthaltung und politische Versiertheit in der EU-Dimension..	151
5.4.1	Basismodell (Modell1).....	153
5.4.2	Modell mit politischer Versiertheit (Modell2).....	154
5.4.3	Modell mit Kontrollvariablen (Modell3).....	157

5.5 Validierung der Ergebnisse.....	160
6. Der empirische Einfluss von politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten auf themenbasierte Wahlenthaltung.....	168
6.1 Einleitung.....	168
6.2 Deskriptive Statistik.....	170
6.3 Themenbasierte Wahlenthaltung und politische- und informationsgewinnende Aktivitäten in der L/R-Dimension	171
6.3.1 Predicted probabilities – Modell mit Aktivitäten (Modell2)	173
6.3.2 Predicted probabilities – Modell mit Kontrollvariablen (Modell3).....	176
6.4 Differenzen zwischen Theorie und Empirie – Erste Erklärungsansätze.....	178
6.4.1 Fehlende Werte für Alienation und Indifference (incl. politische Versiertheit)...	179
6.4.2 Parteiidentifikation und politische und informationsgewinnende Aktivitäten	183
6.5 Fazit zum Einfluss von politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten.....	185
7. Der Einfluss von Policies im mehrdimensionalen politischen Raum.....	187
7.1 Einleitung.....	187
7.2 Modellaufbau und deskriptive Statistik	189
7.3 Modelle im mehrdimensionalen Raum.....	194
7.3.1 Predicted probabilities – Modell mit Abstention und Variation (Modell 1).....	197
7.3.2 Predicted probabilities – Modell mit Kontrollvariablen (Modell2).....	199
7.4 Politische Versiertheit und der Einfluss von themenbasierter Wahlenthaltung im mehrdimensionalen Raum	200
7.5 Validierung der Ergebnisse.....	206
7.5 Fazit zum individuellen Verhalten in mehrdimensionalen Räumen.....	211
8. Conclusio	214
9. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	227
9.1. Tabellenverzeichnis	227
9.2 Abbildungsverzeichnis.....	228
10. Bibliographie.....	232

11. Appendix.....	242
11.1 Appendix A: Wahlbeteiligung in EP-Wahlen im historischen Vergleich	242
11.2 Appendix B: 2009 EES Voter Survey – Master Questionnaire Template (Austria) .	243
11.3 Appendix C: Tabellarische Darstellung der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten sowie Ergebnisse der Validierung – Kapitel 5.....	272
11.4 Appendix D: Tabellarische Darstellung der Regressionsmodelle und prognostizierten Wahrscheinlichkeiten – Kapitel 6.....	275
11.5 Appendix E: Tabellarische Darstellung der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten – Kapitel 7.....	277
11.6 Appendix F: Abstract Deutsch.....	280
11.7 Appendix G: Abstract English.....	281
11.8 Appendix H: Lebenslauf.....	282

1. Einleitung

Von minimalistischen bis hin zu komplexen Demokratietheorien, ein Element ist ohne Zweifel relevant für alle kontemporären Konzepte von Demokratie: Wahlen. Wahlen sind (mehr oder weniger) periodisch wiederkehrende Ereignisse, die den Wählerinnen² die Möglichkeit bieten, ihre Werte und Meinungen zu artikulieren. Ferner verbinden Wahlen das Elektorat, Parteien und Politikerinnen. Sie legitimieren das politische System und mittels Wahlen werden Abgeordnete (ab)gewählt. Doch was passiert, wenn Personen nicht an Wahlen partizipieren? Die Antwort auf diese Frage richtet sich nach dem zugrundeliegenden theoretischen Konzept von Demokratie. Während Wahlen für einige Forscherinnen nur einen Teilbereich eines demokratischen Systems darstellen, sehen andere – wie beispielsweise Weber, Schumpeter oder Dahl – die Partizipation an Wahlen und den Parteienwettbewerb als zentrale Elemente einer Demokratie (Dahl 1989, Schmidt 2010). Gemeinsam haben alle Konzepte, dass freie und faire Wahlen eine notwendige Bedingung für ein demokratisches System darstellen (Schmidt 2010). Politikerinnen repräsentieren die Personen, die zur Wahl gegangen sind, und demzufolge werden die Präferenzen von Personen, die nicht zur Wahl gegangen sind, nicht repräsentiert (Dahl 1989). Viele Wissenschaftlerinnen vertreten die Idee, dass alle Personen einen gleichen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse in einem demokratischen System haben sollen, womit die Wahlbeteiligung einen zentralen Faktor für die Legitimation eines demokratischen Systems darstellt (Dahl 1989, Lijphart 1997, Schmidt 2010).

Personen bleiben jedoch nicht zufällig einer Wahl fern. Einige Personen(gruppen) gehen eher zur Wahl als andere, wodurch ungleiche Partizipation zu einem „*class bias*“ führt und nur ein Teilbereich der Präferenzen der Bevölkerung repräsentiert wird (Lijphart 1997, Norris 2002). Eine Vielzahl an Studien hat sich der Frage gewidmet, wieso einige Personen wählen und andere nicht (Jackman³ 1978a,b, Franklin 1996, Blais 2006). Obwohl unzählige Studien zu dieser Thematik vorhanden sind, lassen sich die Ergebnisse wie folgt zusammenfassen: „*Cross-national studies of turnout have produced a number of robust findings. ... but I am*

² In dieser Arbeit wird ein generisches Femininum angewandt. Sämtliche Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten gleichermaßen für Personen weiblichen und männlichen Geschlechts. Männer dürfen sich mitgemeint fühlen.

³ Die hier genannte Literatur sind Metastudien deren Ziel es ist, einen Überblick über die Thematik zu geben.

more impressed by the gaps in our knowledge.” (Blais 2006, S.122). Bisherige Studien können den Einfluss auf Aggregatebene – insbesondere von institutionellen Faktoren – darstellen, jedoch kann der individuelle Entscheidungsprozess bisher nur unzureichend erklärt werden.

Da jedoch verschiedenste Studien zeigen, dass die Erklärungsgewalt von sozio-strukturellen Einflussfaktoren kontinuierlich abnimmt, steigt die Relevanz von *Rational Choice* Konzepten, deren Ziel es ist, das individuelle Verhalten anhand von Präferenzen und Kosten zu erklären (Franklin et al. 1992, Melton 2009). Zentral für die Anwendung dieser Modelle ist die Spezifizierung des Begriffes Präferenz, d.h. welche Faktoren aus individueller Perspektive als relevant für den Entscheidungsbildungsprozess gesehen werden. Hier zeigt sich, dass in einer überwiegenden Mehrzahl der in der Politikwissenschaft verwendeten *Rational Choice* Modelle *Policies* verwendet werden. Unter dem Begriff *Policies* werden politische Themenfelder, wie beispielsweise die Sozial- oder Wirtschaftspolitik beziehungsweise konkrete politische Sachfragen verstanden. Im Bereich der Wahlforschung zeigt sich folgendes Bild: Während diese Konzepte bei der Wahlentscheidung (welche Partei gewählt wird) oft verwendet werden, ist der Einfluss von *Policies* auf die Wahlbeteiligung bislang überraschenderweise kaum untersucht.

Zentral ist die Feststellung, dass Wahlteilnahme und Wahlentscheidung (also welche Partei gewählt wird) getrennt behandelt werden sollten, auch wenn manche Rational-Choice-Ansätze beide Prozesse miteinander verknüpfen. Dies lässt sich anhand der verschiedenen Wirkungsweisen der Einflussfaktoren erklären. Im theoretischen Modell und den empirischen Ergebnissen dieser Arbeit zeigt sich, dass die kausale Beziehung von Einflussfaktoren – beispielsweise dem Einfluss von *politischer Versiertheit* auf die Relevanz von *Policies* – je nach Untersuchungskontext (Wahlteilnahme oder Wahlentscheidung) zu diametralen Erwartungshaltungen (Anstieg bzw. Rückgang des Einflusses von *Policies* auf das individuelle Verhalten) führen kann. Diese Arbeit widmet sich dem Einfluss von *Policies* auf die Wahlbeteiligung und trifft somit keine Aussagen über die Wahlentscheidung einer Akteurin.

Die meisten auf Rational-Choice basierenden Modelle, die sich mit der Wahlbeteiligung beschäftigen, basieren auf dem „*Calculus of Voting*“ (Riker/Ordeshook 1968) oder Adaptierungen⁴ dessen. Diese Ansätze gehen davon aus, dass die Wahlbeteiligung als kollektives Entscheidungsproblem zu sehen ist. Da diese Modelle jedoch mehr Problematiken als Erklärungsansätze bieten, haben einige WissenschaftlerInnen einen individuellen Ansatz gewählt, demzufolge die individuelle Abstinenz von Wahlen anhand von zwei Policy basierten Faktoren in einem *Proximity*⁵-Framework erklärt werden kann. Die Grundidee hinter diesen Faktoren ist, dass es laut Rational-Choice-Theorie möglich ist, der Wahl fernzubleiben, wenn eine Akteurin keinen *Benefit* darin sieht, zur Wahl zu gehen. Dieser fehlende *Benefit* kann sich ergeben, wenn zwischen der eigenen Position in einem politischen Themenfeld und der wahrgenommenen Position von *allen* Parteien/Kandidatinnen zu große Differenzen bestehen (Wahlenthaltung durch Entfremdung: „*Alienation*“), oder wenn die Stimmabgabe zu keinen Veränderungen des Outcomes führt, womit laut rational-choice keine Motivation besteht zur Wahl zu gehen (Wahlenthaltung durch Indifferenz: „*Indifference*“; siehe Riker/Ordeshook 1973, Downs 1957, Melton 2009). Da beide Konzepte zu dem gleichen Resultat – dem Fernbleiben einer Wahl – führen, können wir sie als *themenbasierte Wahlenthaltung*⁶ zusammenfassen.

Während die theoretische Debatte von *themenbasierter Wahlenthaltung* umfangreich ist (z.B. Smithies 1941, Downs 1957, Riker/Ordeshook 1973) gibt es jedoch kaum empirische Studien, die diese theoretischen Annahmen untersuchen. Sofern vorhanden zeigen diese, dass *Alienation* und *Indifference* einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, jedoch ist der Effekt geringer als erwartet und teilweise kaum signifikant. Dies kann teilweise durch Operationalisierungsstrategien⁷ erklärt werden (Melton 2009). Melton zeigt jedoch auch, dass der Einfluss von Policies auf die Wahlbeteiligung durch habituelles Wahlverhalten (manche Personen gehen immer zur Wahl, andere nie – unabhängig von diversen Kontextfaktoren)

⁴ Einen guten Überblick liefert Aldrich (1993).

⁵ Unter Proximity Frameworks werden Modelle verstanden, die auf räumlichen Distanzen basieren. Für eine Definition von Proximity und Directional Konzepten siehe Kapitel 2.

⁶ Es sollte angemerkt werden, dass in der Literatur die Begriffe „*Alienation*“ und „*Indifference*“ verwendet werden und der Begriff „*themenbasierte Wahlenthaltung*“ in dieser Arbeit erstmals eingeführt wird. Meines Ansicht nach vereinfacht dies die Debatte über die grundsätzlichen Wirkungsmechanismen von auf Policies basierenden Effekten im Kontext der individuellen Wahlbeteiligung.

⁷ Zentral für quantitative Analysen ist die Bildung von Variablen die auf theoretischen Konzepten basieren (Operationalisierung). Da die in den Sozialwissenschaften verwendeten Konzepte meist mehrere Möglichkeiten zur Bildung von Variablen ermöglichen, kann von verschiedenen Strategien zur Operationalisierung einer Variable gesprochen werden.

bedingt wird. Dies eröffnet eine neue Perspektive: dass der Einfluss von Policies auf individueller Ebene variiert und durch individuelle Faktoren bedingt wird. Anders ausgedrückt: *Nicht alle Personen verhalten sich rational*. Dies bedeutet, dass wir das individuelle (Wahl-)verhalten nur dann adäquat abbilden können, wenn wir Rational-Choice Konzepte mit ergänzenden Faktoren aus der Verhaltensforschung zusammenfügen. Das Ziel dieser Dissertation ist es, den individuellen Entscheidungsprozess abzubilden, um systematisiert dazustellen, unter welchen Konstellationen Policies – und somit Rational-Choice Modelle – einen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzen. Die Forschungsfrage dieser Dissertation lautet daher:

„Unter welchen Bedingungen beeinflussen politische Themen (Policies) die Entscheidung, ob an einer Wahl partizipiert wird oder nicht?“

Die grundlegende theoretische Annahme dieser Arbeit ist, dass sich Akteurinnen rational verhalten *können* und anhand von politischen Themen (*Policies*) ihr Partizipationsverhalten in Wahlen ausrichten. Jedoch ist dies nur unter bestimmten Bedingungen möglich und somit nicht zwingend der Fall. Wie wir angesichts des theoretischen Modells (Kapitel 3) sehen werden, ist nur von einer Minderheit der Bevölkerung zu erwarten, dass diese sich „rational“ – im Sinne der Rational-Choice-Theorie – verhält, wodurch sich die Differenzen zwischen Theorie und Empirie erklären lassen. Um die theoretischen Defizite vorhergehender Modelle zu beheben, werden grundsätzliche Konzepte zur Erklärung des individuellen Verhaltens aus der politischen Psychologie verwendet. Der individuelle Entscheidungsprozess kann nur dann ausreichend abgebildet werden, wenn systematisiert dargestellt wird, welche individuellen Ressourcen unter welchen Voraussetzungen den Einfluss von Policies auf die Wahlbeteiligung bedingen, womit ein detailliertes und kohärentes Konzept für den individuellen Entscheidungsfindungsprozess gewährleistet wird. Als Ausgangsbasis des verwendeten theoretischen Modells werden sogenannte „*memory-based processing models*“ verwendet. Diese Modelle beschreiben die Aufnahme und Verarbeitung von Informationen und deren Auswirkungen auf den Entscheidungsprozess. Individuelle Faktoren, die diesen Prozess beeinflussen, können als individuelle Ressourcen zusammengefasst werden. Das Zusammenspiel dieser Modelle mit den Konzepten der Rational Choice Theorie führt dazu, dass zwei Elemente als zentral für den Einfluss von Policies gesehen werden können:

Individuelle Ressourcen – also die Anzahl an *politischen informationsgewinnenden Aktivitäten* bzw. kognitiven Fähigkeiten zur Verarbeitung von Informationen (*politische Versiertheit*), sowie die Konzeption des Policy-Space (die Dimensionalität des politischen Raums in dem Akteurinnen ihr individuelles Verhalten ausrichten).

Für verhaltensbasierte Entscheidungen benötigt eine Akteurin Informationen. Diese triviale Erkenntnis führt jedoch zu weitreichenden Folgen. Rational-Choice Modelle gehen oftmals davon aus, dass eine Akteurin voll informiert ist bzw. alle notwendigen Informationen für den Entscheidungsfindungsprozess besitzt. Empirische Studien (u.a. Gilens 2001) zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Mehr noch – wie Krosnick (2002) zeigt, ist die Verwendung von Informationen mit den kognitiven Kapazitäten einer Akteurin verknüpft. Wenn wir nun Informationen in unseren theoretischen Modellen berücksichtigen wollen, so müssen einerseits deren Wiedergabe und Verwendung (Teil von *politischer Versiertheit*) als auch deren Aufnahme berücksichtigt werden. Wie u.a. Biek/Rhodes (1993) oder Nie et al. (1996) zeigen, sind Aktivitäten (z.B. Medienkonsum, persönliche Gespräche über Politik, Besuch einer Wahlveranstaltung, etc.) der Schlüssel zur Aufnahme von Informationen. Da manche dieser Aktivitäten bei einer sehr allgemeinen Definition unter den Begriff *politische Partizipation* fallen, können wir von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* sprechen. Für Personen mit einer sehr geringen bzw. minimalen Anzahl an Aktivitäten sind die Einflüsse von *themenbasierter Wahlenthaltung* nur sehr schwach bzw. unwesentlich, da diese Akteurinnen – basierend auf den Aktivitäten – nicht genügend Informationen besitzen um die Policy Positionen von Parteien und Kandidatinnen zu evaluieren und in den individuellen Entscheidungsprozess einzubinden (siehe u.a. Palfrey/Poole 1987). Ebenso ist davon auszugehen, dass Akteurinnen mit der höchsten Aktivität an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* einen marginalen Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen, da diese Personen eine überdurchschnittlich hohe Parteiidentifikation aufweisen (welche mit der Anzahl an durchgeführten Aktivitäten korreliert) und ihr Wahlverhalten anhand dessen sowie anderer Faktoren ausrichten. Demzufolge ist der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* für Personen, die diesen Gruppen nicht angehören, am höchsten.

In Bezug auf die kognitiven Fähigkeiten (*politische Versiertheit*) einer Akteurin können wir sehen, dass diese sich u.a. auf den Abruf sowie die Verarbeitung von Informationen auswirkt, wodurch sich Veränderungen im individuellen Verhalten (bzw. dem zugrundeliegenden Entscheidungsfindungsprozess) beobachten lassen. Hierbei wird gezeigt, dass kognitive Kapazitäten (bzw. *politische Versiertheit*) den Grundstein für ein erhöhtes politisches Interesse bzw. den Bildungsgrad legen. Mit höherer *politischer Versiertheit* steigt i.A. die Anzahl an sozialen Interaktionen, zu denen laut Krosnick et al. (2002) u.a. auch partizipative Prozesse wie die Teilnahme an Demonstrationen, Referenden oder Wahlen zählen. Dementsprechend ist zu erwarten, dass die Teilnahme an Wahlen mit zunehmender Versiertheit steigt. Es wird argumentiert, dass mit zunehmender *politischer Versiertheit* der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* sinkt (Themen spielen nur eine Rolle bei der Entscheidung welche Partei gewählt wird), da andere Faktoren ausschlaggebend für das individuelle Verhalten sind.

Die Konzeption des Policy-Space spielt eine entscheidende Rolle auf die Effektstärke von Policies betreffend der Partizipation an Wahlen. Parteien und Kandidatinnen offerieren eine Vielzahl an Policy-Positionen, aufgrund derer Bürgerinnen ihr Verhalten ausrichten können. Wenn davon ausgegangen wird, dass dieser Policy-Space nicht eindimensional ist – also nicht alle Themen in einer einzigen Dimension konvergieren – so ergeben sich von Akteurin zu Akteurin unterschiedliche Einflussstärken von *themenbasierter Wahlenthaltung* (siehe u.a. Franklin et al. 1992, Dalton 1996, Van der Brug/Van Spanje 2009). Dies lässt sich damit erklären, dass es für eine Akteurin nicht trivial ist, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der eigenen Position und den wahrgenommenen Positionen von Parteien in verschiedenen Policies bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Aus meiner Sicht stellt die Verwendung von Policies für das individuelle Verhalten eine Akteurin vor Schwierigkeiten. Wenn dies der Fall ist, besitzt die *themenbasierte Wahlenthaltung* für jede Akteurin eine andere Gewichtung für die Wahlentscheidung. Gibt es beispielsweise fünf verschiedene Politikfelder, und bei Akteurin A tritt ein Mal *Alienation* oder *Indifference* auf und bei Akteurin B vier Mal, dann kann davon ausgegangen werden, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* für Akteurin B eine größere Rolle spielt als für Akteurin A. Es gilt daher: je höher die Anzahl an Dimensionen in denen *themenbasierte Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) auftritt, desto größer ist der Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Dies wird unter anderem mit Hilfe von Modellen der politischen Psychologie erklärt, die sich mit dem

individuellen Evaluationsprozess beschäftigen (u.a. Bizer/Krosnick et al. 2004). Kapitel 3.4 zeigt, dass die bisher gängigen Annahmen zur *themenbasierten Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen Raum nicht praktikabel sind und liefert einen neuen Erklärungsansatz, der diese Problematiken umgeht.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, generalisierbare Aussagen über die individuelle Partizipation an Wahlen zu treffen, weshalb für diese Arbeit die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 herangezogen werden. Dies mag auf den ersten Blick überraschen, da sich EP-Wahlen von nationalen Wahlen hinsichtlich der Wahlbeteiligung als auch der Wahlergebnisse teilweise deutlich unterscheiden. Jedoch bietet diese Fallauswahl – wie in Kapitel 4 gezeigt wird – auch viele Vorteile: So können – verglichen mit anderen „cross-national“ Studien (wie z.B. der CSES) sämtliche zeitabhängige Faktoren als konstant betrachtet werden, die EP-Wahlen kennzeichnen sich u.a. dadurch aus, dass sie in den meisten Mitgliedsstaaten eine geringe Wahlbeteiligung aufweisen, und durch die Klassifizierung als „second-order“ Wahl (siehe Reif/Schmitt 1980) kann von einem „least likely case“ gesprochen werden. Außerdem wurden die meisten Studien, die sich mit *Alienation* und *Indifference* bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* befassen, im Kontext von US-Wahlen durchgeführt. Die hier verwendete Fallauswahl bietet darüber hinaus die Gelegenheit, die vorgestellten Konzepte in dem Mehrparteiensetting eines politischen Mehrebenensystems zu testen.

Das Zusammenspiel des soeben präsentierten theoretischen Modells samt der Fallauswahl ermöglicht es, mit dieser Arbeit zentrale theoretische Forschungslücken zu schließen bzw. zielt auf eine Weiterentwicklung der vorhandenen Modelle im Bereich der Wahlbeteiligungsforschung: Die Inklusion von Konzepten der politischen Psychologie – deren Ziel die generelle Erklärung des individuellen Verhaltens ist – in Wahlbeteiligungsmodellen ermöglicht es, die bisherigen Lücken hinsichtlich der individuellen Partizipation zu schließen. Ebenso wird klar aufgezeigt, ob und unter welchen Bedingungen sich *Rational Choice* Konzepte zur Beantwortung der Frage, warum manche Personen zur Wahl gehen und andere nicht, eignen. Drittens wird dargestellt, ob Policies geeignet sind, um Aussagen über die Wahlbeteiligung zu treffen. Abschließend zeigt die Fallauswahl, ob die vorstellten Konzepte – insbesondere die der *Rational Choice* Theorie –

auch außerhalb der Vereinigten Staaten und unter „erschwert“ Bedingungen (durch den Nebenwahlcharakter der EP-Wahlen) funktionieren.

Diese Arbeit gliedert sich wie folgt: In Kapitel 2 wird eine Einführung in den Themenkomplex Wahlforschung bzw. Wahlbeteiligung gegeben, womit die Grundlage gelegt wird, aus welcher theoretischen Perspektive dieses Phänomen zu betrachten ist und auf welcher Basis das individuelle Verhalten untersucht wird. Es erfolgt eine Einleitung in die *Rational Choice* Theorie, sowie deren Anwendung im hiesigen Forschungskontext. Zentrale Begriffe wie *Policy*, *Dimension* oder *Policy-Space* werden auf Basis der bisherigen Debatte definiert. Anhand des „*Calculus of Voting*“ werden die zentralsten theoretischen und empirischen Arbeiten dargestellt sowie erläutert, aus welchen Gründen der Einfluss von Policies bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) in den bisherigen Arbeiten nicht erschöpfend behandelt wurde.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit dem theoretischen Modell samt den Hypothesen der Arbeit. Ausgehend von der Fragestellung, wie individuelles menschliches Verhalten erklärt werden kann, wird erarbeitet, dass (politische) Verhaltensweisen nur mit Hilfe von Konzepten der politischen Psychologie erklärt werden können, da *Rational Choice* Modelle den Entscheidungsprozess einer Akteurin nur unzureichend widerspiegeln. Anschließend wird dargestellt, dass das individuelle Verhalten anhand von „*memory-based processing models*“ erklärt werden kann. Diese Modelle zeigen, dass für die Erklärung des persönlichen Verhaltens individuelle Ressourcen wie die Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* sowie die *politische Versiertheit* von zentraler Bedeutung sind. Ebenso zeigt sich, dass die Mehrdimensionalität des Policy-Space einen moderierenden Effekt auf Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* hat, da die Frequenz, mit der diese auftreten, den Einfluss auf die Beteiligung an Wahlen determiniert: Je öfter Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auftreten, desto stärker ist der Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung.

Kapitel 4 beinhaltet Fallauswahl, Methoden und Operationalisierung. Zu Beginn wird dargestellt, inwiefern sich die Wahlen zum Europäischen Parlament von nationalen Wahlen

unterscheiden, wie diese Unterschiede in den empirischen Modellen berücksichtigt werden und aus welchen Gründen die EP-Wahlen besonders geeignet sind, die Forschungsfrage zu beantworten. Anschließend erfolgt die Darstellung der verwendeten Methoden („fixed-effects-regression-model“), der verwendeten Daten sowie der Operationalisierung der in den empirischen Modellen verwendeten Variablen.

Kapitel 5 bis 7 widmen sich der empirischen Analyse. Jedes Kapitel beinhaltet einen der drei genannten Kernbereiche des theoretischen Modells (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten*, *politische Versiertheit*, Mehrdimensionalität), wobei in jedem Kapitel entsprechende aus der Theorie abgeleitete Hypothesen getestet und die erhaltenen Ergebnisse validiert werden.

Abschließend fasst Kapitel 8 die wesentlichsten Ergebnisse dieser Arbeit zusammen, verbindet diese mit dem theoretischen Framework aus Kapitel 3 und zeigt abschließend, welche Schlussfolgerungen für den Einfluss von Policies auf die individuelle Wahlbeteiligung gezogen werden können. Ergänzend zu den acht Kapiteln dieser Arbeit finden sich am Ende der Dissertation Tabellen- und Abbildungsverzeichnis, Referenzen sowie die Appendizes, die hauptsächlich ergänzende Informationen zu den Regressionsmodellen und den prognostizierten Wahrscheinlichkeiten beinhalten.

2. Stand der Forschung

Wissenschaftliche Literatur über die Partizipation an Wahlen ist vielfältig und beinhaltet Debatten über den Stellenwert der Wahlbeteiligung in einer Demokratie, welche Faktoren das Wahlverhalten beeinflussen und wie diese gemessen werden. Diese und andere Schwerpunkte sind ein Kernpunkt der theoretischen und empirischen Wahlforschung sowie angrenzender Forschungsdisziplinen wie Soziologie oder Psychologie. Eine ausführliche Analyse aller Diskussionsstränge würde erstens den Rahmen dieses Kapitels sprengen und zweitens den Blick auf die Forschungsfrage, welchen Einfluss politikspezifische Themen auf die Beteiligung an Wahlen haben, trüben. Stattdessen startet dieses Kapitel mit der wohl allgemeinsten Frage in diesem Feld: Warum wählen manche Personen und andere nicht? Ausgehend von dieser Frage wird dargelegt, dass sich die bisherigen Studien in dieser Debatte in zwei grobe Bereiche einteilen lassen: institutionell- und gesellschaftsbasierte Ansätze. Dieser Überblick dient als Basis für die Begründung des untersuchten Ansatzes: der *Rational Choice* Theorie. Nach einer kurzen Einführung in die Theorie wird dargestellt, wie sich die Wahlbeteiligung durch *Rational Choice* Ansätze erklären lassen sollte und welche Probleme es mit der Anwendung von populären Konzepten wie dem „Calculus of Voting“ gibt.

Der zweite Teil dieses Kapitels behandelt die Frage, inwiefern *Rational Choice* Ansätze – deren Konzeption auf individuellen Akteurinnen basieren – die Wahlbeteiligung erklären und welchen Stellenwert politikspezifische Themen in den theoretischen und empirischen Modellen einnehmen. Hierzu werden die theoretischen Grundlagen gelegt (Definition von Positionen, Dimensionen und politischen Räumen) die als Basis für *themenbasierte Wahlenthaltung* durch Entfremdung („*Alienation*“) sowie Indifferenz („*Indifference*“) dienen. Darauf aufbauend wird die Applikation von *Alienation* und *Indifference* in unterschiedlichen Modellen dargelegt und diskutiert, welche theoretischen und empirischen Problematiken bis dato bestehen. Abschließend wird erörtert, welche bisherigen Gründe für die Differenzen zwischen Theorie und Empirie genannt werden und inwiefern individuelle Ressourcen (*politische Versiertheit, politische und informationsgewinnende Aktivitäten*) sowie die Verfasstheit des Policy-Space diese Lücken schließen können. Diese Debatte bildet die Ausgangslage für das darauffolgende theoretische Kapitel, in dem das Modell dieser

Arbeit – dass individuelle kognitive Differenzen sowie die Multidimensionalität von Policies den Einfluss von Politikfeldern auf die Wahlbeteiligung beeinflussen – vorgestellt wird.

2.1 Wahlbeteiligung aus gesellschafts- und individueller Perspektive – Was beeinflusst das Verhalten?

Die Frage warum manche Personen zur Wahl gehen und andere nicht, beschäftigt die (politikwissenschaftliche) akademische Debatte seit Jahrzehnten. Die Antworten auf diese Frage sind vielfältig, jedoch ist allen Analysen gemein, dass am Beginn der Untersuchung grundsätzliche Aussagen über das Verhalten von Individuen gemacht werden müssen. Konkreter bedeutet dies, ob das Wahlverhalten von Personen hauptsächlich durch gesellschaftliche und institutionelle oder durch individuelle Charakteristika bestimmt wird⁸. An dieser Stelle sei angemerkt, dass hierbei zwar Grundsatzpositionen seitens der Wissenschaftlerinnen bezogen werden, jedoch beide Konzepte einander nicht ausschließen. Beide Perspektiven haben eine beeindruckende Liste von Faktoren etabliert, mit deren Hilfe sich die Wahlbeteiligung erklären lässt (u.a. Geys 2006, Blais 2000, 2006 oder Franklin 2004). Anstelle einer Empfehlung, welche Perspektive gewinnbringender für die Analyse der Wahlbeteiligung ist, ist das Ziel dieses Unterkapitels, den geneigten Leserinnen die verschiedenen Ströme innerhalb der Wahlforschung vorzustellen um damit eine Erklärung für die große Bandbreite an Studien zu diesem Thema zu liefern. Des Weiteren beinhaltet dieses Unterkapitel die theoretische Grundlage für die Einführung von Rational *Choice* Konzepten in der empirischen Wahlforschung, die in dieser Dissertation verwendet werden.

Bevor wir uns den beiden Grundströmungen (gesellschaftliche bzw. institutionelle Ansätze) widmen, müssen wir jedoch den Untersuchungsgegenstand etwas eingrenzen. In dieser Dissertation, wird die implizite Annahme getroffen, dass die Wahlbeteiligung – also die Frage, warum eine Person an einer Wahl partizipiert – getrennt von der Frage der Wahlentscheidung – welche Partei bzw. welche Kandidatin eine Person wählt – behandelt

⁸ Eine Definition sowie die wesentlichsten Forschungsergebnisse werden in den folgenden Absätzen gegeben.

werden muss. Ziel dieser Arbeit ist die Beantwortung der Frage, welchen Einfluss politische Themen auf die Wahlbeteiligung haben. Es wird somit nur untersucht, ob und aus welchen Gründen eine Akteurin an einer Wahl partizipiert, jedoch nicht, welche Person oder Partei diese Akteurin wählt. Die Debatte, ob zwischen Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung unterschieden werden sollte oder nicht, ist ein kontinuierlicher Prozess, der seit Jahrzehnten andauert. Ich folge hierbei dem Ansatz der getrennten Beobachtung der beiden Phänomene, dessen Kernargument von Campbell/Converse wie folgt zusammengefasst wurde: „*The act of voting requires the citizen to make not a single choice but two. He must choose between rival parties or candidates. He must also decide whether to vote at all*” (Campbell/Converse et al. 1960, S. 89). Demzufolge sind Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung zwei unabhängig voneinander beobachtbare Faktoren. Dieser Argumentation wird jedoch in der politikwissenschaftlichen Literatur durchaus widersprochen.

Aufgrund der Tatsache, dass viele (Rational.Choice) Modelle im Allgemeinen, aber auch der *Calculus of Voting* bzw. Modelle, die *themenspezifische Wahlenthaltung (Alienation und Indifference)* verwenden, theoretische und empirische Problematiken mit sich bringen, gibt es theoretische Ansätze, die die Wahlbeteiligung als Funktion der Wahlentscheidung sehen (u.a. Adams/Merill et al. 2006). Diese Modelle greifen den Konflikt zwischen theoretischen Annahmen und empirischen Resultaten auf, indem sie die Differenzen zwischen Vorhersagen und Resultaten als Fehlinterpretation der kausalen Verbindung zwischen Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung darstellen. In diesen Modellen wird davon ausgegangen, dass sich eine Person zwischen mehreren Alternativen entscheiden kann, wobei die Anzahl der Alternativen der Anzahl der Parteien (oder Personen) + 1 entspricht. Diese zusätzliche Alternative ist Wahlenthaltung (meist als *Alienation* und/oder *Indifference* konzeptualisiert). Demzufolge ist die Wahlbeteiligung eine Funktion der Wahlentscheidung: Die tatsächliche Wahlbeteiligung wird durch die Positionierungen aller antretenden Alternativen sowie „non-policy considerations“ wie Charisma oder Kompetenz von Kandidatinnen (siehe Adams/Merill et al. 2006) bedingt. Dies bedeutet allerdings, dass sich alle Faktoren, die in diesen Modellen inkludiert werden, auf den zu untersuchenden Hauptfaktor Wahlentscheidung beziehen. Diese Modelle ignorieren, dass einige Faktoren einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen, jedoch nicht auf die Auswahl der Partei bzw. der Kandidatin. Wie schon Dubin/Rivers (1989) gezeigt haben, muss zwischen „vote“ (der Wahlbeteiligung) und „preference“ (der Wahlentscheidung) unterschieden werden. Eine

Reihe von Studien (u.a. Lipset 1960, Rosenstone /Hanson 2003 oder Franklin 2004) haben gezeigt, dass die Beteiligung an Wahlen u.a. durch verschiedenste Sozialisierungseffekte beeinflusst wird, diese jedoch nur bedingt eine Rolle bei der Wahlentscheidung spielen. Da es Faktoren gibt, die nur auf eine der beiden Ebenen (Wahlentscheidung, Wahlbeteiligung) einen Einfluss haben, sollten diese auch getrennt voneinander betrachtet werden. Dementsprechend wird sich diese Dissertation nur mit der Wahlbeteiligung, jedoch nicht mit der Wahlentscheidung beschäftigen.

Allgemein betrachtet fokussiert sich die Debatte in der wissenschaftlichen Literatur auf die Frage, welche Charakteristika die Partizipation an Wahlen beeinflussen. Dies bildet die Ausgangsbasis dafür, auf welcher Ebene der Untersuchungsgegenstand (Wahlbeteiligung) analysiert wird (z.B.: zwischen Staaten, als Funktion von Individuen, etc.). Gesellschafts- bzw. individuell basierte Ansätze unterscheiden sich dahingehend, inwiefern strukturelle bzw. individuelle Einflüsse das Verhalten von Personen in Bezug auf die Partizipation an Wahlen beeinflussen. Die Basis für *gesellschafts- und institutionell basierte Ansätze* ist die Argumentation, dass: „ ... turnout varies much more from county to country than it does between individuals“ (Franklin 1996, S.218). Ausgehend von dieser Beobachtung wird argumentiert, dass die Entscheidung, ob an einer Wahl partizipiert wird oder nicht, zwar eine individuelle Entscheidung, die Wahlbeteiligung an sich jedoch ein Phänomen des gesamten Elektorates ist (Franklin 2004). In diesem Kontext entspricht der Begriff Elektorat zwar der Abbildung von einzelnen Individuen, jedoch seien nicht deren einzelnen Präferenzen ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung, sondern Faktoren, die das Kollektiv als Ganzes betreffen. Die *Grundaussage* dieser Ansätze ist daher, dass sich das Wahlverhalten eines Elektorates dadurch bestimmt, inwiefern dieses in soziale und institutionelle Faktoren eingebettet ist. Als Beispiele können Wahlpflicht oder gruppenmobilisierende Indikatoren (wie z.B. die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder Kirchen) gesehen werden.

Ersteres ist ein institutioneller Faktor, der zwischen Staaten variiert, aber für alle Elemente des Elektorates den gleichen Einfluss hat. Aus theoretischer Perspektive wird argumentiert, dass individuell variierende Faktoren wie beispielsweise die Präferenzen zu politischen Themen, Interesse an Politik oder das Alter durch die gesetzliche Pflicht der Beteiligung an Wahlen (Wahlpflicht) überlagert wird. Da die entsprechenden Gesetze (meist) für das

gesamte Staatsgebiet gelten, entspricht die Wahlpflicht einem institutionellen Einflussfaktor, der auf alle Personen den selben Effekt besitzt. Dies führt dazu, dass die Wahlbeteiligung innerhalb eines Landes kaum Variation aufweist und sich Unterschiede zwischen Staaten durch die Ausprägung von unterschiedlichen Gesetzen in Bezug auf die Wahlpflicht erklären lassen (u.a. Blais et al. 2006). Als zweites Beispiel dienen gruppenmobilisierende Indikatoren. Unter diesem Begriff können Indikatoren wie z.B. Kirchenbesuche, Gewerkschafts- oder Parteimitgliedschaft zusammengefasst werden. Die Mitgliedschaft in Organisationen wie Kirche, Gewerkschaft oder Parteien bildet demzufolge die Grundlage für das Wahlverhalten. Die theoretische Begründung hierfür (Verba et al. 1995 oder Franklin 2004) ist, dass die politische Sozialisation von Individuen innerhalb dieser Organisationen geschieht. Demzufolge verhalten sich Mitglieder – ungeachtet von individuellen Unterschieden – annähernd homogen in Bezug auf das Wahlverhalten. Nach diesem Ansatz lässt sich die Wahlbeteiligung dadurch erklären, ob einzelne Personen des Elektorates bestimmten Organisatoren angehören oder nicht. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dieser Ansatz davon ausgeht, dass institutionelle und soziale Faktoren die Grenzen bilden, innerhalb derer individuelle Charakteristika einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben (wenn überhaupt). Als Schlussfolgerung sollte die Wahlbeteiligung auf Landesebene als abhängige Variable genommen werden, die durch das institutionelle Setting, das Parteiensystem und gruppenmobilisierende Indikatoren erklärt wird.

Die zweite wesentliche Strömung im Feld der Wahlforschung kann als *individuell basierte Ansätze* charakterisiert werden, die davon ausgehen, dass individuelle Einstellungen und Charakteristika die Grundlage für die Entscheidung, ob an einer Wahl teilgenommen wird oder nicht, bilden. Schmitt und Mannheimer beispielsweise argumentierten, dass: „ ... *it may be that electoral participation to a large degree is caused by non-systematic ... factors.*“ (Schmitt/Mannheimer 1991, S. 50). Demzufolge bilden individuell variierende Charakteristika die Grundlage für die Wahlbeteiligung, die sich nicht mittels institutioneller oder sozialer Faktoren abbilden lassen. Die Ausgangsbasis für diesen Argumentationsstrang ist, dass die Wahlbeteiligung die Summe von individuellen Entscheidungen ist, die durch inhaltliche oder personelle Faktoren determiniert wird (Marsh 2006, Hobolt/Spoon et al. 2008). Im Gegensatz zu institutionell- und gesellschaftsbasierten Ansätzen wird darauf hingewiesen, dass diese Faktoren meistens nicht erklären können, wie genau sich verwendete Prädiktoren auf den individuellen Entscheidungsprozess auswirken. Als grundlegendes Modell wird

angenommen, dass individuelle Einstellungen (beispielsweise zu politischen Themen oder dem Interesse an Politik) sowie persönlichen Merkmale (u.a. soziodemografische Charakteristika) die Motivation für das individuelle Verhalten bilden. Demzufolge wird das unterschiedliche Verhalten zweier Individuen dadurch bedingt, dass sich diese Personen in den soeben genannten Faktoren unterscheiden. Als Beispiele hierfür können das Bildungslevel oder politisches Interesse genannt werden.

Beide genannten Beispiele gehen davon aus, dass die Partizipation an politischen Entscheidungen eine Funktion der individuellen Wahrnehmung ist (Blais 2000, 2006). Im Falle des Bildungslevels wird argumentiert, dass ein höherer Bildungsgrad zu einer verstärkten Wahlbeteiligung führt. Aus theoretischer Perspektive lassen sich hierfür zwei Argumente liefern (Burdon 2009): Erstens steigert Bildung die kognitiven Fähigkeiten von Personen. Dies führt dazu, dass Personen mehr Informationen über politische Prozesse erlangen und daher ein besseres Verständnis für politische Themen aufweisen können. Zweitens besitzen besser gebildete Personen meist einen erhöhten Grad an Bürgerpflicht („civic duty“) auf. Dies hat zur Folge, dass Personen mit einem hohen Bildungsgrad sehr oft der Ansicht sind, dass Bürgerinnen eines Staates eine gewisse Pflicht zur Teilnahme an politischen Prozessen aufweisen, wodurch die Wahrscheinlichkeit zur Partizipation an Wahlen deutlich höher ist, verglichen mit Personen, die einen niedrigen Ausbildungsstand haben. Eine ähnliche Argumentationslogik lässt sich für das Interesse an Politik führen. Da aus dieser Perspektive individuelle Faktoren wie das Bildungslevel die Entscheidungsfindung beeinflussen, wird davon ausgegangen, dass zwei Personen, die einer Institution angehören (z.B. Kirche), sich jedoch hinsichtlich dem Bildungsstand, Alter, etc. unterscheiden, dementsprechend auch unterschiedliche Verhaltensweisen zeigen.

Wie zu Beginn dieses Unterkapitels erwähnt, konnten beide Strömungen eine Vielzahl an Faktoren identifizieren, mit deren Hilfe die Beteiligung an Wahlen bis zu einem gewissen Grad erklärt werden kann. Gleichzeitig gibt es mittlerweile eine beachtliche Anzahl an Studien, die zeigen, dass institutionell- und gesellschaftsbasierte Faktoren eine immer geringere werdende Erklärungsgewalt besitzen (u.a. Franklin et al. 1992, Marsh 2006). Dies wird damit begründet, dass bedingt durch Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen, Organisationen wie Kirche, Gewerkschaft oder Parteien an Relevanz für die

Meinungsbildung von Individuen verlieren, da z.B. neue politische Themen in den Diskurs eingebracht werden, die von diesen Organisationen nicht (oder nur bedingt) behandelt werden. Als Schlussfolgerung wird erwartet, dass persönliche Charakteristika oder Einstellungen zu politischen Themen („issue voting“) eine verstärkte Relevanz besitzen um die Partizipation an Wahlen zu erklären (Franklin et al. 1992, 2000). Daraus folgt, dass die Wahlbeteiligung nur dann erklärt werden kann, wenn geklärt wird, aus welchen individuellen Motivationen sich Personen an einer Wahl beteiligen. Dementsprechend wird die individuelle Wahlentscheidung als abhängige Variable verwendet, die mittels soziodemografischer und individueller Charakteristika erklärt wird.

Wie diese Diskussion gezeigt haben sollte, müssen, um das Phänomen der Wahlbeteiligung zu erklären, Grundannahmen getätigt werden, die sich auf die Auswahl der abhängigen sowie unabhängigen Faktoren (Variablen) auswirken. Auch diese Dissertation muss diese Annahmen treffen. Da der Untersuchungsgegenstand der Einfluss von politikspezifischen Themen auf die Partizipation an Wahlen ist, wird ein individuell basierter Ansatz gewählt. Mein theoretisches Modell (vorgestellt in Kapitel 3) geht davon aus, dass sich nur eine Minderheit „rational“ (im Sinne der *Rational Choice* Theorie) verhält und der Einfluss von *themenspezifischer Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) sich von Person zu Person unterscheidet. Des weiteren werde ich argumentieren, dass diese Variation innerhalb des Elektorates auf einem Modell mit zwei Kernelementen basiert: Individuelle Ressourcen wie z.B. *politische Versiertheit* moderieren den Einfluss von Themen auf die Wahlentscheidung. Nur unter bestimmten individuellen Konstellationen⁹ spielen Themen eine Rolle in der Entscheidungsfindung, ob an Wahlen partizipiert wird oder nicht. Sofern Themen eine Rolle spielen wird erwartet, dass Faktoren die *themenspezifische Wahlenthaltung* determinieren (*Alienation*, *Indifference*) mit steigender Anzahl einen höheren Einfluss auf das individuelle Verhalten haben. Daraus folgt, dass diese Dissertation davon ausgeht, dass die Partizipation an Wahlen durch individuelle Charakteristika beziehungsweise Einstellungen bedingt wird. Als theoretisches Konzept für politikspezifische Inhalte wird in dieser Arbeit auf den Grundlagen von räumlichen („spatial voting“) Modellen aufgebaut (u.a. Grofman/Merill 1993, 1999). Ich gehe davon aus, dass jede Person individuelle Einstellungen bezüglich verschiedener Politikbereiche besitzt und sich in Bezug auf diese Themen mit den

⁹ Für eine Definition der genannten Begriffe siehe Kapitel 3

Positionierungen der einzelnen Parteien auseinandersetzt. Da wir nicht annehmen können, dass diese Evaluierungen für alle Personen gleich ausfallen, ist es aus diesem theoretischen Blickwinkel nicht empfehlenswert, politikspezifische Inhalte als Faktor eines institutionell-, oder gesellschafts-basierten Ansatzes zu sehen. Ein wissenschaftliches Framework, der Themen als aggregierten Faktor behandelt, könnte zu missverständlichen Resultaten führen. Franklin (2006) weist darauf hin, dass eine Aggregation nicht bloß eine simple Addition von individuellen Charakteristika ist, da diese durch kontextuelle Faktoren beeinflusst werden, die ein simples Zusammenfassen nicht (oder nur erschwert) zulassen. Ich möchte dies anhand eines Beispiels darstellen: Blais (2000) und Franklin (2006) zeigen anhand des Einflussfaktors Alter, dass sich individuelle Charakteristika nur bedingt für die Erklärung der Wahlbeteiligung eines Elektorates eignen. Im Falle des Faktors Alter müssen Wissenschaftlerinnen eine theoretische Verbindung zwischen einer Alterskohorte und der Wahlbeteiligung ziehen. Diese Verbindungen können jedoch zeitlich (von Wahl zu Wahl) variieren, wodurch nicht zwingend kausale Verknüpfungen hergestellt werden können. Da zu erwarten ist, dass sich die Einstellungen von Personen und Parteien betreffend politikspezifischer Inhalte von Wahl zu Wahl unterscheiden, ist davon auszugehen, dass sich der Einfluss auf die Wahlentscheidung nur auf individueller Ebene messen lässt.

2.2 Rational Choice basierte Modelle der Wahlbeteiligung – Der „Calculus of Voting“

Im vorhergehenden Abschnitt wurde versucht, die bisherige wissenschaftliche Literatur in zwei grobe Strömungen zu unterteilen, um den Leserinnen die verschiedenen Sichtweisen auf das Phänomen der Wahlbeteiligung näherzubringen. Um sich nun konkreteren Fragestellungen zu widmen – wie sich beispielsweise politische Themen auf die Wahlbeteiligung auswirken – ist die Feststellung, ob das Wahlverhalten von Personen hauptsächlich durch gesellschaftliche und institutionelle oder durch individuelle Charakteristika bestimmt wird, zwar eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung, um mit der Analyse fortzufahren. Jedes Wahlmodell muss – unabhängig von der Betrachtungsweise – einen theoretischen Rahmen beinhalten, der festlegt, wie sich Faktoren auf den Untersuchungsgegenstand (in unserem Fall die Wahlbeteiligung) auswirken. Da soeben argumentiert wurde, dass diese Dissertation sich auf das individuelle Verhalten zur

Erklärung der Wahlbeteiligung stützt, ist ein Framework notwendig, das Annahmen und kausale Beziehungen für das Verhalten von Akteurinnen (in unserem Fall wahlberechtigte Personen) angibt. Für diese Dissertation werden Modelle verwendet, die sich aus der *Rational Choice* Theorie ableiten. Dieses Unterkapitel gliedert sich wie folgt: Zu Beginn wird eine kurze Einführung in die *Rational Choice* Theorie gegeben. Anschließend wird gezeigt, wie sich aus dieser Theorie Modelle für Wahlverhalten anhand des wohl bekanntesten Modells – des „*Calculus of Voting*“ – ableiten lassen. Dieses Unterkapitel endet mit dem sogenannten „*Wählerparadoxon*“ sowie weiterentwickelten Modellen des *Calculus of Voting*.

2.2.1 Wie definiert sich „rationales Verhalten“ ?

Die *Rational Choice* Theorie bietet ein Framework, um das Verhalten von Akteurinnen (Kunden, Wählerinnen, etc.) anhand formaler Modellierung zu erklären bzw. vorausszusagen. Kern der Theorie ist die Annahme, dass sich Akteurinnen rational verhalten. Unter Rationalität wird verstanden, dass Akteurinnen ihren Output gegeben eines bestimmten Inputs maximieren bzw. bedeutet dies die Maximierung des Inputs gegeben eines bestimmten Outputs (Arrow 1951, Downs 1957). Rationalität in diesem Kontext bedeutet: „... *refers solely to a man who moves toward his goals in a way which, to the best of his knowledge, uses the least possible input of scarce resources per unit of valued output*“ (Downs 1957, S. 5). In dieser Definition von Rationalität befinden sich drei grundlegende Kernannahmen, die als Voraussetzung für rationales Verhalten dienen: Die erste Annahme beschäftigt sich mit Präferenzen (d.h. Ziele, Wünsche oder Motive) von Akteurinnen. Laut der *Rational Choice* Theorie sind Präferenzen die Bedingungen für das Verhalten individueller Akteurinnen. Das Verhalten einer Akteurin ist somit eine Funktion ihrer Präferenzen. Die zweite Annahme stützt sich auf Möglichkeiten und Beschränkungen des individuellen Handelns. Alles, was die Realisierung der Präferenzen einer Akteurin beeinflusst, ist eine Bedingung des individuellen Verhaltens. Zum Beispiel: Eine Wählerin berücksichtigt bei der Entscheidung, ob sie zur Wahl geht nicht nur die eigenen Präferenzen, sondern auch die Tatsache, dass sie nur eine Person eines gesamten Elektorates ist. Dies bedeutet, dass die Person das Umfeld, in dem sie Entscheidungen trifft, berücksichtigt. Die dritte Annahme beschäftigt sich mit der Maximierung des eigenen Nutzens. Eine Akteurin verhält sich so, dass die eigenen

Präferenzen – unter der Berücksichtigung von Annahme zwei – im höchst möglichem Maße realisiert werden (Vgl. Arrow 1951, Downs 1957).

Basierend auf dieser Definition von Rationalität und den soeben gegebenen Annahmen lässt sich das Verhalten einer Akteurin bei einer Entscheidungsfindung wie folgt prognostizieren (Vgl. Downs 1957):

1. Eine rationale Akteurin kann immer eine Entscheidung treffen, wenn sie mit mehr als einer Alternative konfrontiert wird
2. Die Akteurin reiht alle vorhandenen Alternativen, sodass $A_i > A_j$, $A_i < A_j$ oder $A_i = A_j$ wobei A_i und A_j zwei vorhandene Alternativen sind
3. Die Rangordnung der Präferenzen der Akteurin ist transitiv (Alternativen sind eindeutig zuordenbar)
4. Von allen vorhandenen Alternativen wählt eine Akteurin immer die Alternative, die am besten gereiht ist
5. Eine Akteurin trifft immer wieder die gleiche Entscheidung, wenn sie mit denselben Alternativen konfrontiert wird¹⁰

2.2.2 Der „Calculus of Voting“

Mittels dieses Grundgerüsts lässt sich nun auch das Verhalten von Akteurinnen in einem politikwissenschaftlichen Kontext erklären, in unserem Fall die Entscheidungen von Personen eines Elektorates in Bezug auf die Partizipation an Wahlen. Als Ausgangspunkt hierfür kann das Buch von Downs „An Economic Theory of Voting“ (1957) gesehen werden. Ein *Rational Choice* Modell im Kontext von Wahlen bedeutet, dass wir grundsätzlich zwei Arten von Akteurinnen haben, die miteinander interagieren: Parteien und Wählerinnen, wobei sich beide Akteurinnen nach den soeben beschriebenen Mustern verhalten. Das Ziel von Parteien ist daher die Stimmenmaximierung, während Wählerinnen

¹⁰ Dies gilt nur unter der Annahme, dass der Kontext, in dem der Entscheidungsfindungsprozess einer Akteurin stattfindet, sich nicht ändert.

ihre persönlichen Wertevorstellungen (Präferenzen) umgesetzt sehen wollen. Daraus ergibt sich, dass Wählerinnen die Partei mit der meisten inhaltlichen Übereinstimmung wählen. Da jedoch nicht alle Personen wählen, muss ein Rational-Choice Ansatz erklären, aus welchen Gründen es (nicht) rational ist an einer Wahl zu partizipieren. Ausgehend von dem bisher Besprochenen ist es immer irrational nicht zur Wahl zu gehen, da eine Akteurin ihre Präferenzen realisiert sehen will. Jedoch – so Downs – ist der Akt des Wählens nicht nur eine Funktion der eigenen Präferenzen sowie der Positionierungen der Parteien, sondern auch mit Kosten bzw. dem Umfeld, in der eine Akteurin ihre Entscheidung trifft (siehe Annahme 2), verbunden. Damit eine Akteurin sich rational verhalten kann, muss diese eine eigene Präferenz besitzen. Hierzu werden Informationen benötigt, die seitens der Akteurin evaluiert werden, um daraus eine Präferenz zu formen. Ebenso werden Informationen über die Positionierungen der Parteien benötigt, die es einer Wählerin erlauben, diese zu evaluieren (Schritte 1-3). Hierzu werden jedoch Ressourcen (Zeit, gegebenenfalls Geld) benötigt um an diese Informationen zu gelangen. Außerdem müssen Personen zur Wahl gehen, was Zeit benötigt und in manchen Ländern sogar eine vorhergehende Registrierung mit sich bringt, um am Wahltag überhaupt wählen gehen zu können. Dieser Verbrauch von Ressourcen wird als „Kosten“ bezeichnet (Vgl. Arrow 1951, Downs 1957). Außerdem spielen bei der Entscheidungsfindung auch alle anderen Akteurinnen eine Rolle. Eine Akteurin vergleicht nicht nur die eigene Präferenz mit den vorhandenen Parteien, sondern berücksichtigt auch (potenzielle) Wahlergebnisse (für Literatur zu strategischem Wahlverhalten siehe u.a. Fiorina 1975, 1990, oder Grafstein 1990). Basierend auf dem bisher Gesagten, erwartet sich die *Rational Choice* Theorie folgendes individuelles Verhalten: So kann zwar die größtmögliche Übereinstimmung mit einer bestimmten Partei P_i vorhanden sein, wenn diese jedoch nicht im Parlament vertreten ist oder keine Chance hat ihre Ziele zu verwirklichen (z.B. wenn Wahlumfragen darauf schließen lassen, dass eine Partei höchstwahrscheinlich keine Sitze im Parlament erreicht), so wäre es aus der Sicht der Akteurin (I_a) nicht rational, diese Partei zu wählen. Partei P_j mag aus rein inhaltlicher Perspektive größere Differenzen zu Person I_a besitzen als P_i , wenn diese jedoch größere Chancen auf einen Wahlsieg besitzt, so gilt: $A_i < A_j$ wobei A_i die Präferenz für Partei P_i und A_j die Präferenz für Partei P_j der Akteurin I_a ist. Es wäre daher zu erwarten, dass die Entscheidung eines Individuums in Bezug auf die Partizipation an einer Wahl einer Funktion aus der eigenen Präferenzen, der Positionierung der Parteien, dem möglichen Wahlausgang, sowie anfallenden Kosten der

Informationsgewinnung entspricht. Gleichung (1) entspricht laut Downs dem Verhalten einer Akteurin in Wahlen:

$$U = B * P - C \quad (1)$$

U (*Utility*) entspricht dem Nutzen zur Wahl zu gehen, B (*Benefit*) ist der erwartete Vorteil einer Person für die Wahl der am besten gereihten Partei (bzw. Alternative), P ist die *Wahrscheinlichkeit*, dass mit der eigenen Stimme der Ausgang der Wahl verändert wird und C sind die *Kosten* der einzelnen Akteurin. Anhand der Gleichung (1) ist es daher für eine Person nur dann rational, an einer Wahl teilzunehmen, wenn der Nutzen (*Utility*) größer als Null ist.

Während mittels Gleichung (1) definiert werden sollte, unter welchen Bedingungen es nicht rational ist, an einer Wahl teilzunehmen, weisen Riker/Ordershook (1968) oder Fiorina (1975) darauf hin, dass es anhand des vorgestellten Modells für keine Person rational ist, wählen zu gehen. Da die Wahrscheinlichkeit, dass mit der eigenen Stimme der Ausgang der Wahl verändert wird (P), gegen Null strebt, konvergiert auch der Term $B * P$ gegen Null – unabhängig von der erwarteten Größe von B . Dies bedeutet, dass für die Berechnung der *Utilities* nur die Kosten der Wahl (C) einen Einfluss besitzen, wodurch in jedem Fall $U \leq 0$ gilt. Unter der Annahme der Gültigkeit von *Rational Choice* würde sich jede Person, die zur Wahl geht, irrational verhalten. Dies wird auch als *Wählerparadoxon* bezeichnet. Die Reaktion auf dieses Paradoxon lässt sich in zwei Gruppen einteilen: Fiorina (1975) oder Palfrey/Rosenthal (1985) empfehlen den soeben genannten Ansatz in dieser Form nur für die Entscheidung, welche Partei gewählt wird, zu verwenden. Für die Frage, warum Personen überhaupt an einer Wahl teilnehmen, sollten andere Modelle aus der Spiel- bzw. Entscheidungstheorie verwendet werden. So schlagen Palfrey/Rosenthal (1983, 1985) vor, die Entscheidung ob eine Akteurin zur Wahl geht oder nicht, als spieltheoretisches Modell aufzufassen, in dem einzelne Personen dann zur Wahl gehen, wenn der prognostizierte Wahlausgang unsicher ist und damit die Motivation für Personen zu wählen steigt, da mit ihrer Stimme sichergestellt wird, dass der gewünschte Wahlausgang wahrscheinlicher wird. Fiorina (1975) hingegen geht davon aus, dass eine Akteurin keine Möglichkeit besitzt, die Wahrscheinlichkeit von P zu beziffern, wodurch sich das Verhalten als eine Funktion von Zustimmung und Ablehnung der Parteipositionierungen ergibt.

In der wissenschaftlichen Debatte finden sich jedoch auch Personen, deren Ziel die Abwandlung des von Downs aufgestellten Modells ist, um sicherzustellen, dass die Gleichung nicht in allen Fällen kleiner Null ist, womit das Wählerparadoxon gelöst wäre. In ihrer Arbeit „*A Theory of the Calculus of Voting*“ argumentieren Riker und Ordeshook (1968), dass der Akt des Wählens an sich einen positiven Wert für eine Person darstellt und dies in den Überlegungen Downs nicht abgebildet ist. Laut den Autoren lassen sich folgende positiven Werte finden (Riker/Ordeshook 1968, S. 28):

- Die Bürgerinnenpflicht zur Wahl zu gehen: da wir in einer demokratischen Gesellschaft sozialisiert werden, wird mit dem Akt der Wahl ein positives Signal verknüpft, während Nichtwahl negativ ausgelegt wird
- Die grundlegende Zufriedenheit mit dem politischen System
- Die Motivation für Personen, die sich mit einer Partei identifizieren
- Die grundsätzliche Zufriedenheit als einzelne Bürgerin an kollektiven Entscheidungsprozessen teilzunehmen

Demzufolge verhalten sich Akteurinnen wie folgt:

$$U = B * P - C + D \quad (2)$$

wobei der Term D alle positiven Effekte aus dem Akt des Wählens beinhaltet. Riker und Ordeshook argumentieren, dass in den meisten Fällen C und D ausschlaggebend für das Wahlverhalten sein werden, da diese deutlich größer als der Term $B * P$ ist. Dem Wählerparadoxon stellen Sie gegenüber, dass Wählerinnen grundsätzliche Annahmen über die Wahlteilnahme von anderen Akteurinnen treffen, sodass P von Wahl zu Wahl variiert und nicht in allen Fällen gegen Null konvergiert. Der *Calculus of Voting* etablierte sich als „Standardmodell“ für die Prognose der Wahlbeteiligung in *Rational Choice* Ansätzen (u.a. Crain/Deaton 1977, Hinich 1981 oder Blais 2000). In all diesen Arbeiten wurden die einzelnen Teile des *Calculus of Voting* und die empirische Vorhersagequalität des Modells getestet. Aldrich (1993) liefert eine gute Zusammenfassung über die Debatte des von Riker und Ordeshook vorgestellten Modells. Die Kernaussage von Aldrich ist, dass auch dieses Modell (Gleichung 2) mit drei großen Problemen zu kämpfen hat.

Das erste Problem bezieht sich auf den Term D und seine Auswirkungen auf das Wahlverhalten. Aus theoretischer Sichtweise ist es rational anzunehmen, dass eine Person aufgrund von Bürgerpflichten („civic duty“) sowie dem Akt des Wählens an sich zur Wahl geht. Da jedoch der individuelle Vorteil der Wahl einer bestimmten Partei (B) nur dann eine Rolle spielt, wenn der Term $(D - C)$ nahe bei Null liegt, wird im Modell des *Calculus of Voting* der individuelle Nutzen marginalisiert. In diesem Fall würden Personen nur zur Wahl gehen, weil sie die Wahl an sich bewerten. Wie Barry (1970) und Aldrich feststellen, birgt diese Argumentation die Gefahr einer Tautologie mit sich: „... *if the answer to the question, Why did you vote is that I voted because I wanted to then it moves the theoretically important question back one step to, Why did you want to vote?*“ (Aldrich 1993, S. 258). Dementsprechend hilft der D Term aus theoretischer Perspektive nicht, das Verhalten von Akteurinnen aufgrund von Präferenzen zu erklären.

Das zweite Problem behandelt die Kosten der Wählerinnen, also Term C . Niemi (1976) argumentiert, dass die Kosten des Wählens für viele Personen außerordentlich gering sind, da durch eine Liberalisierung der Wahlgesetze es weder schwer noch zeitaufwendig ist, sich für eine Wahl zu registrieren und in den meisten Staaten dieser Prozess komplett entfällt. In Bezug auf die Kosten zur Informationsgewinnung argumentiert Aldrich (1993), dass sich schon in der Argumentation Downs (1957) Hinweise finden lassen, dass ein Großteil der Informationen, die zur Präferenz- oder Entscheidungsfindung notwendig sind, für die meisten Akteurinnen nicht mit Kosten zu verbinden ist. Durch Alltagsgespräche sowie regelmäßigen Medienkonsum sind die meisten Personen dazu in der Lage, sich Präferenzen zu bilden und die Parteien ohne zusätzliche Mehrkosten zu evaluieren, weshalb der Term C deutlich geringer ausfällt. Aldrich weist darauf hin, dass die Verarbeitung der Informationen (für das Bilden von Präferenzen sowie Rangordnungen) zwar auch Kosten verursacht, es jedoch kaum möglich ist, diese Kosten zu quantifizieren.

Das dritte und letzte Problem betrifft P , also die Wahrscheinlichkeit, dass mit der eigenen Stimme der Ausgang der Wahl verändert wird. Gemäß Aldrich gibt es aus individueller Perspektive keine vernünftige Basis für eine Akteurin, davon auszugehen, dass genau ihre Stimme den Ausgang der Wahl entscheidet. Im Gegensatz zu Fiorina (1975) oder

Palfrey/Rosenthal (1985), die anstelle des P – Terms andere Parameter fordern, sieht Aldrich dies als nicht notwendig an. Da sich Akteurinnen bei der Entscheidung, ob sie an einer Wahl partizipieren oder nicht, in einem Kontext mit geringen Kosten, aber auch geringen Nutzen befinden, gilt folgendes: „*The Turnout decision is an example of a collective action problem, but it is not a very good, nor even terribly problematic, example of it*“ (Aldrich 1993, S. 265).

Die empirische Evaluation des *Calculus of Voting* zeigt eine starke Evidenz für den Einfluss von B , C und D – also dem erwarteten Vorteil einer Person für die Wahl der am besten gereihten Partei, den Kosten der einzelnen Akteurin sowie den positiven Effekten aus dem Akt des Wählens – auf die Wahlbeteiligung (Vgl. u.a. Abrams/Settle 1976 oder Foster 1984). Die empirischen Resultate in Bezug auf den P –Term zeigen großteils keinen oder nur schwachen Einfluss auf die Wahlbeteiligung (Vgl. Hinich 1981, Aldrich 1993, Blais/Young 1999). In seinen Studien zeigt Blais (2000 bzw. Blais/Young 1999), dass sich die Annahmen des *Calculus of Voting* aus empirischer Sicht mehrheitlich belegen lassen. In einer experimentellen Studie konnten Blais/Young (1999) nachweisen, dass sowohl die Untersuchungs-, als auch die Kontrollgruppen Kosten- und Nutzenfaktoren bei der Entscheidung, ob sie an einer Wahl teilnehmen, in Betracht ziehen, während der P –Term – der ja ein wichtiger Bestandteil in den Modellen von Downs, Riker und Ordershook ist – nicht mit der Wahlbeteiligung in Verbindung zu bringen ist. Wie auch schon Aldrich weisen Blais und Young darauf hin, dass sich zukünftige *Rational Choice* Modelle, die auf dem Fundament des *Calculus of Voting* basieren, stärker auf den Kosten/Nutzen Aspekt aus individueller Perspektive konzentrieren sollten, da der Ansatz, dass Wahlen ein Beispiel eines kollektiven Entscheidungsproblems („*Collective Action Problem*“) sind, theoretische und empirische Lücken aufweist. In dem nun folgenden Unterkapitel werden solche Modelle vorgestellt, die versuchen, die Wahlbeteiligung anhand von *themenbasierter Wahlenthaltung* („*Alienation*“ sowie „*Indifference*“) zu erklären.

2.3. Themenbasierte Wahlenthaltung anhand von Alienation und Indifference

Der *Calculus of Voting* sowie das Vorgängermodell von Downs gehen grundsätzlich davon aus, dass das Wahlverhalten von Personen aufgrund von Kosten-Nutzen Kalkulationen erklärt werden kann. Wenn wir nun den – wie soeben besprochen problematischen – P –Term aus den Modellen entfernen, so ergibt sich, dass der individuelle Nutzen aus der Wahl einer bestimmten Person oder Partei ein zentrales Element für das individuelle Verhalten ist. Da die Kosten des Wählens von Person zu Person stark variieren und aus theoretischer Perspektive durchaus gering (Downs 1957) oder gar positiv – wenn der D –Term berücksichtigt wird – sein könnten, gehen andere *Rational Choice* Ansätze davon aus, dass die Kosten-Nutzen Analyse einer einzelnen Akteurin sehr stark auf die inhaltliche Distanz zwischen der eigenen Position und jenen der Parteien und Kandidatinnen beruht. Die Kosten der einzelnen Akteurin müssen demnach mit dem erwarteten individuellen Nutzen in Relation gestellt werden. Demzufolge sind Positionierungen in verschiedenen Themenfeldern (*Policies*) wie beispielsweise der Wirtschafts- oder Sozialpolitik ausschlaggebend für das Wahlverhalten oder die Beteiligung an Wahlen. Sollte dies der Fall sein, müssen jedoch einige Begriffe geklärt werden: *Was ist eine Position?*, *Wie grenzen sich verschiedene politische Themen voneinander ab?*, *Wie viele unterscheidbare Themen sind vorhanden (Dimensionalität)?*. Antworten auf diese Fragen sind essenziell, um den (möglichen) Einfluss von themenspezifischen Faktoren auf die Wahlbeteiligung determinieren zu können.

2.3.1 Positionen, Dimensionen und räumliche Modelle

Für die Inklusion von politischen Themen ist es von elementarer Bedeutung, festzustellen, was unter der Position einer Akteurin verstanden wird, welche Charakteristika politische Themen besitzen (Dimension) und inwiefern sich verschiedene politische Themen voneinander abgrenzen lassen (*politischer Raum*). Basierend auf Downs (1957) oder Grofman/Merill (1999) wird die *Position einer Akteurin* (Wählerinnen, Parteien oder Kandidatinnen) definiert als Standpunkt in einem bestimmten Politikbereich (z.B. Budgetpolitik), wobei dieser Standpunkt den inhaltlichen Vorstellungen der Akteurin in dem

entsprechenden Politikbereich (z.B. ausgeglichene Budgets von öffentlichen Haushalten) entspricht. Modelle, die politische Themen für das Verhalten einer Akteurin berücksichtigen, müssen angeben, welche Charakteristika ein solches Thema besitzt und ob (wenn ja, wie) sich Themen voneinander unterscheiden. Dies geschieht mit Hilfe von Dimensionen. Unter einer Dimension wird ein von anderen Themen abgrenzbarer (sprich unabhängiger), endlicher Raum verstanden, der sich aus der Summe aller möglichen Positionen eines bestimmten politischen Themas ergibt. Die Summe aller Dimensionen ergibt den sogenannten *Policy-Space* – also den *politischen (thematischen) Raum*, in dem individuelle Akteurinnen ihre Entscheidungen treffen.

Wenn – wie z.B. von Grofman/Merill (1999) postuliert – jedes politische Thema einer eigenen Dimension entspricht – also die Position in Thema X unabhängig ist von der Position in Thema Y – gibt es einen multidimensionalen *Policy-Space* mit einer unendlichen Anzahl an Dimensionen. Ein Blick auf die Debatte innerhalb der Politikwissenschaft zeigt jedoch, dass es verschiedenste Annahmen über die Verfasstheit des politischen Raums (Anzahl und inhaltliche Ausrichtung der Dimensionen) gibt. Dementsprechend ist das Ziel des folgenden Abschnittes, sowie auf die bisherige politikwissenschaftliche¹¹ Diskussion von ein- und mehrdimensionalen Räumen einzugehen, die zentralsten Modelle vorzustellen. Dies dient als Basis für das Verständnis der in 2.3.2. definierten Konzepte von *Alienation* und *Indifference*, den Defiziten der Modelle, die diese Konzepte beinhalten (siehe 2.4), sowie der theoretischen (Kapitel 3) und methodischen (Kapitel 4) Überlegungen dieser Arbeit. Grundlegend für diese Debatte ist u.a. die Arbeit von Lipset/Rokkan (1967) nach denen gesellschaftliche Spannungslinien (sogenannte *Cleavages*) die Grundlage für die Entwicklung des Parteiensystems eines Landes sowie dem Verhalten von Parteien und Bürgerinnen bildet. Anhand dieser *Cleavages* richten Parteien ihre Positionen bzw. Bürgerinnen ihr Wahlverhalten¹² aus. Es ist wichtig festzustellen, dass der *Policy-Space* von Parteien und individuellen Akteurinnen nicht zwingend identisch ist. Viele Arbeiten (u.a. Dolezal et al. 2013, Powell 2009 oder De Vries/Marks 2012) verweisen darauf, dass Parteien sich (möglicherweise) in einem politischen Raum positionieren, der sich grundlegend von dem der Wählerinnen unterscheidet. An dieser Stelle sei jedoch angemerkt, dass für diese Arbeit nur

¹¹ Die Debatte aus dem Blickwinkel der politischen Psychologie ist in den Kapiteln 3.4 und 3.5 zu finden.

¹² Einen Überblick über die historische Entwicklung von *Cleavages* kann in Lipset/Rokkan (1967) bzw. Hix (1999) gefunden werden.

die Perspektive der Wählerinnen von Relevanz ist, da gewisse räumliche Modelle (*Proximity-Modelle*, Definition erfolgt später) davon ausgehen, dass individuelle Akteurinnen ihr Verhalten anhand der eigenen Position sowie der wahrgenommenen Position der Parteien ausrichten¹³.

Aus theoretischer Perspektive kann – wie gesagt – argumentiert werden, dass der *Policy-Space* aus einer unendlichen Anzahl an Dimensionen besteht, wobei jede Dimension einer *Policy* entspricht. Dies würde jedoch für Parteien und individuelle Akteurinnen zu verschiedensten Problemen in Bezug auf die Entscheidungsfindung führen, wodurch versucht wird, alle *Policies* auf einen übersichtlichen (und abzählbaren) Raum zu reduzieren. Für individuelle Akteurinnen ist dies von Relevanz, da sie nur begrenzte kognitive Aufnahmefähigkeiten besitzen um Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten (siehe Harder/Krosnick et al. 2008 bzw. Kapitel 3). Ebenso werden Kosten in Bezug auf die Informationsgewinnung bzw. Entscheidungsfindung minimiert, wenn individuelle Akteurinnen die Möglichkeit besitzen, alle relevanten *Policies* in einem niedrig dimensionierten *Policy-Space* zu überführen (u.a. Downs 1957). Aus der Sicht von Parteien hilft eine Reduktion der Dimensionen bei der Vermittlung ihrer Inhalte sowie der Mobilisierung von Funktionärinnen und Wählerinnen (u.a. Aldrich 1995). Diese „verdichteten“ Dimensionen bilden aus theoretischer Sicht den Rahmen, innerhalb dessen der politische Diskurs stattfindet. Dies bedeutet also, dass wir erst Aussagen über das individuelle Verhalten von Akteurinnen treffen können, wenn wir wissen, wie viele Dimensionen vorhanden sind und auf welchen *Policies* sie basieren (siehe u.a. Converse 1964 oder Gabel/Anderson 2002)¹⁴. Wie zu Beginn angemerkt, variieren die Aussagen über die Verfasstheit des *Policy-Space* für Parteien und individuelle Akteurinnen. In Bezug auf die Anzahl der Dimensionen bzw. deren Inhalte sind in der wissenschaftlichen Debatte verschiedene Ansätze zu finden, wobei sich in Bezug auf den (West-)Europäischen Kontext drei grundlegende Modelle unterscheiden lassen:

¹³ Andere Ansätze die z.B. mit Voter- und Expert-Surveys arbeiten, sowie eine allgemeine Darstellung der verschiedenen Untersuchungsansätze ist in De Vries/Marks (2012) zu finden.

¹⁴ Eine ausführliche Darstellung über die Reduktion von Dimensionen und deren Bedeutung für die Wahlforschung liefern Gabel/Anderson (2002), eine Typologie über verschiedene Ansätze von Policy-Spaces ist in De Vries/Marks (2012) zu finden.

1. *Eindimensionale Ansätze* (sogenannte Links/Rechts-Skala, u.a. Gabel/Huber 2000 oder Pierce 1999) – Die Termini „*Links*“ bzw. „*Rechts*“ werden dazu verwendet, um verschiedene Konzepte in Bezug auf ökonomische Fragen zur Vermögensverteilung, dem Sozialstaat sowie der Regulierung der Wirtschaft durch den Staat zu unterscheiden. Ein eindimensionaler *Policy-Space* bedeutet, dass die politische Auseinandersetzung innerhalb zweier Pole geführt wird, wobei unter „*Links*“ eine verstärkte Vermögensverteilung, ein Ausbau des Sozialstaates bzw. eine starke Regulierung der Wirtschaft verstanden wird, während „*Rechts*“ auf individuellen Freiheiten und einem schlanken Staat mit geringen Regulierungsmöglichkeiten setzt (u.a. Lipset/Rokkan 1967, Hooge/Marks et al. 2006). Wobei jedoch – u.a. von Lord/Hix 1997 ausführlich behandelt - angemerkt werden muss, dass eine solche Simplifizierung zu erheblichen Variationen in Bezug auf die Definition was „*Links*“ bzw. „*Rechts*“ ist, führt.
2. *Zweidimensionale Ansätze* (u.a. Kriesi et al. 2006, Lord/Hix 1997) – Diese gehen davon aus, dass neben dem ökonomischen Spannungsfeld auch andere relevante Konfliktlinien den politischen Diskurs determinieren. Gemeinsam haben diese Ansätze, dass eine Dimension anhand von sozio-ökonomischen Fragestellungen determiniert wird. In Bezug auf die zweite Dimension jedoch, zeigen sich verschiedenste Ansätze. Lord/Hix (1997) argumentieren, dass (nationale) Links-Rechts Einstellungen unabhängig sind von Einstellungen zur Europäischen Union bzw. der Europäischen Integration. Neben diesen „klassischen“ nationalen *Policies*, ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen einer verstärkten Zusammenarbeit auf supranationaler Ebene und der nationalen Souveränität, die – so Lord/Hix oder Scott/Steenbergen (2004) – nicht in die klassische Links-Rechts Dichotomie inkludiert werden kann. Die Einstellung zur Europäischen Integration wird demnach durch territoriale, nationale und kulturelle Faktoren bedingt. Andere zweidimensionale Ansätze (u.a. Kriesi et al. 2006, Kitschelt 1994) sehen neben der sozio-ökonomischen eine „kulturelle“ Dimension die den *Policy-Space* determiniert. Nach Kitschelt beinhaltet die kulturelle Dimension die säkularen/libertären bzw. religiösen/autoritären Spannungslinien zwischen Kirche und Staat sowie die Mobilisierung dieser *Policies* durch zivilgesellschaftliche Bewegungen der 1970er Jahre. Kriesi et al. verknüpfen mit der zweiten Dimension ökonomische und kulturelle Globalisierungstendenzen von Gesellschaften. Demzufolge lassen sich

verschiedene *Policies* in das Spannungsfeld zwischen einer verstärkten Öffnung beziehungsweise Abgrenzungstendenzen von nationalen Gesellschaften, einbetten. Kriesi et al. sehen diese Dimension als Weiterentwicklung der *Policies* die von zivilgesellschaftlichen Bewegungen der 1970er Jahre in die politische Debatte eingebracht wurden. Laut den Autoren wurde durch die Transformation des politischen Systems in Europa in den 1990er Jahren die Zusammensetzung dieser Dimension erneut verändert, wodurch hauptsächlich die Immigration bzw. die Einstellung gegenüber der Europäischen Integration als zentrale *Policies* gesehen werden kann.

3. *Drei- und mehrdimensionale Ansätze* (u.a. Aarts/Thomassen 2008, Warwick 2002, Bakker et al. 2012, Zechmeister 2008, Thurner/Eymann 2000) – die deutlich heterogene Strukturen in Bezug auf die Konzeption der *Policy*-Dimensionen aufweisen verglichen mit zweidimensionalen Ansätzen. Warwick (2002) unterscheidet zwischen einer sozio-ökonomischen Links/Rechts-, einer sozialen kontroll-, sowie einer post-materialismus Dimension. Jedoch wird dieser Ansatz aufgrund von unklaren Begriffsdefinitionen (siehe Dolezal et al. 2013 oder Flanagan 1987) kaum rezipiert. Aarts/Thomassen (2008) verweisen auf einen dreidimensionalen Ansatz mit einer sozio-ökonomischen (Links/Rechts) und zwei kulturellen Dimensionen (autoritär/libertär sowie säkular/religiös). Bakker et al. (2012) unterscheiden zwischen einer sozioökonomischen, einer kulturellen und einer europäischen Dimension. Mehrdimensionale Ansätze (Zechmeister 2008, Thurner/Eymann 2000) gehen davon aus, dass verschiedene *Policies* nicht in eine Dimension aggregiert werden können. Dementsprechend gehen diese Arbeiten von einem N -dimensionalen *Policy-Space* aus, wobei N der Anzahl der salienten *Policies* entspricht. Diese mehrdimensionalen Ansätze folgen aus theoretischer Sicht der Argumentation von De Vries/Hobolt, wonach: „... *the dimensional basis of ... electoral competition is never a stable equilibrium ...*“ (De Vries/Hobolt 2012, S. 263).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass aus theoretischer Sicht verschiedene Modelle den *Policy-Space* aus individueller Perspektive determinieren können. Ein Blick auf empirische Studienergebnisse zeigt, dass es – in Bezug auf individuelle Akteurinnen – für keines der genannten Modelle genügend Evidenz gibt, um es anderen Modellen vorzuziehen. Mehr noch, eine Vielzahl an Studien – beginnend mit Converse (1964) oder Campbell/Converse et al.

(1960) über Kuklinski/Peyton (2007) bis hin zu Dolezal et al. (2013) – darauf verweisen, dass aus der Perspektive von Wählerinnen keine kohärente Struktur der *Policies* gegeben ist. Jacoby (1991) zeigt, dass der Link zwischen aggregierten Dimensionen (wie der Links/Rechts-Skala) und der individuellen Positionierung von einzelnen *Policies* variiert. Angesichts dieser Ergebnisse sowie den verschiedenen Theorien über die Verfasstheit des *Policy-Space* stellt sich nun die Frage, wie ein „ideales“ theoretisches Modell das Entscheidungsverhalten von individuellen Akteurinnen anhand von *Policies* determiniert. Da diese Frage ohne ein theoretisches Grundgerüst nicht zu beantworten ist, sei an dieser Stelle auf Kapitel 4 (Operationalisierung) verwiesen.

Bevor wir Konzepte von *themenbasierter Wahlenthaltung* wie *Alienation* und *Indifference* in Wahlbeteiligungsmodelle inkludieren, muss ein theoretisches Konzept die Interaktion von individuellen Akteurinnen (Wählerinnen) und Parteien/Kandidatinnen darstellen. Aufbauend auf Downs (1957) gehen räumliche Modelle („*spatial models*“) davon aus, dass die (räumliche) Distanz - basierend auf Politikfeldern – zwischen individuellen Akteurinnen und Parteien das Wahlverhalten sowie die Wahlbeteiligung determiniert. Es wird davon ausgegangen, dass eine Akteurin aus einem Set von inhaltlichen Vorschlägen, die von den kandidierenden Parteien offeriert werden, auswählen muss. Während eine Akteurin daran interessiert ist den besten inhaltlichen Vorschlag zu wählen, wollen Parteien und Kandidatinnen für ihre inhaltlichen Vorschläge eine möglichst große Unterstützung von den Wählerinnen (Stimmenmaximierung). Diese Modelle legen ihren Fokus darauf, wie Präferenzen von individuellen Akteurinnen, Parteien und Kandidatinnen in *Utilities* transformiert werden können. Hierbei können zwei grundsätzliche Modellarten (*Proximity* und *Directional*, Vgl. Grofman/Merill¹⁵ 1999) definiert werden, die sich darin unterscheiden, wie individuelle Akteurinnen die *Utilities* für die einzelnen Parteien/Kandidatinnen kalkulieren¹⁶.

Für diese Arbeit sind *Proximity*-Modelle von elementarer Bedeutung. Diese gehen davon aus, dass die inhaltlichen Präferenzen von Wählerinnen und Parteien in einem ein- oder

¹⁵ Eine detaillierte Debatte über *Proximity* und *Directional* Modelle, sowie Beispiele für die Anwendung ist in Grofman/Merill (1999) zu finden.

¹⁶ Anstelle der Begriffe „*Proximity*“ und „*Directional*“ wird in manchen Publikationen auch von euklidischen bzw. geometrischen Räumen gesprochen. Diese Arbeit verwendet jedoch die englischsprachigen Begriffe.

mehrdimensionalen Raum abgebildet werden können, wobei jede Dimension einem (oder mehrerer) definierbaren Themenfeld(er) entspricht. Im einfachsten Fall – einem eindimensionalen Raum – können alle Politikfelder anhand eines klassischen „*Links-Rechts Schema*“ kategorisiert werden. Eine Akteurin kalkuliert die *Utilities* für jede einzelne Partei, indem sie die räumliche Distanz zwischen der eigenen Position und die der Parteien als Basis nimmt¹⁷. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass für diese Dissertation nur Proximity-Modelle berücksichtigt werden, u.a. aufgrund der genannten Problematiken mit dem „*Status Quo*“ (siehe Fußnote 17).

Abschließend stellt sich nun die Frage, wie eine Akteurin in Proximity-Modellen aus Präferenzen bzw. Positionen (eigene sowie die der Parteien/Kandidatinnen) *Utilities* berechnet. Im klassischen Proximity-Modell nach Downs (1957) wird – wie erwähnt – davon ausgegangen, dass *Utilities* eine Funktion der Differenz zwischen der eigenen Position und die der Parteien in Politikfeldern ist. Im einfachsten Fall – dem eindimensionalen Raum – wird die *Utility* für Partei *j* aus der Perspektive von Akteurin *i* wie folgt definiert:

$$U_{ij} = V_i - P_{ij} \quad (3)$$

U_{ij} entspricht der *Utility* für Partei *j* aus der Perspektive von Akteurin *i*, V_i der Position von Akteurin *i* in dem eindimensionalen Politikfeld, und P_{ij} ist die individuelle Wahrnehmung der Position der Partei *j* aus der Sichtweise der Akteurin *i*. Da wir nun alle grundlegenden Konzepte definiert haben, können wir nun darstellen, wie themenbasierte Faktoren (*Alienation* und *Indifference*) definiert werden und welchen Einfluss diese auf das individuelle Wahlverhalten ausüben sollten.

¹⁷ Im Gegensatz dazu muss eine Akteurin in *Directional* Modellen keine konkrete Position besitzen, sondern nur eine („diffuse“) Vorstellung in welche Richtung sich eine Policy verändern soll. Neben den Präferenzen von Akteurinnen und Parteien wird auch ein sogenannter „*neutraler Punkt*“ bzw. „*Status quo*“ verwendet. Je nach verwendetem *directional* Modell variiert jedoch die Bedeutung dieses Begriffs, siehe u.a. Matthews 1979, Rabinowitz-Macdonald 1989. Dies ist jedoch aus theoretischer und empirischer Perspektive mit Problemen behaftet.

2.3.2 Alienation und Indifference als Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung

Basierend auf den in Kapitel 2.3.1 genannten Ideen lassen sich im Feld der *Rational Choice* Theorien zwei theoretische Konzepte – vorgeschlagen von Smithies (1941) und Downs (1957) – benennen, aufgrund derer eine rationale Akteurin nicht zur Wahl geht: Wahlenthaltung durch Entfremdung („*Alienation*“) sowie der Wahlenthaltung durch Indifferenz („*Indifference*“). Um *Alienation* und *Indifference* zu erklären wird folgendes Beispiel verwendet: Nehmen wir einmal an, dass Akteurin V_i sich entscheiden muss, ob sie an einer Wahl teilnimmt oder nicht. Zur Wahl stehen zwei Parteien (P_1 und P_2), die in einem eindimensionalen Raum - also nur ein politisches Thema bzw. *Policy*, beispielsweise Sozialpolitik - um die Stimme von V_i werben. Abbildung 1 zeigt die grafische Darstellung von *Alienation* anhand des genannten Beispiels



Abbildung 1: Grafische Darstellung von Alienation

Wahlenthaltung durch Entfremdung („*Alienation*“) bedeutet, dass die Positionen von allen Parteien bzw. Kandidatinnen so weit von der individuellen Position einer Akteurin entfernt sind, sodass diese sich entschließt, nicht an der Wahl teilzunehmen.

Dies wird wie folgt begründet: Bedingt durch große Differenzen (in Abbildung 1 durch d_i repräsentiert) zwischen der eigenen Position und jenen der Parteien bzw. Kandidatinnen in einem Politikfeld, werden aus individueller Perspektive die eigenen Präferenzen von den Parteien bzw. Kandidatinnen nicht vertreten. Daraus folgt, dass der erwartete Vorteil einer Person für die Wahl der am besten gereihten Partei (Kandidatin) [B-Term in den Modellen von Downs, Riker/Ordeshook] geringer ist als allfällige Kosten. In unserem Beispiel bedeutet dies, dass Akteurin V_i nicht zur Wahl geht, wenn:

$$\min \{U_{i1}, U_{i2} < C_i\} \quad (4)$$

wobei U_{i1} und U_{i2} die Utilities (erwarteter Nutzen) für die Wahl der zwei Parteien (P_1 und P_2) der Akteurin V_i sind und C_i den Kosten der einzelnen Akteurin entspricht.

Es sei darauf verwiesen, dass die Konzeption von „*Alienation*“ in *Rational Choice* bzw. *Proximity*-Modellen sich von Almond und Verba (1963) unterscheidet. Almond und Verba verstehen unter dem Begriff *Alienation* Langzeiteffekte. Aus ihrer Perspektive sehen Personen keinen Einfluss von Regierungsentscheidungen auf ihr eigenes Leben und/oder empfinden, dass sie keinen Einfluss auf die Regierungszusammensetzung oder deren inhaltliche Positionierung haben. Diese Wahrnehmung speist sich aus der langfristigen Evaluation von Ereignissen und dementsprechend ist eine Veränderung dieser Wahrnehmung nur längerfristig möglich. In *Rational Choice* bzw. *Proximity*-Modellen hingegen werden *Alienation* (oder *Indifference*) als Kurzeffekte konzeptualisiert. Ideologische und politikspezifische Positionen von Wählerinnen, Parteien und Kandidatinnen können von Wahl zu Wahl unterschiedlich sein. Als Konsequenz können Personen, die aufgrund von *Alienation* oder *Indifference* nicht bei einer Wahl partizipieren, in der darauffolgenden Wahl ein komplett anderes Verhalten an den Tag legen.

Die Wahlenthaltung durch Entfremdung („*Alienation*“) ist jedoch nicht der einzige themenbasierte Faktor, der individuelles Fernbleiben von einer Wahl erklärt, wie Abbildung 2 zeigt:

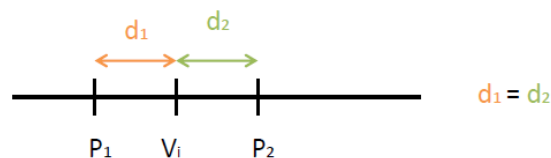


Abbildung 2: Grafische Darstellung von Indifference

Auch hier sehen wir Akteurin V_i sowie die Parteien (P_1 und P_2) in einem eindimensionalen Raum. Im Gegensatz zu Abbildung 1 ist zu beobachten, dass die Differenz zwischen der Akteurin und beiden Parteien (repräsentiert durch d_1 und d_2) gleich groß ist. Auf den ersten Blick mag es paradox erscheinen in diesem Fall von einem Grund für Wahlenthaltung zu sprechen, da ja argumentiert werden könnte, dass aus der Sicht von Akteurin V_i eine „win-

win-Situation“ vorliegt, da sie zwei Parteien zur Auswahl hat, die ihr inhaltlich gleich nahe stehen. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn wir uns die Motivation für Wahlverhalten aus der Perspektive der *Rational Choice* Theorie ansehen (u.a. Downs 1975, Grofman/Merill 1999, Zipp 1985, Melton 2011):

„... *those who perceive a great difference in the attractiveness of different candidates*¹⁸ *will be apt to vote; those who see little or no difference will tend to abstain. This is the notion that abstention results from **indifference**. Its theoretical underpinnings involve a simple model of rational behavior: a citizen's expected utility from voting varies with the amount of difference the outcome would make to him (as well as the probability of his vote affecting the outcome); if the outcome would make no difference, and voting involves costs, the rational citizen would not vote.*“ (Brody/Page 1973, S. 2)

In diesem Fall können wir von Wahlenthaltung durch Indifferenz („*Indifference*“) sprechen, da die Beteiligung an einer Wahl aus individueller Perspektive zu keiner inhaltlichen Veränderung führen würde. Demzufolge wären – wie auch schon im Fall von Alienation – die Kosten zur Wahl zu gehen höher als der erwartete Nutzen. Anhand unseres Beispiels bedeutet dies, dass Akteurin V_i nicht an einer Wahl teilnimmt wenn:

$$|U_{i1} - U_{i2}| < C_i \quad (5)$$

Auch hier entsprechen U_{i1} und U_{i2} den *Utilities* (erwarteter Nutzen) für die Wahl der zwei Parteien (P_1 und P_2) der Akteurin V_i und C_i den Kosten der einzelnen Akteurin. Eine detailliertere (und mathematisch-formale) Ableitung von *Alienation* und *Indifference* aus dem *Calculus of Voting* findet sich in Melton (2009).

Aus theoretischer Perspektive wird erwartet, dass *Alienation* und *Indifference* die Gründe für die Wahlenthaltung einer Akteurin sind. Demzufolge partizipiert eine Person nicht an einer Wahl wenn der erwartete Nutzen (*Utility*) geringer ist als alle Kosten, die mit der Wahlentscheidung (Zeit, Geld, Präferenzbildung, etc.) in Zusammenhang gebracht werden

¹⁸ Anmerkung: Unter „attractiveness“ ist in diesem Kontext der erwartete Benefit aus der Sicht einer Akteurin bzw. die Utilities gemeint.

können. Da beide Faktoren zu dem selben Ergebnis führen – dass eine Akteurin auf Grund von politischen Themen nicht an einer Wahl teilnimmt – können beide Effekte unter dem Begriff „*themenbasierte Wahlenthaltung*“ zusammengefasst werden.

An dieser Stelle sei kurz auf das Verhältnis zwischen *Alienation* und *Indifference* verwiesen. Obwohl beide Faktoren zu dem selben Ergebnis – sprich Wahlenthaltung – führen, ist es dennoch sinnvoll, beide Faktoren in theoretischen Modellen zu inkludieren, da *themenbasierte Wahlenthaltung* aus verschiedensten Motiven erfolgen kann (siehe u.a. Enelow/Hinich 1984 oder Katz 2007). Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass *Alienation* und *Indifference* einander nicht ausschließen. Eine Akteurin kann also sowohl *alienated* als auch *indifferent* sein. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Person, die z.B. keinen *Benefit* zur Wahlteilnahme auf Grund der wahrgenommenen Parteiendifferenzen sieht, nicht auch eine zu große Distanz zwischen der eigenen und der am nächsten stehenden Partei (*Alienation*) wahrnimmt. Demzufolge ist zu erwarten, dass Personen, für die sowohl *Alienation* als auch *Indifference* zutrifft, die geringste Wahrscheinlichkeit besitzen, zur Wahl zu gehen. Diese Ansicht entspricht der Mainstream-Position innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses¹⁹ (siehe u.a. Katz 2007, Adams/Dow et al. 2006).

Aus der Sichtweise von *Proximity*-Modellen wird davon ausgegangen, dass die Gleichungen (4) und (5) die Erklärungsgrundlage für die Wahlbeteiligung von individuellen Akteurinnen bilden. Beispiel: In einem eindimensionalen Raum mit zwei Parteien können wir davon ausgehen, dass eine Akteurin nicht zur Wahl geht, wenn die *Utility* für die am höchsten bevorzugte Partei oder die Differenz der *Utility* zwischen beiden Parteien geringer ist als die individuellen Kosten. Gleichung (6) repräsentiert ein Wahlbeteiligungsmodell mit *Alienation* und *Indifference* basierend auf einem *Proximity*-Framework:

$$Vote_i = (\max\{U_{i1}, U_{i2}\} < C_i) + (|U_{i1} - U_{i2}| < C_i) \quad (6)$$

$Vote_i$ entspricht der Entscheidung einer Akteurin i (Teilnahme oder Enthaltung an einer Wahl), $\max\{U_{i1}, U_{i2}\} < C_i$ entspricht der Wahlenthaltung durch Entfremdung („*Alienation*“), $|U_{i1} - U_{i2}| < C_i$ entspricht der Wahlenthaltung durch Indifferenz („*Indifference*“).

¹⁹ Die genannten Arbeiten beinhalten eine ausführliche Debatte darüber, aus welchen Gründen eine Akteurin sowohl als *alienated* als auch als *indifferent* zu klassifizieren ist.

2.4. Empirische Studien und theoretische Problematiken

Während die theoretische Debatte, inwiefern die Positionen in Politikfeldern von Wählerinnen, Kandidatinnen und Parteien einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, eine Vielzahl von Modellen und Annahmen hervorgebracht hat, gibt es nur eine geringe Anzahl an empirischen Studien, die überprüfen, inwiefern *Alienation* und *Indifference* die Beteiligung an Wahlen erklären (als Beispiele seien hier Adams/Merill et al. 2006, Eymann/Thurner 2000 oder Johnston 2007) genannt. Diese variieren hinsichtlich der untersuchten Länder, dem Zeitpunkt der Untersuchung, sowie den gewählten Themenfeldern. Dennoch zeigen alle Studien Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Resultate. Wie aus theoretischer Perspektive zu erwarten ist, haben *Alienation* und *Indifference* einen negativen Effekt auf die Wahlbeteiligung. Dies bedeutet, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* (*Alienation*, *Indifference*) die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen senkt. Jedoch ist in den meisten Studien zu beobachten, dass eine Vielzahl an Personen, die als „*alienated*“ oder „*indifferent*“ gewertet werden, trotzdem zur Wahl gehen. Als Konsequenz ergibt sich, dass *Alienation* und *Indifference* nur geringe – und in einigen Studien sogar keinen signifikanten – Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen.

Diese empirischen Untersuchungsergebnisse sind anhand der theoretischen Argumentation rätselhaft, da erwartet wird, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* die Hauptgründe für die Wahlenthaltung sind. Die zentrale Frage ist dementsprechend, warum Personen, die als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden, trotzdem zur Wahl gehen. Wie in den folgenden Absätzen dargestellt wird, lassen sich die Differenzen zwischen Theorie und Empirie meiner Ansicht nach anhand von drei großen Themenbereichen erklären: Mangelhafte Operationalisierung und Messfehler, einer unvollständigen Abbildung des individuellen Verhaltens bzw. des Entscheidungsfindungsprozesses (fehlende individuelle Ressourcen), sowie der Dimensionalität des *Policy-Space*.

Gemäß Melton (2009,2011) ergibt sich die Differenz zwischen den beobachteten und den erwarteten Effekten von *Alienation* und *Indifference* hauptsächlich durch Messungenauigkeiten bzw. Messfehler. Die meisten Studien, die den empirischen Effekt der

Wahlenthaltung anhand von Themenfeldern beobachten, unterscheiden sich in Bezug auf die Operationalisierung (in Mehrparteiensystemen) und Messgenauigkeiten (Validitäts- und Reliabilitätsprobleme, etc.), wodurch individuelle Akteurinnen fälschlicherweise als „*alienated*“ oder „*indifferent*“ klassifiziert werden können. Daraus ergibt sich, dass der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* – genauer gesagt von *Alienation* und *Indifference* – auf die Wahlbeteiligung systematisch unterschätzt wird, da diese Personen bei korrekter Darstellung zur Wahl gehen sollten. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass besonders in Staaten, die ein Verhältniswahlrecht verwenden, die Anzahl der Parteien meist größer ist als zwei und wir in solchen Fällen von einem Mehrparteiensystem sprechen. Während dies die Operationalisierung von *Alienation* nicht beeinflusst, da ja nur die Partei, die einer Akteurin am nächsten steht (sprich die größte *Utility* besitzt), determiniert, ob eine Akteurin *alienated* ist oder nicht, gibt es unterschiedliche theoretische Erwartungen für *Indifference* in einem Mehrparteiensystem.

Die Grundidee hinter Indifferenz-bedingter Wahlenthaltung ist, dass aus der Perspektive einer Akteurin die Distanz von Parteien (*Utilities*) ausschlaggebend ist für die Frage, ob ihre Stimmabgabe (die der Akteurin) zu Veränderungen im Wahlausgang (bzw. den daraus resultierenden inhaltlichen Folgen) führt. Ist dies nicht der Fall, gibt es laut *Rational Choice* keine Motivation, um an einer Wahl teilzunehmen (Kosten höher als der erwartete *Benefit*). Wie von Melton (2009) zusammengefasst, gibt es drei verschiedene theoretische Ansätze, wie *Indifference* verwendet werden kann. Erstens, die „*closest party*“ Methode von Thurner und Eymann (2000). Sie gehen davon aus, dass die Parteien mit der höchsten bzw. zweithöchsten *Utility* (aus der Sicht einer Akteurin) *Indifference* determinieren. Tritt eine Situation wie in Abbildung 2 (oder Formel 5) ein, so gibt es aus individueller Sicht keinen Nutzen, sich an einer Wahl zu beteiligen und die Person bleibt der Wahl fern. Da diese Argumentation nur eine Teilmenge aller Parteien beinhaltet, wurde kritisiert, dass die Konzeption von *Indifference* alle Parteien berücksichtigen muss. Der zweite Ansatz basiert auf Brody und Page (1973), die argumentieren, dass sich die Indifferenz einer Akteurin anhand der am meisten präferierten und der am wenigsten präferierten Partei ergibt. Ist in diesem Fall keine Motivation zur Stimmabgabe gegeben, so ist es theoretisch unmöglich, dass für irgendeine Teilmenge von Parteien die erwarteten *Benefits* höher sind als die Kosten des Wählens. Die logische Konsequenz ist daher, dass eine Person keine Unterschiede zwischen zwei beliebigen Parteien sieht und deswegen nicht an der Wahl partizipiert. Dieser

Ansatz wird „*farthest party*“ Methode genannt. Der letzte Ansatz beruht auf dem Vergleich zwischen den beiden am meisten präferierten Parteien, sowie der Partei mit den größten inhaltlichen Differenzen. Zipp (1985) begründet dies damit, dass die Wahrnehmung von Differenzen innerhalb des Parteiensystems (*Farthest Party* Methode) nur eine Vorbedingung für die Wahlbeteiligung ist. Dieser Denkansatz kombiniert also die beiden zuvor genannten Ansätze und wird „*closest-farthest*“ Methode genannt. Wie Melton (2009, 2011) gezeigt hat, weist die „*farthest party*“ Methode in Bezug auf Validität und Reliabilität die geringsten Schwächen auf und ist daher allen anderen Methoden vorzuziehen. Demzufolge werde ich in meiner Arbeit auch mit diesem Ansatz arbeiten. Gleichung (7) berücksichtigt, dass in einigen Staaten Mehrparteiensysteme vorhanden sind. Demzufolge ergibt sich ein individuelles Wahlbeteiligungsmodell mit einer Akteurin i in einem Mehrparteiensystem und einem eindimensionalen Raum (nur ein Themenbereich) wie folgt:

$$Vote_i = (\max\{U_{i1}, \dots, U_{il}\} < C_i) + (|U_{ij_n} - U_{ij_f}| < C_i) \quad (7)$$

U_{i1}, \dots, U_{il} bezeichnen die *Utilities* einer Akteurin i in einem Mehrparteiensystem mit l Parteien, U_{ij_n} ist die Partei mit der höchsten *Utility* aus der Sicht von Akteurin i , und U_{ij_f} ist die Partei mit der geringsten *Utility* aus der Sicht von Akteurin i . Zusammengefasst kann Gleichung (7) auch wie folgt geschrieben werden:

$$Vote_i = \alpha_1 + \alpha_2 \quad (8)$$

wobei $\alpha_1 = \max\{U_{i1}, \dots, U_{il}\} < C_i$ dem Effekt von *Alienation* und $\alpha_2 = |U_{ij_n} - U_{ij_f}| < C_i$ dem Effekt von *Indifference* auf die Wahlbeteiligung von Akteurin i bezeichnet.

Der zweite große Themenbereich, der die Differenzen zwischen Theorie und Empirie erklären kann, bezieht sich darauf, dass individuelles Verhalten mehr ist, als nur die Auswahl von verschiedenen Handlungsoptionen. Ganz allgemein betrachtet beruht menschliches Verhalten auf einer Vielzahl von Prozessen, an dessen Ende das persönliche Verhalten einer Akteurin zu einem Resultat („*Output*“) führt. Holbrook und Krosnick et al. (2008) zeigen, dass individuelles Verhalten als Zusammenspiel von Motivation als Grundlage für individuelles Handeln, einem Mindestmaß an Wissen, sowie damit verbunden kognitive Fähigkeiten, um von eigenen Präferenzen Handlungsmöglichkeiten ableiten zu können, sowie Verhaltensstrategien, nach deren Regeln eine Person handelt, gesehen werden kann.

Dies lässt sich nicht nur allgemein in Bezug auf das Verhalten feststellen, sondern auch für die explizite Anwendung von Rational Choice Ansätzen in der politikwissenschaftlichen Forschung. Die Beteiligung an Wahlen (ebenso die Wahlentscheidung für eine bestimmte Person oder Partei) ist ein Ausdruck individuellen Verhaltens. Wenn wir dieses Verhalten nun erklären wollen, können wir mittels Rational Choice Modellen zwar testen, ob Akteurinnen ihr Verhalten anhand von rationalen und logischen Handlungsmöglichkeiten ausrichten, jedoch müssen wir hierzu auch Motivation, Wissen und kognitive Fähigkeiten in Betracht ziehen. Ich verweise hier ausdrücklich auf eine lange Tradition von sozialwissenschaftlichen Studien, die zeigen, dass die individuelle Partizipation an politischen Prozessen durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen bedingt ist (Vgl. Rosenstone/Hansen 1993, Verba et al. 1995, Krosnick/Simmons et al. 2003, etc.). Unter Ressourcen kann hierzu eine Vielzahl von Faktoren wie z.B. Zeit, Informationen, etc. gezählt werden.

Bei einer näheren Betrachtung von *Rational Choice* Theorien fällt auf, dass diese sich auf die Verhaltensstrategien einer Akteurin konzentrieren. Basierend darauf wird davon ausgegangen, dass eine Akteurin ihre Kosten bei gleichzeitiger Maximierung des Nutzens minimiert. Demzufolge ist das Verhalten einer Person die Funktion ihrer Präferenzen sowie der Handlungsmöglichkeiten einer Akteurin. Im Sinne der *Rational Choice* Theorie erwarten wir, dass eine Akteurin sich rational verhält, also die bestmögliche Handlungsalternative wählt, die den eigenen Präferenzen möglichst nahe kommt (siehe 2.3). Vergleichen wir dies mit den Aussagen von Holbrook und Krosnick, fällt auf, dass sich Motivation in diesem Kontext rein auf die Realisierung der Präferenzen bezieht und in den Grundannahmen von Downs (1957) Informationen, *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* und *kognitive Fähigkeiten* kaum bzw. nicht vorkommen.

Wenn wir uns *Rational Choice* Ansätze im Allgemeinen, sowie themenbasierte Ansätze (*Alienation, Indifference*) für die Erklärung der Wahlbeteiligung im Speziellen ansehen, so kann festgestellt werden, dass Annahmen in Bezug auf die individuellen Ressourcen einer Akteurin getroffen wurden. So verweisen Gomez/Wilson (2006) oder Hamlin/Jennings (2011) darauf, dass in *Proximity*-Modellen zur Erklärung von Wahlbeteiligung und

Wahlergebnissen individuelle Akteurinnen größtenteils undifferenziert als heterogene Masse dargestellt werden. Als prominentes Beispiel hierfür kann die kognitive Fähigkeit einer Akteurin gesehen werden. Bisherige Modelle gehen davon aus, dass die Akteurinnen alle relevanten Informationen sowie entsprechende kognitive Fähigkeiten besitzen, auf deren Grundlage die postulierten themenbasierten Verhaltensstrategien (in unserem Fall *Alienation* und *Indifference*) das individuelle Verhalten erklären. Dies bedeutet, dass der Kontext bzw. die notwendigen Ressourcen für die Entscheidungsfindung als gegeben vorausgesetzt werden. Die genaue Zusammensetzung dieser Ressourcen sowie der Test, ob die angenommene Homogenität wirklich vorhanden ist, wird nicht durchgeführt, womit sich sagen lässt dass die Voraussetzungen, um überhaupt rational handeln zu können, einer „*Black-Box*“ entsprechen. Ich gehe davon aus, dass dieser zu eng gefasste theoretische Rahmen ein wesentlicher Grund für die geringe empirische Relevanz von *Alienation* und *Indifference* für die Wahlbeteiligung ist. Eine Vielzahl von Studien konnte zeigen, dass Motivation, politische Informationen und die damit zusammenhängende Informationsbeschaffung, sowie kognitive Fähigkeiten von Person zu Person variieren, wodurch ich mir erwerbe, dass dementsprechend auch der Einfluss von *Alienation* und *Indifference* auf die Wahlbeteiligung nicht für jede Akteurin gleich ist, da nicht alle Personen die entsprechenden Ressourcen besitzen, um entsprechend den Verhaltensstrategien von *Rational Choice* zu agieren. Konkret bedeutet dies, dass der Effekt von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Partizipation an Wahlen durch das Vorhandensein von individuellen Ressourcen einer Akteurin bedingt wird.

Diese Annahme wird u.a. auch dadurch gestützt, dass verschiedene Studien zeigen, dass die Erklärungsgewalt von *Proximity* bzw. *directional* Modellen durch die individuellen Ressourcen einer Akteurin beeinflusst wird, wie u.a. Rabinowitz und Listhaug et al. (1995) postulieren. Eine Akteurin in *directional voting* Modellen muss sich nur für eine „*Richtung*“ auf einer diffus wahrgenommenen *Dimension* entscheiden. Anhand der Präferenzen der Parteien sieht die Akteurin, in welche Richtung sich der Status quo bei der Wahl der entsprechenden Partei bewegen würde. Bei *Proximity Voting* Modellen werden, so Rabinowitz und Listhaug, höhere kognitive Voraussetzungen an individuelle Akteurinnen gestellt. In diesen Modellen wird die räumliche Distanz in politischen Themen zwischen der eigenen Position und der aller Parteien miteinander verglichen. Dies führt dazu, dass eine Person eine exakte Präferenz und das Wissen über die Positionen aller Parteien in jedem politischen Themenfeld besitzen muss. Wie von Rabinowitz und Listhaug erwartet,

beeinflussen die kognitiven Voraussetzungen einer Akteurin (gemessen als *politische Versiertheit*²⁰) die Aussagekraft von räumlichen Modellen. Je höher die *politische Versiertheit* einer Person, desto stärker ist die Aussagekraft von *Proximity* und *Directional Voting* Modellen. Dies gilt insbesondere für *Proximity*-Modelle, wodurch sich Rabinowitz und Listhaug in ihren Annahmen bestätigt sehen. Auch in einem allgemeineren Kontext zeigen Studien (u.a. Denny/Doyle 2008), dass kognitive Fähigkeiten – und somit individuelle Ressourcen – das Wahlverhalten von Akteurinnen determinieren.

Diese Resultate haben weitreichende theoretische und empirische Folgen für den Einfluss von *Alienation* und *Indifference*. Anhand der genannten Studien entspricht unser Wahlbeteiligungsmodell nicht den Gleichungen (7) und (8), da individuelle Ressourcen den Effekt von *themenbasierter Wahlenthaltung* moderieren. Da dies zu einer systematischen Missspezifikation führt, beinhaltet Gleichung (9) ein Modell mit *Alienation*, *Indifference* und moderierenden Effekten:

$$Vote_i = \alpha_1(\delta_i) + \alpha_2(\delta_i) \quad (9)$$

wobei $\alpha_1 = \max\{U_{i1}, \dots, U_{il}\} < C_i$ dem Effekt von *Alienation* und $\alpha_2 = |U_{ij_n} - U_{ij_f}| < C_i$ dem Effekt von *Indifference* auf die Wahlbeteiligung von Akteurin *i* bezeichnet und δ_i den *moderating effects* für Akteurin *i* entspricht.

Der letzte Themenbereich, der für die Erklärung der Studienergebnisse berücksichtigt werden sollte, ist die Verfasstheit des *Policy-Space* und den daraus resultierenden Folgen für die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*). Wie wir in Kapitel 2.3.1 gesehen haben, gibt es in der wissenschaftlichen Debatte viele Modelle, die sich mit der Verfasstheit des *Policy-Space* (Dimensionalität) beschäftigen. In der Literatur finden sich zwei Arbeiten, die mittels eines mehrdimensionalen *Policy-Space* den Einfluss von *Alienation* und *Indifference* auf die individuelle Beteiligung an Wahlen untersuchen. Zipp (1985) untersucht den Einfluss von *Alienation* und *Indifference* für US-Präsidentenwahlen anhand von sechs verschiedenen Dimensionen (Jobs, Minority rights, Women, Urban, Vietnam, Liberalism). Jedoch argumentiert Zipp nicht, auf welcher Basis

²⁰ Definition erfolgt in Kapitel 3.

diese *Policies* gewählt wurden, und wie der Entscheidungsprozess in diesem (sechsdimensionalen) Raum abläuft. In dieser Hinsicht konkreter ist die formale Darstellung von Turner und Eymann (2000). Sie weisen u.a. darauf hin, dass ein eindimensionaler Raum bei der Aggregation aller *Policies* Probleme mit sich bringt, da in einigen *Policies* *Alienation* und in anderen *Indifference* auftritt. Es ist daher nicht möglich, mittels eines eindimensionalen politischen Raumes *Policy*-basiertes Wahlverhalten darzustellen²¹. Laut Turner und Eymann lässt sich die *Utility* Funktion einer Akteurin wie folgt darstellen (vereinfachte Darstellung anhand von *Alienation*):

$$U_i = \sum_{k=1}^K \beta_k * \sum_{l=1}^I \sum_{j=1}^J |x_{ik} - z_{ijk}| \quad (10)$$

wobei U_i der *Utility* der Akteurin i , k der *Policy*, wobei der *Policy-Space* K Dimensionen umfasst, β_k der Salienz einer *Policy*, x_{ik} der Einstellung von Akteurin i zu *Policy* k , und z_{ijk} der individuellen Wahrnehmung der Position der Partei j aus der Sichtweise der Akteurin i in *Policy* k entspricht. Turner und Eymann führen in ihrem Modell einen wichtigen konzeptuellen Faktor ein, die Salienz einer *Policy*. Es ist nicht davon auszugehen, dass alle *Policies* den gleichen Einfluss auf das Wahlverhalten (dies gilt sowohl für Wahlbeteiligung als auch Wahlentscheidung) haben²². Jedoch wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass die Salienz einer *Policy* für alle Akteurinnen gleich ist, was angesichts verschiedenster Studien (u.a. Zechmeister 2008) bezweifelt werden sollte. Ebenso wird nicht ausgesagt, wie sich die Häufigkeit des Auftretens von *themenbasierter Wahlenthaltung* auswirkt. Bleiben Akteurinnen der Wahl fern, wenn *Alienation/Indifference* nur ein mal auftritt? Gibt es einen Unterschied zwischen Akteurinnen die in vielen Dimensionen Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen und Personen, bei denen dies nur selten der Fall ist? Wie diese Fragen zeigen, ist ein mehrdimensionaler *Policy-Space* aus Sicht einer individuellen Akteurin nicht einfach handzuhaben. Wir können auch von Schwierigkeiten sprechen, die eine Akteurin hat, wenn diese ihr Verhalten innerhalb eines mehrdimensionalen *Policy-Space* ausrichtet. Keine bisherige Studie mit einem mehrdimensionalen *Policy-Space* hat diese Fragen bisher behandelt. Jedoch ist dies essenziell, um das individuelle Verhalten zu erklären. Dies zeigt sich u.a. auch in folgendem Fall:

²¹ Turner und Eymann liefern eine ausführliche Debatte über die Trennung bzw. Abgrenzung von verschiedenen *Policies* (2000, S. 58 ff.)

²² Für eine Debatte über die Salienz auf den Einfluss von *Policies* sei u.a. auf Belanger/Meguid 2008, Anand/Krosnick 2003 oder Zaller/Feldman 1992 verwiesen.

Es kann gesagt werden, dass in einem mehrdimensionalen Kontext neben *Alienation* und *Indifference* ein weiterer themenbasierter Faktor das individuelle Wahlverhalten determiniert. So verweisen u.a. Merrill und Grofman (1999) darauf, dass in einem mehrdimensionalen *Policy-Space* der erwartete Nutzen – der auf *Utilities* basiert – wie folgt definiert wird: „*In general, the Downsian proximity model (the traditional spatial model) specifies that utility – i.e., a voter’s quantitative evaluation of a candidate – is a declining function of policy distance from voter to candidate. Thus, a voter’s utility is greatest for a candidate holding identical positions with the voter on all issues and drops off as the candidate’s spatial position recedes from that of the voter.*” (Grofman/Merrill 1999, S. 20-21). Dies bedeutet also, dass der erwartete Nutzen (*Benefit*) für eine Akteurin sinkt, wenn eine Partei oder eine Kandidatin in verschiedenen *Policy*-Dimensionen eine größere Distanz verglichen mit anderen Parteien aufweist. Dementsprechend kann die Variation der *Utilities* in verschiedenen Dimensionen als *themenbasierte Wahlenthaltung* gesehen werden. Ich möchte dies anhand eines Fallbeispiels erklären:

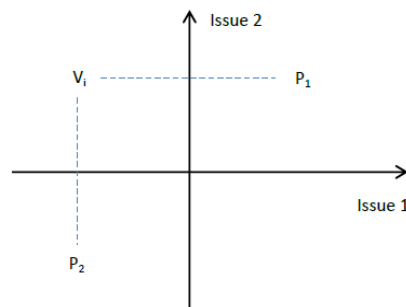


Abbildung 3: Präferenzen in einem zweidimensionalen Policy-Space

Abbildung 3 behandelt einen zweidimensionalen *Policy-Space*, mit einer Person und zwei Parteien, wobei V_i der Position von Person i , und P_1 sowie P_2 die individuelle Wahrnehmung der Parteipositionen von Partei 1 und Partei 2 aus der Sichtweise von Person i entspricht. Es wird davon ausgegangen, dass Person i beide *Policies* gleich wichtig sind. In diesem Beispiel wird Person i in keiner der beiden Dimensionen als *alienated* oder *indifferent* klassifiziert und kann dennoch anhand der *Policy* Positionierungen in einem Dilemma stecken. Für jede Dimension gibt es jeweils eine Partei, die Akteurin V_i nahe steht. Jedoch weisen P_1 sowie P_2 in der jeweils anderen Dimension eine deutliche Differenz zu V_i auf. Werden diese nun miteinander kombiniert, so ergibt sich – anhand von Grofman/Merrill – eine abnehmende

Utility Funktion – sprich ein geringerer *Benefit*. Dies wurde jedoch in keiner bisherigen Arbeit inkludiert. Zusammen mit den genannten Problematiken aller bisherigen mehrdimensionalen Modelle kann daher gesagt werden, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen *Policy-Space* noch nicht ausreichend theoretisch erklärt werden kann.

Alle in diesem Unterkapitel genannten Studien beinhalten *themenbasierte Wahlenthaltung* anhand von *Alienation* und *Indifference*. Wie jedoch dargelegt wurde, gibt es eine große Differenz zwischen den erwarteten Ergebnissen und der Empirie – sprich Personen, die zur Wahl gehen, obwohl sie *alienated/indifferent* sind – welche ich auf mangelnde Operationalisierung, einem zu eng gefassten theoretischen Modell in Bezug auf individuelles Verhalten sowie der Mehrdimensionalität des *Policy-Space* zurückführe. Da keine bisherige Studie alle drei Komponenten ausreichend berücksichtigt hat, gibt es meiner Ansicht nach noch kein theoretisches Modell, das zufriedenstellend den Einfluss von politischen Themen auf die individuelle Wahlbeteiligung misst.

2.5 Conclusio

Warum gehen manche Menschen zur Wahl und andere nicht? Dies gehört zu den Kernfragen der Politikwissenschaft und in der akademischen Debatte finden sich unzählige Analysemodelle. Ein genauerer Blick darauf zeigt, dass sich diese in zwei Strömungen einteilen lassen: gesellschafts- und institutionell basierte Ansätze, die der Ansicht sind, dass die Beteiligung an Wahlen aus kollektiver Perspektive zu betrachten ist und u.a von Faktoren wie Wahlpflicht oder Gewerkschaftsmitgliedschaft erklärt wird, und individuellen Ansätzen, die davon ausgehen, dass die Wahlbeteiligung das Zusammenspiel individueller Faktoren wie z.B. dem politischen Interesse ist. Da die meisten gesellschafts- und institutionell basierten Ansätze nicht erklären können, wie sich diese exakt auf das individuelle Verhalten auswirken soll, und eine Vielzahl an Studien (u.a. Franklin et al. 1992, Marsh 2006) zeigen, dass diese Faktoren im Laufe der Zeit an Erklärungsgewalt verloren haben, kann der Trend beobachtet werden, dass individuelle Ansätze an Einfluss in der wissenschaftlichen Debatte gewonnen haben.

Eine große Anzahl der in der Wahlforschung verwendeten Modelle benützen für ihr theoretisches Setting *Rational Choice* Modelle. Diese gehen davon aus, dass sich eine Akteurin rational verhält und anhand einer Kosten-Nutzen Kalkulation Entscheidungen trifft. Während dies in Modellen zur Wahlentscheidung (welche Partei/Kandidatin gewählt wird) oft vorkommt, ist dies jedoch in Modellen der Wahlbeteiligung nicht der Fall. Der bisher am öftesten rezipierte Ansatz ist der sogenannte „*Calculus of Voting*“. Demzufolge ergibt sich die Partizipation an einer Wahl anhand einer Funktion aus der eigenen Präferenzen (der Akteurin), der Positionierung der Parteien, dem möglichen Wahlausgang, sowie anfallenden Kosten der Informationsgewinnung. Ein genauerer Blick auf diesen Ansatz zeigt, warum *Rational Choice* Modelle bisher nur einen geringen Stellenwert in Studien zur Wahlbeteiligung einnimmt: In ihrer Grundform führen sie zu dem sogenannten „*Wählerparadoxon*“, da eine individuelle Akteurin mit ihrer Stimme (fast) nie den Ausgang einer Wahl determiniert, womit die Kosten höher sind als der erwartete *Benefit*. Auch Adaptierungen des Modells weisen theoretische und empirische Schwachstellen auf, weshalb empfohlen wird, *Rational Choice* Ansätze mit politischen Themen auf individueller Basis zu modellieren.

Aus theoretischer Sicht wird diese *themenbasierte Wahlenthaltung* anhand von *Alienation* und *Indifference* konzeptualisiert. Beide Konzepte lassen sich aus dem *Calculus of Voting* ableiten und geben an, unter welcher Bedingung es für eine individuelle Akteurin nicht rational ist, zur Wahl zu gehen. Hierzu vergleicht eine Akteurin ihre Präferenzen mit den wahrgenommenen Positionen der Parteien/Kandidatinnen. Während dieser Ansatz in der Literatur oft debattiert wurde, gibt es jedoch nur wenige empirische Arbeiten, die diese Annahmen überprüfen. Sofern vorhanden, ergeben diese jedoch ein ernüchterndes Bild: Eine Vielzahl an Personen gehen zur Wahl, obwohl Sie als „*alienated*“ bzw. „*indifferent*“ klassifiziert werden, womit sich eine große Differenz zwischen Theorie und Empirie ergibt.

Meiner Ansicht nach kann diese Differenz anhand dreier Blöcke erklärt werden: Erstens, weisen die (wenigen) empirischen Arbeiten große Unterschiede hinsichtlich methodischer Fragen sowie der Operationalisierung auf. Wie Melton (2009,2011) gezeigt hat, ist dies eine

nicht unwesentliche Fehlerquelle, die den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* – also *Alienation* und *Indifference* – systematisch verzerrt. Zweitens, sind *Rational Choice* Ansätze in ihrem theoretischem Rahmen zu eng gefasst. In diesen Modellen benötigt eine Akteurin eine Menge an Informationen und muss diese adäquat verarbeiten. Diese persönlichen Ressourcen werden als gegeben vorausgesetzt, obwohl verschiedenste Studien zeigen, dass hier individuelle Unterschiede vorhanden sind und diese Ressourcen wie z.B. die *politische Versiertheit* einer Akteurin, sowohl *Rational Choice* als auch individuelle Wahlbeteiligungsmodelle im Allgemeinen beeinflussen. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass ein Teil der Differenz zwischen den theoretischen Erwartungen und den empirischen Ergebnissen darauf zurückzuführen ist, dass dies in den Modellen bisher nicht adäquat berücksichtigt wird. Drittens, benötigen Modelle, die anhand von politischen Themen individuelles Verhalten determinieren wollen, Aussagen über die Verfasstheit des *Policy-Space* (wie viele voneinander abgrenzbare Themen gibt es?). Wie dieses Kapitel gezeigt hat, finden wir innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte mehrere Modelle. In den *Rational Choice* Modellen wird meist – ungeachtet aller Schwächen – ein eindimensionales Modell verwendet, was jedoch angesichts der zunehmenden Kritik als fragwürdig betrachtet werden sollte. In den (wenigen) Arbeiten, die mit mehrdimensionalen Modellen arbeiten, ist nicht ausreichend determiniert, wie *themenbasierte Wahlenthaltung* sich auf die individuelle Akteurin auswirkt. Wie Kapitel 2.4 gezeigt hat, ist individuelles Verhalten, das auf *Policies* beruht, nicht trivial – wir können daher von Schwierigkeiten einer Akteurin sprechen. Zusammenfassend hat meiner Ansicht nach bisher noch keine Arbeit den Einfluss von politischen Themen auf das individuelle Wahlverhalten ausreichend erklärt, da jede der genannten Studien in mindestens einem der genannten Punkte entscheidende Schwächen aufweist.

Während in diesem Kapitel dargestellt wurde, wie individuelles (Wahl)verhalten erklärt werden kann, welche Erklärungsgewalt *Rational Choice* Modelle bzw. *themenbasierte Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) besitzen, und welche Diskrepanzen es zwischen Theorie und Empirie gibt, muss nun besprochen werden, wie diese anhand eines verbesserten theoretischen Modells berücksichtigt werden können. Ausgehend von den Anmerkungen dieses Kapitels sowie der Frage, wie individuelles menschliches Verhalten bestimmt werden kann, wird im theoretischen Modell dieser Arbeit gezeigt, dass das individuelle politische Verhalten (in unserem Fall die Beteiligung an Wahlen) nur dann

zufriedenstellend analysiert werden kann, wenn *Rational Choice* Konzepte mit Elementen der (politischen) Psychologie kombiniert werden und damit der theoretische Rahmen erweitert wird. Dies ist notwendig, da diese Arbeit davon ausgeht, dass sich nicht alle Personen rational verhalten bzw. dies nur unter bestimmten Bedingungen möglich ist. Anschließend werden die einzelnen Faktoren, die den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) beeinflussen (politische- und informatonsgewinnende Aktivitäten, *politische Versiertheit*, mehrdimensionaler *Policy-Space*) erläutert. Darauf aufbauend wird das theoretische Modell, sowie die dazugehörigen Hypothesen präsentiert.

3. Theoretisches Modell

Wie wir in dem vorhergehenden Kapitel gesehen haben, können die bisherigen theoretischen Modelle nur bedingt darlegen, weshalb *themenbasierte Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) aus theoretischer Perspektive einen großen, aus empirischer Sicht jedoch nur einen geringen Einfluss auf das individuelle Verhalten aufweist. Wie wir in Kapitel 2.4 dargelegt haben, liegt dies u.a. darin, dass *Rational Choice* Modelle ihren theoretischen Rahmen zu eng fassen bzw. Grundannahmen zu möglichen Einflussfaktoren treffen, welche in den theoretischen Modellen nur unzureichend getestet und berücksichtigt werden. Dementsprechend ist das Ziel dieses Kapitels einen erweiterten theoretischen Rahmen zu finden, mit dessen Hilfe individuelles (Wahl-)verhalten besser erklärt werden kann, wodurch sich auch die Lücke zwischen Theorie und Empirie schließt.

Individuelles menschliches Verhalten beruht auf einer Vielzahl von Prozessen, an dessen Ende das persönliche Verhalten einer Akteurin zu einem Resultat („*Output*“) führt. Auch wenn wir davon ausgehen, dass zwei oder mehreren Personen dieselben Mechanismen einer Entscheidungsfindung zugrunde legen, so kann dies dazu führen, dass das Resultat – also das individuelle Verhalten – unterschiedlich ist. Diese grundsätzliche Feststellung lässt sich dadurch begründen, dass der Entscheidungsfindungsprozess, auf dem das Verhalten basiert, durch Faktoren beeinflusst wird, die von Person zu Person variieren (sogenannte kontextuelle Faktoren). Dies bedeutet, dass für die Erklärung des individuellen Verhaltens neben einem Set von Regeln, nach denen die Entscheidungsfindung abläuft (worauf sich die *Rational Choice* Ansätze fokussieren), auch das entsprechende Umfeld, in dem diese angewendet werden, berücksichtigt werden muss. Ganz allgemein lässt sich folgendes feststellen: „*Performing an attitude expressive behavior requires sufficient motivation to do so, as well as sufficient knowledge to plan and execute appropriate behavioral strategies. ...knowledge confers a host of important and cognitive behavioral abilities...*” (Holbrook/Krosnick et al. 2008, S.136). Dies bedeutet, dass menschliches Verhalten als Zusammenspiel von drei groben Blöcken gesehen werden kann: der Motivation als Grundlage für individuelles Handeln, ein Mindestmaß an Wissen, sowie damit verbunden kognitive Fähigkeiten, um von eigenen Präferenzen Handlungsmöglichkeiten ableiten zu können (zusammengefasst als individuelle Ressourcen), sowie Verhaltensstrategien, nach deren Regeln eine Person handelt.

Diese hat weitreichende theoretische Folgen für den Einfluss von Faktoren, die auf *themenbasierter Wahlenthaltung* (wie beispielsweise *Alienation* und *Indifference*) beruhen. Auf der soeben genannten Argumentation basierende Modelle gehen davon aus, dass politische Handlungsweisen (bzw. das Verhalten allgemein) darauf basieren, dass die Aufnahme und Verarbeitung von Informationen die Grundlage darstellen, um Präferenzen zu bilden. Die Handlungsweisen und Verhaltensstrategien von individuellen Akteurinnen bedingen sich aufgrund von Evaluationen der eigenen Präferenzen (Vgl. Gomez/Wilson 2006, Conger/Hasecke et al. 2003, Brannon/Krosnick 1993). Hierbei lassen sich elementare Faktoren feststellen, die diesen Prozess beeinflussen:

„Inherently, the accuracy of the process is sensitive to the individual’s base level of information/knowledge and motivation. ... We believe that heterogeneity in attributions ... is best explained by accounting for an individual’s level of political sophistication.”
(Gomez/Wilson 2006, S.130-131).

Dies ist essenziell für den weiteren Argumentationsstrang dieser Dissertation: das Formen von Präferenzen bzw. die Auswahl von Handlungsoptionen - sprich dem Mechanismus, dem „rationales“ Verhalten zugrunde liegt - ist nicht für alle Personen gleich. Die Exaktheit dieses Prozesses basiert auf verschiedenen Einflussmechanismen (individuelle Ressourcen), die von Person zu Person variieren. Dies steht im deutlichen Gegensatz zu den Annahmen der *Rational Choice* Theorien. Diese gehen davon aus, dass eine Akteurin alle notwendigen Informationen besitzt und alle Personen sich nach dem gleichen Entscheidungsmuster verhalten. In diesem Kontext kann die Genauigkeit, von der Gomez und Wilson sprechen, mit der von Downs definierten Rationalität verglichen werden. In beiden Fällen geht es darum, inwiefern die Auswahl von politischen Verhaltensmechanismen vorhergesagt werden kann. Während *Rational Choice* davon ausgeht, dass sich alle Personen rational verhalten – anhand der vorgegebenen Entscheidungsmuster – erlauben Modelle der politischen Psychologie Variationsmöglichkeiten. Dies bedeutet, dass – auch wenn dieselben Mechanismen zur Entscheidungsfindung zugrunde liegen – das individuelle Verhalten divergieren kann.

Ich sehe die Heterogenität bei der Formation von Präferenzen bzw. der Auswahl von Handlungsoptionen als zentralen Grund an, warum bisherige *Rational Choice* Modelle die Partizipation an Wahlen mittels *themenbasierter Wahlenthaltung* nur unzureichend erklären. Wird diese Variation bzw. Genauigkeit außer Acht gelassen, so verhalten sich Akteurinnen plötzlich nicht mehr rational aus der Sicht von *Rational Choice* (siehe Kapitel 2). Das Fehlen des Kontextes (individuelle Ressourcen) führt laut Krosnick zu verzerrten Ergebnissen bei der Vorhersage von individuellen Verhaltensweisen: „... *predictive models which ignore context may give rise to biased predictions because policy actions may also impact context, which in turn may impact any or all of the sup processes of choice*“ (Krosnick 2002, S.196-197). Diese „Irrationalität“ bzw. der schwache Einfluss von *Alienation* und *Indifference* beruht vielmehr darauf, dass – bedingt durch den Kontext, in dem eine Akteurin Entscheidungen trifft (individuelle Ressourcen) - Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* nicht mehr das individuelle Verhalten determinieren. Wie dieses Kapitel zeigen wird, sehe ich drei zentrale Elemente, die bisher nicht in einem adäquaten Ausmaß berücksichtigt wurden: *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* zur Erlangung von Informationen, deren Verarbeitung und Wiedergabe im Entscheidungsfindungsprozess, welche durch die *politische Versiertheit* einer Akteurin dargestellt wird, ebenso wie das individuelle Verhalten in einem mehrdimensionalen *Policy-Space* – sprich wie Akteurinnen damit umgehen, dass in verschiedenen *Policies* Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auftreten können.

Dementsprechend baut sich das Kapitel wie folgt auf: Zu Beginn wird dargestellt, inwiefern psychologische Konzepte uns helfen, den Einfluss von politischen Themen (*Policies*) auf das individuelle Verhalten beeinflussen und wie *themenbasierte Wahlenthaltung* unter diesen Gesichtspunkten analysiert werden muss, um das individuelle (Wahl-)verhalten adäquat abbilden zu können. Die anschließenden Unterkapitel beschäftigen sich mit den drei wesentlichen Faktoren, die berücksichtigt werden müssen: *politische und informationsgewinnende Aktivitäten*, die *politische Versiertheit* einer Akteurin, sowie die Mehrdimensionalität von Politikfeldern, die – siehe Kapitel 2.4 – eine Akteurin vor gewisse Schwierigkeiten stellen kann, wenn auf Basis von politischen Themen das Verhalten determiniert werden soll. Den Abschluss des Kapitels stellen die sich daraus ableitenden Hypothesen dar.

3.1 Der Einfluss von Konzepten der politischen Psychologie auf das Wahlverhalten und Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung

Wie schon am Beginn des Kapitels erläutert, basieren Erklärungsansätze für das individuelle menschliche Verhalten auf einem komplexen Gebilde von verschiedensten Effekten und Einflüssen. Wenn wir individuelle Faktoren berücksichtigen müssen, die den Einfluss von *Policies* moderieren, so gilt es, eine alternative Perspektive zu finden, auf deren Basis ein adäquates Modell des individuellen Verhaltens beruht. Folgt man den Argumenten von Gomez/Wilson (2008, siehe Einleitung des Kapitels) und Harder/Krosnick, so ergibt sich: „*Turnout can also be analyzed from a slightly different formal point of view, presuming that it is a function of people’s motivation to vote, their ability to vote, and the difficulty of the act of voting for them*“ (Harder/Krosnick et al. 2009, S. 1293-1294). Ausgehend von diesem Ansatz entspricht *themenbasierte Wahlenthaltung (Alienation und Indifference)* der theoretischen Konzeption von Motivation. Unter der Befähigung zum Wählen verstehen die Autoren eine entsprechende Kapazität in Bezug auf kognitive Fähigkeiten zur Erlangung, Verarbeitung und Wiedergabe von Informationen (Vgl. Harder/Krosnick et al. 2009, S. 1294). Dies entspricht den Voraussetzungen (bzw. Ressourcen), die notwendig sind, um an einem politischen Prozess zu partizipieren. Unter Schwierigkeit („*difficulty*“) können laut den Autoren die Kosten des Wählens (C) gezählt werden, die jedoch nicht die einzige Komponente sind, wie Kapitel 3.4 zeigen wird.

Daraus ergibt sich, dass aus theoretischer Perspektive die Anwendung von *Rational Choice* Ansätzen nicht ausreichend ist, um individuelles Verhalten darzustellen. Ohne explizit auf themenbasierte Faktoren wie *Alienation* oder *Indifference* einzugehen, weisen mehrere Studien darauf hin, dass der Einfluss von politischen Themen (*Policies*) auf das individuelle Verhalten durch psychologische Faktoren beeinflusst wird (Vgl. Chaiken/Eagly 1993, Krosnick/Petty 1995). So zeigt sich, dass „*In order to employ any criterion in making a vote choice, a person must have attitudes toward parties or policies or personality traits or economic conditions. Therefore, anything that enhances the extent to which a person possesses evaluative political beliefs and attitudes will enhance his or her potential to use these in making vote choices*“ (Bizer/Krosnick et al. 2004, S. 1002). Anders ausgedrückt: Da

politische Themen bzw. die Positionierung von Kandidatinnen und Parteien der Kern des politischen Prozesses (Wahlbeteiligung) sind – wie *Rational Choice* Modelle postulieren – basieren diese auf der individuellen Evaluation von Akteurinnen. Daraus folgt, dass Faktoren, die diesen Evaluationsprozess beeinflussen, auch die Stärke des Einflusses von *Policies* auf die Wahlbeteiligung bedingen.

Bevor nun erklärt wird, wie diese Prozesse ablaufen, sollte zuerst eine Definition des Feldes der politischen Psychologie gegeben werden:

„*Political psychology is a thriving field of social scientific inquiry in its quest to understand the cognitive and social underpinnings and consequences of behaviors that entail the exercise of social power and the governance of collectives of people*“ (Harder/Krosnick et al. 2009, S.1288-1289).

Unter der Annahme, dass der Zweck von Konzepten aus dem Bereich der Psychologie bzw. Sozialpsychologie das Verständnis der Verhaltensabläufe von Personen ist (bzw. wie soziale Interaktionen zwischen Personen funktionieren und welche Auswirkungen dies auf das individuelle Verhalten hat), bietet das Wahlverhalten von Akteurinnen einen hervorragenden Untersuchungsgegenstand.

Wie schon erwähnt, basiert *Rational Choice* darauf, dass politische Handlungsweisen und Verhaltensstrategien von Akteurinnen auf einem Kosten/Nutzen Schema begründet wird, das mittels Rationalität (Maximierung des Nutzens bei möglichst geringen Kosten) individuelles Verhalten erklären soll. Ein Großteil der Konzepte aus dem Bereich der politischen Psychologie hingegen sieht – ganz allgemein – psychische und kognitive Verhaltensweisen als Grundlage des individuellen politischen Verhaltens. Diese Theorien betonen, dass (nicht beobachtbare) psychologische Prozesse einen Einfluss auf die Denkweise von (politischen) Akteurinnen und deren Interaktion untereinander haben (Vgl. Harder/Krosnick et al. 2009).

In diesem Punkt treffen sich sogar *Rational Choice* Konzepte und Konzepte der politischen Psychologie: Verglichen mit Downs (1957) zeigt sich, dass auch in der politikwissenschaftlichen Forschung „nur“ die Präferenzen von Akteurinnen gemessen werden

können, jedoch nicht so zentrale Aspekte wie beispielsweise „Rationalität“. Anstelle einer allgemeinen Definition von kognitiven oder psychologischen Ansätzen werden diese in der *Rational Choice* Theorie mittels ökonomischen Grundsätzen (Kosten/Nutzen, etc.) subsumiert. Dies bedeutet, dass sich Theorien aus dem Bereich der politischen Psychologie und *Rational Choice* nicht ausschließen, sondern einander ergänzen können, um das politische Verhalten von Akteurinnen zu erklären. Während *Rational Choice* sehr konkrete theoretische Annahmen über die Handlungsmöglichkeiten und Verhaltensstrategien von Akteurinnen gibt, ermöglichen Konzepte der politischen Psychologie diese mit psychologischen Prozessen zu verbinden, die als Grundlage des individuellen politischen Verhaltens dienen können. Diese Argumentation deckt sich auch mit verschiedenen Strömungen innerhalb der politischen Psychologie, die politische Phänomene anhand von einem Mix aus bisher existierenden Theorien in der Psychologie bzw. Sozialwissenschaft erklären (Vgl. Krosnick 2002).

Um diese Theorieansätze mit den bestehenden Konzepten von *Rational Choice* verbinden zu können, muss dargestellt werden, wie die Entscheidungsfindung von Akteurinnen in den Konzepten der politischen Psychologie zu sehen ist. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass individuelles Verhalten („*Choice*“) das Ergebnis von Evaluationsmechanismen ist, die auf dem Vorhandensein von Informationen, der Kapazität, diese zu verarbeiten und der Motivation, Evaluationsprozesse durchzuführen, basieren. Diese Modelle werden in der politischen Psychologie „*memory-based processing models*“ genannt und wurden erstmals von Hastie/Park (1986) beschrieben. Der Mechanismus von „*memory-based processing models*“ kann wie folgt beschrieben werden: Für die Grundlage von politischen Handlungsweisen bzw. zur Bildung von Präferenzen muss eine Akteurin an Informationen gelangen. Der Inhalt dieser Information bzw. deren Konsequenzen muss verstanden werden, damit diese in das Kurz- bzw. Langzeitgedächtnis aufgenommen werden kann. Die dort vorhandenen Informationen werden zu einem späteren Zeitpunkt wieder abgerufen, um Präferenzen zu bilden, Evaluationen durchzuführen, Handlungsstrategien zu erkennen und Verhaltensstrategien auszuwählen. Da jedoch ein Mensch einer Vielzahl von Informationen ausgesetzt wird, benötigt es einen Stimulus (Motivation), um Information aufzunehmen und zu verarbeiten. Dies bedeutet, dass mittels eines Selektionsprozesses entschieden wird, welche Informationen übernommen werden (Vgl. Baddeley/Hitch 1974, Holbrook/Krosnick et al. 2008, Miller/Krosnick 2000). Dies fügt sich sehr gut in die von Harder/Krosnick (2009)

postulierte Perspektive ein, wonach individuelles Verhalten als Kombination von Informationen, Motivation und kognitiven Fähigkeiten gesehen werden kann.

Aus meiner Sicht ist diese Ergänzung des theoretischen Rahmens sehr erfolgversprechend, um die Differenz zwischen Theorie und Empirie der bisherigen Modelle zu erklären, da sowohl Theorien der politischen Psychologie als auch *Rational Choice* mit Konzepten wie Motivation oder Informationen arbeiten. Dementsprechend könnte diese Verknüpfung die in Kapitel 2 beschriebenen theoretischen Lücken schließen. Während Motivation in *Rational Choice* Modellen einer Funktion der erwarteten Vorteile („*Benefits*“) entspricht, ist die Definition von Motivation in der politischen Psychologie weiter gefasst. Hierbei sind Impulse zu verstehen, um Informationen aufzunehmen, diese in das Gedächtnis zu überführen, sowie einen Evaluationsprozess durchzuführen. In den bisherigen Modellen aus Kapitel 2 wird Motivation nur im Kontext des Evaluationsprozesses dargestellt. In Bezug auf die Informationen geht *Rational Choice* davon aus, dass diese vorhanden sind, um Evaluationen durchzuführen. Des Weiteren wird die Informationsbeschaffung als Kostenfaktor gesehen. Der letztgenannte Punkt entspricht in Modellen der politischen Psychologie dem Stimulus zur Informationsaufnahme. Ich gehe davon aus, dass das Zusammenspiel von Motivation, Information sowie kognitiven Fähigkeiten die Grundlage für die Präferenzbildung von Akteurinnen bildet, aufgrund derer das individuelle Verhalten (in unserem Fall die Partizipation an Wahlen) erklärt werden kann.

Während sich diese Dissertation auf die psychologischen Grundlagen zur Bildung von Präferenzen bzw. Evaluationen konzentriert, lässt ein Blick auf frühere Studien erkennen, dass sozialpsychologische Verhaltensweisen generell einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen, auf die abschließend kurz eingegangen werden soll. Huckfeldt (1979) zeigt, dass der sozioökonomische Status der Nachbarschaft einen Einfluss auf die individuelle Partizipation an Wahlen hat. Je höher dieser ist, desto eher gehen Personen zur Wahl. So gehen Personen mit einem geringen Bildungsgrad öfters zur Wahl, wenn diese in einer Nachbarschaft leben, die ebenfalls einen geringen Bildungsgrad aufweist, verglichen mit Personen, die in einem höher gebildeten Umfeld leben, als sie selbst. Huckfeldt erklärt dies damit, dass Personen sich selbst mit ihrem Umfeld vergleichen und motivierter sind, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, wenn diese sich als (besonders) qualifiziert betrachten. Ein anderes Beispiel ist

Vertrauen. Timpone (1998) oder Cox (2003) zeigten, dass Personen, die anderen Menschen eher vertrauen, vermehrt an Wahlen teilnehmen. Ein geringes zwischenmenschliches Vertrauen – so die Autoren – kann sich darauf auswirken, wie korrupt beispielsweise ein politisches System gesehen wird. Je geringer das Vertrauen in andere Personen bzw. das politische System ist, desto geringer ist die Motivation, an Wahlen teilzunehmen. Bürgerpflicht („*civic duty*“) wird ebenso als sozialpsychologischer Faktor gesehen. Die Motivation, an Wahlen teilzunehmen, wird hierbei als Identifikationsprozess gesehen (Vgl. Harder/Krosnick et al. 2009). Bürgerpflicht in diesem Sinne bedeutet eine Identifikation mit der Gesellschaft als Kollektiv sowie der daraus folgenden Identifikation mit demokratischen Prozessen zur Herrschaft des Kollektivs. Besonders erwähnenswert ist neben der Klassifikation der Bürgerpflicht als sozialpsychologische Variable (verglichen mit der Anwendung in *Rational Choice* Modellen), das Beruhen habituellen Wahlverhaltens auf sozialen und psychologischen Faktoren. In vielen Theorien aus dem Bereich der politischen Psychologie ist Wählen ein selbstverfestigendes Verhaltensmuster. Dies bedeutet, dass die sozialen und psychischen Belohnungen („*rewards*“) sich nach dem Wahlakt ins Gedächtnis einprägen und als Motivationsgrundlage für nachfolgende Wahlen gesehen werden können (Vgl. Nie/Verba 1972, Gerber/Green et al. 2003, Harder/Krosnick et al. 2009).

Hier schließt sich der Kreis zu dem Beginn dieses Unterkapitels: Ohne die Berücksichtigung von individuellen Ressourcen, die auf Konzepten der politischen Psychologie basieren, ist es nicht möglich, individuelles (Wahl-)verhalten realistisch abzubilden. Wie die soeben erfolgte Debatte gezeigt hat, lässt sich der Einfluss von themenbasierten Faktoren wie *Alienation* oder *Indifference* auf die Wahlbeteiligung nur mehr unter Berücksichtigung von psychischen und kognitiven Verhaltensweisen analysieren, da diese zentrale Faktoren im Entscheidungsfindungsprozess darstellen. Die folgenden Unterkapitel beschäftigen sich damit, inwiefern die genannten Charakteristika den Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auf das individuelle Verhalten beeinflussen.

3.2 Der Einfluss von Wissen, politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten auf die Relevanz von Policies

Beinahe jeder Ausdruck individuellen Verhaltens kann als motivationsbasiertes Handeln dargestellt werden, das sich durch ein Set von Präferenzen ergibt. Dies bedeutet, dass Personen ihren *Output* (Verhalten) gegeben dem vorhandenen *Input* - wozu wir auch individuelle Ressourcen wie die zur Verfügung stehenden Informationen zählen können - maximieren. Dies geschieht auch, wenn Akteurinnen nicht alle zur Verfügung stehenden Informationen besitzen. Ein Blick auf die große Anzahl an wissenschaftlichen Studien zeigt, dass es beinahe eine triviale Erkenntnis ist, dass sich der Umfang an Informationen, die eine Person besitzt, sich auf ihr Verhalten auswirkt. Verhaltensbasierte Entscheidungen, unabhängig davon, ob diese nun rational sind oder nicht, begründen sich auf das Vorhandensein von Informationen. Ziel dieses Abschnittes ist es daher, die bisherigen Forschungsergebnisse miteinzubeziehen und diese im Kontext der politischen Psychologie als Kernelement für „*memory-based processing models*“ zu verwenden. Wie sich zeigen wird, gibt es in der Debatte über den Wissensstand (also die Menge der verfügbaren Information) viele Beiträge, die sich mit dem Wissensstand an sich und dessen Variation von Person zu Person beschäftigen, jedoch wird nur selten debattiert, ob und wie sich diese Variation auf den Einfluss von politischen Themen in Bezug auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Gleichzeitig wird aufgezeigt, dass die bisherige Debatte meist ein zentrales Element außer Acht lässt: Der Einfluss des Wissensstandes bzw. der Menge an Informationen auf das individuelle Verhalten (sprich der Verwendung der Informationen für die Bildung von Präferenzen bzw. der Auswahl von Handlungsalternativen) ist zwingend verknüpft mit den individuellen kognitiven Kapazitäten einer Akteurin. Nicht allen Akteurinnen gelingt es gleich gut, vorhandene Informationen als Basis für individuelles Verhalten zu verwenden. Wenn wir nun Informationen in unsere Modelle einfließen lassen wollen, müssen wir daher den gesamten Prozess der Informationsgewinnung und –verarbeitung berücksichtigen. Dies geschieht einerseits bei der Verwendung von vorhandenen Informationen (siehe Kapitel 3.3, *politische Versiertheit*), als auch bei der Auswahl und Aufnahme von Informationen. Es wird in diesem Kapitel gezeigt, dass *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* eine zentrale Rolle für die Aufnahme an Informationen (und deren Menge) darstellt und – je nach Menge der Aktivitäten – einen Einfluss auf die Rolle von *themenbasierter Wahlenthaltung* besitzt.

Dieses Unterkapitel ist wie folgt gegliedert: Zu Beginn wird dargestellt, welche Rolle Informationen bei der politischen Partizipation spielen und wie diese in bisherigen *Rational Choice* Modellen behandelt wurden. Anschließend wird gezeigt, dass der Prozess der Informationsgewinnung und –verarbeitung stark mit den kognitiven Kapazitäten einer Akteurin zusammenhängt. Basierend auf diesen Erkenntnissen wird in dieser Arbeit argumentiert, dass der Aufnahmeprozess (also die Aktivitäten) von Informationen ein zentrales Element für den Einfluss von *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Beteiligung an Wahlen darstellt.

3.2.1 Relevanz von Informationen für die politische Partizipation von Akteuren und deren Anwendung in Rational-Choice Modellen

Wenn wir davon ausgehen, dass Informationen ein wesentliches Element des persönlichen Verhaltens sind, so sollte es nicht überraschen, dass dies auch für politische Aktivitäten gilt. So zeigt sich, dass die Menge an vorhandenen Informationen positiv mit der Wahlbeteiligung korreliert. Eine Vielzahl an Studien konnte empirisch nachweisen, dass je mehr eine Person über Politik beziehungsweise politische Themen weiß, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person auch an einer Wahl partizipiert (Vgl. u.a. Palfrey/Poole 1987, Tóka 2002,2004). Informationen sind eine Voraussetzung zur Bildung von eigenen Präferenzen in politischen Themenfeldern. Ebenso werden Informationen über die zur Wahl stehenden Parteien und Kandidaten benötigt, um diese evaluieren zu können, und die erhaltenen Evaluationen in den Entscheidungsfindungsprozess miteinzubeziehen. Dies hat zur Folge, dass ein Mangel an Informationen zu Problematiken in Bezug auf die Präferenzbildung, sowie die Fähigkeit, Parteien und Kandidatinnen zu evaluieren, mit sich bringen sollte. Im Extremfall, so argumentieren Palfrey und Poole (1987), bedeutet dies, dass eine Person, die über die Positionierung von Parteien/Kandidatinnen in verschiedenen Themenfeldern komplett uninformiert ist, und auch sonst kaum/keine Informationen über deren Charakteristika besitzt, de facto keine Basis besitzt, aufgrund derer diese Person eine politische Präferenz (wie die Teilnahme an einer Wahl oder die Wahl einer bestimmten Partei/Kandidatin) ausdrücken kann. Dies ist unabhängig von der Motivation einer Akteurin. Auch wenn eine Person eine politische Präferenz – beispielsweise die Teilnahme an einer Wahl – ausdrücken möchte, so ist dies nur eine notwendige, jedoch nicht eine hinreichende Bedingung. Erst die Erlangung von

Informationen (als Grundlage für die Präferenzbildung) ermöglicht einer (hoch) motivierten Akteurin die Ausführung einer expressiven Verhaltensweise. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich dies mit der Annahme über die allgemeinen Verhaltensweisen von individuellen Akteurinnen in Konzepten der politischen Psychologie (siehe Einleitung dieses Kapitels) deckt. So schreibt beispielsweise Tóka (2004), dass die individuellen politischen Einstellungen sehr stark von der vorhandenen Informationsmenge abhängt. Dementsprechend können diese – genauso wie individuelles Verhalten, das auf diesen Einstellungen beruht – nur dann in theoretischen Modellen verwendet werden, wenn die Menge an Informationen (Akquisition und Wiedergabe von Informationen) berücksichtigt wird. Wenn wir nun die Modelle aus dem vorhergehenden Kapitel berücksichtigen, so sehen wir, dass Informationen als Kontexteffekt bzw. individuelle Ressource gesehen werden kann, die für die Erklärung des individuellen Verhaltens als notwendig anzusehen ist.

In den meisten *Rational Choice* Modellen, insbesondere in räumlichen Modellen („*spatial voting*“), die auf politische Themen basieren, besteht die Grundannahme, dass alle Personen den gleichen Wissensstand besitzen. Dieser ist, je nach Argumentationsgang, entweder vollständig (alle Akteurinnen besitzen alle relevanten Informationen) oder zumindest in einem ausreichendem Maße vorhanden, sodass eigene Präferenzen gebildet, Parteien und Kandidatinnen evaluiert und dementsprechend rationale Entscheidungen getroffen werden können (Vgl. u.a. Fiorina 1990, Morton 2006, Mutz 2007, Hamlin/Jennings 2011). Diese Grundannahmen werden jedoch von vielen empirischen Studien widerlegt. Obwohl Akteurinnen in modernen westlichen Demokratien an einer Vielzahl von politischen Aktivitäten partizipieren (können), die geeignet sind, um Informationen über politische Themen zu erlangen (siehe Gilens 2001), sind die meisten Bürgerinnen weit davon entfernt, alle relevanten Informationen zu besitzen. Konträr zu den oben genannten Annahmen zeigt sich, dass viele Personen nur über ein sehr geringes Maß an Informationen verfügen und in einigen Fällen sogar grundlegendes Wissen über Parteien und deren politische Positionierungen nicht vorhanden ist (Popkin 1991, 1993, Morton 2006). Mehr noch, der Wissensstand über politikspezifische Themen (*Policies*) variiert deutlich. So zeigen Delli Carpini und Keeter (1996) oder Gilens (2001), dass der Anteil an korrekten Antworten zu

expliziten politischen Themen zwischen 12 Prozent und 75 Prozent variiert²³. Dies zeigt, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Personen über einen ausreichenden oder gar vollständigen Wissensstand verfügen. Mehr noch zeigt sich, dass die Annahme, dass alle Personen (annähernd) gleich viele Informationen besitzen, nicht gehalten werden kann. Diese bemerkenswerte Erkenntnis führt zu zwei wichtigen Fragen: *Warum ist der Informationsstand so gering – bzw. variiert so stark - und welche Auswirkung hat dies auf das politische Verhalten, insbesondere, wenn dieses Verhalten auf den Einstellungen in politischen Themen basieren soll?*

In Bezug auf die erste Frage argumentiert Downs (1957), dass Bürgerinnen die benötigten Informationen im Verlauf ihrer täglichen Aktivitäten „zufällig“ gewinnen. Sporadischer Nachrichtenkonsum im Fernsehen oder in Zeitungen, sowie politische Debatten im Freundes-Bekannt- und Familienkreis sollten dazu führen, dass Personen an alle relevanten Informationen gelangen. Ein prominentes Gegenargument zu der These, dass Personen bei-läufig alle notwendigen Informationen für die Entscheidungsfindung erlangen, liefern andere *Rational Choice* Ansätze. So wird unter anderem von Fehrejohn/Fiorina (1974) und Morton (2006) vorgebracht, dass Wählerinnen nur einen geringen Anreiz besitzen, Informationen über Parteiprogramme oder thematische Positionierungen von Kandidatinnen zu erlangen. Dies wird damit begründet, dass die Akquisition von Informationen für eine Akteurin einen Kostenpunkt darstellt. So müssen verschiedenste Ressourcen wie Zeit oder Geld dafür verwendet werden, um an diese Information zu gelangen. Aus dieser Perspektive ist es nicht rational, neue Informationen zu erlangen, da der Mehrwert dieser neuen Informationen nicht die Kosten der Informationsgewinnung übersteigt. Dies bedeutet, dass die zu erwartenden Vorteile für den Entscheidungsprozess, die durch neue Informationen geliefert werden (z.B. akkuratere Einschätzung der Positionen von Parteien und Kandidatinnen oder eine bessere Abschätzung der zu erwartenden Ereignisse bei bestimmten Wahlausgängen), durch einen erheblichen Anstieg der Informationskosten marginalisiert würden. Jedoch kann diese Argumentation die bisherigen Forschungsergebnisse nur bedingt erklären. Würden alle Akteurinnen nach diesem „rationalen“ Kosten/Nutzen Schema operieren, wäre es nie rational, Information zu gewinnen. Dies würde zudem von Palfrey und Poole erwähnten „*worst-case*“ Szenario führen, mit einem Elektorat, das keine oder nur kaum Informationen besitzt. Wäre

²³ In diesen Studien werden mittels wissensbasierenden Fragestellungen getestet, ob Personen Fakten zu politischen Themen bzw. die Position von politischen Parteien kennen.

dies der Fall, so wäre es unmöglich, Präferenzen zu bilden und sich gemäß den Annahmen von *Rational Choice* zu verhalten. Ein zweiter Aspekt behandelt die Variation des Wissensstandes (also der vorhandenen Menge an Informationen). Folgt man dem Argument von Morton und Fiorina, ist davon auszugehen, dass es innerhalb des Elektorates kaum oder nur geringe Unterschiede im Wissensstand gibt. Wie jedoch schon erwähnt wurde, ist dies nicht der Fall. Demzufolge kann mittels Kosten/Nutzen Relation zwar erklärt werden, weshalb ein geringes Informationsniveau vorhanden sein könnte, jedoch nicht die Variabilität innerhalb der Bevölkerung.

Hobolt und Wittrock (2011) oder de Vries et al. (2011) argumentieren, dass die Erlangung von Informationen zwar einen zeit- und kostenintensiven Prozess darstellt, diese jedoch durch die individuelle Motivation, an Informationen zu gelangen, überlagert wird. Sie argumentieren damit, dass zusätzliche Informationen die individuelle Unsicherheit in Bezug auf den Wahlausgang reduzieren. Ein erhöhter Wissensstand ermöglicht es einer Akteurin präzisere Präferenzen zu formulieren und erleichtert den Entscheidungsprozess, da mehr Informationen über Parteien und Kandidatinnen zur Verfügung stehen. Dies ist insbesondere der Fall, je geringer der Wissensstand einer Akteurin ist. Bei zu geringem Wissensstand ist es demnach nicht (oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich), die Konsequenzen eines Wahlausganges zu bestimmen. Dies ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil für das individuelle politische Verhalten. Eine andere Argumentation bezüglich des unterschiedlichen Informationsniveaus liefert Fiorina (1990). Ausgangspunkt dieses Argumentes sind die Kosten der Informationsgewinnung. Fiorina argumentiert, dass die Kosten für ein und dieselbe Information von Person zu Person unterschiedlich sind. Als Hauptgrund hierfür wird das Interesse an Politik genannt. Für Personen mit einem (sehr) hohen Interesse an Politik, ist die Motivation an Information zu gelangen sehr hoch. Dadurch, dass diese Personen „*politische Enthusiasten*“ (Fiorina) sind, finden diese Vergnügen daran, sich mittels persönlichen Gesprächen oder Nachrichtenkonsum politische Informationen anzueignen. Dies hat zur Folge, dass die benötigten Ressourcen (z.B. Zeit) sehr gering sind. Dementsprechend moduliert das Interesse an Politik den Wissensstand einer Person und erklärt die Variabilität innerhalb der Bevölkerung.

3.2.2 Politische und informationsgewinnende Aktivitäten

Wie der vorhergehende Abschnitt zeigt, ist die Debatte über das Ausmaß und den Einfluss von Informationen (bzw. des Wissensstandes) vielfältig und bietet unterschiedlichste Argumentationsstränge für die Variation des Informationsniveaus von individuellen Akteurinnen. Jedoch wird in den allermeisten Beiträgen ein zentraler Aspekt nicht berücksichtigt. Bei der Frage, welchen Einfluss Informationen auf das (Wahl-)Verhalten besitzen, wird davon ausgegangen, dass Akteurinnen die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen bei der Bildung von Präferenzen bzw. der Auswahl von Handlungsoptionen nutzen. Dies ist jedoch kein trivialer Vorgang. Ähnlich wie zu Beginn des Kapitels kann auch hier argumentiert werden, dass zwei Akteurinnen mit dem selben Informationsniveau (und identen Mechanismen für die Entscheidungsfindung) zu unterschiedlichen Resultaten (sprich Positionen bzw. individuellem Verhalten) führen kann. Dies liegt daran, dass die Verwendung von Informationen mit den kognitiven Kapazitäten einer Person verbunden ist. Die Aufnahme und Verarbeitung von Informationen (deren Summe oftmals als Wissensstand definiert wird) ist ein komplexer Prozess und manchen Akteurinnen gelingt dieser besser als anderen (Popkin 1993, Tóka 2002, Krosnick et al. (2002)). Dies bedeutet, dass in den allermeisten Fällen über den Einfluss des Wissensstandes gesprochen wird, obwohl es tatsächlich um eine Kombination von kognitiven Fähigkeiten und den vorhandenen Informationen handelt (siehe Holbrook/Krosnick 2008). (Die Menge an) Informationen (mag)/mögen zwar relevant für den Entscheidungsbildungsprozess sein, jedoch ist es schwierig, diesen von anderen Faktoren zu trennen und als eigenständigen Faktor in die Modellbildung einfließen zu lassen. Dies bedeutet nicht, dass wir Informationen bzw. Wissen nicht in unsere Modelle einfließen lassen können. Jedoch müssen wir uns diesen Prozess etwas genauer ansehen und komplexere Annahmen treffen, um dies zu bewerkstelligen.

Krosnick et al. (2002) stellt diesen komplexen Prozess sehr gut dar: Eine Akteurin wird täglich einer Flut von Informationen ausgesetzt, wobei nicht alle möglichen Informationen auch aufgenommen werden. Dies hängt einerseits mit der Komplexität (Umgang mit zur gleichen Zeit zur Verfügung stehenden Informationen) des Prozesses, als auch mit den individuellen Kapazitäten - nicht alle Informationen können auch aufgenommen werden - zusammen. Demensprechend ist der Zugang zu Informationen nur ein Teil eines langwierigen

Prozesses. Aus der Flut von Informationen wählt eine Person eine gewisse (abzählbare) Menge aus, die aufgenommen und verarbeitet wird. Dieser Auswahlmechanismus liegt diversen Anreizen zu Grunde, z.B. dem Interesse an einem Thema. Zu einem späteren Zeitpunkt werden die gesammelten Informationen dazu verwendet, um Präferenzen zu erstellen bzw. Handlungsoptionen während des Entscheidungsfindungsprozesses auszuwählen. Diese Prozesse werden jedoch durch die kognitiven Fähigkeiten einer Akteurin²⁴ beeinflusst. Ganz allgemein können wir diesen Prozess auf zwei zentrale Aspekte verdichten: dem Prozess der Aufnahme von Informationen und deren Wiedergabe bzw. Verwendung als Grundlage für individuelle Verhaltensweisen. Während letztgenanntes Teil des kommenden Unterkapitels (3.3 *politische Versiertheit*) ist, wollen wir uns an dieser Stelle auf die Aufnahme von Informationen konzentrieren.

Zentral hierfür ist die Frage: Wie kommen Akteurinnen an Informationen? Wie wir zu Beginn dieses Unterkapitels beschrieben haben, gibt es für eine Akteurin unterschiedliche Anreize sich Informationen anzueignen. Generell gesprochen sehen wir in der Literatur der politischen Psychologie zwei Prozesse mittels derer eine Person an Informationen über ein Objekt (Partei, Politikerin, etc.) gelangen kann (Krosnick et al. 2002, Biek/Rhodes 1993, Perse 1990, Nie et al. 1996): Einerseits durch direkte Erfahrungen mit dem jeweiligen Objekt, andererseits durch Aktivitäten, die es erlauben, Informationen über das jeweilige Objekt zu gewinnen (z.B. Zeitungskonsum, persönliche Gespräche etc.). Krosnick weist darauf hin, dass insbesondere letztgenanntes – sprich *informationsgewinnende Aktivitäten* – im Falle von politischen Themen eine Rolle spielen. Da bei einer sehr allgemeinen Definition ein Teilbereich dieser Aktivitäten (z.B. Besuch einer Wahlveranstaltung, Diskussion über politische Themen) auch unter den Begriff politische Partizipation fällt, ist es aus meiner Sicht angebracht von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* zu sprechen. Diese Aktivitäten werden dazu verwendet, um Informationen zu erlangen, mit deren Hilfe eine Vielzahl von Prozessen bewältigt werden kann (Holbrook/Krosnick 2008):

²⁴ Für eine detaillierte Darstellung über den Zusammenhang von Informationen und kognitiven Fähigkeiten siehe Krosnick et al. (2002) bzw. Kapitel 3.3.

- mittels *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* erlangt eine Akteurin Informationen, die als Basis dienen um Vor- und Nachteile von verschiedenen *Policy-Positionen* zu erkennen
- ebenso ermöglicht die Informationsgewinnung durch Aktivitäten die Verknüpfung zwischen verschiedenen *Policy-Positionen* von Akteurinnen und den persönlichen Interessen einer Person
- es werden Informationen erlangt, die es einer Person erlauben, bestimmten Akteurinnen (z.B. Parteien) eine *Policy-Positionen* zuzuordnen

Ungeachtet der Problematik um die Verknüpfung mit kognitiven Fähigkeiten zeigen verschiedenste Studien (beispielweise Tóka 2004 oder Mutz 2007) einen Zusammenhang zwischen der Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* und der Menge an Informationen, die eine Akteurin besitzt (Wissensstand). Zusammengefasst bilden *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* den Grundstock für die Informationen, die zu einem späteren Zeitpunkt im individuellen Entscheidungsfindungsprozess verwendet werden.

Nun stellt sich die Frage, welche Auswirkungen *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* auf den Einfluss von Faktoren, die auf *themenbasierter Wahlenthaltung* basieren (sprich *Alienation* und *Indifference*), haben. Hierbei gehe ich davon aus, dass die Anzahl an durchgeführten Aktivitäten den Einfluss von *Alienation* und *Indifference* auf die individuelle Wahlbeteiligung moderiert. Beginnen wir mit Personen, die nie oder nur sehr sporadisch *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* durchführen. Wir wissen angesichts verschiedenster Studien (u.a. Popkin 1991, Tóka 2002, 2004), dass Personen auch mit einer geringen Anzahl an Informationen (beziehungsweise einer geringen Anzahl an Aktivitäten) sinnvolle und nachvollziehbare Entscheidungen treffen können – Stichwort „*bounded rationality*“ – jedoch muss ein Mindestmaß an Aktivitäten durchgeführt werden, um *Policies* zu einem späteren Zeitpunkt zu berücksichtigen. So schreiben u.a. Delli Carpini und Keeter, dass: „... *citizens still need to have more specific information about public officials, political parties, and public policy ... Without such information any shortcut to political decision making will lose its efficacy*“ (Delli Carpini/Keeter 1996, S.55). Es ist daher anzunehmen, dass Akteurinnen, die eine keine bzw. eine minimale Anzahl an informationsgewinnenden

Aktivitäten durchführen, in Bezug auf politische Themen keine Präferenzbildung bzw. Evaluationen, die darauf basieren, ausführen können. Dies liegt u.a. daran, dass von Wahl zu Wahl neue Akteurinnen (Personen oder Parteien) auftreten, bzw. Akteurinnen ihre Positionen ändern können. Wenn eine Person nicht ein Mindestmaß an Aktivitäten aufweist, fehlt die Basis um persönliche Präferenzen mit denen von politischen Akteurinnen zu vergleichen. Dementsprechend marginalisiert dies den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Entscheidung, ob an einer Wahl teilgenommen wird oder nicht. Mit einer ansteigenden Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* ist davon auszugehen, dass auch der Einfluss von *Alienation* und *Indifference* (Allgemein ausgedrückt: von politischen Themen) auf die Wahlbeteiligung steigt.

Dieser Anstieg des Einflusses von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* ist jedoch nicht linear. Ich gehe davon aus, dass der Einfluss von politischen Themen bzw. *Alienation* und *Indifference* bei Personen, die eine sehr hohe Anzahl an Aktivitäten durchführen wieder abnimmt. Diese Argumentation begründet sich auf den Ergebnissen von Wells et al. (2009) bzw. Huckfeld et.al (2010). Huckfeld und Wells argumentieren, dass der Wert von Informationen, bzw. Aktivitäten die zu diesen führen, für menschliche Entscheidungsprozesse unterschiedlich stark sei. Personen, die überdurchschnittlich oft informationsgewinnende Aktivitäten durchführen (von Mutz auch „*political news junkies*“ genannt) weisen oft systematisch verzerrte Einstellungen betreffend den Evaluierungen der politischen Parteien auf. Dies erklärt sich dadurch, dass eine sehr hohe Anzahl an Aktivitäten (bzw. dem dazu führenden hohen Wissensstand) mit der Parteiidentifikation und politischem Interesse korreliert. Huckfeld und Wells zeigen, dass die Evaluation von Parteien oder Kandidatinnen bei Personen, die sich mit einer Partei identifizieren, systematisch von Personen ohne Parteiidentifikation unterscheiden. So ist laut den Autorinnen davon auszugehen, dass sich die Auswahl von Handlungsoptionen (in unserem Fall ob an einer Wahl teilgenommen wird oder nicht) nach der Loyalität bzw. der Identifikation mit einer Partei richtet. Dabei (siehe Kuklinski et al. 2000) kann es durchaus vorkommen, dass zwischen Akteurinnen und der präferierten Partei größere inhaltliche Unterschiede in bestimmten Themenfeldern vorkommen. Dieses Verhalten jedoch widerspricht den theoretischen Annahmen von *Alienation* und *Indifference*. Daher können wir davon ausgehen, dass bei Personen mit der höchsten Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* wieder abnimmt, wodurch

erklärt werden kann, warum Akteurinnen an einer Wahl teilnehmen, obwohl sie als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden können.

Der Einfluss von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* auf *Policies* bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* kann daher wie folgt zusammengefasst werden: für Personen mit der geringsten (bzw. einer minimalen) Anzahl an Aktivitäten ist der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Wahlbeteiligung am geringsten, da nicht genügend Informationen gesammelt werden, *Policies* in den Entscheidungsfindungsprozess miteinzubeziehen. Ebenso ist der Einfluss von *Policies* auf die Wahlbeteiligung für Personen mit der höchsten (bzw. überdurchschnittlichen) Anzahl an Aktivitäten gering, da diese Personengruppe ihr Verhalten verstärkt anhand der Parteiidentifikation und anderen Faktoren ausrichtet, wodurch auf *Policies* basierende Faktoren marginalisiert werden. Demzufolge ist der Einfluss von *Policies* respektive *Alienation* und *Indifference* bei Personen, die nicht den genannten Gruppen angehören, also eine mittlere bzw. geringe Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* durchführen, am größten. Während wir uns in diesem Unterkapitel der Aufnahme von Informationen und deren Auswirkungen konzentriert haben, gilt es nun darzustellen, inwiefern die Wiedergabe von Informationen – samt kognitiven Kapazitäten – das individuelle Wahlverhalten prägt.

3.3 Politische Versiertheit als Grundlage des Wahlverhaltens

Eine große Strömung innerhalb der politischen Psychologie beschäftigt sich mit persönlichen Charakteristika und deren Auswirkungen auf Situationen, die essenziell für die Partizipation in einem politischen System sind. Diese persönlichen Charakteristika umfassen beispielsweise das Ausmaß an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*, dem Wissensstand über politische Partizipation, oder die Fähigkeit einer Person, politische Informationen zu verarbeiten. Da die Menge an Auswahlmöglichkeiten in Bezug auf das Entscheidungsverhalten für Personen sehr groß ist, widmet sich einer der aktivsten Bereiche der politischen Psychologie der Frage, wie Einzelpersonen mit Informationen umgehen, um Entscheidungen zu treffen (Vgl. Mutz 2007). Dies ist insofern von Interesse, da wir (wie in der Einleitung sowie in Kapitel 3.1 besprochen) nicht davon ausgehen können, dass der

Umgang mit Informationen bei allen Menschen gleich ist. Bisher haben wir dies mit dem Begriff „*kognitive Fähigkeiten*“ bezeichnet - Was genau ist damit gemeint und inwiefern wirkt sich dies auf politische Prozesse im Allgemeinen, das Wahlverhalten und den Einfluss von *Policies* (*Alienation, Indifference*) im Speziellen aus? Das Ziel dieses Unterkapitels ist es, diese Fragen zu beantworten, sowie zu konkretisieren, welche Rolle kognitive Differenzen in dem verwendeten theoretischen Modell besitzen.

Die Gliederung ergibt sich wie folgt: Zu Beginn erfolgt eine Begriffsdefinition kognitiver Fähigkeiten sowie des darauf aufbauenden Begriffs der *politischen Versiertheit* (engl.: „*political sophistication*“). Es wird dargestellt, inwiefern die *politische Versiertheit* relevant für den individuellen Entscheidungsprozess ist und welche Erwartungen wir aus politikwissenschaftlicher Sicht betreffend den Zusammenhang zwischen *politischer Versiertheit* und der Partizipation in politischen Prozessen haben. Anschließend folgt eine kurze Debatte, welchen Einfluss die *politische Versiertheit* einer Akteurin auf die Partizipation an Wahlen besitzt, sowie die Einflussnahme der *politischen Versiertheit* auf die Relevanz von politischen Themen (*Policies*) in Wahlauseinandersetzungen. Es wird gezeigt, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* durch andere Faktoren überlagert werden können, wodurch diese an Relevanz im Entscheidungsfindungsprozess verlieren.

3.3.1 Definition und Charakteristika von politischer Versiertheit

Anknüpfend an Bargh und Thein (1985) muss eine Person eine adäquate Aufbereitungs- bzw. Verarbeitungskapazität besitzen, um Informationen in den Entscheidungsbildungsprozess einfließen zu lassen. Bei einer zu geringen Kapazität, so die Autoren, fühlen sich Akteurinnen überfordert, eigene Präferenzen zu bilden bzw. die vorhandenen Auswahlmöglichkeiten in Bezug auf das Entscheidungsverhalten zu evaluieren, selbst dann, wenn eine erhöhte Motivation vorhanden ist, dies zu tun (Vgl. Bargh/Thein 1985). Dementsprechend kann der Begriff „*kognitive Fähigkeiten*“ als individuelle Fähigkeit definiert werden, vorhandene Informationen zu verarbeiten, um diese für die Bildung von Präferenzen einerseits, als auch zur Auswahl von Handlungsoptionen und Verhaltensstrategien andererseits, zu nutzen. Diese – sehr allgemeine – Definition stellt jedoch nur die Funktion von spezifischen individuellen

Charakteristika sowie deren Auswirkungen dar. Um nun darstellen zu können, inwiefern sich dies auf die Evaluation und Präferenzbildung von Akteurinnen auswirkt, muss definiert werden, welche Komponenten der Begriff „*kognitive Fähigkeiten*“ beinhaltet, und welche Rolle diese in Entscheidungsprozessen spielen. Die Fähigkeit, Informationen zu verarbeiten, basiert auf kognitiven Strukturen bzw. kognitiven Schemata (siehe Aldrich 1993). Kognition ist ein „*Sammelname für alle Vorgänge oder Strukturen, die mit dem Gewährwerden und Erkennen zusammenhängen, wie Wahrnehmung, Erinnerung (Wiedererkennen), Vorstellung Begriff, Gedanke, aber auch Vermutung, Erwartung, Plan und Problemlösen*“ (Kaminski/Neisser 1994, S. 387). Unter dem Begriff „*Kognition*“, der in der (politischen) Psychologie nicht einheitlich verwendet wird, geht es um Informationsverarbeitung im Gehirn. Also um alle Denk- und Wahrnehmungsprozesse und deren Auswirkung auf das individuelle Verhalten (Vgl. Luskin 1987). Nach Luskin (1987) umfasst Kognition drei Dimensionen: Ausmaß, Bandbreite und Organisationsschema. Die politischen Kognitionen, die eine Person besitzt, zusammen mit dem Organisationsschema (also wie die Kognitionen miteinander verbunden sind), werden in der politischen Psychologie als „*political belief system*“ (PBS) bezeichnet (Luskin 1987). Demzufolge definiert Luskin *politische Versiertheit* (engl. „*political sophistication*“) wie folgt: „*A person is politically sophisticated to the extent to which his or her PBS is large, wide-ranging, and highly constrained. ... In schematic terms, similarly, political sophistication is the number, diversity and organization (both internal and interschema) of a person's political schemata.*“ (Luskin 1987, S.860). Da jedoch, ebenso wie bei Kognition, die Begriffsdefinition von *politischer Versiertheit* in der akademischen Debatte variiert, ist es notwendig darzustellen, welche Merkmale *politische Versiertheit* besitzt und wie sich diese auf den Entscheidungsprozess auswirkt. Basierend auf Luskin (1987), Sidanius/Lau (1989) oder Highton (2009) ist *politische Versiertheit* die Basis, aufgrund deren individuelle Akteurinnen Informationen für politische Entscheidungsprozesse nutzen. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich *politische Versiertheit* auf folgende Bereiche auswirkt:

- Verarbeitung und Abruf von (politischen) Informationen
- die Verwendung von Informationen, um realistische Prognosen in Bezug auf politische Ereignisse oder die Auswirkung von *Policy* Positionen zu treffen

- das Partizipieren an spezifischen Aktivitäten auf Basis der genannten Aktivitäten (siehe Punkt 2)

Basierend auf der soeben erfolgten Debatte, sowie in Einklang mit der Literatur der (politischen) Psychologie, verwende ich den Begriff „*politische Versiertheit*“ in dieser Arbeit wie folgt: *Politische Versiertheit* entspricht der Kapazität, Informationen für die Bildung von Präferenzen abzurufen, politische Positionierungen anderer Akteurinnen zu evaluieren, sowie realistische Prognosen in Bezug auf politische Ereignisse oder der Auswirkung von *Policy* Positionen zu verwenden.

3.3.2. Der Einfluss von politischer Versiertheit auf das individuelle Verhalten

Nachdem wir nun den Begriff sowie die Auswirkungen von *politischer Versiertheit* auf den politischen Entscheidungsprozess definiert haben, stellt sich die Frage, ob und inwiefern sich *politische Versiertheit* in dem spezifischen Kontext unserer Forschungsfrage auswirkt. Hierzu werden sich die folgenden Absätze dem Einfluss von *politischer Versiertheit* auf die Wahlbeteiligung einerseits, sowie den Einfluss von politischen Themen auf das Wahlverhalten andererseits widmen. Zu Beginn sollte festgestellt werden, dass *politische Versiertheit* einen Einfluss auf die Partizipation an Wahlen besitzt. Eine Vielzahl von Studien zeigt, dass mit einem zunehmenden Grad an *politischer Versiertheit* auch die Wahlbeteiligung steigt (u.a. Emler/Frazer 1999, Denny/Doyle 2008, Burden 2009). So zeigt Burden, dass Personen mit hoher *politischer Versiertheit* auch abstrakte Sachverhalte in den Entscheidungsfindungsprozess integrieren können. Dementsprechend verfügen diese Personen über ein besseres Verständnis von Politik, und eine erhöhte Motivation, um an Wahlen teilzunehmen. Politisch versierten Menschen fällt es zudem leichter, die zum Teil zeit- und ressourcenaufwändigen Prozesse der Wählerregistrierung durchzuführen (Vgl. Delli Carpini und Keeter 1996). Denny und Doyle (2008) verweisen auf Studien, die zeigen, dass Personen mit hoher *politischer Versiertheit* auch oft ein hohes politisches Interesse sowie einen höheren Bildungsgrad aufweisen, beides Parameter, die in vorhergehenden Studien mit einer erhöhten Wahlbeteiligung in Verbindung gebracht werden konnte. Denny und Doyle zeigten, dass *politische Versiertheit* im Zusammenspiel mit dem Interesse an Politik sowie

dem Bildungsgrad einen positiven Einfluss auf die individuelle Beteiligung an Wahlen besitzt.

Politische Versiertheit spielt jedoch nicht nur bei der Partizipation an Wahlen eine Rolle: Wie wir in diesem Abschnitt sowie am Beginn des Kapitels festgestellt haben, beeinflusst die *politische Versiertheit* den politischen Entscheidungsbildungsprozess. Dies betrifft auch politische Themen. Hierbei sei nochmals auf Gomez/Willson (2006), oder Conger/Hasecke et al. (2003) verwiesen, die argumentieren, dass die Bildung von Präferenzen und die Evaluation von Parteien und deren Positionen durch die *politische Versiertheit* einer Akteurin bedingt werden. In den letzten 30 Jahren zeigte ein Großteil der Studien, die sich mit dem Einfluss von Charakteristika der politischen Psychologie auf politische Themen befassen, dass *politische Versiertheit* einen Einfluss darauf hat, inwiefern das individuelle Wahlverhalten von politischen Themen beeinflusst wird („*issue voting*“) (Vgl. u.a. Krosnick 1988, Rabinowitz/Listhaug et al. 1995, Alvarez 1997, de Vries et al. 2011). Die Kernargumentation dieser Literatur lässt sich wie folgt zusammenfassen: Allgemein betrachtet zeigt sich, dass die gleiche Menge an vorhandener Informationen von Person zu Person unterschiedliche Auswirkungen auf das politische Verhalten besitzt. Ein höherer Level an *politischer Versiertheit* führt zu einer erhöhten Relevanz von politischen Themen in Entscheidungsfindungsprozessen. Politisch versierte Menschen weisen eine erhöhte Menge an inhaltlichen Präferenzen auf – verglichen mit Personen, die nur eine geringe Versiertheit aufweisen – und richten ihr politisches Verhalten auch öfters anhand dieser Präferenzen aus (Vgl. u.a. Hobolt/Wittrock 2011, Alvarez 1997).

Wie in Kapitel 2 dargestellt wurde, gibt es verschiedene Verhaltensstrategien, wie politische Präferenzen das individuelle Verhalten beeinflussen können. Die *Rational Choice* Theorie geht grundsätzlich davon aus, dass das Verhalten einer Person eine Funktion seiner Präferenzen sowie der Handlungsmöglichkeiten ist. Es wird erwartet, dass eine Akteurin sich rational verhält, also basierend auf einem Kosten/Nutzen-Schema die bestmögliche Handlungsalternative wählt, die den eigenen Präferenzen möglichst nahe kommt. Eine Vielzahl von Studien widmet sich dem Einfluss von politischen Themen auf das Wahlverhalten unter den Annahmen der *Rational Choice* Theorie, jedoch wird *politische Versiertheit* in diesen Modellen weitgehend ignoriert. Als Ausnahme kann die Studie von

Rabinowitz und Listhaug (1995) gesehen werden. Sie untersuchten, ob die Verwendung von politischen Themen in der Evaluation von Parteien und Kandidatinnen in räumlichen Modellen („*spatial models*“) durch die *politische Versiertheit* bedingt wird. Ihr Hauptargument beschäftigt sich mit der Komplexität des Entscheidungsprozesses in *Proximity* und *Directional Voting* Modellen. Beiden Ansätzen ist gemein, dass Wählerinnen die vorhandenen politischen Informationen für den Entscheidungsfindungsprozess zusammenfassen müssen.

Können wir nun daraus schließen, dass der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* mit zunehmender *politischer Versiertheit* ansteigt? Nicht zwingend. Im Laufe dieses Kapitels wurde argumentiert, dass *politische Versiertheit* einen Zusammenhang mit dem Bildungsstand sowie dem politischen Interesse aufweist (u.a. Delli Carpini und Keeter 1996). Diese Feststellung bildet auch das zentrale Argument für die Auswirkung von *politischer Versiertheit* auf Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*). In den kommenden Absätzen wird gezeigt, dass *politische Versiertheit* die Basis für viele in der Wahlforschung verwendeten Faktoren wie beispielsweise den Bildungsgrad oder politisches Interesse darstellt. Es wird argumentiert, dass – um in *Rational Choice* Diktion zu sprechen – die Nutzenfunktion einer Akteurin, die ja ausschlaggebend für das individuelle Verhalten sein soll, sich mit zunehmender *politischer Versiertheit* ändert. Anstelle von politischen Themen (die **für diese Gruppe nur** für die Entscheidung, welche Partei bzw. Kandidatin eine Akteurin wählt, von Relevanz sind) determinieren andere Faktoren die Entscheidung, ob an einer Wahl teilgenommen wird oder nicht.

Zwei Faktoren, die oft mit erhöhter Wahlbeteiligung in Zusammenhang gebracht werden konnten – politisches Interesse und Bildungslevel – weisen verschiedensten Studien zufolge (u.a. Converse 1964, Zaller 1992 Lau et al. 2008) auch einen Link zu *politischer Versiertheit* auf. Dies ist auf den ersten Blick auch nicht verwunderlich, da z.B. eine verbesserte Aufnahme, Verarbeitung oder der Abruf von Informationen für die Erlangung eines bestimmten Bildungsniveaus von Vorteil sind. Demensprechend könnte an dieser Stelle – wie in einer Vielzahl von Studien – argumentiert werden, dass Bildungsniveau und politisches Interesse als ausschlaggebende Faktoren für die Beteiligung an Wahlen dienen und deshalb in das theoretische Modell inkludiert werden sollten. Die wissenschaftliche Debatte in den

letzten Jahren kommt jedoch zu der Auffassung, dass diese Zusammenhänge zum Teil neu überdacht werden sollten. Beginnen wir mit dem Zusammenhang zwischen Bildungsstand und *politischer Versiertheit*: Ein zentrales theoretisches Argument für die Verwendung des Bildungsstandes in sozialwissenschaftlichen Studien ist, dass im Prozess der Ausbildung wesentliche kognitive Skills (sprich *politische Versiertheit*) erlernt werden, mit deren Hilfe die Partizipation in einem politischen Prozess (z.B. Teilnahme an einer Wahl) erleichtert werden. Ebenso wird argumentiert, dass eine höhere Ausbildung die Kosten zur Informationsgewinnung senkt und *Benefits* für eine Beteiligung an Wahlen erhöht (siehe Rosenstone und Hansen 1980, Nie et al. 1996, Campbell 2005). Dementsprechend könnte man davon ausgehen, dass der jeweilige Bildungsgrad einer Akteurin als *Proxy* für die *politische Versiertheit* einer Akteurin (bzw. deren kognitive Kapazitäten) gesehen werden kann, wie verschiedenste empirische Studien nahelegen (Delli Karpini und Keeter 1991, 1996, Jennings 1996, Bennett 1989). Dieser Zusammenhang zwischen kognitiven Kapazitäten und dem Bildungslevel wird in keiner der genannten Studien bestritten, jedoch scheint die kausale Kette zwischen diesen Faktoren anders zu sein als gedacht.

1991 untersuchten Jennings und Niemi in ihrer „*Sophistication Study*“, inwiefern sich die *politische Versiertheit* einer Akteurin unter Berücksichtigung des Bildungslevels im Laufe der Zeit verändert. Hierzu wurde die *politische Versiertheit* von Schülerinnen gemessen, die im Jahr vor ihrem Schulabschluss an einer *High School* (vergleichbar mit Sekundarschulen bzw. Oberschulen) waren. Einige Jahre später wurden diese wieder untersucht, wobei die Personen in zwei Gruppen unterteilt werden konnten: die erste Gruppe beinhaltete Personen, die nach dem Schulabschluss eine universitäre Ausbildung begannen, die zweite Gruppe beinhaltete alle Personen, die nach dem Schulabschluss einer Arbeit nachgingen. Wie sich aus den Untersuchungen zeigte, gab es in beiden Gruppen keine signifikanten Differenzen in Bezug auf die *politische Versiertheit* der Akteurinnen. Dementsprechend gehen Jennings und Niemi davon aus, dass der Einfluss von Bildung auf die kognitiven Kapazitäten in frühen Jahren gelegt wird und ein höherer Bildungsgrad nicht automatisch einer höheren *politischen Versiertheit* bzw. größeren kognitiven Kapazitäten entspricht. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Denny/Doyle (2008) sowie Highton (2009). Während Denny und Doyle – basierend auf Longitudinaldaten der *National Child Development Study* – untersuchten, inwiefern kognitive Fähigkeiten und Bildungsstand sich auf die politische Partizipation einer Akteurin auswirkt, befasste sich Highton mit dem Einfluss von kognitiven Fähigkeiten und Bildung

auf die Beteiligung an Wahlen. In beiden Studien zeigt sich, dass Bildung im zeitlichen Verlauf keinen nennenswerten Einfluss auf den Untersuchungsgegenstand hat, wenn kognitive Parameter in die Untersuchung inkludiert werden. Dies bedeutet also, dass weniger die Bildung einer Person, sondern deren kognitive Fähigkeiten (in dieser Arbeit als *politische Versiertheit* definiert) einen Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzt.

In Bezug auf das politische Interesse einer Akteurin gibt es in der wissenschaftlichen Debatte – im Gegensatz zu der Zusammenhangsstruktur zwischen Bildung und *politischer Versiertheit* – einen breiten Konsens, dass die *politische Versiertheit* einer Person als zentraler kausaler Faktor für das Interesse an Politik gesehen werden kann. Als Gründe hierfür können u.a. eine verbesserte Verarbeitung von Informationen betreffend politischen Themen gesehen werden (siehe Krosnick et al. 2002, 2008). Angesichts dieser Ergebnisse ist daher davon auszugehen, dass die *politische Versiertheit* die Grundlage für Faktoren bildet, die sich auf die Wahlbeteiligung auswirken. Dementsprechend empfiehlt es sich, anstelle von politischem Interesse bzw. Bildung die *politische Versiertheit* einer Akteurin zu verwenden. Doch wie wirkt sich die *politische Versiertheit* auf den Einfluss von *Policies* aus?

Im Gegensatz zur Wahlentscheidung - also der Frage, welche Partei gewählt wird – wo *Policies* mit zunehmender *politischer Versiertheit* eine größere Rolle im individuellen Verhalten spielen, gehe ich davon aus, dass im Falle der Wahlbeteiligung ein gegenteiliger Effekt – sprich ein geringerer Einfluss auf das Verhalten bei zunehmender Versiertheit – zu beobachten ist. Diese Argumentation beruht auf Studien von Denny/Doyle (2008) oder Krosnick et al. (2002), die sich mit den Auswirkungen von *politischer Versiertheit* auf die politische Partizipation von Akteurinnen beschäftigen. Wie diese Studien zeigten, weisen Personen mit hohen kognitiven Skills bzw. einer hohen *politischen Versiertheit* eine erhöhte Wahrscheinlichkeit an der Teilnahme an sozialen Interaktionen (bzw. politischer Partizipation im Allgemeinen – u.a. Mitarbeit in NGO's, Demonstrationen, Referenden, etc.) auf (Denny und Doyle 2008, S 308): „... *regardless of education, high ability*²⁵ *individuals possess the skills which enable them to engage in civic participation.*“ Zu diesen *Skills*

²⁵ Unter „high ability“ ist in diesem Kontext die politische Versiertheit gemeint.

können neben den schon genannten Faktoren (bessere Informationsverarbeitung, geringere Kosten bei der Verwendung der gesammelten Informationen, etc.) auch eine bessere verbale Ausdrucksfähigkeit oder erhöhte Lese- und Schreibfähigkeiten gezählt werden (siehe Denny/Doyle 2008).

Ich gehe davon aus, dass der geringe Einfluss von *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Wahlbeteiligung sich dadurch erklärt, dass mit einer zunehmenden *politischen Versiertheit* jene *Skills* an Bedeutung gewinnen, die soziale und politische Interaktionen – und somit auch die Teilnahme an Wahlen – begünstigen. Demnach bilden die kognitiven Voraussetzungen die Grundlage für die politische Partizipation und nicht ein Kosten-Nutzen-Schema basierend auf *Policies*. Dies deckt sich mit Ergebnissen von anderen Studien (siehe Duch 2001, Gomez und Wilson 2001). Beide Arbeiten untersuchten, inwiefern sich das Wahlverhalten anhand eines Kosten-Nutzen Schemas (im konkreten Fall basierend auf ökonomischen Faktoren) je nach *politischer Versiertheit* erklären lässt. Es zeigt sich, dass bei Akteurinnen mit hoher bzw. höchster *politischer Versiertheit* ein rein auf „rationalen“ Verhaltensmustern basierendes Kosten/Nutzen-Schema nicht ausreichend ist, um das individuelle Verhalten zu erklären, da Akteurinnen mit zunehmender Versiertheit Faktoren berücksichtigen, die nicht auf ökonomischen Indikatoren – und somit auch nicht im Kosten/Nutzen-Schema enthalten sind – basieren. In unserem Forschungskontext wären dies u.a. das politische Interesse einer Akteurin bzw. die erhöhte Anzahl an sozialen Interaktionen.

3.4 Individuelles Verhalten in einem mehrdimensionalen politischen Raum

Während in den bisherigen Unterkapiteln behandelt wurde, inwiefern Differenzen in Bezug auf individuelle Ressourcen sich auf den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf das individuelle Verhalten auswirken, soll in diesem Unterkapitel gezeigt werden, inwiefern die Anzahl der Dimensionen des politischen Raums (zur Erinnerung: jede *Policy* entspricht einer Dimension) das individuelle (Wahl-)verhalten beeinflusst. Hierbei wird davon ausgegangen, dass individuelles Verhalten in einem mehrdimensionalen Raum als Schwierigkeit verstanden werden kann, da *themenbasierte Wahlenthaltung* in manchen, jedoch nicht (zwingend) in allen Dimensionen auftritt. Zu Beginn des Kapitels wird auf die

bisherigen theoretischen Problematiken der Modellierung des *Policy-Space* eingegangen. Anschließend erfolgt eine Definition eines individuellen mehrdimensionalen *Policy-Space* auf deren Basis das individuelle Verhalten anhand von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* abgeleitet wird.

Bedingt durch die abnehmende Erklärungsgewalt von sozio-strukturellen Modellen des Wahlverhaltens hat sich der Fokus der wissenschaftlichen Debatte verstärkt in Richtung *Policy*-basierter Modelle gerichtet. Die Kernannahme dieser Modelle geht davon aus, dass das individuelle Wahlverhalten (sowohl in Bezug auf die Wahlbeteiligung, als auch auf die Wahlentscheidung) bedingt wird durch den Effekt von *Policy* Präferenzen (Vgl. u.a. Franklin et al. 1992, Dalton 1996, Van der Brug/Van Spanje 2009). Dies wird durch eine lange Tradition von Studien der politischen Psychologie und der Politikwissenschaft belegt, die zeigen, dass *Policies*, die von Personen als relevant gesehen werden, einen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten besitzen (u.a. sei hier auf Downs 1957, Krosnick 1988 oder Green/Hobolt 2008 verwiesen). Als Konsequenz daraus müssen sich Studien, die *Policy Voting* Modelle anwenden, fragen, in welchem Ausmaß Wählerinnen die *Policies* von Parteien und Kandidatinnen in Betracht ziehen, wenn sie ihr politisches Verhalten determinieren (also entscheiden, ob sie an einer Wahl partizipieren oder nicht, bzw. welche Partei sie wählen). Das impliziert, dass wir – um den Effekt von *Policies* untersuchen zu können – die individuellen Ressourcen einer Akteurin betrachten müssen. Diese Variabilität besteht jedoch nicht nur in Bezug auf den Wissensstand bzw. der *politischen Versiertheit* sondern auch in Bezug auf den „*Policy-Space*“. Um dies zu erklären, sei auf zwei Zitate aus dem Beginn des Kapitels verwiesen:

„Performing an attitude expressive behavior requires sufficient motivation to do so, as well as sufficient knowledge to plan and execute appropriate behavioral strategies. ...knowledge confers a host of important and cognitive behavioral abilities...” (Holbrook/Krosnick et al. 2008, S.136)

„Turnout can also be analyzed from a slightly different formal point of view, presuming that it is a function of people’s motivation to vote, their ability to vote, and the difficulty of the act of voting for them“ (Harder/Krosnick et al. 2009, S. 1293/1294)

Wissens- und informationsgewinnende Aktivitäten, sowie kognitive Fähigkeiten sind essenzielle Bestandteile für den Ausdruck von individuellen Verhaltensweisen. Es handelt sich hierbei um notwendige, jedoch nicht hinreichende Faktoren. In Bezug auf die Beteiligung an Wahlen verweisen Krosnick, Harder und Visser auf zwei wesentliche Punkte: Das Wahlverhalten wird unter anderem durch die individuelle Motivation zur Wahl zu gehen, sowie von Schwierigkeiten in Bezug auf den Wahlakt an sich bedingt. Bezüglich dem letztgenannten verweisen Krosnick et al. auf Faktoren wie Wählerregistrierung, Anzahl und Distanz der Wahllokale et cetera. Ein wesentlicher Punkt, der jedoch weder in Modellen der politischen Psychologie, noch in (den meisten) *spatial voting* Modellen berücksichtigt wird, ist die Dimensionalität des politischen Raums. Während diese Studien eine Vielzahl an Modellen und Konzeptionen in Bezug auf die Verhaltensstrategien einer Akteurin beinhalten, wird jedoch kaum auf die Grundlagen, also die Verfasstheit des *Policy-Space*, sowie dem Entscheidungsverhalten in mehrdimensionalen Räumen, eingegangen. Ein Großteil der Studien, die *Spatial* bzw. *Proximity Voting* Konzepte benutzen, geht – wie wir in Kapitel 2 gesehen haben – von einem eindimensionalen *Policy-Space* aus. Jedoch zeigen verschiedenste Studien wie Lupia (1994), Hobolt/Spoon et.al. (2009) oder Brouard/Hobolt (2010), dass bei *Policy*-basierten Referenden, die sehr komplexe und vielschichtige *Policies* beinhalten, die Wahlbeteiligung geringer ist, als bei Referenden mit sehr klaren und einfachen Themenbereichen. Dies bedeutet, dass verschiedene *Policies* einen unterschiedlichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen, wodurch sich die Frage stellt, ob, und wenn ja, wie sich die Anzahl der *Policy*-Dimensionen auf das individuelle Verhalten auswirkt. Ich betrachte dementsprechend das Treffen von Entscheidungen in einem mehrdimensionalen Raum ebenso als Schwierigkeit, die eine Akteurin überwinden muss, um an einer Wahl zu partizipieren. Wenn der *Policy-Space* nicht ein-, sondern mehrdimensional ist, muss die Frage gestellt werden, inwiefern die verschiedenen Dimensionen miteinander interagieren, und welche Konsequenzen dies für Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* wie *Alienation* und *Indifference* mit sich bringt.

Hierzu möchte ich die Debatte mit einer trivialen Anschauungsweise beginnen, indem ich ganz grundsätzlich auf die Feststellung verweise, dass Wahl-, Parteien- und Kandidatinnenprogramme eine Vielzahl an politischen Themen beinhalten, aufgrund derer eine individuelle Akteurin ihr Wahlverhalten ausrichten kann. Ebenso sei darauf verwiesen, dass nicht alle *Policies* aus der Perspektive der Bürgerinnen als gleich relevant gesehen

werden. Je nach Salienz variieren der Wissensstand sowie die Bedeutung eines Politikfeldes für das individuelle Verhalten einer Akteurin (Vgl. u.a. Krosnick 1988, Van der Brug 2004). Wir können daher die Summe aller relevanten Politikfelder als individuellen *Policy-Space* definieren, aufgrund dessen eine Akteurin politische Entscheidungen – wie beispielsweise die Partizipation an einer Wahl – trifft. Aus einer theoretischen Perspektive gesehen, muss die Verwendung von Variablen, die auf Politikfeldern basieren, Aussagen über die Verfasstheit des *Policy-Space* machen. Eine der zentralsten Entscheidungen hierbei betrifft die Dimensionalität. Die politikwissenschaftliche Literatur unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei verschiedenen Herangehensweisen: einem eindimensionalen Ansatz, wo alle relevanten Policies auf irgendeine Art in eine einzige Dimension aggregiert werden, sowie mehrdimensionalen Ansätzen, wo der Entscheidungsfindungsprozess einer Akteurin in einem n -dimensionalen Raum stattfindet, wobei n die Anzahl der *Policies* bezeichnet. Ungeachtet guter theoretischer Gründe hinsichtlich der Idee, dass alle Politikfelder in eine einzige Dimension konvergieren (einen Überblick über diese Debatte wurde in Kapitel 2 gegeben bzw. liefert Van der Brug und Spanje 2009), weist die Verwendung eines solchen Konzepts theoretische und empirische Fallstricke auf, die nun besprochen werden sollen²⁶.

Aus empirischer Perspektive bringt die Verwendung eines eindimensionalen Ansatzes Probleme mit sich, da verschiedenste Studien (u.a. Melton 2009) belegen, dass Respondentinnen bei der Beantwortung solcher „aggregierten“ Fragen (wie beispielsweise die Links/Rechts-Skala) auch nicht *Policy*-relevante Faktoren miteinbeziehen und die Interpretation dieser Skala von sich von Befragtem zu Befragtem unterscheidet (Vgl. Melton 2009, Van der Brug 2004). Aus empirischer Sicht ist es daher durchaus möglich, dass die geringen Effekte von *themenbasierter Wahlenthaltung* zumindest teilweise durch die Verwendung eines eindimensionalen Ansatzes bedingt werden. Auch aus theoretischer Sicht ist die Verwendung eines eindimensionalen *Policy-Space* – auch wenn er in Einzelfällen durchaus hilfreich sein mag – mit Problemen behaftet, da er nicht zwingend eine zweckmäßige Repräsentation eines komplexen *Policy-Space* gewährleistet. Eine unerlässliche Bedingung für die Verwendung einer eindimensionalen Skala ist die Annahme, dass alle *Policies* in eine einzige Dimension konvergieren. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nicht triviale Annahme wie die Debatte

²⁶ In diesem Unterkapitel werden empirische Problematiken eindimensionaler Ansätze sowie Konzepte der politischen Psychologie die sich mit Entscheidungen in mehrdimensionalen Räumen beschäftigen, behandelt. Da die Verfasstheit des *Policy-Space* in politikwissenschaftlichen Debatten sehr ausführlich behandelt wurde und eine erschöpfende Behandlung gegeben wurde, sei an dieser Stelle auf Kapitel 2.3.1 verwiesen.

in Kapitel 2.3.2 gezeigt hat. Unabhängig davon, ob der *Policy-Space* als ein- oder mehrdimensional angesehen wird, ergeben sich für eine individuelle Akteurin Schwierigkeiten bei der Inklusion von *Policies* für das individuelle Wahlverhalten:

Im Falle eines eindimensionalen Ansatzes birgt die Aggregation von mehreren *Policy* Dimensionen in eine Dimension die Schwierigkeit aus der Perspektive einer Akteurin. Selbst wenn angenommen werden kann, dass alle *Policies* in eine einzige aggregierte Dimension konvergieren, so muss thematisiert werden, wie dieser Prozess vonstatten geht. Wie von Melton (2009) richtigerweise bemerkt, wird in Studien, die auf einer aggregierten Dimension basieren, nur grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Bürgerinnen in der Lage sind, die Vielzahl der vorhandenen *Policies* zusammenzufassen und in einen eindimensionalen Raum zu bringen. Wie dies geschieht wird jedoch offengelassen, ebenso wie die Frage, ob dieser Konvergenzprozess von Person zu Person unterschiedlich ist. Bürgerinnen müssen, selbst wenn der Entscheidungsfindungsprozess nach rationalen Parametern ablaufen sollte, räumliche Distanzen kalkulieren²⁷.

Unabhängig davon, ob es sich um einen ein- oder mehrdimensionalen *Policy-Space* handelt, ist die Berechnung von räumlichen Distanzen nicht trivial. Eine Problemstellung hierbei ist, dass Akteurinnen möglicherweise in einigen Dimensionen Anzeichen von *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen, in anderen jedoch nicht. Falls dies der Fall ist, so ist unklar, wie der Aggregationsprozess vonstatten läuft. Der eindimensionale Ansatz thematisiert diese Problematik nicht. Sehen wir uns hierzu einmal die bisherigen Modelle aus Kapitel 2 an, die versuchen, die Wahlbeteiligung mittels *Alienation* und *Indifference* zu erklären:

$$Vote_i = \alpha_1 + \alpha_2 \quad (8)$$

wobei $\alpha_1 = \max\{U_{i1}, \dots, U_{il}\} < C_i$ dem Effekt von *Alienation* und $\alpha_2 = |U_{ijn} - U_{ijf}| < C_i$ dem Effekt von *Indifference* auf die Wahlbeteiligung von Akteurin i bezeichnet. Die *Utilities* berechnen sich wie folgt:

$$U_{ij} = V_i - P_{ij} \quad (5)$$

²⁷ Dies ist anhand der formalen Konzeption von *Alienation* und *Indifference* zu sehen, die in Kapitel 2 dargestellt wurden.

U_{ij} entspricht der *Utility* für Partei j aus der Perspektive von Akteurin i , V_i der Position von Akteurin i in dem eindimensionalen Politikfeld, und P_{ij} ist die individuelle Wahrnehmung der Position der Partei j aus der Sichtweise der Akteurin i . Wie angesichts der Gleichungen (5) und (8) zu sehen ist, liegt der Fokus in der theoretischen Modellierung auf der Definition und Verwendung von *Utilities*. Jedoch werden keine Aussagen darüber getätigt, wie der Prozess der eigenen Präferenzbildung (V_i) bzw. der Wahrnehmung der Parteienpositionen (P_{ij}) abläuft. Es wird schlichtweg angenommen, dass eine Akteurin diese Positionen besitzt, wobei unklar ist, welchen Beitrag einzelne *Policies* in dieser aggregierten Position (zur Erinnerung: V_i und P_{ij} basieren auf einer eindimensionalen Skala) leisten. Ebenso wird davon ausgegangen, dass dieser Aggregationsmechanismus bei allen Akteurinnen gleich abläuft.

Da die Verwendung von eindimensionalen Modellen – wie soeben besprochen – Probleme mit sich bringt, gibt es zwei Studien (Zipp 1985, Thuner/Eymann 2000), die sich mit *themenbasierter Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen Kontext beschäftigen. Gleichung 11 zeigt die formale Modellierung:

$$Vote_i = \sum_{k=1}^N (\alpha_{1k} + \alpha_{2k}) \quad (11)$$

wobei $\sum_{k=1}^N$ die Summe aller *Policies* (N) ist und α_{1k}, α_{2k} den Effekten von *Alienation* und *Indifference* in der *Policy* Dimension k entspricht.

In diesen Modellen wird zwar davon ausgegangen, dass der *Policy-Space* mehrdimensional ist, jedoch behandeln weder Zipp noch Thuner/Eymann, in welcher Beziehung die einzelnen Dimensionen miteinander stehen. In diesen Modellen wird für jede Ebene separat getestet, ob *Alienation* oder *Indifference* vorliegt und ob ein signifikanter Einfluss auf die individuelle Partizipation besteht, womit implizit behauptet wird, dass alle *Policies* (Dimensionen) den gleichen Einfluss auf das Wahlverhalten besitzen. Dies ist jedoch – wie Zechmeister (2008) zeigt, nicht (zwingend) der Fall. Zechmeister argumentiert, dass der *Policy-Space* von Akteurin zu Akteurin unterschiedlich ist und sich anhand der Salienz der jeweiligen Themen ergibt. Unter der Berücksichtigung dieses Arguments würde daher die *Utility* Funktion einer Akteurin in idealer Form wie folgt aussehen:

$$U_{ij} = \sum_{k=1}^K \sum_{i=1}^I \beta_{ik} * \sum_{j=1}^J |x_{ik} - z_{ijk}| \quad (12)$$

Wobei U_{ij} der *Utility* für Partei j aus der Perspektive von Akteurin i entspricht, k der *Policy* - wobei der *Policy-Space* K Dimensionen umfasst -, β_k der Salienz einer *Policy*, x_{ik} der Einstellung von Akteurin i zu *Policy* k , und z_{ijk} der individuellen Wahrnehmung der Position der Partei j aus der Sichtweise der Akteurin i in *Policy* k entspricht und β_{ik} der Salienz von *Policy* k aus der Sicht von Akteurin i . Dieser Ansatz für die Verwendung eines mehrdimensionalen *Policy-Space* ist aus meiner Sicht am geeignetsten, um festzulegen, welche Dimensionen für das individuelle Wahlverhalten relevant sind, da sonst folgende Fragestellungen nicht eindeutig beantwortet werden können:

Partizipieren Akteurinnen an einer Wahl, wenn in einer einzigen Dimension *themenbasierte Wahlenthaltung*, also *Alienation* und *Indifference* auftreten, aber in anderen Dimensionen nicht? Bleibt der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* konstant, unabhängig davon, in wie vielen Dimensionen er auftritt? Diese Argumente werden jedoch in dem bisher getesteten Modellen nicht adäquat behandelt, weshalb ich davon ausgehe, dass dies einer der Mitgründe für die Differenzen von Theorie und Empirie in mehrdimensionalen Modellen ist, wobei zwei Faktoren eine besonders zentrale Rolle für den Einfluss *themenbasierter Wahlenthaltung* spielen:

1. Kann eine Missspezifikation des theoretischen Modells dazu führen, dass nicht alle relevanten *Policies* inkludiert werden, wodurch erklärt werden könnte, weshalb Akteurinnen zur Wahl gehen, die als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert wurden
2. Ist unter der Annahme eines mehrdimensionalen *Policy-Space* davon auszugehen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Personen, die oft *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen, und jenen, bei denen dies nur in einem geringen Ausmaß zu beobachten ist

Die Problematik, dass eine Akteurin im Laufe des Entscheidungsprozesses viele Faktoren miteinander verknüpfen muss, um Präferenzen zu bilden bzw. aufgrund deren eine Entscheidung treffen muss, ist jedoch kein Einzelfall. Ein Blick in die Literatur der

(politischen) Psychologie zeigt, dass individuelles Verhalten im Allgemeinen oftmals auf der Basis von vielen – voneinander unabhängigen – Faktoren besteht.

Theoretische Modelle, die sich mit diesem Prozess beschäftigen, wie (*Policy*)Präferenzen gebildet werden, gehen verstärkt von einer eindimensionalen (bipolaren) Skala aus: „*Increasingly, however, researchers in social and political psychology have argued that this unidimensional view of attitudes is incomplete. These scholars have been argued that attitudes can be rooted in ... a two-dimensional view that ... is critical to understanding attitudes and opinions*“ (Conger/Hasecke et al. 2003, S.423). Für Studien, die sich mit diesem Thema in der Politikwissenschaft bzw. der politischen Psychologie beschäftigen, sei unter anderem auf Alvarez/Brehm 1998, 2002, Holbrook/Krosnick et al. 2008, Lavine 2001 oder Steenbergen/Brewer 2000 verwiesen.

Wie wir mittlerweile wissen, ist das individuelle Verhalten ein Ergebnis von Evaluationsmechanismen (siehe Beginn des Kapitels). *Rational Choice* im Allgemeinen, und *themenbasierte Wahlenthaltung (Alienation und Indifference)* im Speziellen entsprechen formalen Mechanismen nach denen dieser Entscheidungsfindungsprozess ablaufen soll. Ganz allgemein beruht das individuelle Verhalten auf Evaluationsprozessen. Darunter kann die Verknüpfung von persönlichen Einstellungen mit der Wahrnehmung von Objekten verstanden werden (Bizer/Krosnick et al. 2004). Bizer/Krosnick untersuchten, inwiefern sich Evaluationsprozesse, die auf *Policies* basieren, das individuelle Wahlverhalten beeinflussen. Ausgangsbasis hierfür war die Annahme, dass jede individuelle Verhaltensweise auf Evaluationsprozessen basiert, wodurch im Falle der Wahlbeteiligung die eigenen Präferenzen sowie der *Policy* Positionen von Parteien/Kandidatinnen ausschlaggebend sein sollten. Je höher die Anzahl der durchgeführten Evaluationen, desto ausgeprägter sollte das individuelle Wahlverhalten sein, da: „*A person who likes or dislikes various political candidates or policies should be more likely to behave in ways that support or oppose the relevant candidates or policies. ... these people would be especially likely to engage in electoral activism.*“ (Bizer/Krosnick et al. 2004, S.1013). In unserem Fall bedeutet dies, dass jede Dimension (*Policy*) in dem eine Akteurin eigene Präferenzen mit den wahrgenommenen Positionen von Parteien und Kandidatinnen vergleicht, einem Evaluationsprozess entspricht.

Ein besonderer Fokus sollte hierbei auf die Häufigkeit (*likes or dislikes various political candidates or policies*) gelegt werden.

Studien von Palfrey und Poole (1987) sowie Hortala-Vallace und Esteve-Volart (2011) widmen sich – im US-Kontext – der Frage, inwiefern die Nähe und Distanz von Bürgerinnen zu den *Policy* Positionen der Demokraten bzw. der Republikaner für die Beteiligung an Wahlen ausschlaggebend ist. Unter Distanz ist in diesem Kontext der Betrag zwischen der eigenen Position (P_i) und der wahrgenommenen Parteienposition (P_p) gemeint: $|P_i - P_p|$. Hierfür untersuchten sie in verschiedenen *Policy*-Dimensionen, ob – und wenn ja, wie stark – sich die individuelle Position von den wahrgenommenen Positionen von Demokraten und Republikanern unterscheiden. Beide Arbeiten zeigen, dass Personengruppen, die in verschiedenen *Policies* einen geringen Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern sehen, mit einer abnehmenden Wahlbeteiligung assoziiert werden können. Darüber hinaus wird argumentiert, dass – aus theoretischer Sicht – mit einer steigenden Anzahl von *Policies*, in denen Personen Unterschiede zwischen Parteien sehen, die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person an einer Wahl partizipiert, ansteigen sollte. Wenn wir nun den Begriff Differenzen durch Evaluationsprozesse ersetzen, so entspricht dies exakt der Argumentation von Bizer/Krosnick. Basierend darauf liegt für mich der Grundstein darin, wie Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen Raum interagieren. Die vorgestellten Konzepte basieren auf individuellen Evaluationen von Präferenzen und geben formale Regeln an, nach denen eine Akteurin ihr Verhalten ausrichten soll. Wenn wir nun von einem mehrdimensionalen *Policy-Space* ausgehen, so bedeutet dies, dass Bürgerinnen in verschiedenen *Policy*-Dimensionen evaluieren, ob *themenbasierte Wahlenthaltung* zutrifft. Diese werden zwar durch unterschiedliche Mechaniken ausgelöst, jedoch führen beide Effekte aus theoretischer Sicht zu dem gleichen Resultat: dem Fernbleiben von der Wahl. Daher ist davon auszugehen, dass der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) auf die Partizipation an Wahlen ansteigt, je höher die Anzahl der Dimensionen ist, in denen diese Effekte auftreten²⁸.

²⁸ Für alle in diesem Unterkapitel getätigten Aussagen gilt, dass diese nur dann zutreffen, wenn anhand der individuellen Ressourcen davon ausgegangen werden kann, dass *Policies* von Relevanz sind.

Ich gehe davon aus, dass es neben dem variierenden Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen *Policy-Space* noch einen weiteren Einflussfaktor gibt. Sehen wir uns hierfür nochmals die Definition von *Indifference* aus Kapitel 2 an (Brody/Page 1973, S.2): „... *those who perceive a great difference in the attractiveness of different candidates*²⁹ *will be apt to vote; those who see little or no difference will tend to abstain. This is the notion that abstention results from indifference. Its theoretical underpinnings involve a simple model of rational behavior: a citizen's expected utility from voting varies with the amount of difference the outcome would make to him (as well as the probability of his vote affecting the outcome); if the outcome would make no difference, and voting involves costs, the rational citizen would not vote.*“

In diesem Fall können wir von Wahlenthaltung durch Indifferenz („*Indifference*“) sprechen, da die Beteiligung an einer Wahl aus individueller Perspektive zu keiner Veränderung des Ergebnisses führen würde. Demzufolge wären – wie auch schon im Fall von *Alienation* – die Kosten zur Wahl zu gehen höher als der erwartete Nutzen. Anhand unseres Beispiels bedeutet dies, dass Akteurin V_i nicht an einer Wahl teilnimmt wenn:

$$|U_{i1} - U_{i2}| < C_i \quad (5)$$

U_{i1} und U_{i2} entsprechen den *Utilities* (erwarteter Nutzen, der nach Gleichung (5) berechnet wird) für die Wahl der zwei Parteien (P_1 und P_2) der Akteurin V_i und C_i , den Kosten der einzelnen Akteurin). Wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, kann dies in einem mehrdimensionalen Kontext dazu führen, dass eine Akteurin der Wahl fernbleibt obwohl diese weder als *alienated* noch als *indifferent* klassifiziert wird:

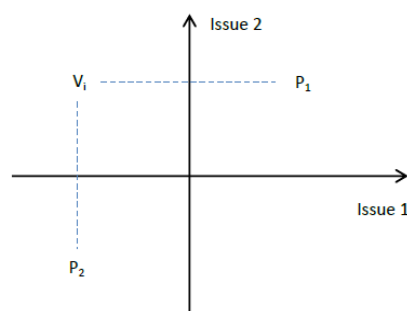


Abbildung 4: Präferenzen in einem zweidimensionalen Policy-Space

²⁹ Anmerkung: Unter „attractiveness“ ist in diesem Kontext der erwartete Benefit bzw. die Utilities gemeint.

Würde Person i nun den erwarteten Nutzen für die Wahl von P_1 sowie P_2 berechnen, so würden sich keine Differenzen zwischen den *Utilities* ergeben. Dies liegt daran, dass aus der Perspektive von Person i für jede Dimension eine andere Partei den höchsten Nutzen hat. Jedoch wird diese (weder formal noch theoretisch) bei der Konzeption von Indifferenz berücksichtigt. Ich erwarte dementsprechend, dass Person i nicht an der Wahl teilnimmt, da sie – basierend auf einer Kosten/Nutzen-Analyse – keinen Vorteil für die Wahl von P_1 oder P_2 sieht. In generalisierter Form bedeutet dies Folgendes: Je höher die Variation von Parteien, die in einer (*Policy*) Dimension einer Akteurin am nächsten steht, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person an einer Wahl teilnimmt, da der erwartete Nutzen geringer ist als die Kosten.

Zu Beginn dieses Unterkapitels haben wir davon gesprochen, dass eine Akteurin Schwierigkeiten überwinden muss, um an einer Wahl teilzunehmen. Konträr zu vorangegangenen politikwissenschaftlichen Konzepten sind in dieser Dissertation jedoch nicht Faktoren wie Wählerregistrierung oder die Anzahl der Wahllokale gemeint, sondern das individuelle Verhalten in mehrdimensionalen Räumen. Ich gehe davon aus, dass der *Policy-Space* nicht ein- sondern mehrdimensional ist. Dies bedeutet, dass die Schwierigkeit aus der Perspektive einer Akteurin darin besteht, wie die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen politischen Raum miteinander interagieren. Es wurde dargestellt, dass der Einfluss von *Policies* bzw. *Alienation* und *Indifference* variiert, je nach Anzahl der Dimensionen in denen diese Effekte auftreten. Dies wird damit begründet, dass individuelle Akteurinnen ihr Verhalten anhand eines Nähe/Distanz-Verhältnisses ausrichten. Je öfter also eine Akteurin keine ausreichende Motivation zur Stimmabgabe besitzt – sprich *Alienation* und *Indifference* auftreten – desto wahrscheinlicher ist es, dass diese Person nicht an einer Wahl teilnimmt. Eine zweite Schwierigkeit, die in bisherigen (eindimensionalen) Modellen nicht gemessen wird, bezieht sich auf die Variation der Parteien, die in einer Dimension einer Akteurin am nächsten ist. Je höher diese Anzahl ist, desto geringer sollte die individuelle Motivation sein, an einer Wahl zu partizipieren, da der erwartete Nutzen abnimmt.

3.5 Verwendetes theoretisches Modell und Hypothesen

Die grundlegende theoretische Annahme dieser Arbeit ist, dass sich Akteurinnen rational verhalten *können* und somit anhand von politischen Themen (*Policies*) ihr Partizipationsverhalten in Wahlen ausrichten. Jedoch ist dies nur unter bestimmten Bedingungen möglich, was dazu führt das man nur von einem kleinen Teilbereich aller Akteurinnen erwarten kann, dass diese sich gemäß den Vorgaben der *Rational Choice* Theorie verhalten. Meiner Ansicht nach erklärt dies die bisher beobachteten Differenzen zwischen Theorie und Empirie (viele Akteurinnen, die als *alienated/indifferent* klassifiziert werden, gehen trotzdem zur Wahl). Dies bedingt eine Erweiterung des theoretischen Modells, welche in den kommenden Absätzen behandelt wird.

Basierend auf der grundsätzlichen Fragestellung, wie menschliches Verhalten erklärt werden kann, geht diese Arbeit – in Übereinstimmung mit Konzepten der (politischen) Psychologie – davon aus, dass individuelles menschliches Verhalten als ein Zusammenspiel von drei Faktoren gesehen werden kann (Holbrook/Krosnick et al. 2008): der Motivation als Grundlage für individuelles Handeln, einem Mindestmaß an Wissen sowie damit verbunden kognitiven Fähigkeiten, um von eigenen Präferenzen Handlungsmöglichkeiten (mittels Evaluation von Präferenzen) ableiten zu können, sowie Verhaltensstrategien, nach deren Regeln eine Person handelt. Hierbei können *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* sowie kognitive Fähigkeiten unter dem Begriff „*individuelle Ressourcen*“ subsumiert werden. (u.a. Krosnick/Simmons et al. 2003, Rosenstone/Hansen 1993, Holbrook/Krosnick et al. 2008). Der Mechanismus funktioniert wie folgt: Individuelles Verhalten („*Choice*“) ist das Ergebnis von Evaluationsmechanismen, die auf das Vorhandensein von Informationen, die Kapazität, diese zu verarbeiten und die Motivation, Evaluationsprozesse durchzuführen, basieren (sogenannte „*memory-based processing models*“, siehe Hastie/Park 1986). Für die Grundlage von politischen Handlungsweisen bzw. zur Bildung von Präferenzen muss eine Akteurin an Informationen gelangen. Den Inhalt dieser Information bzw. deren Konsequenzen muss verstanden werden, damit dieser in das Kurz- bzw. Langzeitgedächtnis aufgenommen werden kann. Die dort vorhandenen Informationen werden zu einem späteren Zeitpunkt für Evaluierungsprozesse, das Erkennen von Handlungsalternativen sowie den Verhaltensstrategien verwendet (Gomez/Wilson 2006, Hamlin/Jennings 2011, Krosnick/Miller et al. 2000).

Bisherige *Rational Choice* Modelle, die individuelles Wahlverhalten untersuchten, beschränken sich auf die Verhaltensstrategien einer Akteurin. Laut *Rational Choice* handeln alle Personen rational und nach einer Kosten/Nutzen-Analyse. Alle notwendigen Ressourcen für diesen Prozess (Informationen, etc.) sind als vorhanden anzusehen. Abbildung 5 veranschaulicht das Grundprinzip bestehender theoretischen Modelle:

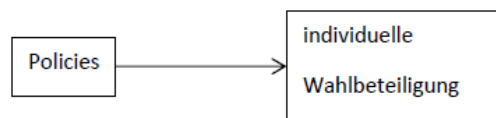


Abbildung 5: Einfluss von Policies in bisherigen Modellen (vereinfachte Darstellung)

Das Verhalten einer Akteurin ist dementsprechend anhand von *Policy* Präferenzen zu erklären. Durch Differenzen zwischen der eigenen Position und der Position von Parteien/Kandidatinnen wird zwischen Wahlenthaltung, die durch Entfremdung („*Alienation*“) beziehungsweise durch Indifferenz („*Indifference*“) bedingt wird, unterschieden. Da beide Faktoren zu dem gleichen Outcome führen – der individuellen Wahlabstinenz – können wir diese als Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* zusammenfassen. Diese Evaluation findet in den meisten Modellen in einem eindimensionalen Raum statt. Dies bedeutet, dass alle *Policies* in eine einzige aggregierte Dimension konvergieren, womit der theoretische Rahmen zu eng gesteckt ist, und die Modelle nicht erklären können, wieso sich viele Akteurinnen nicht gemäß der *Rational Choice* Theorie verhalten. Deshalb besitzen *Policies* bisher nur eine geringe Erklärungsgewalt in Modellen, die individuelle Wahlbeteiligung versuchen zu erklären, wodurch diese Modelle das individuelle Verhalten nur unzureichend darstellen.

Eine alternative Perspektive für die Analyse der Beteiligung an Wahlen unter der Berücksichtigung der soeben genannten Voraussetzungen stellen Krosnick, Harder und Visser dar: „*Turnout can also be analyzed from a slightly different formal point of view, presuming that it is a function of people’s motivation to vote, their ability to vote, and the diffi-*

culty of the act of voting for them“ (Harder/Krosnick et al. 2009, S. 1293/1294). Ausgehend von diesem Ansatz entsprechen die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* in dieser Dissertation der theoretischen Konzeption von Motivation. Unter der Befähigung zum Wählen wird eine entsprechende Kapazität an kognitiven Fähigkeiten zur Erlangung von Informationen sowie einer ausreichenden Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* zur Erlangung von Informationen verstanden (Vgl. Harder/Krosnick et al. 2009, S. 1294). Dies entspricht den Voraussetzungen (bzw. individuellen Ressourcen), die notwendig sind, um an einem politischen Prozess zu partizipieren. Unter Schwierigkeit („*difficulty*“) können laut Krosnick, Harder und Visser die Kosten des Wählens (C) gezählt werden, die jedoch aus meiner Perspektive nicht die einzige Komponente sind.

Das in dieser Arbeit verwendete theoretische Modell geht davon aus, dass unter der Schwierigkeit auch das Entscheidungsverhalten in mehrdimensionalen Räumen zu zählen ist. Dies bedeutet, dass diese Arbeit nicht der Annahme folgt, dass alle politischen Themen in einen eindimensionalen Raum konvergieren (siehe Hobolt/Brouard 2010, Van der Brug 2004, Bizer/Krosnick et al. 2004). Begründet wird dies u.a. durch Studien in der Politikwissenschaft bzw. der politischen Psychologie, die davon ausgehen, dass individuelles Verhalten nicht auf eindimensionale Faktoren reduziert werden kann, wozu u.a. auch der *Policy-Space* gezählt werden kann. Ebenso zeigt die Diskussion über die Modellierung des *Policy-Space*, dass eindimensionale Modelle *Policy* basierende Faktoren wie *Alienation* und *Indifference* nur unzureichend abbilden. Da bisherige Studien keinen theoretischen Rahmen vorgeben, wie sich Personen verhalten, die nur in einigen Dimensionen *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen, folgt, dass ein Modell zur Erklärung der Wahlbeteiligung spezifizieren muss, wie einzelne Themenfelder zur Entscheidungsfindung beitragen und welche Auswirkung Entfremdung (*Alienation*) sowie Indifferenz (*Indifference*) in einem mehrdimensionalen Raum besitzen. Die Grundannahme meines theoretischen Konzepts lässt sich also wie folgt zusammenfassen: Die individuelle Heterogenität in Bezug auf die Ressourcen bedingt den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Wahlbeteiligung unter der Berücksichtigung eines mehrdimensionalen politischen Raumes. Dies erklärt, warum sich nur ein geringer Anteil an Personen gemäß den Erwartungen von *Rational Choice* verhält. Abbildung 6 zeigt das in dieser Arbeit verwendete theoretische Modell:

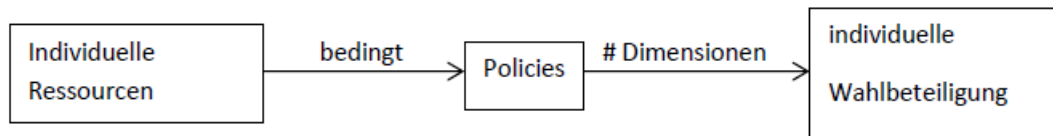


Abbildung 6: Einfluss von Policies im theoretischen Modell (vereinfachte Darstellung)

Ausgehend von dem bisher Gesagten lassen sich zwei Kernhypothesen ableiten:

Es ist davon auszugehen, dass *Policies* nicht bei allen Akteurinnen den gleichen Effekt besitzen. Abhängig vom Ausmaß der vorhandenen individuellen Ressourcen variiert der Einfluss, den *Policies* in dem Entscheidungsprozess besitzen. Demzufolge ist nicht davon auszugehen, dass alle Akteurinnen gemäß *Rational Choice* bzw. einem festgelegten Kosten/Nutzen-Schema handeln, wenn sie entscheiden, ob sie an einer Wahl teilnehmen oder nicht.

- **H1: Der Einfluss von *Policies* (bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*) auf die Wahlbeteiligung wird durch individuelle Ressourcen einer Akteurin bedingt.**

Diese Arbeit verwendet ein zweistufiges Modell: In einem ersten Schritt wird anhand von individuellen Ressourcen erklärt, ob sich Personen gemäß *Rational Choice* verhalten und damit ihr Verhalten anhand von *Policies* ausrichten können. Wenn dies der Fall ist, wird darauffolgend dargestellt, wie sich *themenbasierte Wahlenthaltung* auf die individuelle Wahlbeteiligung auswirkt. Diese Dissertation geht von der Annahme aus, dass der *Policy-Space* mehr- und nicht eindimensional ist. Dies hat Konsequenzen für den Effekt von *Policies* (bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung*) auf das individuelle Verhalten, da in einem mehrdimensionalen Kontext davon ausgegangen werden muss, dass nicht in allen Politikfeldern die genannten Einflussfaktoren (*Alienation*, *Indifference*) auftreten. Dazu kommt, dass in einem n-dimensionalen *Policy-Space* (wobei n für die Anzahl der Dimensionen steht) neben *Alienation* und *Indifference* weitere Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auftreten können.

- **H2: Der Einfluss von *Policies* (bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*) auf die Wahlbeteiligung variiert in einem mehrdimensionalen *Policy-Space*.**

Unter den „*individuellen Ressourcen*“ werden alle notwendigen Komponenten verstanden, die notwendig sind, um „*memory-based processing models*“ durchführen zu können. In unserem Fall sind dies *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* sowie kognitive Fähigkeiten (*politische Versiertheit*). Der Einfluss von *Policies* auf das individuelle Wahlverhalten wird durch Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation, Indifference*) sowie durch die Variation von Parteien, die in einer *Policy*-Dimension einer Akteurin am nächsten stehen, („*Utility Variation*“, siehe 3.4) dargestellt. Die Effektstärke der drei genannten Konzepte ergibt sich dadurch, in wie vielen Dimensionen (# Dimensionen) *Alienation, Indifference* und *Utility Variation* auftreten³⁰. Abbildung 7 zeigt eine detailliertere Darstellung des verwendeten theoretischen Modells:

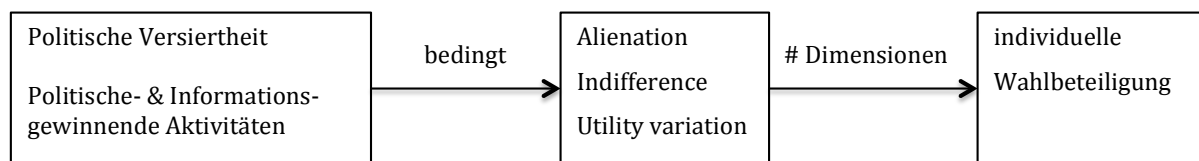


Abbildung 7: Einfluss von *Policies* im theoretischen Modell (detaillierte Darstellung)

Basierend auf diesem Modell lassen sich von den beiden Kernhypothesen konkrete Erwartungen ableiten, inwiefern der Einfluss von *Policies* bzw. *Alienation* und *Indifference* auf die individuelle Partizipation an Wahlen variiert:

3.5.1 Der Einfluss von wissens- und informationsgewinnenden Aktivitäten auf themenbasierte Wahlenthaltung

Verhaltensbasierte Entscheidungen, unabhängig davon, ob diese nun rational sind oder nicht, begründen sich auf dem Vorhandensein von Informationen. Informationen sind eine Voraus-

³⁰ Unter Berücksichtigung der individuellen Ressourcen.

setzung zur Bildung von eigenen Präferenzen in politischen Themenfeldern. Ebenso werden Informationen über die zur Wahl stehenden Parteien und Kandidatinnen benötigt, um diese evaluieren zu können, und in den Entscheidungsfindungsprozess miteinzubeziehen. Da jedoch der Prozess der Informationsverarbeitung und –wiedergabe untrennbar mit kognitiven Fähigkeiten verknüpft ist, wird als zentrales Element die Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* verwendet, da diese die Grundlage für die Akquisition von Informationen darstellt. Es ist davon auszugehen, dass je nach Anzahl der Aktivitäten der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* variiert. Für Personen, die eine minimale bzw. sehr geringe Anzahl an Aktivitäten durchführen, ergeben sich Problematiken in Bezug auf die Präferenzbildung, sowie die Fähigkeit, Parteien und Kandidatinnen zu evaluieren, da die durch Aktivitäten gesammelten Informationen nicht ausreichen, um *Policies* für das individuelle Verhalten zu berücksichtigen (Vgl. u.a. Palfrey/Poole 1987, Toká 2004, Delli Carpini/Keeter 1996, Holbrook/Krosnick 2008). Demzufolge gilt für diese Personen:

- **H1-1: Für Akteurinnen, die eine minimale (bzw. die geringste) Anzahl an politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten aufweisen, ist der Einfluss von Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung (*Alienation* und *Indifference*) auf die Wahlbeteiligung am geringsten.**

Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass für Personen mit der höchsten (bzw. maximalen) Anzahl der Einfluss von *Policies* auf die Wahlbeteiligung gering ist. Diese Annahme ist damit zu erklären, dass diese Personen ein überdurchschnittlich hohes Interesse an Politik bzw. in den meisten Fällen eine starke Parteiidentifikation aufweisen (Wells et al. 2009). Dies führt dazu, dass diese Personen in Bezug auf die Evaluierung der politischen Parteien systematisch verzerrte Einstellungen besitzen. Das bedeutet, dass diese Personen ihr Verhalten nicht anhand von *Policies*, sondern nach der Parteiidentifikation oder anderen Faktoren ausrichten (Vgl. u.a. Wells et al. 2009, Huckfeld et al. 2010). Daher gilt:

- **H1-2: Bei Akteurinnen mit einer sehr hohen (bzw. höchsten) Anzahl an politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten ist der Einfluss von Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung (*Alienation* und *Indifference*) auf die Wahlbeteiligung gering.**

Der höchste Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* ergibt sich dementsprechend bei Personen, die den genannten Gruppen nicht angehören, also eine mittlere bzw. geringe Anzahl an Aktivitäten aufweisen. Diese Akteurinnen erhalten durch *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* genügend Informationen, um die wahrgenommenen Positionen von Parteien und Kandidatinnen mit den eigenen Präferenzen zu vergleichen, und basierend auf diesen Evaluierungen ihr Wahlverhalten (also die Partizipation an Wahlen) auszurichten (Vgl. u.a. Popkin 1991, 1993, Hobolt/Wittrock 2007, Toká 2002, 2004).

- **H1-3: Der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung (Alienation und Indifference)* ist bei Akteurinnen mit einer mittleren bzw. geringen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* am höchsten.**

3.5.2 Der Einfluss von politischer Versiertheit auf themenbasierte Wahlenthaltung

Eine Person muss über eine adäquate Aufbereitungs- bzw. Verarbeitungskapazität verfügen, um Informationen in den Entscheidungsbildungsprozess einfließen zu lassen. Ist diese Kapazität nicht vorhanden, gelingt es nicht, eigene Präferenzen zu bilden bzw. die vorhandenen Auswahlmöglichkeiten in Bezug auf das Entscheidungsverhalten zu evaluieren, selbst dann, wenn eine erhöhte Motivation vorhanden ist, dies zu tun. Ich nenne dies *politische Versiertheit*. Dieser Begriff entspricht der Kapazität, Informationen für folgende Aktionen zu verwenden: Die Bildung von Präferenzen, die Evaluation der politischen Positionierungen anderer Akteurinnen, sowie das Erstellen realistischer Prognosen in Bezug auf politische Ereignisse oder die Auswirkung von *Policy* Positionen. Hierbei zeigt sich, dass *politische Versiertheit* (bzw. kognitive Fähigkeiten) die Grundlage für viele Faktoren (wie beispielsweise politisches Interesse) bilden, die mit einer erhöhten Wahlbeteiligung in Zusammenhang gebracht werden können. Theoretische Arbeiten wie Denny/Doyle (2008) oder Krosnick et al. (2002) zeigen, dass Personen mit hohen kognitiven *Skills* (also einer hohen *politischen Versiertheit*) eine erhöhte Wahrscheinlichkeit an der Teilnahme an sozialen Interaktionen (u.a. auch Mitarbeit in NGOs, Demonstrationen, Referenden, etc.) aufweisen. Wie Duch (2001) und Gomez/Wilson (2001) zeigten, ist die Verwendung eines Kosten/Nutzen-Schemas bei Personen mit hoher *politischer Versiertheit* nicht ausreichend um das individuelle Verhalten zu erklären. Dies kann damit begründet werden, dass mit einer

zunehmenden *politischen Versiertheit* jene *Skills* an Bedeutung gewinnen, die soziale und politische Interaktionen – und somit auch die Teilnahme an Wahlen – begünstigen. Demnach werden Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* bei zunehmender *politischer Versiertheit* durch andere Einflussfaktoren ersetzt, wodurch *Policies* nur bei der Entscheidung *wer* gewählt wird eine Rolle spielen. (Vgl. Duch 2001, Denny/Doyle 2008, Krosnick et al. 2002).

- **H1-4 Je höher die politische Versiertheit, desto geringer ist der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) auf die Wahlbeteiligung.**

Die Personengruppe mit der höchsten *politischen Versiertheit* weist demnach die besten kognitiven Fähigkeiten auf, um an sozialen Interaktionen zu partizipieren. Für diese Personengruppe gilt daher, dass selbst wenn sie als *alienated* oder *indifferent* klassifiziert werden, diese Personen an einer Wahl teilnehmen, wodurch die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) irrelevant sind. Eine hohe *politische Versiertheit* geht beispielsweise einher mit besserer Informationsverarbeitung, erhöhter Lese- und Schreibfähigkeiten oder einer besseren verbalen Ausdrucksfähigkeit. Das Zusammenspiel dieser Faktoren ermöglicht und forciert soziale Interaktionen und lässt andere potenzielle Einflussfaktoren (wie beispielsweise *Alienation* oder *Indifference*) in den Hintergrund treten. (Vgl. u.a. Krosnick/Simmons et al. 2003, Denny/Doyle 2008, Krosnick et al. 2002). Deshalb gilt:

- **H1-5: Der geringste Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) besteht bei Personen mit der höchsten *politischen Versiertheit*.**

3.5.3 Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen politischen Raum

Neben den individuellen Ressourcen variiert der Einfluss von *Policies* bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Partizipation an Wahlen auf Grund des *Policy-Space*. Wahl-, Parteien- und Kandidatinnenprogramme beinhalten eine Vielzahl an politischen Themen, die

für eine individuelle Akteurin von Relevanz sind und aufgrund deren das Wahlverhalten ausgerichtet werden kann. Die Integration von mehreren *Policies* in eine Dimension (eindimensionaler Ansatz) oder die Interaktion von Einflussfaktoren in mehreren Dimensionen stellt eine Akteurin vor Schwierigkeiten. Im Falle eines mehrdimensionalen *Policy-Space* wissen wir anhand von Theorien der politischen Psychologie, dass mit einer höheren Anzahl an Evaluationsprozessen (*Alienation* und *Indifference* können als solche definiert werden, siehe Kapitel 3.4) der Einfluss von *Policies* auf das Wahlverhalten steigt (Bizer/Krosnick et al. 2004). Eine ähnliche Argumentation findet sich auch in politikwissenschaftlichen Studien, die sich mit dem theoretischen Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* beschäftigen (Vgl. u.a. Bizer/Krosnick et al. 2004, Hortalá-Vallace/Esteve-Volart 2011).

- **H2-1: Der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) auf die individuelle Wahlbeteiligung steigt, je höher die Anzahl der Dimensionen ist, in denen diese Effekte auftreten.**

Neben *Alienation* und *Indifference* besteht jedoch ein weiterer Faktor *themenbasierter Wahlenthaltung*. In einem mehrdimensionalen Raum kann *Indifference* auch wie folgt interpretiert werden: Der erwartete Nutzen für die Wahl einer Akteurin basiert auf *Utilities*. Diese werden in jeder *Policy*-Dimension berechnet (Zipp 1985, Eymann/Thurner 2000). Wenn nun in verschiedenen Dimensionen unterschiedliche Parteien die höchste *Utility* aufweisen – also den größten Nutzen versprechen – so sinkt der *Benefit* an einer Wahl teilzunehmen aus der Perspektive einer Akteurin (Grofman/Merill 1999). Dies liegt daran, dass mehrere Parteien für die vorhandenen *Policy*-Dimensionen einen erwarteten Nutzen aufweisen. Dementsprechend kann *Indifference* auch als „*Variation der Utilities*“ in verschiedenen Dimensionen interpretiert werden. Es gilt daher Folgendes: Je höher die *Variation* von Parteien, die in einer *Policy*-Dimension einer Akteurin am nächsten stehen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person an einer Wahl teilnimmt, da der erwartete Nutzen geringer ist, als die Kosten (Vgl. u.a. Grofman/Merill 1999, Humphreys/Laver 2010).

- **H2-2: Je höher die Anzahl der Parteien ist, die in verschiedenen *Policy-Dimensionen* die höchste *Utility* (geringste Distanz) besitzen, desto geringer ist die individuelle Wahlbeteiligung.**

Da auch dieser Effekt eine fehlende bzw. geringe Motivation bezüglich der Wahlteilnahme erklärt und auf *Policies* basiert, ist davon auszugehen, dass die individuellen Ressourcen (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten* bzw. *politische Versiertheit*) hier ebenfalls Einflussfaktoren sind. Dementsprechend sollten die Hypothesen H1-1 bis H1-5 auch in diesem Fall gelten.

- **H2-3: Der Einfluss der Variation der *Utilities* wird durch die individuellen Ressourcen einer Akteurin (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten* bzw. die *politische Versiertheit*) bedingt.**

3.6 Conclusio des Kapitels

Ausgangspunkt dieses Kapitels waren empirische Resultate, die zeigten, dass der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* in bisherigen Studien von geringer Relevanz sind. Dies wird damit begründet, dass die aus der *Rational Choice* Theorie abgeleiteten Modelle der Wahlbeteiligung einen zu engen theoretischen Rahmen besitzen, womit die individuelle Partizipation an Wahlen nicht erschöpfend erklärt werden kann. Ziel dieses Kapitels war es, ein theoretisches Modell zu finden, das der Komplexität des individuellen Entscheidungsprozesses gerecht wird. Mittels Konzepten der politischen Psychologie wurde argumentiert, dass individuelles Verhalten anhand von drei Kernelementen erklärt werden kann: individuelle Ressourcen (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten, politische Versiertheit*), die grundlegende Elemente für die Aufnahme, Verarbeitung und Wiedergabe von Informationen darstellen, die Motivation einer Akteurin eine Handlung auszuführen (in dieser Arbeit anhand von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* erklärt), sowie die Schwierigkeit der Entscheidungsfindung in einem mehrdimensionalen Raum (da die meisten Studien davon ausgehen, dass individuelles Verhalten nicht anhand von eindimensionalen Faktoren erklärt werden kann). Sofern dies berücksichtigt wird, ist davon auszugehen, dass sich nur ein geringer Anteil der Wahlberechtigten gemäß den Annahmen der *Rational Choice*

Theorie verhält. Mittels dieses Modells lassen sich Hypothesen für alle genannten Teilbereiche aufstellen, die in den folgenden Kapiteln empirisch getestet werden sollen.

Bevor die empirische Analyse erfolgt, ist es jedoch wichtig, zentrale Elemente des Studiendesigns wie Fallauswahl, Methoden, Operationalisierung oder die Datenauswahl zu besprechen. Wie die bisherige Debatte gezeigt haben sollte, sind Operationalisierungsstrategien von entscheidender Bedeutung. Sowohl in Bezug auf *Alienation* und *Indifference* (Melton 2009,2011) als auch bei *politischer Versiertheit* (Luskin 1987) kann die Effektstärke je nach Operationalisierung drastisch variieren. In dem nun folgenden Kapitel werden deshalb die Vor- und Nachteile diverser Operationalisierungsstrategien ausführlich besprochen und dargestellt, wie die in dieser Arbeit verwendeten Konzepte operationalisiert werden. Kapitel 4 widmet sich diesen und anderen Problemstellungen, womit die Basis für die empirische Analyse dieser Arbeit gelegt wird.

4. Fallauswahl, Methoden, Operationalisierung

„The content of “science” is primarily the methods and rules, not the subject matter, since we can use these methods to study virtually anything“ (King/Keohane et al. 1994, S.9).

Unabhängig davon, ob man wie King, Keohane und Verba oder Karl Pearson – die der Ansicht sind, dass die Gemeinsamkeit aller Wissenschaften ihre Methodik ist – ausgeht, dass Methoden und Datenanalyse der elementarste Teil des wissenschaftlichen Arbeitens ist, ist unbestritten, dass Forschungsdesign sowie die Auswahl und Analyse von Daten ein zentraler Bestandteil wissenschaftlichen Arbeitens ist. Wie schon in Kapitel 2 eingehend erläutert wurde, geht diese Dissertation davon aus, dass die Frage der Wahlbeteiligung - bzw. warum manche Menschen zur Wahl gehen und andere nicht – bedingt durch eine Fülle an Gründen aus individueller Perspektive beantwortet werden sollte. Sämtliche theoretische Grundannahmen (Kapitel 3) gehen davon aus, dass die individuelle Beteiligung an Wahlen als Zusammenspiel von Motivation (als Grundlage für individuelles Handeln), einem Mindestmaß an Wissen, den damit verbundenen Aktivitäten zur Erlangung derselben, kognitiven Fähigkeiten (um von eigenen Präferenzen Handlungsmöglichkeiten ableiten zu können), sowie Verhaltensstrategien (nach deren Regeln eine Person handelt) zu sehen ist. Während dieses Modell auf einen generalisierten Rahmen schließen lässt, der für jede Wahl (unabhängig auf welcher Ebene beziehungsweise in welchem Land gewählt wird) anwendbar ist, so ist für die empirische Anwendung dieses Ansatzes eine Vielzahl an Merkmalen zu berücksichtigen.

Bevor auf die Unterkapitel und deren Inhalt eingegangen werden soll, sei – der Vollständigkeit halber - auf eine zentrale Feststellung hingewiesen: In der vergleichenden Politikwissenschaft kann bei der Auswahl des Wissenschaftsansatzes zwischen zwei großen Paradigmen unterschieden werden (Della Porta/Keating, 2008): fallspezifische Ansätze („*case-oriented research*“), die mittels narrativen Analysen einen komplexen Prozess erläutern, und variablenbasierte Ansätze („*variable-oriented research*“), deren Ziel es ist, anhand klar abgrenzbarer und vor der empirischen Analyse definierten Konzepten (Variablen) mittels statistischer Inferenz allgemeingültige Aussagen zu treffen. Da diese Arbeit davon ausgeht,

dass die individuellen Entscheidungsprozesse generalisierbar – und damit vergleichbar – sind, wird ein variablenbasierter Untersuchungsansatz gewählt.

Wie in Kapitel 2.1 debattiert wurde, stehen Wahlforscherinnen vor der Frage, ob das Wahlverhalten von Personen hauptsächlich durch gesellschaftliche und institutionelle oder durch individuelle Charakteristika bestimmt wird. Während in dieser Arbeit individuelle Faktoren als ausschlaggebende Faktoren für das Verhalten gesehen werden, sollte daraus nicht geschlossen werden, dass institutionelle Faktoren keinen Einfluss auf das individuelle Verhalten haben. Kapitel 4.1 beschäftigt sich deshalb mit der Fallauswahl, anhand derer der im vorhergehenden Kapitel vorgestellte theoretische Rahmen getestet werden soll. Für diese Arbeit werden die Wahlen zum Europäischen Parlament (infolge EP-Wahlen genannt) aus dem Jahr 2009 als Fall verwendet. Zu Beginn erfolgt eine kurze Einführung in die EP-Wahlen, eine Debatte über die Charakterisierung von Wahlen in „*first-*“ und „*second-order elections*“, sowie die daraus resultierenden Schlussfolgerungen für die empirische Analyse von Wahlen. Es wird dargestellt, welche kontext-spezifischen Faktoren von der akademischen Debatte in Bezug auf die EP-Wahlen untersucht wurden und inwiefern diese (als Kontrollvariablen) in das theoretische Modell inkludiert werden müssen. Abschließend erfolgt ein Exkurs, ob die zu erwartenden Ergebnisse für andere Wahlen generalisierbar sind und welche Ergebnisse auf fallspezifische Effekte zurückzuführen sind.

Anhand der Fallauswahl wird ersichtlich, dass eine empirische Analyse von EP-Wahlen das komplexe politische System adäquat in statistischen Modellen abbilden muss. Damit ist gemeint, dass EP-Wahlen in 27 Ländern stattfinden, was es also mit einem Mehrebenensystem zu tun haben. Kapitel 4.2 zeigt daher, dass ausgehend von dem verwendeten variablen-basierten Ansatz Regressionsmodelle als statistische Methode angewandt werden, um die in Kapitel 3.5 aufgestellten Kausalbeziehungen zu testen. Da das *Sample* (die Grundgesamtheit) die Summe von 28 Teilgesamtheiten ist, wird dargelegt, dass ein hierarchisches Regressionsmodell für die Analyse verwendet werden muss. Aufgrund dessen, dass die unabhängige Variable (Beteiligung an Wahlen Ja/Nein) binär ist, werden daher hierarchische logistische Regressionsmodelle verwendet. Angesichts der Tatsache, dass aus statistischer Perspektive zwischen „*random-effects*“ und „*fixed-effects*“ Modellen unterschieden werden kann, wird

nach einer kurzen Einführung dargelegt, weshalb in dieser Dissertation mit „*fixed-effects*“ Modellen gerechnet wird.

Der Kern jeder empirischen Arbeit sind die zu Grunde liegenden Daten: unabhängig von theoretischen oder statistischen Modellen ist die Qualität von empirischen Arbeiten eine Funktion der verwendeten Daten. Kapitel 4.3 stellt dar, welche Daten für diese Arbeit verwendet werden. Die Empirie dieser Dissertation basiert auf einer Sekundärdatenanalyse der PIREDEU (Van Egmond et al. 2010) Daten. Es wird in diesem Unterkapitel erarbeitet, welche Vorzüge dieses Datenmaterial gegenüber anderen Datensätzen besitzt und anhand eines Exkurses darstellt, inwiefern sozial erwünschtes Antwortverhalten – genauer gesagt die Überrepräsentation von Personen, die zur Wahl gegangen sind – einen Einfluss auf die empirische Analyse besitzen.

Ein Kernelement gegenständlicher Arbeit ist das individuelle Verhalten in einem mehrdimensionalen Raum. In weiterer Folge bedeutet dies, dass der *Policy-Space* aus zwei (oder mehr) voneinander unabhängigen Dimensionen besteht. Während wir in den Kapiteln 2 und 3 die theoretischen Grundlagen definiert haben, soll in Kapitel 4.4 die Konfiguration des *Policy-Space* dieser Arbeit besprochen werden.

„*Von entscheidender Bedeutung für den Ausgang der Untersuchung ist die Frage, wie die unabhängigen Variablen, die abhängigen Variablen und die Kontrollvariablen operationalisiert werden. Durch die Operationalisierung wird festgelegt, welche Operationen (Handlungen, Reaktionen, Zustände usw.) wir als indikativ für die zu messende Variable ansehen wollen und wie diese Operationen quantitativ erfasst werden*“ (Bortz 2005, S.8). Die Operationalisierung von Variablen kann – wie Melton (2009, 2011, Kapitel 2) oder Luskin (1987) argumentieren – einen entscheidenden Einfluss auf die Effektstärken und damit auch auf die empirische Validität der theoretischen Konzepte haben. Sowohl für *themenbasierte Wahlenthaltung*, als auch für die Variablen aus der politischen Psychologie wie politische Versiertheit, weist die wissenschaftliche Literatur eine große Bandbreite an Operationalisierungsstrategien auf. Kapitel 4.5 beschäftigt sich daher mit der Operationalisierung aller verwendeten Variablen.

4.1 Fallauswahl – Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009

Um zu untersuchen, ob *Policies* einen Einfluss auf die individuelle Partizipation besitzen und ob dieser Prozess anhand von „*memory based processing models*“ – also mittels *politischer Versiertheit, politischer und informationsgewinnender Aktivitäten* und eines multidimensionalen *Policy-Space* – erklärt werden kann, werden als Fall die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 verwendet. Die Wahlen fanden vom 4. bis 7. Juni 2009 in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten statt, wobei insgesamt 378 Millionen Bürgerinnen aufgerufen waren insgesamt 736 Abgeordnete zu bestimmen³¹. Dieses Unterkapitel gliedert sich wie folgt: Da sich die Wahlen zum europäischen Parlament in einigen Charakteristika signifikant von nationalen Wahlen unterscheiden, ist es notwendig, auf diese Differenzen einzugehen bevor die Begründung der Fallauswahl gegeben werden kann. Zu Beginn wird deshalb eine kurze Einführung in die Klassifizierung von Wahlen anhand von „*Hauptwahlen*“ (*first-order elections, FOE*) und „*Nebewahlen*“ (*second-order elections, SOE*) sowie die daraus resultierenden Charakteristika von EP-Wahlen gegeben. Anschließend erfolgt eine kurze Debatte über bisherige Studien, die sich mit der Wahlbeteiligung in EP-Wahlen beschäftigt haben, sowie die Begründung, warum sich diese Wahlen als besonders geeignet erweisen, um festzustellen, welchen Einfluss *Policies* auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzen.

4.1.1. Die Klassifikation von „Haupt-“ und „Nebewahlen“

Die existierende Literatur über Wahlbeteiligung ist breit gefächert und hat eine Fülle an empirisch robusten Faktoren festgelegt, auf Basis derer die Beteiligung an Wahlen zwischen Staaten oder individuellen Akteurinnen variiert. Wie in Kapitel 2.1 dargestellt, lassen sich diese Ansätze in *gesellschafts- und institutionell basierte Ansätze* unterteilen, deren Kernargument darauf begründet ist, dass sich das Wahlverhalten eines Elektorates dadurch bestimmt, inwiefern dieses in soziale und institutionelle Faktoren eingebettet ist, sowie *individuell basierte Ansätze*, die davon ausgehen, dass individuelle Einstellungen und Charakteristika die Grundlage für die Entscheidung, ob an einer Wahl teilgenommen wird oder nicht, bilden. Obwohl diese Dissertation auf *individuell basierten Ansätzen* fußt, zeigt

³¹ Siehe http://www.europarl.at/view/de/AKTUELLES/Schwerpunktthemen/Europawahl_2009.html, abgerufen am 04.04.2013

sich insbesondere bei Wahlen zum Europäischen Parlament, dass die bisherige theoretische wie empirische Debatte (sowohl allgemein als auch in Bezug auf die Wahlbeteiligung) sehr stark auf institutionelle Ansätze fokussiert. Zur Feststellung, warum sich diese Wahlen für diese Dissertation als geeignet erweisen, sowie um kontextspezifische Effekte (als Kontrollvariablen) in die zu verwendenden Modelle zu inkludieren, ist es daher notwendig, sich mit dem von Reif und Schmitt (1980) postulierten Konzept von „Hauptwahlen“ (*first-order elections, FOE*) und „Nebenwahlen“ (*second-order elections, SOE*) zu beschäftigen.

Die Unterscheidung zwischen „Hauptwahlen“ und „Nebenwahlen“ basiert auf dem Konzept der „institutionellen Salienz“. Variablen, die auf diesem theoretischen Modell basieren, gehen davon aus, dass sich die wahrgenommene Macht einer Institution auf das Verhalten eines Kollektivs bzw. von individuellen Akteurinnen auswirkt. Je einflussreicher die zu wählende Institution, desto stärker ist der Anreiz, zur Wahl zu gehen (einen Überblick über diese Ansätze liefert Blais 2006). Vorreiter in diesem Feld war Jackman (1978 a,b), der zeigte, dass die Beteiligung an Wahlen in Staaten mit nur einer gesetzgebenden Körperschaft höher ist, verglichen mit Staaten, die ein bikamerales System aufweisen. Jedoch zeigten darauffolgende Studien eher ein unklares Muster über den Einfluss von uni- bzw. bikameralen Systemen auf die Wahlbeteiligung. Abgesehen davon wird institutionelle Salienz in der Wahlforschung auch anhand von „Haupt-“, und „Nebenwahlen“ gemessen. Ausgangspunkt für diesen Ansatz war, dass eine Vielzahl an Erwartungen, die im Vorfeld der ersten Wahlen zum Europäischen Parlament 1979 – wie beispielsweise die Etablierung einer direkten Verknüpfung zwischen Bürgerinnen und dem Entscheidungsprozess auf Europäischer Ebene –, in einem diametralen Gegensatz zu Wahlbeteiligung und Wahlergebnissen der Wahlen von 1979 standen (siehe Marsh/Mikhaylov 2010). In ihrem 1980 erschienenen Artikel klassifizieren Reif und Schmitt (1980) die Wahlen zum Europäischen Parlament als „*second-order national elections*“. Die Grundannahme ist, dass das Ergebnis einer nationalen Wahl in einem parlamentarischen System die Aufteilung der Sitze für einzelne Parteien beeinflusst und Parteien auf dieser Basis (relative) Ansprüche auf die Regierungszusammensetzung stellen. Dies ist für individuelle Akteurinnen insofern von Interesse, als dass in parlamentarischen Systemen Politikwandel (engl. „*policy change*“) durch Regierungsentscheidungen wesentlich beeinflusst werden. Dies hat zur Folge, dass individuelle Akteurinnen ihr Wahlverhalten danach ausrichten, wie stark die Verbindung zwischen Politikwandel und der zu wählenden Institution ist (Vgl. Franklin 1996, Van der Eijk et al. 1996). Verallgemeinert gilt also, dass in einem (demokratischen)

politischen System die Wahl der wichtigsten Institution (also der Institution mit dem größten Einfluss auf „policy change“) als „Hauptwahl“ (*first-order elections, FOE*) charakterisiert wird. Im Umkehrschluss können „Nebenwahlen“ (*second-order elections, SOE*) wie folgt definiert werden: „All elections (except the one that fills the most important political office of the entire system and therefore is the first-order election) are “national second-order elections”, irrespective of whether they take place in the entire or only in a part of, the country“ (Reif 1997, S.117).

Für die Interpretation von Wahlbeteiligung und Wahlergebnissen in Nebenwahlen sind drei zentrale Charakteristika zu berücksichtigen (Vgl. Marsh/Mikhaylov 2010). Erstens, ist aus Sicht der Bürgerinnen die Relevanz von *Nebenwahlen* deutlich geringer als die von *Hauptwahlen* („less at stake“, siehe Reif/Schmitt 1980). Da *Nebenwahlen* keinen Einfluss auf die Regierungszusammensetzung haben, ist die Wahlbeteiligung in diesen Wahlen geringer als bei *Hauptwahlen*. Ebenso verzeichnen kleine und/oder politisch eher extremer positionierte Parteien in *Nebenwahlen* bessere Wahlergebnisse als in *Hauptwahlen*. Zweitens werden Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse in *Nebenwahlen* durch die politische Situation der „first-order arena“ zum Zeitpunkt der *Nebenwahlen* beeinflusst. So determinieren die jeweiligen nationalen *Policies*, sowie die (Un-)Zufriedenheit mit der derzeit amtierenden Regierung das individuelle Wahlverhalten. Drittens weisen (in idealer Form) *Nebenwahlen* das gleiche Parteiensystem auf, das auch die *Hauptwahlen* charakterisiert. Würde (im Extremfall) keine Partei die auf nationaler Ebene kandidiert, in EP-Wahlen antreten, so könnten die *second-order* Ansätze keine Erklärungsgewalt für das Wahlverhalten liefern, da dieses (siehe Punkt 2) anhand der derzeit vorherrschenden Situation in der „first-order arena“ determiniert wird.

Basierend auf der Definition von *Haupt-* und *Nebenwahlen*, sowie den soeben vorgestellten Charakteristika von *Nebenwahlen*, können die Wahlen zum Europäischen Parlament ganz eindeutig als *Nebenwahlen* definiert werden. Demzufolge können laut Reif und Schmitt (1980) drei wesentliche Differenzen zwischen EP-Wahlen und (*first-order*) nationalen Wahlen festgestellt werden:

1. Die Wahlbeteiligung in EP-Wahlen ist geringer als in (*first-order*) nationalen Wahlen
2. Die Wahlergebnisse größerer Parteien sind in EP-Wahlen schlechter als bei (*first-order*) nationalen Wahlen, während für kleinere Parteien das Gegenteil festzustellen ist
3. Parteien, die in nationalen Regierungen vertreten sind, werden – verglichen zu den *first-order* Wahlen – an Stimmen verlieren

Das erste Argument – die geringere Wahlbeteiligung – wird mit der geringen Relevanz des Europäischen Parlaments aus der Sicht des Elektorats begründet. Da diese Wahlen keinen Einfluss auf die (nationale) Regierungszusammensetzung besitzen, ist eine deutlich geringere Motivation vorhanden, überhaupt an der Wahl teilzunehmen. Dieser Motivationsverlust führt infolge zu einer geringeren Wahlbeteiligung. Das zweite Argument basiert darauf, dass die geringe Relevanz der EP-Wahlen dazu führt, dass Personen, die zur Wahl gehen, bei *Nebenwahlen* ein anderes Wahlverhalten aufweisen, da in *Hauptwahlen* Politikwandel („*policy change*“) und damit die Regierungszusammensetzung von herausragender Bedeutung ist. Dies hat zur Folge, dass in EP-Wahlen eher Kleinparteien oder neue Parteien gewählt werden, während in *Hauptwahlen* einer Akteurin eine Stimme für solche Parteien als „*wasted vote*“ vorkommen kann (Risiko, dass die Partei nicht in das Parlament kommt, keinen Einfluss auf die Regierungszusammensetzung hat, etc.). Der Kontext der „*first-order arena*“ zum Zeitpunkt der EP-Wahlen kann ebenfalls das individuelle Verhalten beeinflussen. So kann das Elektorat durch Wahlenthaltung bzw. durch die Wahl von Parteien, die auf nationaler Ebene in Opposition sind, den Regierungsparteien ihre Unzufriedenheit über die Regierungsp performance bzw. den (nicht) umgesetzten *Policies* zeigen, ohne damit eine Veränderung der Regierungszusammensetzung zu verursachen, da diese Möglichkeit ja nur bei *Hauptwahlen* gegeben ist.

Da sich diese Arbeit auf die Beteiligung an Wahlen fokussiert, soll auf diesen Teilbereich des *second-order* Modells genauer eingegangen werden. Eine Übersicht über die anderen Teilbereiche geben u.a. Marsh/Mikhaylov (2010), Franklin (2005) oder Green/Hobolt (2008). Eines der offenkundigsten Muster in Bezug auf das Wahlverhalten in EP-Wahlen ist die geringere Wahlbeteiligung auf Europäischer Ebene verglichen mit der Partizipation in nationalen (*first-order*) Wahlen. Während bei den ersten Wahlen 1979 europaweit knapp 62 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gingen, nahm dieser Anteil von Wahl zu Wahl ab, wobei der

bisherige Tiefststand bei der Wahl 2009 mit knapp 43 Prozent erreicht wurde³². Jedoch ist hierbei zu berücksichtigen, dass im Laufe der Zeit immer mehr Staaten der EU beigetreten sind, die sowohl keine Gesetze zur Wahlpflicht, als auch geringe Wahlbeteiligungsraten auf nationaler Ebene aufweisen.³³ Der negative Trend in Bezug auf die Wahlbeteiligung ist jedoch auch in „alten“ EU-Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise den Niederlanden oder Frankreich, zu beobachten (siehe Franklin 2005, Schmitt/Van der Eijk 2007). Verglichen mit den Beteiligungsraten auf nationaler Ebene ergibt sich – auf Aggregatebene – ein relativ robustes Muster. Die Differenz in Bezug auf die Wahlbeteiligung³⁴ beträgt durchschnittlich ca. 18 Prozent (siehe Van der Eijk et al. 1996). Die Erklärungsansätze für die niedrige Wahlbeteiligung sind vielfältig, wobei als dominierendes Hauptargument in der bisherigen akademischen Debatte – gemäß dem *second-order* Modell – die geringe Relevanz von EP-Wahlen aus der Perspektive der Wählerinnen genannt wird. Wenn individuelle Akteurinnen die EP-Wahlen als wenig relevant ansehen, und diese Ansicht von Politikerinnen sowie Medien geteilt wird, führt dies aus individueller Perspektive zu einem geringeren *Benefit*, während die Kosten zur Erlangung aller relevanten Informationen, die für den Entscheidungsprozess notwendig sind, steigen (Vgl. Marsh/Mikhaylov 2010, De Vries et al. 2011, Hobolt/Wittrock 2011).

Basierend auf dieser Argumentation sind in der Mehrzahl der Aggregatdatenmodelle³⁵ (siehe Franklin 2004, Franklin/Hobolt 2011, Schmitt 2005) zwei Faktoren auszumachen, aufgrund derer die Beteiligung an Wahlen erklärt werden kann. Staaten mit Gesetzen zur Wahlpflicht („*compulsory voting*“) weisen – verglichen mit Staaten ohne Wahlpflicht – deutlich erhöhte Beteiligungsraten auf und zeigen keine (oder nur marginale) Differenzen zur Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene (Franklin 2005). An dieser Stelle sei jedoch angemerkt, dass der Anteil an Staaten mit Wahlpflicht seit der ersten Wahl deutlich abgenommen hat, sowie die wissenschaftliche Debatte über die Effektivität der Wahlpflicht zu divergenten Ergebnissen kommt. Während Franklin einen signifikanten positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung findet, zeigen unter anderem Blais et al. (2003, 2006) oder Geys (2006), dass der Effekt der Wahlpflicht davon abhängt, ob und welche Sanktionen im Falle einer Nichtwahl vorhanden

³² Siehe <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/000cdcd9d4/Turnout-Prozent281979-2009Prozent29.html>, zuletzt abgerufen am 05.04.2013, sowie Appendix A

³³ Dies gilt insbesondere für Staaten die 2004 oder 2007 beigetreten sind.

³⁴ Vergleich: Wahlbeteiligung in Land X in EP-Wahlen mit der Wahlbeteiligung der letzten vorangegangenen first-order Hauptwahl.

³⁵ Einen Überblick über die verschiedenen Modelle geben Marsh/Mikhaylov (2010).

sind. Demnach fördert die Wahlpflicht die Partizipation an Wahlen nur, wenn Sanktionen vorhanden sind und diese auch exekutiert werden. Als zweiter Faktor kann eine erhöhte Wahlbeteiligung bei der ersten Teilnahme an EP-Wahlen festgestellt werden, der sogenannte „*first-election-boost*“ Franklin (2005). Dies kann einerseits durch eine erhöhte Medienaufmerksamkeit, sowie andererseits durch die Begeisterung, an einer neuartigen Erfahrung (allererste Wahl in einem neuen politischen Kontext) teilzunehmen, erklärt werden (Franklin 2004, 2005, Marsh 1996).

Eine theoretische Gegenperspektive zu den *second-order* Modellen geht davon aus, dass „Europäische Faktoren“ das Wahlverhalten (zumindest teilweise) determinieren. Demnach sind die Differenzen zwischen EP-Wahlen und nationalen Hauptwahlen keine (bzw. nur eine bedingte) Funktion der Relevanz und der Situation in der „*first-order arena*“ zum Zeitpunkt der EP-Wahl, sondern ein Ausdruck von unterschiedlichen *Policy* Präferenzen. Demzufolge sind für das Wahlverhalten bei EP-Wahlen „Europäische Themen“ ausschlaggebend, wodurch – wie Marsh/Mikhaylov richtigerweise argumentieren – aus der Perspektive von Downs jede Wahl einen eigenen *Policy-Space* besitzt, der nicht ident ist: „*We may see this in simple Downsian terms as the extension of the issue space in which voters and parties are located, or as a recalibration of the issue space in the different context*“ (Marsh/Mikhaylov 2010, S. 13). So zeigen u.a. Mattila (2003) oder Flickinger et al. (2003), dass die Wahlbeteiligung in Staaten mit einem Netto-Benefit aus EU Budgettransfers oder Strukturfonds höher ist als bei Nettozahlern. Ebenso zeigt sich, dass eine positive Einstellung zur (Fortführung) der Europäischen Integration mit höheren Beteiligungsraten einhergeht (u.a. Flickinger et al. 2003). Des Weiteren wird in vorangegangenen Studien darauf verwiesen, dass eine erhöhte Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit einer erhöhten Wahlbeteiligung in Verbindung zu bringen ist (Schmitt 2005, Flickinger/Studlar 2007). Im Umkehrschluss bedeutet dies laut den Autoren, dass die niedrigen Beteiligungsraten auf europäischer Ebene zumindest teilweise mit einem Legitimationsdefizit des Europäischen Parlaments bzw. der Europäischen Union in Verbindung zu bringen ist (siehe Marsh/Mikhaylov 2010).

Während sich auf Aggregatebene eine Vielzahl an Studien der Wahlbeteiligung in EP-Wahlen widmet, gibt es aus individueller Perspektive (also *micro-level* Modelle, deren Ziel die Erklärung der individuellen Partizipation an Wahlen ist) nur eine vergleichsweise geringe

Anzahl an Modellen. Diese Arbeiten beschäftigen sich mit der Frage, ob „Europäische Faktoren“ einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen. Die Ergebnisse bezüglich des Einflusses von „Europäischen Faktoren“ ist in *micro-level* Modellen widersprüchlich: Während Blondel/Sinnott et al. (1997, 1998) und Stockemer (2011) die Einstellung zur Europäischen Integration bzw. der EU-Mitgliedschaft als relevanten Einflussfaktor auf die Partizipation an Wahlen sehen, sehen Schmitt und Van der Eijk (2007) nur marginale Effekte. Einen umfassenderen Ansatz zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens liefern Green/Hobolt (2008). Demzufolge ist die Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen anhand von soziodemographischen Merkmalen, Parteiidentifikation, der Regierungszufriedenheit, sowie der Distanz zwischen individuellen Akteurinnen und Parteien in Bezug auf *Policies* (Links-Rechts Skala sowie der Einstellung zur Europäischen Integration) zu erklären. Leider beschränken sich Green/Hobolt in ihrer Arbeit auf Personen, die bei der letzten nationalen Wahl eine Regierungspartei gewählt haben, wodurch Schlussfolgerungen auf das gesamte Elektorat nur bedingt möglich sind. Zusammengefasst kann daher gesagt werden, dass das individuelle Wahlverhalten auf Europäischer Ebene theoretisch wie empirisch mit den bisherigen Modellen nur bedingt erklärt werden kann.

Anhand der bisherigen Literatur zur Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen lassen sich aus meiner Perspektive folgende Kritikpunkte finden: Bisherige Aggregatdatenmodelle verlieren mit fortlaufender Dauer an empirischer Relevanz. So gibt es innerhalb der EU kaum Staaten, die zum jetzigen Zeitpunkt noch eine Wahlpflicht aufweisen. Ebenso zeigt sich, dass diese Modelle seit der EU-Erweiterung 2004 das Wahlverhalten nur bedingt erklären können (Schmitt 2005). Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass bisherige Faktoren wie der „*first-election boost*“ in diesen Staaten nur bedingt zutreffen, sowie andererseits, dass bisherige *second-order* Modelle in den „*neuen*“ EU-Mitgliedsstaaten wesentliche Elemente wie beispielsweise die geringen Beteiligungsraten auf nationaler Ebene weder theoretisch noch empirisch berücksichtigen. Drittens zeigt die bisherige Literatur deutliche Schwächen, wenn es darum geht, die individuelle Wahlbeteiligung zu erklären. Ein Hauptgrund hierfür ist, dass *second-order* Modelle kaum (beziehungsweise nur vage) Aussagen über das Verhalten von individuellen Akteurinnen treffen (Hobolt/Wittrock 2011, Grand 2012). Demzufolge gibt es nach bisherigem Stand der Forschung kaum individuelle Modelle in Bezug auf die Wahlbeteiligung. Viertens ergibt sich aus dem vorhergehenden Punkt, sowie aus der Debatte, ob „Europäische Faktoren“ eine Rolle spielen, die Notwendigkeit, die bisher vorhandenen

Modelle mit allgemeinen theoretischen Ansätzen (wie beispielsweise der *Rational Choice* Theorie oder dem in dieser Arbeit verwendeten theoretischen Modell) zu verbinden, um relevante Aussagen über das individuelle Verhalten in EP-Wahlen treffen zu können.

Angesichts dieser Debatte stellen sich nun folgende Fragen, die es zu beantworten gilt:

1. Eignen sich EP-Wahlen als Fallstudie, um generelle Erkenntnisse über das Wahlverhalten zu erlangen?
2. Gilt dies sowohl für institutionelle wie auch für individuelle Konzepte?
3. Warum eignen sich die EP-Wahlen, um den Einfluss von *Policies* auf die Wahlbeteiligung zu erklären?

Anhand der genannten Differenzen zwischen EP-Wahlen und *Hauptwahlen* ist es legitim zu fragen, ob sich für Fallstudien, deren Ziel es ist, verallgemeinerbare Aussagen über das Wahlverhalten zu generieren, Wahlen zum Europäischen Parlament als geeignet erweisen. Eine Vielzahl an Studien (u.a. Van der Eijk et al. 1996, Schmitt/Van der Eijk 2008, Weber 2007, Franklin/Hobolt 2011) sehen EP-Wahlen als ausgezeichnete Grundlage, um das Wahlverhalten zu studieren. Aus der Perspektive von Van der Eijk et al., eignen sich EP-Wahlen besonders gut, um den Einfluss von institutionellen Faktoren zu messen: „*Europe-wide elections provide a unique laboratory for such investigations, ...because European elections are conducted simultaneously in such different settings, they provide an unparalleled view of the working of contextual factors*“ (Van der Eijk et al. 1996, S.150), womit gesagt werden kann, dass sich EP-Wahlen als Fallstudie eignen, um generelle Erkenntnisse über das Wahlverhalten zu erlangen. Da jedoch die bisherige Argumentation sehr stark auf institutionelle Faktoren fokussiert muss geklärt werden, ob auch gesellschaftsbasierte Ansätze geeignet sind, um das Wahlverhalten in EP-Wahlen zu erklären.

Anhand der Dominanz von institutionell basierten theoretischen und empirischen Modellen stellt sich die Frage, ob eine Variation des Wahlverhaltens eher von Staat zu Staat und nicht zwischen individuellen Akteurinnen zu finden ist. Hierbei sei auf die Studienergebnisse von Franklin/Hobolt (2011), Weber (2007) oder De Vries et al. (2011) verwiesen, die zeigen, dass Theorien des individuellen Wahlverhaltens auch anhand von EP-Wahlen generiert bzw. veri-

fiziert werden können. Beide Studien verwendeten die EP-Wahlen um Aussagen bezüglich des individuellen Wahlverhaltens bzw. dem Einfluss von Prädispositionen auf das Wahlverhalten, zu zeigen.

Da – bedingt durch die bisherige Argumentation – davon ausgegangen werden kann, dass das gewählte theoretische Modell auch bei EP-Wahlen angewendet werden kann, um generalisierbare Aussagen zu treffen, folgt nun eine Begründung der Fallauswahl. Hierbei möchte ich folgende Aspekte in den Vordergrund stellen:

- Angesichts der bisherigen Modelle ist davon auszugehen, dass die individuelle Wahlbeteiligung sehr stark von Faktoren, die nicht auf *Policies* basieren (Protest gegen Regierung, Wahlpflicht, geringe Relevanz der Wahlen aus individueller Perspektive), determiniert ist. Da das theoretische Konzept dieser Arbeit davon ausgeht, dass *Policies* einen entscheidenden Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten besitzen³⁶, sind die Wahlen zum Europäischen Parlament aus falltechnischer Sicht ein „*least likely case*“ (Gerring 1999, Hanké 2009). Sollten signifikante Ergebnisse in diesen Wahlen zu beobachten sein, so ist davon auszugehen, dass in nationalen Wahlen die Effekte auch (sogar verstärkt) zutreffen sollten.
- Auch wenn die Mitgliedsstaaten in diversen Teilbereichen ein unterschiedliches institutionelles Setting aufweisen, sind aus meiner Perspektive die Wahlen zum Europäischen Parlament ein hervorragendes „*Laboratorium*“, um das individuelle Wahlverhalten in 27 Mitgliedsstaaten zu untersuchen. So finden die EP-Wahlen in einem sehr schmalen Zeitintervall statt, wodurch – verglichen mit „*cross-national*“ Studien und Datensätzen wie beispielsweise der CSES (*Comparative Study of Electoral Systems*) sämtliche zeitabhängigen Faktoren bei EP-Wahlen als konstant betrachtet werden können³⁷ (eine ausführliche Debatte hierzu liefern Van der Eijk et al. 1996). Ebenso sind wesentliche strukturelle Faktoren ident. So verweist Franklin (2005) darauf, dass alle EU-Mitgliedsstaaten für diese Wahlen ein System des Verhältniswahl-

³⁶ Diese Aussage gilt nicht nur für Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung (Alienation, Indifference) der Rational Choice Theorie, sondern für das gesamte theoretische Modell. Beispiel: Wenn die Wahlbeteiligung aus individueller Perspektive durch eine geringe Relevanz der Wahl determiniert wird, so ist auch zu erwarten, dass individuelle Ressourcen (politische- und informationsgewinnende Aktivitäten, politische Versiertheit) keinen nennenswerten Faktor im Entscheidungsfindungsprozess darstellen.

³⁷ Dies wird bedingt durch das kurze Zeitintervall in dem die EP-Wahlen stattfinden.

rechts anwenden, und die Variationen der verwendeten Systeme marginal ist. Ebenso gibt es in fast keinem Mitgliedsstaat mehr Gesetze zur Wahlpflicht, die aus institutioneller Perspektive ein zentraler Erklärungsansatz für die Beteiligung an Wahlen ist. Zu guter Letzt sei darauf verwiesen, dass sich das Parteiensystem in EP-Wahlen verglichen mit den Parteien, die in (*first-order*) *Hauptwahlen* antreten, nur marginal unterscheidet.

- Die EP-Wahlen von 2009 eignen sich – verglichen mit den vorhergehenden Wahlen – besonders gut, da bei diesen Wahlen alle Mitgliedsstaaten schon mindestens zwei Mal gewählt haben, wodurch ein „*first-election boost*“ ausgeschlossen werden kann.
- Abschließend sei darauf verwiesen, dass EP-Wahlen auch aufgrund der geringen Wahlbeteiligung ein geeigneter Fall sind, um die Fragestellung dieser Arbeit zu beantworten. Staaten, die besonders hohe Beteiligungsraten von 90 Prozent oder höher (beispielsweise Malta oder Belgien) aufweisen, wären nicht geeignet, da de facto fast alle Wahlberechtigten zur Wahl gehen. In EP-Wahlen ist jedoch – verglichen mit nationalen Wahlen – eine besonders große Gruppe an Personen auszumachen, die nicht partizipieren und bisherige Studien nur bedingt darüber Aufschluss geben können, warum dies der Fall ist.

4.2 Methoden

In dieser Arbeit werden logistische Regressionsmodelle verwendet, genauer gesagt „*fixed-effects*“ Regressionsmodelle. Die Methodik, mit deren Hilfe die zu untersuchende Fragestellung beantwortet werden soll, richtet sich nach zwei Parametern: einerseits bedingen Fragestellung sowie Hypothesen die Methodenauswahl, andererseits ist die Methodik nicht unabhängig von der Fallauswahl bzw. dem verwendeten Datenmaterial. Da das Hauptinteresse dieser Arbeit die Erklärung des individuellen Wahlverhaltens ist, ergeben sich zwei wesentliche Faktoren für die Methodenauswahl: Erstens, ist die abhängige Variable (Partizipation an Wahlen) binär (1 bedeutet an Wahl teilgenommen, 0 bedeutet nicht an Wahl teilgenommen) und bedingt durch den Charakter der Wahl (eine Wahl in 27 Ländern) finden wir ein hierarchisch strukturiertes Datenmaterial vor. Während die Verwendung von logistischen Regressionsmodellen für Wahlbeteiligungsmodelle in der akademischen Debatte unumstritten ist, gibt es einen Dissens, welche (statistischen) Modellvarianten angewendet

werden sollen. Anhand der Fallauswahl ergeben sich sowohl in Bezug auf die Modellierung von Mehrebenenmodelle Fragen, als auch aus statistischer Perspektive für die Auswahl eines geeigneten statistischen Regressionsmodells. Dieses Unterkapitel gliedert sich daher wie folgt: Zu Beginn wird eine kurze Einführung in die logistische Regression gegeben und Unterschiede zu klassischen OLS³⁸-Regressionsmodellen dargelegt³⁹. Anschließend folgt eine Begriffsdefinition von hierarchisch strukturierten Daten und deren Einfluss auf die Modellauswahl. Abschließend wird gezeigt, welche Modelle bisherige Arbeiten, die sich mit der Wahlbeteiligung in EP-Wahlen auf individueller Ebene befasst haben, verwendet haben, sowie eine Begründung weshalb in dieser Arbeit „*fixed-effects*“ Modelle verwendet werden.

4.2.1. (Hierarchische) logistische Regressionsmodelle

„Klassische“ lineare Regressionsmodelle sind vor allem für stetige abhängige Variablen geeignet. Jedoch sind in einer Reihe von Untersuchungen binäre – bzw. allgemein gesprochen – kategoriale abhängige Variablen mit zwei Merkmalsausprägungen zu finden. Angesichts des Erwartungswerts einer solchen Variable y

$$E(y) = P(y = 0) * 0 + P(y = 1) * 1 = P(y = 1) \quad (11)$$

wird in Regressionsmodellen mit binärer Zielvariable [$y \in \{0,1\}$] die Wahrscheinlichkeit modelliert, mit der die Variable y die Merkmalsausprägung 1 in Abhängigkeit der unabhängigen Variablen x_1, x_2, \dots, x_n : (Fahrmeir et al. 2007) annimmt:

$$P(y = 1) = P(y = 1 | x_1, x_2, \dots, x_n) = \pi \quad (12)$$

OLS-Regressionsmodelle sind im Falle einer binären abhängigen Variable aus mehreren Gründen nicht geeignet, zwei wesentliche Gründe seien hier genannt⁴⁰ (Fahrmeir et al. 2007):

1. Es kann für Residuen (ε_i) weder die Normalverteilungsannahme, noch die Homoskedastizität der Fehlervarianz ($Var(\varepsilon_i) = \sigma^2$) gehalten werden, wodurch die

³⁸ OLS bedeutet Ordinary Least Squares

³⁹ Dies ist von Relevanz, da sich „klassische“ OLS-Regressionsmodelle und logistische Regressionsmodelle sich u.a. in Bezug auf die Interpretation von Parametern bzw. der Modellgüte wesentlich unterscheiden.

⁴⁰ Ausführliche Debatten über die Differenz zwischen logistischer und OLS Regression liefern Fahrmeir et al. 2007, Gelman/Hill 2007 oder Skrondal et al. 2005.

Verwendung eines OLS-Modells zu massiven Verzerrungen in Bezug auf die geschätzten Parameter führen würde.

2. Ein lineares OLS-Modell für $P(y_i = 1)$ lässt auch Wahrscheinlichkeitswerte $\pi_i < 0$ sowie $\pi_i > 1$ zu, was jedoch für Wahrscheinlichkeiten nicht zulässig ist, da diese in dem einem Intervall zwischen 0 und 1 liegen müssen.

Diese und andere Problematiken können umgangen werden, wenn Regressionsmodelle, die auf logistischen oder standardnormalverteilten Verteilungsfunktionen basieren, verwendet werden, sogenannte Logit- oder Probit-Modelle⁴¹. Dies hat jedoch zur Folge, dass die Interpretation der Regressionskoeffizienten bzw. der Modellgüte sich signifikant von OLS-Modellen unterscheidet (Debatten hierüber führen Gelman/Hill 2007 oder Skrondal et al. 2005). In Kapitel 5 wird anhand der ersten empirischen Modelle dargestellt, wie die Regressionskoeffizienten zu interpretieren sind bzw. nach welchen Kriterien die Modellgüte festgestellt werden kann.

Neben der binären abhängigen Variable spielt auch die Datenstruktur eine wesentliche Rolle. Da wir die Grundgesamtheit (gesamtes Elektorat der Europäischen Union) in 28 Teilgesamtheiten unterteilen können, handelt es sich um eine sogenannte hierarchische⁴² Datenstruktur: „*In general, multilevel data structures exist whenever some units of analysis can be considered a subset of other units, and one has data for both subsets*“ (Jones/Steenbergen 2002, S. 219). Ein simples Zusammenfassen aller Teilgesamtheiten („*naive pooling*“ genannt) würde den Fakt ignorieren, dass individuelles Verhalten bis zu einem gewissen Grad durch nationale (kontextuelle) Faktoren bestimmt wird. (Hobolt 2008, Burton et al. 1998). Aus statistischer Perspektive führt die Ignoranz einer Mehrebenenstruktur zu fehlerhaften Standardfehlern sowie einer erhöhten Wahrscheinlichkeit eines Fehler der ersten Art (α -Fehler). Wenn individuelle Faktoren, wie beispielsweise die Wahlbeteiligung, durch kontextuelle Faktoren beeinflusst werden, dann sind Akteurinnen, die aus dem gleichen Kontext (in unserem Fall: Mitgliedsstaat) stammen, gemeinsamen Einflussgrößen ausgesetzt. Dies bedeutet, dass die einzelnen Beobachtungen nicht mehr unabhängig, sondern bis zu einem gewissen Grad geclustert sind. Dies hat zur Folge, dass in statistischen Modellen die

⁴¹ Für eine ausführliche Darstellung siehe: Fahrmeir et al. 2007, S. 190, ff.

⁴² Das Ziel einer solchen Mehrebenenanalyse wurde in 4.1 dargestellt, eine allgemeine Übersicht findet sich in Jones/Steenbergen (2002).

Annahme, dass die Residuen unkorreliert sind [$Cor(\varepsilon_i, \varepsilon_j) = 0, i \neq j$], verletzt wird. Aus diesem Grund müssen sämtliche Daten, die auf einer solchen Struktur basieren, die Mehrebenenstruktur in den verwendeten statistischen Modellen berücksichtigen (Jones/Steenbergen 2002, Snijders et al. 1999). In unserem Fall bedeutet dies, dass wir den Mitgliedsstaat, in dem eine Person lebt, bei der Auswahl des statistischen Modells berücksichtigen müssen.

Mittels einer Vielzahl von statistischen Modellen kann die hierarchische Struktur eines Datensatzes berücksichtigt werden. Die gebräuchlichsten Verfahren sind hierbei die Inklusion von *Dummy* Variablen, sowie die Verwendung von Mehrebenen- bzw. hierarchischen Modellen mittels *random-* oder *fixed-effects*. Diese Verwendung von *Dummy* Variablen für die Modellierung erlaubt es, auch mittels OLS-Modellen unverzerrte Ergebnisse zu erhalten. Problematisch ist jedoch, dass die inkludierten *Dummy* Variablen nicht erklären, woher sich die Differenzen zwischen den Subgruppen ergeben. Ebenso zeigt sich, dass durch die Einbettung von *Dummy* Variablen ein Großteil der Varianz absorbiert wird, da diese Variablen die Varianz zwischen den Subgruppen perfekt abbilden. (Jones/Steenbergen 2002). Als Alternative bieten sich sogenannte Mehrebenen- bzw. hierarchische Modelle an. Diese werden wie folgt definiert: „ ... is used to analyze variance in the outcome variables when the predictor variables are at varying hierarchical levels; for example, students in a classroom share variance according to their common teacher and common classroom “ (Feldstain et al. 2012, S 52). Hierarchische Modelle berücksichtigen diese Varianzstrukturen, indem sowohl Zusammenhänge innerhalb einer Subgruppe (in diesem Fall das Elektorat eines Landes) als auch zwischen den Subgruppen (bei dieser Arbeit sind dies die Mitgliedsstaaten) gleichzeitig berechnet werden⁴³ (Feldstein et al. 2012). Hierbei kann zwischen zwei verschiedenen Zusammenhangsstrukturen unterschieden werden: festgesetzte- („*fixed-effects*“) sowie zufällige („*random-effects*“) Effekte.

Die Unterscheidung zwischen diesen Modelltypen basiert auf der Frage, ob der Zusammenhang zwischen den Ebenen systematisch oder zufällig bedingt ist. Im Falle eines systematischen Zusammenhangs ist das Ziel, die durch Subgruppen bedingte Heterogenität durch ge-

⁴³ Die formale Darstellung des Besprochenen findet sich in Snijders et al. (1999, S. 18 ff.).

eignete Transformationen aus dem Schätzmodell zu entfernen. Dazu wird angenommen, dass der Zusammenhang stabil – sprich nicht veränderbar – ist (siehe Skrondal et al. 2005, Snijders et al. 1999). Anhand der Fallauswahl in dieser Arbeit würde dies bedeuten, dass die kontextuellen Faktoren eines Mitgliedslandes auf alle individuellen Akteurinnen einen konstanten Einfluss ausüben. *Random-effects* Modelle gehen hingegen davon aus, dass die Zusammenhänge zufällig sind. Dies führt zu der Annahme, dass die Subgruppen (in unserem Fall Mitgliedsstaaten) austauschbar sind, da kein systematischer Zusammenhang zwischen Subgruppe und individueller Beobachtung besteht (Snijders et al. 1999). Trotz der verschiedenen Auffassungen, ob *fixed-* oder *random-effects* Modelle verwendet werden sollen, zeigen empirische Analysen des Wahlverhaltens in EP-Wahlen keine oder nur marginale Unterschiede zwischen *fixed-* und *random-effects* Modellen, womit gesagt werden kann, dass die Modellauswahl keine substantiellen Einfluss auf die Effektstärken der erklärenden Faktoren besitzt (siehe u.a. Hobolt et al. 2011, Franklin/Hobolt 2011).

Der Kern dieser Debatte besteht darin, ob davon ausgegangen werden kann, dass staatliche kontextuelle Einflüsse auf das individuelle Verhalten ein „Zufallsprodukt“ sind, wodurch Mitgliedsstaaten als *Sample* der Gesamtpopulation gesehen werden kann (dies würde für die Verwendung von *random-effects* Modellen sprechen) oder nicht (in diesem Fall müssten *fixed-effects* Modelle verwendet werden)⁴⁴. Diese Arbeit verwendet *fixed-effects* Modelle. Um dies zu begründen, sei auf Snijder et al. (1999) verwiesen, der zeigt, dass die Residuen in *random-effects* Modellen einer Verteilung mit Mittelwert Null und einer a priori unbekanntem Varianz entsprechen. Dies würde in unserem Fall bedeuten, dass es irrelevant ist, in welchem Mitgliedsland eine individuelle Akteurin wählt. Da jedoch beispielsweise Faktoren wie Wahlpflicht oder Parteiensystem von Land zu Land unterschiedlich sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass *random-effects* Modelle die Zusammenhangsstrukturen adäquat abbilden.

⁴⁴ Debatten über die verschiedenen Modellanwendungen führen u.a. Snijders et al. 1999 oder Hobolt 2008.

4.3 Daten

Diese Arbeit ist als Sekundärdatenanalyse geplant, wodurch keine eigenständigen Daten erhoben werden. Als Datenquelle wird die PIREDEU Wählerinnenstudie (EES 2009, Van Egmond et al. 2010) verwendet. Das PIREDEU („*Providing an Infrastructure for Research on Electoral Democracy in the European Union*“) Projekt ist eine Kollaboration von über 20 Wissenschaftlerinnen aus 14 Institutionen in West- und Osteuropa⁴⁵. Die Projektkoordination erfolgte durch das *European University Institute* (EUI) und wurde durch das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert. Ziel dieser Studie war, die für quantitative Wahlforschung auf EU-Ebene vorhandene heterogene Datenbasis zu homogenisieren und dadurch für alle relevanten Aspekte einer Wahl ein aufeinander abgestimmtes Datenmaterial zur Verfügung zu stellen. Da der Ursprung des PIREDEU-Projektes in den *European Election Studies* (EES) liegt, die seit den ersten EP-Wahlen 1979 quantitative Individualdaten zu Wahlbeteiligung und Wahlverhalten bereitstellen, ist die Vergleichbarkeit der Daten zur EP-Wahl 2009 mit vorangegangenen Datensätzen ein weiteres Ziel. Die PIREDEU Wählerinnenstudie bietet international und historisch vergleichbare quantitative Daten. Das PIREDEU Projekt beinhaltet 5 Datenerhebungen:

1. Kandidatinnenumfrage („*Candidate Survey*“)
2. Medienanalyse („*Media Study*“)
3. Parteiprogrammanalyse („*Manifesto Study*“)
4. Wählerinnenstudie („*Voter Survey*“)
5. Kontextualdatenanalyse⁴⁶ („*Contextual Data*“)

In dieser Arbeit wird die Wählerinnenstudie verwendet. Für die Umfrage wurden – basierend auf statistisch repräsentativen *Samples* – 1000 Personen je Mitgliedsland befragt⁴⁷, womit das gesamte *Sample* 27.000 Befragte beinhaltet. Design und Formulierung der Fragen ist in allen 27 Ländern ident und wurde teilweise aus früheren (EES) Studien übernommen. Der

⁴⁵ <http://www.piredeu.eu/> - zuletzt aufgerufen am 11.04.2013

⁴⁶ Hier wurden länderspezifische Daten zu ökonomischen, sozialen, kulturellen, politischen bzw. geografischen Faktoren gesammelt, die in länderübergreifenden Studien oft verwendet werden. Siehe <http://www.piredeu.eu/public/Contextual.asp> - zuletzt aufgerufen am 11.04.2013

⁴⁷ Sowohl Telefon- als auch Face-to-Face Interviews wurden durchgeführt, siehe http://www.piredeu.eu/public/Voters_Quests.asp - zuletzt aufgerufen am 11.04.2013

Fragebogen beinhaltet ein großes Spektrum an Themen wie Wahlverhalten (Partizipation, Parteiwahl, Parteipräferenzen auf nationaler und Europäischer Ebene), Fragen zu allgemeinen politischen Einstellungen sowie zu konkreten *Policies* oder dem Medienkonsum, und soziodemografischen Faktoren wie Geschlecht, Alter, Bildung oder Religion⁴⁸. In Bezug auf das individuelle Wahlverhalten beinhaltet der Datensatz eine Vielzahl an *Items*, die speziell designiert wurden, um das individuelle Partizipationsverhalten an Wahlen zu erklären, womit die Konstruktion eines vollspezifizierten Modells zur Erklärung der individuellen Wahlbeteiligung gewährleistet ist. Durch die große Bandbreite an Themenfeldern, sowie der Inklusion von Fragen zur Partizipation in Wahlen, Medienkonsum, wissensbasierten Fragen sowie *Policy*-spezifischen Fragestellungen eignet sich dieser Datensatz hervorragend, um den in Kapitel 3 aufgestellten theoretischen Ansatzes zu testen.

Exkurs: Sozial erwünschtes Antwortverhalten bzw. Überrepräsentation von Wählerinnen in *Surveys*

Individuelle Erklärungsansätze des persönlichen Wahlverhaltens – und damit auch die Partizipation an Wahlen – bedingen in den meisten Fällen Umfragedaten für die Untersuchung. Hierbei zeigt sich, dass in den vorhandenen Datensätzen die Anzahl der Personen, die zur Wahl gegangen sind, deutlich höher ist – verglichen mit den Beteiligungsdaten auf Aggregatebene. Dies bedeutet, dass Nichtwählerinnen in *Surveys* (teilweise in hohem Maße) unterrepräsentiert sind. Dies könnte jedoch problematisch sein, wenn eine Forschungsarbeit generalisierbare Aussagen zum individuellen Partizipationsverhalten liefern soll. Ziel dieses Exkurses ist es, folgende Fragen zu beantworten, die zentral für die Validität der empirischen Analyse sind: Warum sind Wählerinnen in diesen Daten überrepräsentiert und welche Folgen hat dies auf die Qualität der empirischen Ergebnisse? Hierfür gibt es aus Sicht der akademischen Debatte vor allem zwei Gründe: einerseits sozial erwünschtes Antwortverhalten, andererseits zeigt sich, dass mit zunehmendem politischen Interesse auch die Beteiligungsdaten an (akademischen) Wählerinnenbefragungen steigt.

⁴⁸ Stellvertretend für alle Länder ist in Appendix B der in Österreich verwendete Fragebogen zu finden.

Die Verwendung von Umfragedaten ist ein wesentliches Element der empirischen Sozialforschung. In Bezug auf die Validität der entsprechenden Datensätze ist neben der Operationalisierung bzw. dem Fragebogendesign (siehe Bortz 2005) auch das Antwortverhalten der Befragten von Relevanz. Hierbei gilt es zu beachten: „...*dass die Datenqualität bereits im Verlauf des Erhebungsprozesses beträchtlich eingeschränkt werden kann, sei es durch den Ausfall spezifischer Personengruppen oder durch systematische Antwortverzerrungen während des Interviews*“ (Klein/Kühhirt 2004, S. 80). Systematische Antwortverzerrungen basieren auf sozial erwünschtem Antwortverhalten. Darunter wird verstanden, dass das Antwortverhalten einer Person nicht anhand von fixen Präferenzen (bzw. Einstellungen) determiniert wird, sondern durch kontextuelle Faktoren bzw. der Interviewsituation beeinflusst werden kann (Esser 1986, Klein/Kühhirt 2004). Hierbei ist davon auszugehen, dass individuelle Akteurinnen nach sozialer Anerkennung streben, die eine befragte Akteurin dadurch erlangen kann, indem sie versucht, ihr Antwortverhalten auf die Erwartungen der Interviewerin abzustimmen. Die „wahre Präferenz“ weicht in diesem Fall von dem angegebenen Antwortverhalten ab (Klein/Kühhirt 2004), welches insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung an Wahlen gilt (Zeglovits/Kritzinger, 2014). In unserem Fall bedeutet dies, dass Akteurinnen angeben, an den EP-Wahlen teilgenommen zu haben, obwohl dies nicht der Realität entspricht. Antwortverzerrungen müssen jedoch nicht zwingend durch sozial erwünschtes Antwortverhalten bedingt sein: So können komplexe oder unverständliche Fragestellungen dazu führen, dass eine Akteurin nicht den notwendigen kognitiven Aufwand aufbringen will, um die gestellte Frage „korrekt“ zu beantworten (siehe Klein/Kühhirt 2004, Hamlin/Jennings 2011). Laut Klein/Kühhirt kann nur von sozial erwünschtem Antwortverhalten gesprochen werden, wenn folgende Charakteristika zutreffen (2004, S.85):

1. Die Befragung muss in der Öffentlichkeit stattfinden. Wenn keine weitere Person anwesend ist, (z.B. die befragte Person befindet sich alleine in einem Raum) sinkt die Motivation ein sozial erwünschtes Antwortverhalten zu geben.
2. Es ist zwingend notwendig, dass die Befragten die entsprechende Intervieweigenschaft – also die an sie gestellte Erwartungshaltung – klar erkennen.
3. Diese Erwartungshaltung muss mit eindeutig feststellbaren Stereotypisierungen verbunden werden können.

Angesichts der Erhebungsmethodik der Daten (größtenteils Telefoninterview), sowie der bewusst neutral formulierten Fragestellung ist nicht davon auszugehen, dass sozial erwünschtes Antwortverhalten in Bezug auf die Wahlbeteiligung eine signifikante Rolle spielt. Diese Aussage deckt sich mit empirischen Ergebnissen von Blais (2004) oder Brady et al. (1995).

Einen alternativen Erklärungsansatz für die Differenz zwischen angegebenem Antwortverhalten und den realen Beteiligungsraten ist die Partizipation an Wahlbeteiligungsstudien. Ausgehend von grundlegenden Studien wie beispielsweise Clausen (1968) gibt es viele Arbeiten, die sich damit beschäftigen, inwiefern das Partizipationsverhalten in *Surveys* mit der Wahlbeteiligung zusammenhängt. Wie Granberg/Holmberg (1992) oder Blais (1999,2004) zeigen, steigt die Wahrscheinlichkeit an einer solchen Umfrage teilzunehmen, je höher das politische Interesse einer Person ist. Da das Interesse an Politik ebenso ein erklärender Faktor für die Wahlbeteiligung ist (siehe Blais 2000, 2006 oder Hobolt 2008), ist die Überrepräsentation von Wählerinnen ein Produkt des politischen Interesses.

Im Falle der EP-Wahlen kommt ein zusätzlicher Faktor, der berücksichtigt werden muss, hinzu: Da in insgesamt 27 Ländern die Bürgerinnen befragt werden, ist es von Relevanz, dass die Differenz zwischen der Wahlbeteiligungsrate und dem Antwortverhalten der Befragten in allen Ländern annähernd dem gleichen Muster folgt, da sonst systematische Verzerrungen die Resultate beeinflussen können. Um negative Effekte auf die empirische Analyse zu verhindern, wird daher oft das Antwortverhalten der Befragten gewichtet. Ziel dieser Gewichtung ist es, dass keine Differenz zwischen der offiziellen Wahlbeteiligung und dem *Sample* besteht. Überraschend ist jedoch, dass in den meisten Studien die empirischen Resultate keine substantiellen Veränderungen aufweisen, wenn Modelle mit und ohne Gewichtung miteinander verglichen werden (siehe Blais et al. 2004, Franklin/Hobolt 2011 oder Hobolt et al. 2008). Für diese Arbeit sind die Arbeiten von Franklin/Hobolt (2011) sowie De Vries et al. (2011) von besonderem Interesse, da diese Studien sich mit der Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen beschäftigen und die PIREDEU Wählerinnenbefragung benutzen, die auch in dieser Dissertation zur Anwendung gelangen wird. Beide Arbeiten kommen zu dem Ergebnis, dass die Gewichtung der zur Wahl gegangenen Personen die Resultate nicht bzw. nur marginal (jedoch nicht substantiell) beeinflusst. Es ist daher davon auszugehen, dass die

Überrepräsentation von Wählerinnen in diesem Kontext nur ein Problem darstellt, wenn sich Unterschiede zwischen den Staaten ergeben.

4.4 Konfiguration des Policy-Space

Wie in Kapitel 3.4 dargestellt, entspricht die Operationalisierung eines mehrdimensionalen *Policy-Space* im Idealfall folgender Gleichung:

$$U_{ij} = \sum_{k=1}^K \sum_{i=1}^I \beta_{ik} * \sum_{j=1}^J |x_{ik} - z_{ijk}| \quad (12)$$

Wobei U_{ij} der *Utility* für Partei j aus der Perspektive von Akteurin i , k der *Policy*, wobei der *Policy-Space* K Dimensionen umfasst, β_k der Salienz einer *Policy*, x_{ik} der Einstellung von Akteurin i zu *Policy* k , z_{ijk} der individuellen Wahrnehmung der Position der Partei j aus der Sichtweise der Akteurin i in *Policy* k ist und β_{ik} der Salienz von *Policy* aus der Sicht von Akteurin i entspricht.

Demzufolge werden für jede *Policy* die Position der Akteurin, die Positionierung der Parteien aus individueller Perspektive, sowie die Salienz einer *Policy* benötigt, um das individuelle Verhalten determinieren zu können. Eine Anwendung dieses Ansatzes für die Wahlen zum Europäischen Parlament ist jedoch aus zwei Gründen problematisch: Erstens, würde die Verwendung von allen *Policies*, die in den 27 Mitgliedsstaaten von Relevanz sein könnten, das Modell „sprengen“, wodurch es aus statistischer Perspektive zu einer Missspezifikation kommen könnte. Zweitens, ist in dem in dieser Arbeit verwendeten Datensatz keine Fragestellung zur Salienz enthalten. Es stellt sich nun die Frage, wie der *Policy-Space* definiert werden kann, um theoretisch- und empirisch sinnvolle Resultate zu erhalten. Dazu ist es notwendig festzustellen, welchen theoretischen Zweck ein reduzierter *Policy-Space* aus individueller Perspektive besitzt.

Wäre es möglich, alle *Policies* in einen endlichen, abzählbaren Raum (z.B. einem zweidimensionalen *Policy-Space*) zu überführen, so könnten wir Aussagen über das individuelle Verhalten tätigen unter der Grundannahme, dass *Policies* für das individuelle Verhalten von Re-

levanz sind. Ebenso wäre zu erwarten, dass diese Struktur des *Policy-Space* Aussagen über das Wahlverhalten in allen Ebenen (regional, national, europäisch) ermöglichen würde. Wenn nun keine kohärente Struktur der *Policies* gegeben ist, so bedeutet das nicht zwingend, dass wir keine Aussagen über den individuellen *Policy-Space* machen können. Eine Fülle an Arbeiten (u.a. Carubba/Timpone 2005, Fiorina 1997 oder Van Egmond 2007) gehen von dem Ansatz aus, dass in einem politischen Mehrebenensystem je nach politischer Ebene die *Policy* Präferenzen variieren. So zeigen Jacobson (1990) oder Fiorina (1997) im Kontext der USA, dass bei Kongress- und Präsidentschaftswahlen unterschiedliche *Policies* von Interesse sind, wodurch gesagt werden kann, dass: „... *individuals simply have different policy preferences across different levels of government*“ (Carubba/Timpone 2005, S. 263). Fiorina (1997) zufolge sind Bürgerinnen stärker an konkreten politischen Entscheidungen interessiert, als an der Frage, wer bzw. welche Partei in Ämter kommen. „*Furthermore, individuals are savvy enough to recognize that policy outcomes may be a result of decisions made across multiple legislative bodies*“ (Carubba/Timpone 2005, S. 264).

Diese Argumentation wird von mehreren Arbeiten der letzten Jahre empirisch gestützt. So zeigen Carubba/Timpone, dass sich individuelles Verhalten in EP-Wahlen von dem Verhalten auf nationaler Ebene unterscheidet, da je nach Ebene (national bzw. europäisch) die Salienz der *Policies* variiert. Sanz (2008) oder Skrinis/Teperoglu (2008) argumentieren, dass je nach Kontext (regional, national, europäisch) unterschiedliche *Policy* Faktoren das individuelle Verhalten determinieren, weshalb der individuelle *Policy-Space* keine kohärente Struktur besitzt, sondern von Wahl zu Wahl variiert. Dies deckt sich auch mit der theoretischen Vorgehensweise von Zechmeister (2008) und Eymann/Turner (2000). Dementsprechend ist für diese Arbeit von Relevanz, welche *Policies* das individuelle Verhalten determinieren. Wie in Kapitel 4.1 gezeigt wurde, sind in den bisherigen Arbeiten zwei Themenkomplexe als besonders relevant anzusehen: nationale Politikfelder („*domestic Policies*“) sowie die Europäische Integration. In Bezug auf nationale Politikfelder ist davon auszugehen, dass die relevanten *Policies* von Staat zu Staat unterschiedlich sind, jedoch kann anhand der bisherigen Ergebnisse argumentiert werden, dass die verschiedenen *Policies* in eine „Links-Rechts“ Skala konvergieren, die vornehmlich auf sozio-ökonomische Fragen zurückgeht. Kulturelle *Policies* bzw. Fragen des Lebensstils (wie sie z.B. Kriesi et al. 2006 oder Kitschelt 1994 sehen), sind für EP-Wahlen meist nicht von Interesse, da auf europäischer Ebene keine bzw. nur marginale Gesetzgebungskompetenzen vorhanden sind. Alternativ kann davon ausgegangen wer-

den, dass kulturelle *Policies* – sofern vorhanden – in die „Links-Rechts“ Skala konvergieren (Links entspricht einer stärkeren Vermögensverteilung durch den Staat sowie einer progressiven/liberalen Gesellschaftshaltung, Rechts entspricht einer Fokussierung auf individuellen Freiheiten und geringeren Eingriffsmöglichkeiten durch den Staat bzw. einer konservativen Gesellschaftshaltung). Dies wird dadurch begründet, dass keine der bisherigen Arbeiten, die sich mit dem Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten beschäftigen, empirisch oder theoretisch zeigt, dass kulturelle *Policies* von ökonomischen *Policies* divergieren⁴⁹. In Bezug auf die Europäische Integration geht diese Arbeit wie Lord/Hix (1997), Hobolt et al. (2008) oder Wittrock/Hobolt (2011) davon aus, dass die Einstellung zur Europäischen Integration den Konflikt um die Souveränität der EU bzw. die der Nationalstaaten beinhaltet. Demzufolge reflektiert die Einstellung zur Europäischen Integration eine Positionierung im Spannungsfeld zwischen einer verstärkten Zusammenarbeit auf supranationaler Ebene und der nationalen Souveränität. Diese Arbeit verwendet daher einen zweidimensionalen *Policy-Space*, der sich aus einer Links/Rechts Dimension und der Einstellung zur Europäischen Integration als zweite Dimension zusammensetzt.

4.5 Operationalisierung

In diesem Unterkapitel wird dargestellt, nach welchen Kriterien die verwendeten Variablen operationalisiert werden. Frühere Arbeiten, die sich mit *Alienation*, *Indifference* oder *politischer Versiertheit* beschäftigt haben, weisen unterschiedliche Operationalisierungsstrategien auf. Dies kann – wie Melton im Falle von *Alienation* und *Indifference* (2009,2011) oder Luskin (1987) in Bezug auf *politische Versiertheit* gezeigt haben – einen Einfluss auf die Effektstärken und damit auf die Validität der empirischen Resultate haben. Deshalb werden für diese Effekte nicht nur die in dieser Arbeit verwendete Operationalisierung, sondern auch andere Ansätze aus früheren Studien besprochen, um darzustellen, welche Problematiken bzw. Messungenauigkeiten sich bei der Verwendung dieser Konzepte ergeben. Zu Beginn sei jedoch auf die **abhängige Variable** – Wahlbeteiligung in EP-Wahlen – sowie die Konzeptualisierung von *Alienation* und *Indifference* hingewiesen. Bei der abhängigen Variable handelt es

⁴⁹ Für eine Verwendung einer solchen eindimensionalen „Links-Rechts“ Skala im Kontext der EP-Wahlen sei auf die Debatte bzw. die Ergebnisse von Hobolt et al. (2008) verwiesen.

sich um eine dichotome Variable⁵⁰ (1 bedeutet Befragte hat an EP-Wahl teilgenommen, 0 bedeutet Befragte hat an EP-Wahl nicht teilgenommen).

Die **Operationalisierung von themenbasierter Wahlenthaltung** ist ein zentraler Aspekt für die Validität der empirischen Ergebnisse. Wie in Kapitel 2 dargestellt, führen sowohl *Alienation* als auch *Indifference* aus theoretischer Perspektive zu Wahlenthaltung, deren Grundlage auf *Policies* beruht. Wie in dieser Arbeit angemerkt wurde, wurden in früheren Studien in Bezug auf die Operationalisierung verschiedenste Konzepte angewandt⁵¹. In der Debatte über die geringen Effekte von *themenbasierter Wahlenthaltung* zeigt sich, dass die Validität der Operationalisierung teilweise infrage gestellt werden kann (siehe Melton 2009, 2011). Konkret bedeutet dies, dass Personen als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden, obwohl dies nicht der Realität entspricht. Während *Alienation* in allen verwendeten Konzepten gleich operationalisiert wird bzw. sich hier keine Unklarheiten ergeben, sieht dies für *Indifference* anders aus (siehe Kapitel 2). Für eine „korrekte“ Operationalisierung von *Indifference* ist die Festlegung, anhand von welchem theoretischen Ansatz operationalisiert werden soll, von entscheidender Bedeutung. Die zentrale Problemstellung liegt im Umgang mit nicht präferierten Parteien („*non-preferred parties*“). Während dies in Zweiparteisystemen nicht von Relevanz ist, da anhand der Dichotomie des Parteiensystems eindeutig definiert werden kann, welche Partei nicht präferiert wird, gibt es in Mehrparteisystemen n-1 Parteien, auf die dieses Merkmal zutreffen kann⁵². Die verschiedenen Ansätze wurden in Kapitel 2.3 erläutert, weswegen an dieser Stelle nur kurz daran erinnert werden soll, dass in der bisherigen Forschung zwischen drei Verfahren zur Operationalisierung von *Indifference* unterschieden werden kann:

1. die „*closest party*“ Methode (u.a. Eymann/Thurner 2000), bei der die am meisten präferierten Parteien für das Verhalten einer Akteurin ausschlaggebend sind,

⁵⁰ Rekodierung der Variable Q24 aus dem Datensatz. Appendix B zeigt den Fragebogen der für die österreichischen Befragten verwendet wurde. Eine Liste mit allen Fragebögen ist hier zu finden: http://www.piredeu.eu/public/Voters_Quests.asp - zuletzt aufgerufen am 15.04.2013

⁵¹ siehe Kapitel 2.3

⁵² Für eine formale Darstellung des Problems, sowie eine ausführliche Debatte siehe Melton (2009, S.36ff.).

2. die „*farthest party*“ Methode (u.a. Brody/Page 1973), die zur Ermittlung von *Indifference* die am meisten präferierte sowie die am wenigsten präferierte Partei verwendet
3. die „*closest-farthest*“ Methode (u.a. Zipp 1985, Melton 2009), die eine Kombination der beiden erstgenannten Methoden darstellt

Unabhängig von der Frage, welche der drei Ansätze für *Indifference* gewählt wird, unterscheidet sich die Operationalisierung sowohl für *Alienation* als auch für *Indifference* in vorhergehenden Arbeiten in Bezug auf das Skalenniveau. Hierbei kann zwischen dichotomen (meist binären 1/0 Ansätze, z.B. Eymann/Thurner 2000) und abgestuften (z.B. dreistufigen Skalen wie bei Grofman/Weisberg 1981) unterschieden werden. Melton (2009) argumentiert, dass anhand der theoretischen Definition von *Alienation* und *Indifference* die logische Konsequenz eine dichotome Operationalisierung von *Alienation* und *Indifference* wäre⁵³. Jedoch ist es problematisch bzw. aus theoretischer Sicht nicht eindeutig, wo die Schwelle gesetzt werden soll, ab der eine Akteurin als *indifferent* bzw. *alienated* zu werten ist, was aus empirischer Sicht für die Verwendung von abgestuften Skalen sprechen würde. Zusammengefasst sind also sechs verschiedene Operationalisierungsstrategien möglich (3 Ansätze für *Indifference* x 2 Skalentypen).

Tabelle 1: Modelltypen für die Operationalisierung von Alienation und Indifference

Modelltypen	Dichotome Koeffizienten	Graduelle Koeffizienten
„ <i>closest party</i> “ Methode	u.a. Aarts/Wessels (2005), Eymann/Thurner (2000), Melton (2009)	Melton (2009)
„ <i>farthest party</i> “ Methode	Melton (2009, 2011)	u.a. Katz (2007) oder Johnston et al. (2007), Melton (2009)
„ <i>closest-farthest</i> “ Methode	Melton (2009)	u.a. Zipp (1985), Melton (2009)

⁵³ Die dahinterstehende Logik erklärt sich wie folgt: sobald die Kosten den Benefit überschreiten, kann eine Person als *alienated* bzw. *indifferent* gewertet werden, sonst nicht.

Bei der Frage nach der Auswahl der geeignetsten Strategie, wird auf die Ergebnisse von Melton (2009, 2011) verwiesen, der anhand von Validitätstests⁵⁴ alle sechs Kombinationen auf deren Messgenauigkeit untersucht hat.

In Bezug auf die verschiedenen theoretischen Ansätze für die Operationalisierung von *Indifference* zeigt sich, dass die „*closest party*“ Methode die geringste Validität aufweist, gefolgt von der „*closest-farthest*“ Methode. Die mit Abstand höchste Validität konnte die „*farthest-party*“ Methode aufweisen. Betreffend der Unterscheidung zwischen dichotomen und abgestuften Skalen zeigt Melton, dass – unabhängig von der Auswahl des Schwellwerts – dichotome Skalierungen eine höhere Validität aufweisen, als abgestufte Realisierungen von *Alienation* und *Indifference*. Dies ist insofern überraschend, da bei dichotomen Variablen davon ausgegangen wird, dass für alle Personen der Schwellwert⁵⁵ ident ist (Melton 2009, 2011).

Die Operationalisierung von *themenbasierter Wahlenthaltung* in dieser Arbeit basiert darauf, dass Messungenauigkeiten möglichst vermieden werden sollten. Anhand der Ergebnisse von Melton verwendet diese Arbeit für die Operationalisierung von *Indifference* daher die „*farthest party*“ Methode und für *Alienation* und *Indifference* eine binäre Skalierung. Um die Variablen zu dichotomisieren wird ein Schwellwert von 5 (Differenz zwischen eigener Position und der am nächsten wahrgenommenen Partei) für *Alienation* und 3 für *Indifference* (Differenz zwischen der am meisten und der am wenigsten präferierten Partei) gewählt (in beiden Skalen können Werte von 0-10 angegeben werden). Anders ausgedrückt: Eine Akteurin wird als *alienated* klassifiziert, wenn die Differenz (siehe Abbildung 1 in Kapitel 2) zwischen der eigenen Position und der aller anderen Parteien größer gleich fünf ist. Dieser Schwellwert macht aus theoretischer Perspektive Sinn, wenn wir *Alienation* als fehlende Repräsentation der eigenen Position von allen Parteien sehen. In diesem Fall ist es angebracht, alle Akteurinnen als *alienated* zu klassifizieren, die sämtliche Parteien auf der anderen Hälfte einer Skala positionieren. Akteurinnen werden als *indifferent* klassifiziert, wenn die Differenz zwischen der am meisten präferierten und der am wenigsten präferierten

⁵⁴ Sogenannte „criterion-related validity tests“, siehe Melton (2009, S. 46 ff.)

⁵⁵ Für eine Debatte über die Problematiken eines einheitlichen Schwellwerts für alle Akteure siehe Melton (2009, S. 54).

Partei geringer ist als drei. Die Grundüberlegung für diesen Schwellwert basiert darauf, dass Akteurinnen, die alle Parteien im selben Viertel einer Skala platzieren, einen geringeren *Benefit* – verglichen mit den Kosten, die eine Wahlteilnahme verursacht – haben. Da beide Schwellwerte durch den Autor der Arbeit festgelegt wurden, werden in den empirischen Kapiteln dieser Arbeit - der Empfehlung von Melton (2009, 2011) Folge leistend - Robustheitstests für die Schwellwerte durchgeführt. Um die Robustheit der Ergebnisse zu überprüfen, werden die Schwellwerte um ± 1 verändert.

Ein weiterer Aspekt betrifft den Umgang mit fehlenden Werten. So ist es beispielsweise möglich, dass eine Akteurin nicht von allen zur Wahl stehenden Parteien eine individuell wahrgenommene Position besitzt. Daraus folgt, dass Konstellationen möglich sind, in denen *Alienation* und *Indifference* nicht berechnet werden können. Beide Parameter wurden als fehlender Wert klassifiziert, wenn:

1. keine eigene Präferenz in der jeweiligen Dimension vorhanden ist
2. wenn für keine einzige Partei eine wahrgenommene Präferenz vorhanden ist – sprich eine Akteurin bei keiner Partei angeben kann, wo sich diese nach der Meinung der Akteurin positioniert.

Da diese Arbeit davon ausgeht, dass die Effektstärke von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die individuelle Wahlbeteiligung durch wesentliche Faktoren (*politische Versiertheit*, Wissensstand, Mehrdimensionalität des *Policy-Space*) beeinflusst wird, behandeln die folgenden Absätze deren Operationalisierung.

Kognitive Fähigkeiten bzw. politische Versiertheit gehört – wie beispielsweise Rationalität – zu Konzepten, die nicht direkt gemessen werden können. Weder die Aufbereitungs- bzw. Verarbeitungskapazität von Informationen, noch Ausmaß, Bandbreite und Organisationsschema von kognitiven Fähigkeiten können direkt gemessen werden. Zusammengefasst gilt: „*We can only infer them, and their properties, from what a person says or does*“ (Luskin 1987, S. 864). Da *politische Versiertheit* – ebenso wie der Begriff

Kognition – in der (politischen) Psychologie nicht eindeutig definiert ist, ergeben sich eine Unzahl an Möglichkeiten zur Operationalisierung. Dies bringt mit sich, dass je nach Operationalisierung der Einfluss von *politischer Versiertheit* auf die zu untersuchende Variable drastisch variieren kann. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass diese Arbeit *politische Versiertheit* wie folgt definiert: *Politische Versiertheit* entspricht der Kapazität, Informationen für die Bildung von Präferenzen zu abzurufen, politische Positionierungen anderer Akteurinnen zu evaluieren sowie realistische Prognosen in Bezug auf politische Ereignisse oder der Auswirkung von *Policy* Positionen zu verwenden. In Bezug auf die Operationalisierung zeigt Luskin (1987) die in der bisherigen Literatur am häufigsten verwendeten Optionen. Auf die am häufigsten verwendeten soll hier nun kurz eingegangen werden:

1. *Korrelation zwischen Policy Einstellungen* (u.a. Campbell/Converse et al. 1960, Carmines/Stimson 1982) – Die Grundidee hierbei ist, dass hohe Korrelationen zwischen den einzelnen Einstellungen eine hohe Konsistenz bzw. ein entsprechend hohes Ausmaß und eine Bandbreite von kognitiven Fähigkeiten abbildet. Problematisch ist jedoch, dass die Validität dieses Ansatzes gering und die Wahrscheinlichkeit von Scheinkorrelationen sehr hoch ist (Piereson et al. 1977, Luskin 1986)
2. *Korrelationen mit ideologischen Positionierungen* (u.a. Klingemann 1972, Miller et al. 1976) – Das Ziel es ist, zu überprüfen, inwiefern die Positionierung auf „ideologische Skalen“ (z.B. Links/Rechts Skala) mit der Positionierung von konkreten *Policies* übereinstimmt. Dieser Ansatz bringt mit sich, dass der Bezug zwischen der Einstellung in *Policies* und der Links/Rechts-Skala durch die Wissenschaftlerin „konstruiert“ wird. Ebenso ist die Validität dieser Korrelationen nicht zwingend gegeben (Luskin 1986).
3. *Kombinationen von Bildungsgrad und politischem Interesse* (u.a. Delli Karpini und Keeter 1996) – Die theoretische Argumentation basiert darauf, dass *politische Versiertheit* auf folgenden Faktoren beruht: Motivation, Fähigkeit sowie Opportunität. Demzufolge fördert ein erhöhter Bildungsgrad die Entwicklung von Fähigkeiten und (politischen) Orientierungsvermögen. In Zusammenhang mit einem gesteigerten Interesse an Politik (der dem Faktor Motivation entspricht) ergibt sich die *politische Versiertheit* einer Akteurin. Ungeachtet der hohen Korrelation

zwischen Bildung, politischem Interesse auf der einen Seite, und *politischer Versiertheit* auf der anderen (u.a. Kam/Palmer 2008), ist in der wissenschaftlichen Literatur der kausale Zusammenhang umstritten (u.a. Luskin 1986, Highton 2009, Kapitel 3). Highton (2009) zeigt anhand einer Panelstudie, dass ein höherer Bildungsabschluss keinen Einfluss auf die *politische Versiertheit* (bzw. die kognitiven Fähigkeiten im Allgemeinen) einer Akteurin besitzt.

4. *Wissensbasierte Fragestellungen* (u.a. Luskin 1986, De Vries et al. 2011) – Diese basieren darauf, einen Index von korrekt beantworteten wissensbasierten Fragen zu erstellen. Hierbei wird argumentiert, dass für die korrekte Beantwortung solcher Fragen alle theoretischen Erwartungen in Bezug auf *politische Versiertheit* (siehe Kapitel 3.3) gegeben sein müssen⁵⁶.

Angesichts der in dieser Arbeit verwendeten Definition von *politischer Versiertheit* sowie der Verknüpfung mit der Wiedergabe von Informationen, wird mit wissensbasierten Fragestellungen gearbeitet. Der verwendete Datensatz beinhaltet insgesamt sieben Fragestellungen in Bezug auf nationale und Europäische Themen⁵⁷. *Politische Versiertheit* wird anhand der Anzahl richtig beantworteter Fragen gemessen. Dementsprechend kann die *Vsiertheit* einer Akteurin zwischen 0 (keine Frage richtig beantwortet) und 7 (alle Fragen richtig beantwortet) liegen⁵⁸. Da jedoch überprüft werden muss, ob alle Fragen auf einen einzigen Faktor laden, sei auf die Ergebnisse von De Vries et al. (2011, S. 21) hingewiesen. Anhand der sieben wissensbasierten Fragen aus dem PIREDEU-Datensatz wurde überprüft, ob die Erstellung eines Index den gängigen Validitätsanforderungen entspricht, was bejaht werden konnte.

Die *Messung von politischen- & informationsgewinnenden Aktivitäten* beruht auf Arbeiten von Mutz/Soss (1997), Mutz (2007) oder Tóka (2007). Diese Studien zeigen, dass *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* sehr breit gestreut sind und über „klassische“ Aktivitäten wie beispielsweise Medienkonsum weit hinausgehen. Dementsprechend wird in

⁵⁶ Für empirische Validierungen sieh Luskin (1986) sowie Sidanius/Lau (1987).

⁵⁷ Siehe Appendix B, Fragen Q92-Q98.

⁵⁸ Hinweis: In den Kapiteln 5 und 6 werden eindimensionale Modelle (d.h. alle theoretischen Modelle werden für jede Policy-Dimension separat berechnet) kalkuliert, weshalb die entsprechenden Teilfragen für jede Dimension verwendet werden. Dementsprechend kann die *Vsiertheit* einer Akteurin in den Modellen zwischen 0 und 3 (L/R-Dimension) bzw. 0 und 4 (Europäische Integration) variieren. Erst in Kapitel 7, welches das Verhalten in mehrdimensionalen Räumen untersucht, wird die hier genannte Operationalisierung verwendet.

dieser Arbeit eine Skala aus fünf verschiedenen Aktivitäten (Fernsehkonsument, Radiokonsument, Unterhaltung mit Freundinnen und Familien über die Wahl, Besuch einer Wahlveranstaltung, Besuch einer Website mit Informationen über die Wahl) verwendet. Im Gegensatz zu den meisten Studien – die sich nur auf Fernseh- bzw. Zeitungskonsum beschränken – werden mit dieser diversifizierten Auswahl an Aktivitäten wesentliche Forschungsergebnisse über die Informationsgewinnung berücksichtigt⁵⁹ (Mutz 2007, Tóka 2007). So argumentieren beispielsweise Krosnick et al. (2002) oder Mutz/Soss (1997), dass die Diskussion mit Familie und Freundinnen einen zentralen Mechanismus zur Informationsgewinnung darstellt. Um festzustellen, wie oft eine Akteurin an einer Aktivität zur Informationsgewinnung teilgenommen hat, gibt es im PIREDEU Datensatz drei Antwortoptionen, die wie folgt rekodiert wurden: 0 nie, 1 gelegentlich oder oft. Damit ergibt sich eine Skala, deren Spannweite von 0 (an keiner Aktivität teilgenommen) bis 5 (an allen Aktivitäten gelegentlich/sehr oft teilgenommen) reicht.

Unter *Mehrdimensionalität* werden in dieser Arbeit Variationen des *Policy* Einflusses auf die individuelle Wahlbeteiligung verstanden. Wie aus dem theoretischen Modell ersichtlich ist, kann hierbei zwischen zwei Faktoren unterschieden werden: der Variation der *Utilities* sowie der Effektstärke von *themenbasierter Wahlenthaltung*. Die *Variation der Utilities* bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit an der Wahl teilzunehmen, mit der Anzahl an Parteien, die in einer *Policy Dimension* einer Akteurin am nächsten stehen, sinkt. Da in dieser Arbeit mit einem zweidimensionalen *Policy-Space* gearbeitet wird (siehe Kapitel 4.3), ist diese Variable dichotom (0 in beiden Dimensionen ist die gleiche Partei einer Akteurin am nächsten, 1 für jede Dimension ist eine andere Partei der Akteurin am nächsten).

Die Effektstärke von *themenbasierter Wahlenthaltung* sollte laut theoretischem Konzept ansteigen, je höher die Anzahl an Dimensionen ist, in denen die entsprechenden Faktoren – also *Alienation* und *Indifference* – auftreten. Zusätzlich zeigen verschiedene Studien (u.a. Katz 2007 oder Adams/Dow et al. 2006), dass die Wahrscheinlichkeit an einer Wahl teilzunehmen besonders gering ist, wenn sowohl *Alienation* als auch *Indifference* zutreffen. Da

⁵⁹ Eine Darstellung einer Skala die auf verschiedene Aktivitäten zur Informationsgewinnung basiert ist in Tóka 2007 zu finden. Mutz (2007) debattiert, aus welchen Gründen eine Fokussierung auf Fernseh- bzw. Zeitungskonsum nur bedingt Schlussfolgerungen auf den Wissensstand zulässt und zeigt, dass persönliche Gespräche mit Freunden und Familie eine wichtige Aktivität zur Informationsgewinnung darstellt.

zwei Dimensionen in dieser Arbeit vorhanden sind, und in jeder Dimension *Alienation* und *Indifference* eintreffen können, wird eine Skala von 0 (in keiner Dimension *alienated* bzw. *indifferent*) bis 4 (in beiden Dimensionen *alienated* und *indifferent*) gebildet, wobei davon ausgegangen wird, dass mit einem ansteigenden Wert die Wahrscheinlichkeit an der Wahl teilzunehmen sinkt.

Als **Kontrollvariablen** zur Erklärung der Wahlbeteiligung werden sowohl soziodemografische als auch wahlspezifische Faktoren berücksichtigt. Die Auswahl der Faktoren erfolgte anhand von früheren Studienergebnissen, aufgrund derer davon ausgegangen werden kann, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht oder Geschlecht, Akteurinnen, die zum ersten Mal an EP-Wahlen teilnehmen, sowie die Zufriedenheit mit der jeweiligen nationalen Regierung die individuelle Partizipation an Wahlen beeinflusst. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht („*social class*“) wird verwendet, da frühere Studien gezeigt haben, dass ein geringerer sozioökonomischer Status die Wahrscheinlichkeit verringert, an einer Wahl zu partizipieren (u.a. Lijphart 1997, Verba 1996). Der PIREDEU Datensatz unterscheidet hierbei zwischen 5 sozialen Schichten (Arbeiterschicht, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht, Oberschicht). Betreffend geschlechtsspezifische Differenzen verweist die Debatte darauf, dass Männer und Frauen nicht zwingend die gleiche Wahrscheinlichkeit besitzen, an einer Wahl zu partizipieren. Im Einklang mit verschiedenen Studien des Wahlverhaltens (u.a. Glencross/Trechsel 2011 oder Gorecki 2013) wird daher „*Gender*“ als Kontrollvariable verwendet. Akteurinnen, die zum ersten Mal an EP-Wahlen teilnehmen (Variable „*First*“), werden als Kontrollvariable inkludiert, da verschiedene Studien (u.a. Franklin 2004 oder Franklin/Hobolt 2011) zeigen, dass Erstwählerinnen eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an Wahlen aufweisen. Die Zufriedenheit mit der nationalen Regierung wird in das Modell inkludiert, da *second-order* Modelle davon ausgehen, dass eine Unzufriedenheit mit der Performance der nationalen Regierung die Beteiligung an EP-Wahlen verringert (siehe Kapitel 4.1). Die verwendete Variable ist binär (0 unzufrieden mit nationaler Regierung, 1 Zufrieden mit nationaler Regierung).

Bevor in den kommenden Kapiteln die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit folgen, werden an dieser Stelle nochmals alle verwendeten Variablen kurz zusammengefasst. Als abhängige

Variable wird das individuelle Wahlverhalten (binär, 1 Befragte hat an EP-Wahl teilgenommen, 0 Befragte hat an EP-Wahl nicht teilgenommen) verwendet. *Alienation* und *Indifference* werden anhand von dichotomen Koeffizienten operationalisiert. Da es für *Indifference* mehrere Operationalisierungsstrategien gibt, wurde – basierend auf den Studien von Melton (2009, 2011) die „*farthest party*“ Methode gewählt. *Politische Versiertheit* basiert auf einem Index von wissensbasierten Fragestellungen, der zwischen 0 (keine Frage richtig beantwortet) und 7 (alle Fragen richtig beantwortet) variieren kann. Die Messung *politischer und informationsgewinnender Aktivitäten* erfolgt anhand einer Skala aus fünf verschiedenen Aktivitäten, deren Spannweite von 0 (an keiner Aktivität teilgenommen) bis 5 (an allen Aktivitäten sehr oft teilgenommen) reicht. Die Variation der *Utilities* ist eine binäre Variable (0 in beiden Dimensionen ist die gleiche Partei einer Akteurin am nächsten, 1 für jede Dimension ist eine andere Partei der Akteurin am nächsten). Der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* unter Berücksichtigung eines mehrdimensionalen *Policy-Space* basiert auf einer Skala von 0 (in keiner Dimension *alienated* bzw. *indifferent*) bis 4 (in beiden Dimensionen *alienated* und *indifferent*). Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht, „*Gender*“, Akteurinnen die zum ersten Mal an einer EP-Wahl teilnehmen können, sowie die Zufriedenheit mit der nationalen Regierung werden als Kontrollvariablen verwendet.

5. Der empirische Einfluss von politischer Versiertheit auf Faktoren themenbasierter Wahlenthaltung

5.1 Aufbau der empirischen Kapitel

Die nun folgenden Kapitel 5 bis 7 widmen sich der empirischen Überprüfung des theoretischen Konzepts bzw. den sich daraus ableitenden Hypothesen. Wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben, soll der Einfluss von *Policies* (bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*) auf das individuelle Wahlverhalten unter Berücksichtigung von individuellen Ressourcen sowie einem mehrdimensionalen *Policy-Space* anhand der Wahlen zum Europäischen Parlament des Jahres 2009 untersucht werden. Die Empirie dieser Dissertation gliedert sich wie folgt: Für jeden elementaren Teilbereich des theoretischen Modells (*politische Versiertheit*, *politische und informationsgewinnende Aktivitäten*, Verhalten im mehrdimensionalen Raum) werden die zugehörigen Hypothesen⁶⁰ getestet. Die Gliederung der drei Kapitel ist dabei größtenteils ident: Zu Beginn werden die Hypothesen und theoretischen Annahmen, die es zu überprüfen gilt, wiederholt, worauf eine kurze Darstellung mittels deskriptiver Statistik einen ersten Überblick über die verwendeten Variablen geben soll. Für die Kapitel 5 (*politische Versiertheit*) und 6 (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten*) erfolgen anschließend drei Regressionsmodelle („*Basis*“, „*Vsiertheit/Information*“ und „*Control*“). „*Basis*“ inkludiert nur die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*, um festzustellen ob diese Parameter überhaupt einen Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzen. Dieses Modell dient daher als „*Baseline*“ für die darauffolgenden Modelle. „*Vsiertheit*“ bzw. „*Aktivität*“ beinhalten neben *Alienation* und *Indifference* auch *politische Versiertheit* bzw. die Anzahl an durchgeführten Aktivitäten sowie die Interaktionsterme zwischen *Alienation/Indifference* und *politischer Versiertheit/politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*. In diesem Modell werden die theoretischen Annahmen geprüft, inwiefern individuelle Ressourcen (sprich der Wissensstand bzw. die *politische Versiertheit* einer Akteurin) den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* modulieren. „*Control*“ beinhaltet alle Variablen der Modelle „*Vsiertheit bzw. Aktivität*“ und fügt die Kontrollvariablen hinzu. Mit diesem Modell werden also alternative Erklärungsansätze für das individuelle Wahlverhalten berücksichtigt. Dies wird für jede untersuchte Dimension separat berechnet (damit also 6

⁶⁰ Siehe Kapitel 3.5

Modelle in den Kapiteln 5 und 6), da diese Arbeit zusätzliche Annahmen über das Verhalten in einem mehrdimensionalen Raum tätigt, die gesondert in Kapitel 7 analysiert werden⁶¹. Jedes empirische Kapitel endet mit der Validierung der Ergebnisse basierend auf einer Variation der Schwellwerte, der Überrepräsentation von Wählerinnen sowie dem verwendeten statistischen Modell.

5.1.1 Argumentationsgang für den empirischen Einfluss von politischer Versiertheit

In diesem Kapitel wird die Rolle von *politischer Versiertheit* auf den Einfluss *themenbasierter Wahlenthaltung* getestet. Mittels *politischer Versiertheit* sollen Aussagen über die Aufbereitungs- bzw. Verarbeitungskapazität getroffen werden. *Politische Versiertheit*, wie sie in dieser Arbeit verwendet wird, entspricht der Kapazität, Informationen für die Bildung von Präferenzen zu abzurufen, politische Positionierungen anderer Akteurinnen zu evaluieren, sowie realistische Prognosen in Bezug auf politische Ereignisse oder die Auswirkung von *Policy* Positionen zu verwenden. Mit ansteigender *politischer Versiertheit* fällt es Akteurinnen aufgrund höherer kognitiver Kapazitäten (u.a. bessere Ausdrucksfähigkeit) leichter, an sozialen bzw. politischen Interaktionen teilzunehmen. Ebenso erhöhen diese Elemente wesentliche Faktoren wie z.B. das Interesse an Politik. Es ist daher davon auszugehen, dass das individuelle Verhalten (in unserem Falle die Teilnahme an Wahlen) mit zunehmender *politischer Versiertheit* nicht durch *themenbasierte Wahlenthaltung* determiniert wird, sondern durch die Motivation an sozialen Interaktionen teilzunehmen. Aus *Rational Choice* Perspektive führt dies zu einer Veränderung der Nutzenfunktion: Selbst wenn eine Akteurin mit hoher *politischer Versiertheit alienated* oder *indifferent* ist, kann diese an einer Wahl partizipieren, da für diese Personengruppe ein auf *Policies* basierendes Kosten/Nutzen-Schema nicht von Relevanz ist, sondern das Interesse an Politik bzw. der Wunsch nach Partizipation die Basis des Entscheidungsprozesses darstellt. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass mit zunehmender *politischer Versiertheit* der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* abnimmt (Hypothese 1-4). Den geringsten Effekt von *themenbasierter Wahlenthaltung* erwarten wir dementsprechend bei Akteurinnen mit höchster *politischer Versiertheit* (Hypothese 1-5).

⁶¹ Für den Aufbau von Kapitel 7 sei auf die Einleitung des entsprechenden Kapitels verwiesen.

5.2 Deskriptive Statistik

Bevor auf die Regressionsmodelle eingegangen wird, soll zu Beginn der empirischen Analyse mittels deskriptiver Statistik ein erster Überblick über die verwendeten Variablen gegeben werden. Tabelle 2 veranschaulicht die gängigsten Lage- (Mittelwert „mw“), und Streuparameter (Standardabweichung „sd“, Variationskoeffizient „vc“) in Bezug auf die abhängige Variable sowie die verwendeten Kontrollvariablen.

Tabelle 2: Lage- und Streuparameter der abhängigen Variable bzw. der Kontrollvariablen

Variable⁶²	mw	sd	vc	n
<i>Gewählt in letzter EP Wahl (Ja/Nein)</i>	0,71	0,45	0,64	26908
<i>Soziale Zugehörigkeit</i>	2,47	1,02	0,41	26128
<i>Arbeiterklasse (=1)</i>				6672
<i>Untere Mittelschicht (=2)</i>				3718
<i>Mittelschicht (=3)</i>				12830
<i>Obere Mittelschicht (=4)</i>				2544
<i>Oberschicht (=5)</i>				364
<i>Regierungszufriedenheit (1= zufrieden)</i>	0,42	0,49	1,17	24585
<i>Geschlecht (1=Frauen)</i>	0,55	0,50	0,89	27068
<i>Politische Versiertheit-L/R</i>	1,68	0,95	0,57	27069
<i>Politische Versiertheit - EU</i>	2,22	1,26	0,57	27069

Betreffend die Fallzahlen zeigt sich, dass für keine der verwendeten Variablen eine erhöhte Anzahl an fehlenden Werten festzustellen ist. Der Anteil an Personen, für die keine Werte vorhanden sind, schwankt zwischen <1 (*politische Versiertheit*, *Geschlecht*) und 9 Prozent (*Regierungszufriedenheit*). Aufgrund des geringen Anteils an fehlenden Werten wird von einer detaillierteren Analyse abgesehen. Wie erwartet, zeigen die Daten, dass zwischen dem angegebenen Wahlverhalten und der tatsächlichen Wahlbeteiligung eine Differenz von knapp 20 Prozent besteht. Demzufolge sind Nichtwählerinnen in dem Datensatz unterrepräsentiert.

⁶² mw = Mittelwert, sd = Standardabweichung, vc = Variationskoeffizient, n = absolute Häufigkeit

Wie im Exkurs des Kapitels 4.3 dargelegt wurde, führt diese Differenz zwischen angegebener und tatsächlicher Wahlbeteiligung nicht zwingend zu veränderten Ergebnissen. Im Kontext dieser Arbeit ist dies nur von Relevanz, wenn sich Unterschiede in der Differenz (angegebenes-tatsächliches Wahlverhalten) zwischen den Staaten ergeben, was in der Validierung dieses Kapitels behandelt wird. Die Messung der *politischen Versiertheit* mittels wissenschaftlichen Fragestellungen erlaubt es, zwischen *politischer Versiertheit* in Bezug auf nationale *Policies* und Versiertheit hinsichtlich Europäischer *Policies* bzw. der Einstellung zur Europäischen Integration zu differenzieren. Da erst Kapitel 7 einen mehrdimensionalen *Policy-Space* behandelt, wird in diesem Kapitel gesondert für jede Dimension ein Index für *politische Versiertheit* verwendet. Von den 7 wissenschaftlichen Fragestellungen beziehen sich drei Fragen auf Informationen bezüglich der nationalen Ebene und vier Fragen auf das Wissen zu EU-Themen. Demensprechend variiert die Versiertheit in Bezug auf nationale *Policies* von 0 (geringste Versiertheit) bis 3 (höchste Versiertheit) und in Bezug auf Europäische *Policies* bzw. der Einstellung zur Europäischen Integration von 0-4. Ein genauere Blick auf die Quantile⁶³ der empirischen Verteilung von *politischer Versiertheit* zeigt, dass die *politische Versiertheit* in Bezug auf nationale *Policies* höher ist als in der EU Dimension. Ein möglicher Erklärungsansatz für die Differenzen der Versiertheit zwischen den beiden Dimensionen ist die Komplexität des Konzepts der Europäischen Integration. Da dies sowohl im Rahmen des theoretischen Modells als auch im vorhergehenden Kapitel besprochen wurde, sei auf die entsprechenden Kapitel in dieser Arbeit verwiesen.

Die deskriptiven Resultate in Bezug auf die Regierungszufriedenheit zeigen, dass eine Mehrheit der Befragten nicht mit der Arbeit der jeweiligen nationalen Regierung zufrieden ist. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Resultaten anderer Studien, die basierend auf „*second-order*“ Modellen davon ausgehen, dass sich Personen, die nicht zufrieden mit der Arbeit der jeweiligen Regierung sind, der Wahl enthalten. Das verwendete *Sample* beinhaltet einen geringfügig höheren Anteil an Frauen (55 zu 45 Prozent), womit Frauen in dieser Studie leicht überrepräsentiert sind. Anhand der geringen Differenz zur Gesamtpopulation ist jedoch nicht davon auszugehen, dass dies zu wahrnehmbaren Verzerrungen für die berechneten Parameter führt. Die letzte Kontrollvariable bezieht sich auf die soziale Zugehörigkeit der Respondentinnen. Hierbei ist zu beobachten, dass sich eine überwiegende Mehrheit der

⁶³ Die Quantile der empirischen Verteilungen sind nicht in Tabelle 2 abgebildet

Befragten (73 Prozent) der Mittelschicht zugehörig fühlen; Nur ca. 1 Prozent der Befragten sieht sich als Teil der Oberschicht. Knapp jede vierte Befragte (25,5 Prozent) ordnet sich als Mitglied der Arbeiterklasse ein. Basierend auf Studien wie z.B. Lijphart (1997) oder Verba (1996), die zeigten, dass mit abnehmendem sozioökonomischem Status der Anteil an Nichtwählerinnen steigt, ist davon auszugehen, dass diese Gruppen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit aufweisen sollten, nicht an einer Wahl teilzunehmen, unabhängig davon, ob Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* auftreten.

Für die Interpretation der Interaktionsterme ist es notwendig, auf den Aufbau dieser Variablen hinzuweisen. Dieser ergibt sich durch Multiplikation des binären (0/1) Koeffizienten für *Alienation* (bzw. *Indifference*) mit der *politischen Versiertheit*. Da wir – wie besprochen – für jede Dimension einen eigenen Koeffizienten für *politische Versiertheit* verwenden, kann der Interaktionsterm Werte von 0-3 (in der L/R-Dimension) bzw. 0-4 (EU-Dimension) annehmen. Personen, die mit 0 klassifiziert werden, sind nicht als *alienated* (respektive *indifferent*) zu werten. Für Akteurinnen, die einen Wert von 1-4 annehmen, trifft *Alienation/Indifference* zu, wobei der entsprechende Wert der *politischen Versiertheit* der Akteurin⁶⁴ entspricht. Dies ermöglicht uns, die Gruppe der Personen, die als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden - je nach *politischer Versiertheit* – einzuteilen. Diese Einteilung führt dazu, dass wir feststellen können, warum viele Personen, die als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden, trotzdem zur Wahl gehen (aufgrund der hohen *politischen Versiertheit*). Da die Skalenlänge in Bezug auf die Versiertheit einer Akteurin zwischen den beiden Dimensionen variiert, ist es nicht zweckmäßig, die Kennzahlen der Interaktionsterme von beiden Dimensionen zu vergleichen. Bedingt durch die unterschiedliche Häufigkeit gilt dies auch für den Vergleich der Interaktionsterme zwischen *Alienation* und *Indifference*.

Tabelle 3 zeigt die Lage- und Streuparameter für *themenbasierte Wahlenthaltung* (*Alienation*, *Indifference*) sowie die Interaktionsterme, und gibt einen Überblick, wie oft die entsprechenden Effekte auftreten.

⁶⁴ Beispiel für den Interaktionsterm Indifference und politischer Versiertheit : Akteur A hat einen Wert von 0, Akteur B 1 und Akteur C 2. Da für Akteur A Indifference nicht zutrifft wird dieser Wert auf 0 gesetzt. Akteur B erhält den Wert 1, da er/sie indifferent ist und eine politische Versiertheit von 1 besitzt ($1*1=1$). Auch Akteur C ist indifferent, weist jedoch eine Versiertheit von 2 auf, dementsprechend gilt: $1*2=2$.

Tabelle 3: Lage- und Streuparameter für Alienation, Indifference, Interaktionsterme

Variable	mw	sd	n
<i>Alienation L/R (Ja/Nein)</i>	0,02	0,11	22390
<i>Indifference L/R (Ja/Nein)</i>	0,19	0,39	22390
<i>Alienated und indifferent (L/R)</i>			226
<i>Interaktion Alienation & pol. Vers. (L/R)</i>	0,01	0,11	22390
<i>Interaktion Indifference & pol. Vers. (L/R)</i>	0,18	0,39	22390
<i>Alienation EU (Ja/Nein)</i>	0,04	0,2	19632
<i>Indifference EU (Ja/Nein)</i>	0,39	0,48	19632
<i>Alienated und indifferent (EU)</i>			674
<i>Interaktion Alienation pol. Vers. (EU)</i>	0,04	0,20	19632
<i>Interaktion Indifference pol. Vers. (EU)</i>	0,40	0,49	19632

In Bezug auf die Fallzahlen zeigen sich Differenzen zwischen *Alienation* und *Indifference* je nach verwendeter Dimension. Wie Tabelle 3 zeigt, ist eine größere Anzahl an Personen in der Lage, auf der L/-R-Dimension eine eigene Position bzw. die subjektive Parteipositionierung anzugeben, verglichen mit der EU-Dimension. Die Differenz zwischen den beiden *Policy* Dimensionen beträgt 12 Prozent. Für die Analyse bedeutet dies, dass die Ergebnisse der L/R-Dimensionen als aussagekräftiger zu bewerten sind. Gründe für diese Diskrepanz können u.a. auf Variationen bezüglich des Wissensstandes (u.a. De Vries et al. 2011) über *Policies* zurückzuführen sein. Für beide Dimensionen zeigt sich, dass der Anteil an Personen, die als *indifferent* klassifiziert werden, höher ist als der Anteil an Personen, die *alienated* sind. Einschränkend sei jedoch angemerkt, dass diese Differenz sich zumindest teilweise anhand der Operationalisierung erklären lässt. Ebenso ist anzumerken, dass diese Werte nur bedingt mit vorherigen Studien verglichen werden können, da bisherige Studien starke Unterschiede in Bezug auf die Operationalisierung aufweisen. Hinsichtlich der Differenzen zwischen den Dimensionen zeigt sich, dass der Anteil an Personen, die *alienated* bzw. *indifferent* sind, in der EU-Dimension höher ist (n=674) als in der L/R-Dimension (n=226), was angesichts der vorhin genannten Gründe zu erwarten ist. Ebenso zeigt sich, dass nur ein sehr kleiner Anteil des gesamten *Samples* sowohl *alienated* als auch *indifferent* ist.

5.3 Themenbasierte Wahlenthaltung und politische Versiertheit in der L/R-Dimension

Dieses Unterkapitel widmet sich dem Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* in der L/R-Dimension sowie der *politischen Versiertheit* auf die individuelle Wahlbeteiligung. Ausgangspunkt hierfür ist die Annahme, dass die Positionierung von Akteurinnen sowie die wahrgenommene Parteienposition von nationalen *Policies* (siehe Kapitel 4.4) die individuelle Beteiligung an Wahlen zum Europäischen Parlament erklären. Tabelle 4 zeigt die zugehörigen Regressionsmodelle samt Koeffizienten.

Tabelle 4: Regressionsmodelle - L/R-Dimension

EQUATION	VARIABLES	(1) Basis	(2) Versiertheit	(3) Control
Voted	Alienation (AL)	-0.41*** (0.132)	-0.50** (0.244)	-0.54** (0.264)
	Indifference (IN)	-0.46*** (0.040)	-0.28*** (0.077)	-0.20** (0.084)
	Politische Versiertheit (PV)		0.33*** (0.020)	0.31*** (0.022)
	Interaktion IN-PV		-0.08* (0.043)	-0.10** (0.046)
	Interaktion AL-PV		0.08 (0.141)	0.12 (0.151)
	Regierungszufriedenheit			0.25*** (0.038)
	Soziale Zugehörigkeit			0.16*** (0.018)
	Sex			0.03 (0.035)
	First			-0.73*** (0.065)
	Observations		22,315	22,315
Number of country		27	27	27
Log-likelihood		-11729	-11574	-10258
Prob > chi2		0.00	0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Die Logik hinter dem Aufbau der Modelle ergibt sich wie folgt: Das „*Basismodell*“ (Modell 1) beinhaltet nur Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* – also *Alienation* (AL) und *Indifference* (IN). Ziel ist es festzustellen, ob diese beiden Parameter grundsätzlich eine signifikante Erklärungsgewalt besitzen und ob dieser Effekt wie erwartet negativ – Akteurinnen enthalten sich der Wahl – ist. Modell 2 („*Versiertheit*“) fügt *politische Versiertheit* (PV) sowie Interaktionsterme zwischen *Alienation* und *Indifference* und *politischer Versiertheit* hinzu. Dieses Modell testet die theoretischen Annahmen aus Kapitel 3 und soll erklären, unter welchen Bedingungen *themenbasierte Wahlenthaltung* besonders starke bzw. schwache Einflüsse auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt. Modell 3 fügt die verwendeten Kontrollvariablen hinzu, die alternative Erklärungsansätze für die Beteiligung bzw. das Fernbleiben von Wahlen erklären. Bezüglich der Interpretation der Effektstärke ist es bei logistischen Regressionsmodellen – im Gegensatz zu OLS-Modellen – nicht möglich, die Koeffizienten direkt zu interpretieren um daraus Schlussfolgerungen zu ziehen⁶⁵. Als Alternative zu einer direkten Interpretation der Koeffizienten bietet sich eine Menge an Techniken wie Interpretation der Vorzeichen, *Odds Ratios* oder die Evaluation der Parameter bzw. nahe des Mittelwerts der Daten oder prognostizierte Wahrscheinlichkeiten („*predicted probabilities*“) an. Diese Arbeit verwendet zur Analyse der Effektstärke einerseits die Vorzeichen der Koeffizienten, die Signifikanz der entsprechenden Regressionsterme, sowie *predicted probabilities*⁶⁶.

Wie von Hanmar und Kalkan (2013) ausführlich beschrieben, bieten *predicted probabilities* verglichen mit *Odds Ratios* oder anderen Analysemethoden einige Vorteile. Anstelle der Interpretation von Koeffizienten wird der Fokus auf Prognosen, die auf diesen Koeffizienten basieren, gelegt, da: „*The reason is clear the marginal effects and predicted quantities (e.g. probabilities, counts) are the keys to understanding the relationship of interest in the population.*“ (Kalkan/Hanmar 2013, S.264). Zusammengefasst lässt sich die Funktionsweise von *predicted probabilities* wie folgt beschreiben: „... *in a logit or probit model, either the marginal effect of a change in the independent variable of interest on the probability of success or the discrete difference in the probability of success due to a change in the independent variable of interest is more informative.*“ (Kalkan/Hanmar 2013, S.264). In unserem Fall ist

⁶⁵ Für eine ausführliche Diskussion aus welchen Gründen dies nicht möglich ist siehe z.B. Gelman/Hill (2007).

⁶⁶ Unter dem Term „*predicted probabilities*“ wird die anhand der Regressionskoeffizienten berechnete Wahrscheinlichkeit zur individuellen Wahlteilnahme verstanden.

es daher möglich, mittels *predicted probabilities* zu beantworten, ob und wie stark sich die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an einer Wahl verändert, wenn diverse unabhängige Variablen (wie *Alienation*, *Indifference* oder die Interaktionsterme) variieren. Da *predicted probabilities* ein elementarer Bestandteil der Analyse sind, werden sie gesondert in Unterkapiteln dargestellt und besprochen.

Bevor auf die einzelnen Modelle und deren *predicted probabilities* eingegangen wird, soll zu Beginn ein erster Überblick über die Regressionsmodelle gegeben werden. Wie anhand der Tabelle zu erkennen ist, besitzen alle drei Modelle signifikante Erklärungsgewalt. Modell 1 zeigt, dass sowohl *Alienation* als auch *Indifference* einen signifikanten negativen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzen. Dies entspricht auch der theoretischen Erwartungshaltung. Wenn nur diese beiden Variablen zur Erklärung verwendet werden, zeigt sich, dass *Indifference* einen etwas stärkeren Effekt haben könnte. Wenn nun *politische Versiertheit* sowie die Interaktionsterme hinzugefügt werden (Modell 2) ergibt sich folgendes Bild: *Alienation* und *Indifference* sind weiterhin hochsignifikant, jedoch ist die Effektstärke von *Alienation* wahrscheinlich größer, als die von *Indifference*. *Politische Versiertheit* hat wie erwartet einen positiven Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten. In Bezug auf die Interaktionsterme zeigt sich, dass *politische Versiertheit* einen signifikanten Einfluss auf *Indifference* besitzt, jedoch nicht auf *Alienation*. Diese Ergebnisse sind insofern von Interesse, da das theoretische Modell davon ausgeht, dass *politische Versiertheit* sich auf alle Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* gleich auswirkt, was sich jedoch – zumindest vorerst – nicht empirisch bestätigen lässt. Werden nun die Kontrollvariablen hinzugefügt (Modell 3), zeigen sich in Bezug auf *Alienation*, *Indifference* sowie der *politischen Versiertheit* nur marginale Differenzen. Die Signifikanz des Interaktionsterms zwischen *Indifference* und *politischer Versiertheit* steigt. Ebenso sind drei der vier Kontrollvariablen hochsignifikant (Ausnahme: *Sex*) und weisen die zu erwartenden Richtungen auf: verstärkte Wahlbeteiligung bei Regierungszufriedenheit, höherer Klassenzugehörigkeit bzw. geringere Beteiligung bei Personen, die zum ersten Mal an einer EP-Wahl teilnehmen können.

Zusammengefasst lässt sich anhand der Koeffizienten folgendes feststellen: Beide Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) besitzen in allen Modellen einen signifikanten negativen Einfluss auf die Beteiligung an Wahlen; ebenso der

Interaktionsterm zwischen *politischer Versiertheit* und *Indifference*. Alle verwendeten Variablen weisen die erwartete Richtung des Einflusses (höhere bzw. geringere Wahrscheinlichkeit an einer Wahl teilzunehmen) auf, womit wir uns nun einer genaueren Betrachtung der Effektstärken widmen können. Da wir jedoch bisher nichts über die Effektstärken sagen können, wird nun auf die *predicted probabilities* der einzelnen Modelle eingegangen. Diese Unterkapitel gliedern sich wie folgt: Für jedes Modell werden die *predicted probabilities* für *Alienation*, *Indifference* sowie *Alienation* und *Indifference* berechnet. Sofern vorhanden, werden die *predicted probabilities* der Interaktionsterme ebenso dargestellt (Modelle 2 und 3).

5.3.1 Basismodell (Modell1)

Um eine übersichtliche und möglichst einfache Darstellung der Wahrscheinlichkeiten zu ermöglichen, womit eine intuitive Interpretation der jeweiligen Effektstärken erleichtert wird, werden die *predicted probabilities* grafisch dargestellt. Für eine tabellarische Ansicht siehe Appendix C. Modell 1 beinhaltet nur *Alienation* und *Indifference* und soll als Basis für die weiteren Modelle dienen. Laut Regression ist davon auszugehen, dass sowohl *Alienation* als auch *Indifference* einen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, an einer Wahl teilzunehmen, besitzen.

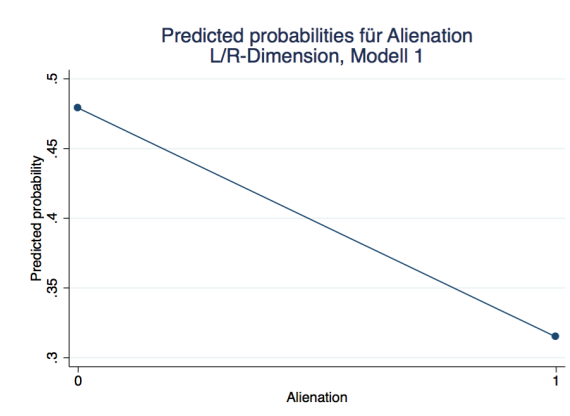


Abbildung8: PP für AL - Modell 1

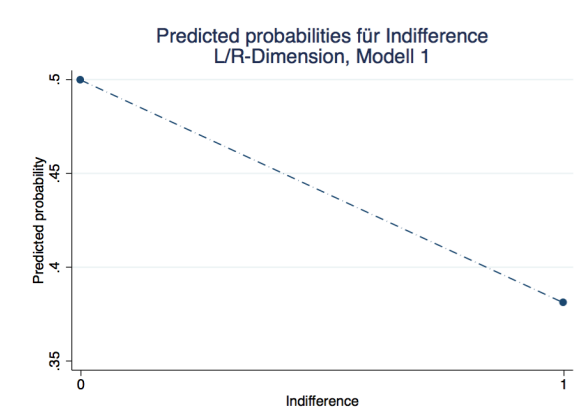


Abbildung9: PP für IN - Modell 1

Die Abbildungen 8 und 9 zeigen die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Alienation* und *Indifference* in Modell 1. Während die Effektstärke bei *Alienation* knapp 16 Prozent entspricht (sprich: Akteurinnen, die als *alienated* klassifiziert werden, besitzen eine um 16

Prozent geringere Wahrscheinlichkeit, an einer Wahl teilzunehmen als Personen, die nicht *alienated* sind), ist bei *Indifference* eine Differenz von knapp 12 Prozent zu erkennen (Wahrscheinlichkeit sinkt von 49,97 Prozent auf 38,09 Prozent). Können wir nun davon ausgehen, dass sich Akteurinnen rational verhalten und nicht zur Wahl gehen, wenn auf Grund von *Policies* keine Motivation zur Wahlteilnahme vorhanden ist? Nur bedingt, da diese Ergebnisse frühere Studien bestätigen, wonach auf *Policies* basierende Faktoren nur teilweise die individuelle Wahlbeteiligung erklären können und ein Großteil der Akteurinnen, die als *alienated* respektive *indifferent* klassifiziert werden, trotzdem zur Wahl gehen. Während wir im Falle von *Alienation* eine deutliche Verringerung der Wahlteilnahme beobachten können, ist der Effekt bei *Indifference* etwas geringer.

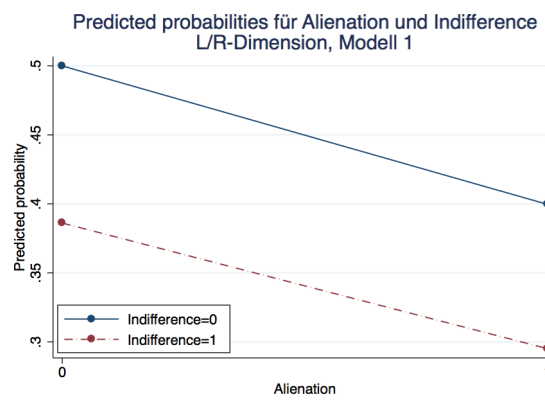


Abbildung 10: PP für AL und IN - Modell 1

Wenn nun alle anderen Parameter konstant gehalten werden und nur die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* variieren (Abbildung 10), ergeben sich daraus vier mögliche Merkmalskombinationen⁶⁷. Wenig überraschend ist die höchste Wahrscheinlichkeit an einer Wahl zu partizipieren gegeben, wenn weder *Alienation* noch *Indifference* auftritt (Wert 0 der blauen Linie). Ebenso ist die individuelle Wahlteilnahme am geringsten, wenn sowohl *Alienation* als auch *Indifference* auftreten (Wert 1 der roten Linie). Die Differenz zwischen diesen beiden Gruppen beträgt ca. 20 Prozent (50,00 Prozent bzw. 29,50 Prozent). Interessant ist an dieser Stelle, dass es kaum Unterschiede zwischen Personen gibt, für die nur einer der beiden Parameter (*Alienation* und *Indifference*) zutrifft, der andere jedoch nicht (38,61 Prozent bzw. 39,95 Prozent). Dies lässt darauf schließen, dass *Policies* dann einen Einfluss besitzen, wenn alle Parameter den gleichen theoretischen Effekt (Akteurin sollte zur Wahl

⁶⁷ AL=0 IN=0, AL=1 IN=0, AL=0 IN=1, AL=1 IN=1

gehen bzw. Akteurin sollte der Wahl fernbleiben) aufweisen. Da das theoretische Modell davon ausgeht, dass sich Personen rational – sprich im Sinne von *Rational Choice* – verhalten können, dies jedoch nur auf eine bestimmte (kleine) Personengruppe zutrifft, testet Modell 2 den Einfluss von *politischer Versiertheit* auf *themenbasierte Wahlenthaltung*.

5.3.2 Modell mit politischer Versiertheit (Modell2)

Wenn wir nun die *politische Versiertheit* einer Akteurin sowie die beiden Interaktionsterme hinzufügen, ist anhand der Regressionskoeffizienten zu erwarten, dass die Interaktion zwischen *politischer Versiertheit* und *Indifference* zu deutlichen Differenzen im individuellen Wahlverhalten führt.

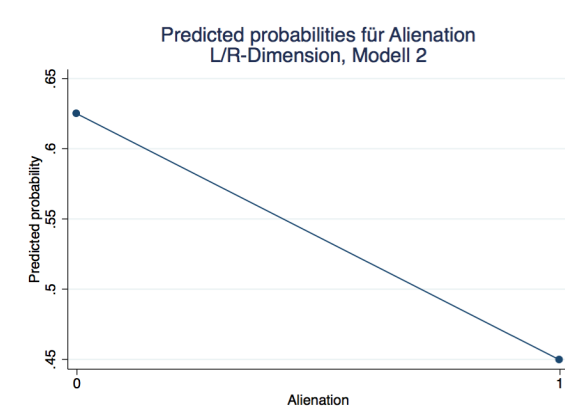


Abbildung11: PP für AL - Modell 2

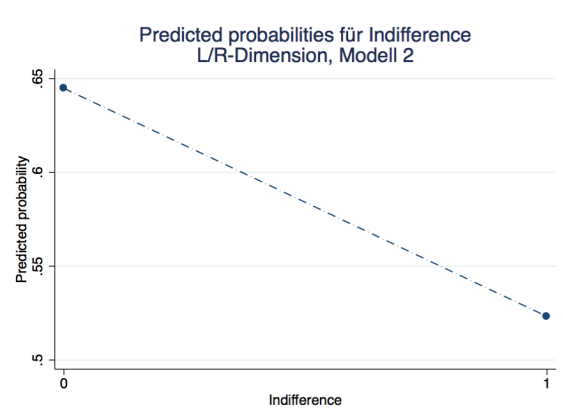


Abbildung12: PP für IN - Modell 2

Hinsichtlich des Einflusses von *Alienation* und *Indifference* zeigen– Verglichen mit Modell 1 – die Abbildungen 11 und 12 ähnliche Muster. Wie schon anhand der Regressionsparameter ersichtlich ist, ist der Effekt von *Indifference* (knapp 12 Prozent Differenz zwischen Personen, die theoretisch der Wahl fernbleiben sollten [Wert 1], und denen, die zur Wahl gehen sollten [Wert 0]) geringer verglichen mit den Werten von *Alienation* (Effektstärke von 17 Prozent). Dies bedeutet also, dass – ebenso wie in Modell 1 – *Alienation* einen stärkeren Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt als *Indifference*.

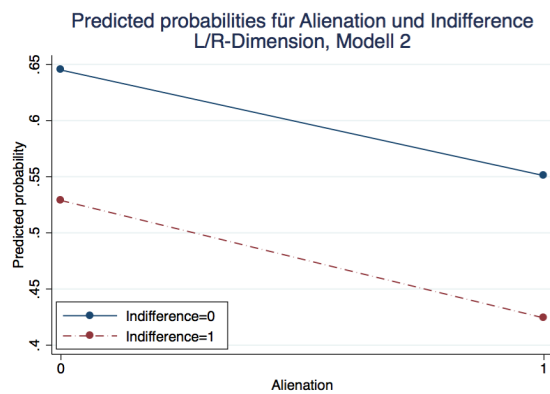


Abbildung 13: PP für AL, IN - Modell 2

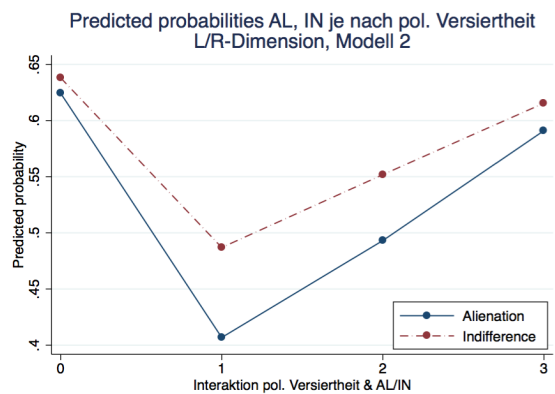


Abbildung 14: PP für Interaktionsterme - Modell 2

Wenn nun sowohl *Alienation* als auch *Indifference* variieren (Abbildung 13), ergibt sich eine ähnliche Struktur wie im „Basismodell“. Auch in diesem Fall kann von rationalem Verhalten im Sinne der *Rational Choice* Theorie nur dann gesprochen werden kann, wenn beide Parameter ident sind⁶⁸. Abbildung 14 zeigt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der beiden Interaktionsterme. Zur Erinnerung: Personen, die in Gruppe „0“ fallen, sind nicht *alienated* bzw. *indifferent*, und sollten gemäß *Rational Choice* an Wahlen teilnehmen. Die Akteurinnen der Gruppen 1-3 weisen *Alienation* bzw. *Indifference* auf, wobei der Wert des Interaktionsterms der *politischen Versiertheit* entspricht. Eine Akteurin in Gruppe 1 ist also „*alienated*“ (bzw. *indifferent*) und weist eine geringe *politische Versiertheit* auf, während eine Akteurin der Gruppe 3 zwar ebenso *alienated/indifferent* ist, jedoch eine sehr hohe *politische Versiertheit* besitzt. Wie angesichts der Theorie zu erwarten ist, besitzen Personen, für die *Alienation* (durchgehender Graph) bzw. *Indifference* (gestrichelter Graph) nicht zutrifft (Wert auf der x-Achse ist 0), eine hohe Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen.

Im Gegensatz zu den Regressionsparametern ist anhand der Grafik ein klarer Effekt von *politischer Versiertheit* auf die Effektstärke von *Alienation* als auch *Indifference* zu erkennen. Betreffend *Indifference* zeigt sich, dass die individuelle Wahlbeteiligung je nach *politischer Versiertheit* deutlich variiert. Die Differenz zwischen Personen mit der geringsten (Wert 1) bzw. der höchsten Versiertheit (Wert 3), die *alienated* sind, beträgt knapp 13 Prozent. Wie angesichts des theoretischen Modells zu erwarten ist, nimmt mit ansteigender *politischer Versiertheit* der Einfluss von *Indifference* auf die Wahlbeteiligung ab, da die Nutzenfunktion

⁶⁸ Wenn Personen *alienated* und *indifferent* sind bzw. beides nicht auftritt.

der individuellen Akteurin durch andere Parameter (z.B. politisches Interesse) determiniert wird. Noch stärker ist der Einfluss der *politischen Versiertheit* auf *Alienation*: Hier ergeben sich je nach *politischer Versiertheit* Unterschiede von bis zu 19 Prozent. In Bezug auf Hypothese 1-5 ist festzustellen, dass der geringste Einfluss von *Alienation* bzw. *Indifference* wie erwartet bei Personen mit höchster Versiertheit besteht. Zwischen dieser Gruppe und Personen, die für die *Alienation* bzw. *Indifference* nicht zutrifft (Gruppe „0“), ergeben sich nur marginale Unterschiede (3 Prozent bzw. 2 Prozent). Es kann daher gesagt werden, dass für diese Gruppe von Akteurinnen *themenbasierte Wahlenthaltung* keinen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt. Die Differenz zwischen Personen, für die *Alienation/Indifference* nicht zutrifft, und Personen, die *alienated/indifferent* sind und die geringste Versiertheit aufweisen (Wert 1), beträgt 15 Prozent bzw. 22 Prozent. Diese Ergebnisse zeigen klar, dass die geringe Effektstärke von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (also Personen, die zur Wahl gehen, obwohl sie *alienated* bzw. *indifferent* sind) durch die Berücksichtigung der *politischen Versiertheit* erklärt wird. Wie zu erwarten sinkt mit zunehmender Versiertheit der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung*. Angesichts der nichtlinearen Effektstärke zeigt sich, warum die Regressionsparameter der Interaktionsterme nur bedingt (*Indifference*) bzw. nicht signifikant (*Alienation*) sind.

5.3.3 Modell mit Kontrollvariablen (Modell3)

Abschließend wird getestet, ob die Berücksichtigung der Kontrollvariablen zu veränderten Ergebnissen führt. Da die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der Kontrollvariablen keine zusätzlichen Informationen zur Beantwortung der Forschungsfrage liefern, werden diese nicht für die Interpretation berücksichtigt.

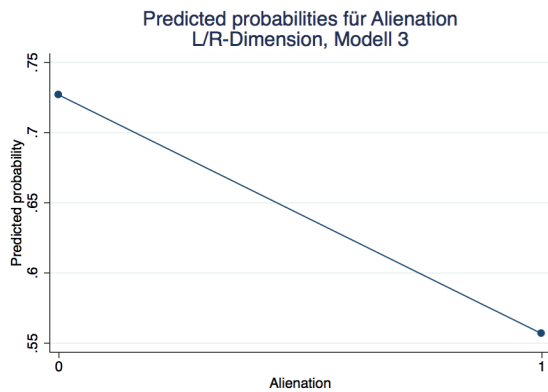


Abbildung15: PP für AL - Modell 3

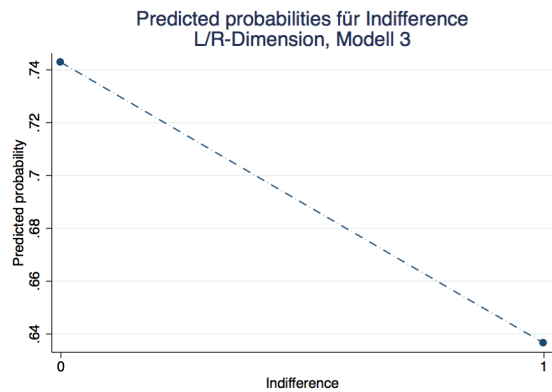


Abbildung16: PP für IN - Modell 3

Wie anhand der Abbildungen 15 und 16 zu sehen ist, führt die Inklusion der Kontrollvariablen zu keinen nennenswerten Differenzen in Bezug auf die Effektstärken von *Alienation* und *Indifference*⁶⁹. Wie in allen bisherigen Modellen kann auch hier nur bedingt von einem Einfluss von themenbasierten Faktoren auf die Wahlenthaltung gesprochen werden.

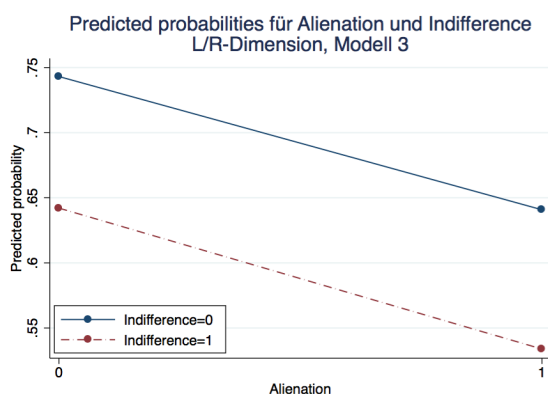


Abbildung17: PP für AL, IN - Modell 3

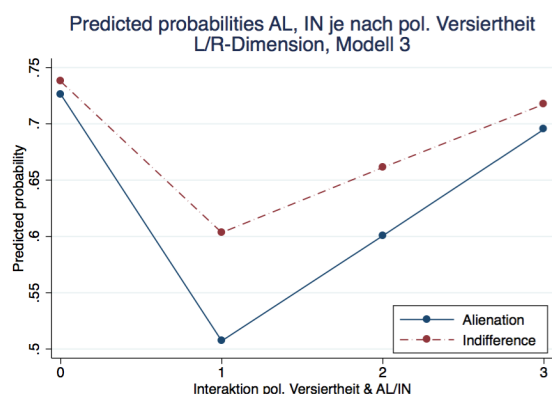


Abbildung18: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Wenn sowohl *Alienation* als auch *Indifference* variieren (Abbildung 17), so zeigt sich, dass auch hier ein signifikanter Unterschied von 21 Prozent zwischen Personen, die weder *alienated* noch *indifferent* sind, und Personen, für die beides zutrifft, zu sehen ist. Diese Differenz entspricht annähernd den Ergebnissen des vorhergehenden Modells, wodurch auch an dieser Stelle gesagt werden kann, dass die Berücksichtigung der Kontrollvariablen keine nennenswerten Veränderungen der *predicted probabilities* mit sich bringt. Auch hinsichtlich der Interaktionsterme (Abbildung 18) sind die Effektstärken nahezu unverändert. Die Differenz

⁶⁹ Die Effektstärken von Alienation und Indifference schwanken um ca. 1-2 Prozent verglichen mit den prognostizierten Wahrscheinlichkeiten aus Modell 2

zwischen höchster und geringster Versiertheit hinsichtlich der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten beträgt ca. 11 Prozent für *Indifference* und 19 Prozent für *Alienation*. Dies bedeutet, dass – trotz signifikantem Einfluss der Kontrollvariablen – zu sehen ist, dass die *politische Versiertheit* einer Akteurin bestimmt, ob *Alienation* und *Indifference* für die individuelle Wahlbeteiligung verwendet wird oder nicht. Wie auch schon im vorhergehenden Modell zu sehen ist, besitzen Akteurinnen mit höchster *politischer Versiertheit*, die *alienated* bzw. *indifferent* sind, eine annähernd gleich hohe Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen, wie Akteurinnen, für die *Alienation* bzw. *Indifference* nicht zutrifft. Dies entspricht der im theoretischen Modell formulierten Erwartungshaltung. Interessant ist zu beobachten, dass die Differenz zwischen *Alienation* und *Indifference* der Interaktionsterme in den Modellen 2 und 3 mit zunehmender *politischer Versiertheit* abnimmt. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass mit zunehmender Versiertheit der Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten abnimmt.

Zusammengefasst zeigen alle drei Modelle, die auf der L/R-Dimension beruhen, einen bedingten Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die individuelle Wahlbeteiligung. Für die Interaktionsterme sehen wir unterschiedliche Ergebnisse betreffend der Signifikanz zwischen den Regressionsparametern und der *predicted probabilities*, die aufgrund der (theoretisch erwarteten) nichtlinearen Zusammenhangsstruktur erklärbar sind. In beiden Modellen, die Interaktionsterme beinhalten, zeigt sich, dass *politische Versiertheit* die Effektstärke von *Alienation* und *Indifference* moderiert. Wie angesichts des theoretischen Modells zu erwarten ist, führt ein Anstieg der *politischen Versiertheit* zu einer Veränderung der Nutzenfunktion. Dies drückt sich dadurch aus, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* an Relevanz verlieren. In der Diktion der *Rational Choice* Theorie würden wir sagen, dass sich mit zunehmender Versiertheit die Nutzenfunktion einer Akteurin ändert und *themenbasierte Wahlenthaltung* durch andere Einflussfaktoren ersetzt wird.

5.4 Themenbasierte Wahlenthaltung und politische Versiertheit in der EU-Dimension

Während sich das vorhergehende Unterkapitel mit dem Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* und *politischer Versiertheit* anhand der L/R-Dimension beschäftigt hat, soll nun geklärt werden, ob auch anhand der Einstellung zur Europäischen Integration (genannt EU-Dimension, siehe Kapitel 4.4) individuelles Wahlverhalten in EP-Wahlen erklärt werden kann. Tabelle 5 beinhaltet die entsprechenden Regressionsmodelle:

Tabelle 5: Regressionsmodelle EU-Dimension

EQUATION	VARIABLES	(1) Basis	(2) Versiertheit	(3) Control	
Voted	Alienation (AL)	-0.06 (0.085)	-0.13 (0.166)	-0.14 (0.178)	
	Indifference (IN)	-0.33*** (0.036)	-0.24*** (0.075)	-0.24*** (0.080)	
	Politische Versiertheit (PV)		0.25*** (0.020)	0.23*** (0.021)	
	Interaktion IN-PV		-0.02 (0.030)	-0.01 (0.032)	
	Interaktion AL-PV		0.04 (0.070)	0.06 (0.075)	
	Regierungszufriedenheit			0.28*** (0.040)	
	Soziale Zugehörigkeit			0.17*** (0.019)	
	Sex			0.06 (0.037)	
	First			-0.65*** (0.068)	
	Observations		19,564	19,564	17,781
	Number of country		27	27	27
	Log-likelihood		-10243	-10107	-9029
	Prob > chi2		0.00	0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Auch in dieser *Policy*-Dimension werden drei Regressionsmodelle berechnet, sowie darauf aufbauend *predicted probabilities* berechnet. Wie aus Tabelle 4 ersichtlich ist, weisen alle gerechneten Modelle eine signifikante Erklärungsgewalt auf (p-Wert 0.00), jedoch zeigen sich – verglichen mit der L/R-Dimension – Unterschiede in der Signifikanz der Regressionskoeffizienten. Zu Beginn (Modell 1) wird nur der Einfluss von *Alienation* und *Indifference* auf die individuelle Wahlbeteiligung berechnet. Es zeigt sich, dass *Indifference* einen signifikanten Einfluss besitzt, *Alienation* jedoch nicht. Regressionsmodell 2 („Versiertheit“) inkludiert *politische Versiertheit* sowie die Interaktionsterme: Es zeigt sich, dass in diesem Modell nur *Indifference* sowie die *politische Versiertheit* einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen, wobei beide Effekte die erwartete Richtung (*Indifference* negativer Einfluss, *Versiertheit* positiver Einfluss) besitzen. Wie auch schon in der L/R-Dimension führt die Berücksichtigung der Kontrollvariablen zu keinen relevanten Veränderungen in Bezug auf *Alienation*, *Indifference* oder der Interaktionsterme. Drei der vier Kontrollvariablen (Regierungszufriedenheit, soziale Zugehörigkeit sowie erstmalige Möglichkeit bei einer EP-Wahl zu wählen) weisen einen signifikanten Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung auf.

Es ist zu beobachten, dass in allen drei Modellen *Indifference* einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzt, *Alienation* jedoch nicht. Da jedoch – wie in Kapitel 5.3 gesehen – die Signifikanz der Parameter keine Informationen über die Effektstärke zulässt, sei auch hier auf die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten verwiesen. Im Gegensatz zur L/R-Dimension sind die Interaktionseffekte in keinem Modell signifikant. Da jedoch – bedingt durch die Konstruktion der Variable anhand der Theorie⁷⁰ – ein nichtlinearer Zusammenhang vorhanden ist, kann erst mittels der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten die genaue Aussagekraft dieser Interaktionsterme bestimmt werden. Ebenso könnte dies anhand von fallspezifischen Effekten aufgrund der verminderten Relevanz von EP-Wahlen⁷¹ erklärt werden. Dies könnte einerseits mit den Aussagen der *second-order* Modelle erklärt werden, die davon ausgehen, dass nur nationale *Policies* das individuelle Verhalten determinieren, oder mit der verringerten Fallzahl, da für diese Dimension eine geringere Anzahl an Personen

⁷⁰ Von Interesse ist die Frage warum Personen zur Wahl gehen, die alienated bzw. indifferent sind. Daher teilen wir diese Personen je nach politischer Versiertheit in Untergruppen ein, wodurch wir die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der verschiedenen Gruppen untereinander bzw. mit Personen die nicht alienated/indifferent sind, vergleichen können.

⁷¹ Für eine ausführliche Argumentation siehe Kapitel 4.1

eine eigene Positionierung bzw. die wahrgenommene Positionierung der Parteien angegeben haben. Die nun folgenden Unterkapitel behandeln die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der jeweiligen Regressionsmodelle.

5.4.1 Basismodell (Modell1)

Zu Beginn werden die *predicted probabilities* von beiden Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) aus dem Basismodell (Modell 1) dargestellt. Anhand der Regressionsparameter ist zu erwarten, dass nur *Indifference* einen signifikanten Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt. Auch für die Modelle der EU-Dimension ist die tabellarische Darstellung der entsprechenden Werte in Appendix C zu finden.

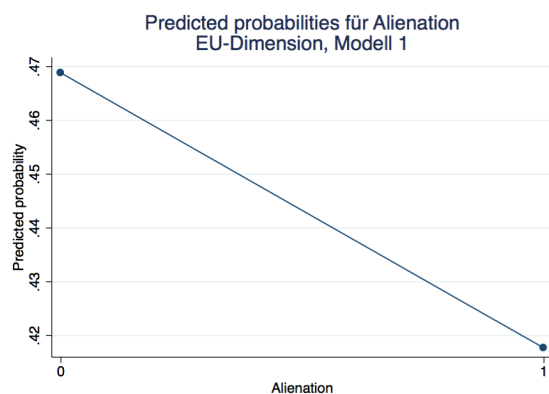


Abbildung19: PP für AL - Modell 1

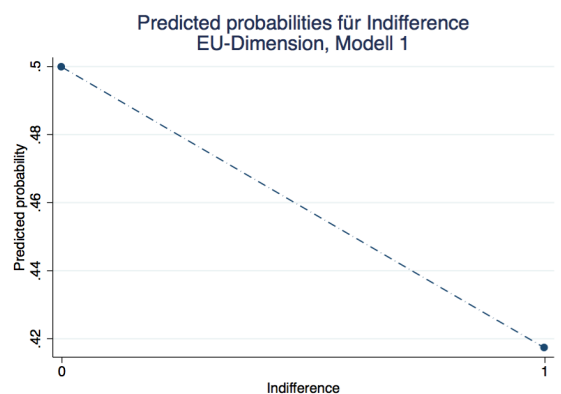


Abbildung20: PP für IN - Modell 1

Wie die Abbildungen 19 und 20 zeigen, ist nur ein sehr moderater Einfluss themenbasierten Faktoren auf die Wahlenthaltung zu sehen. Personen, die *alienated* sind, weisen eine um 5 Prozent geringere Wahrscheinlichkeit auf, zur Wahl zu gehen, als Personen, die nicht *alienated* sind. In derselben Größenordnung - wenngleich etwas stärker – ist der Effekt von *Indifference* (8 Prozent). Verglichen mit der L/R-Dimension sind beide Effektstärken deutlich geringer. Diese Ergebnisse decken sich mit früheren Studien, die zeigen, dass ein Großteil der Personen, die *alienated* bzw. *indifferent* sind, zur Wahl geht, obwohl dies entgegengesetzt zu den theoretischen Annahmen steht.

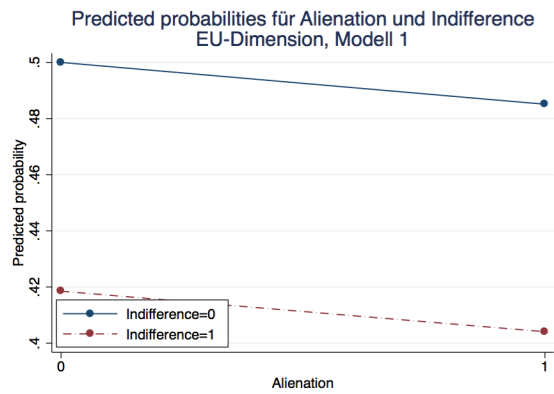


Abbildung21: PP für AL und IN - Modell 1

Wenn sowohl *Alienation* als auch *Indifference* variieren, zeigt sich, dass die Differenz zwischen Personen, die weder *Alienation* noch *Indifference* aufweisen, und Personen, für die beides zutrifft, knapp 10 Prozent ist, wodurch auch an dieser Stelle festgehalten werden kann, dass sowohl *Alienation* als auch *Indifference* denselben Wert annehmen müssen, um einen Einfluss auf das individuelle Verhalten zu besitzen. Jedoch ist eine geringere Aussagekraft als in der L/R-Dimension festzustellen.

5.4.2 Modell mit politischer Versiertheit (Modell2)

Wenn neben *themenbasierter Wahlenthaltung* auch die *politische Versiertheit*, sowie die Interaktionsterme zwischen *Alienation*, *Indifference* und *politische Versiertheit* berücksichtigt werden, ist zu erwarten, dass *Indifference* die individuelle Beteiligung an Wahlen verringert, während alle anderen Parameter keinen nennenswerten Einfluss haben sollten.

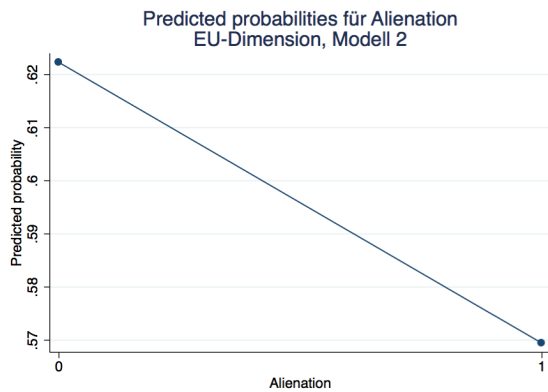


Abbildung22: PP für AL - Modell 2

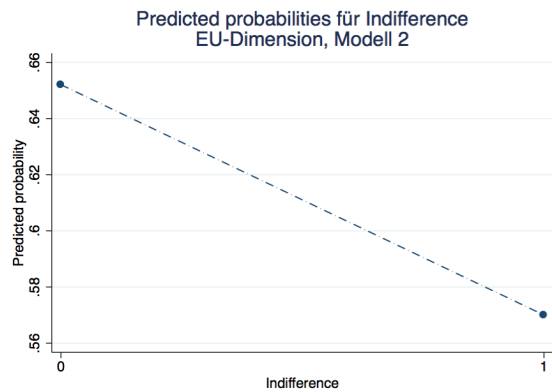


Abbildung23: PP für IN - Modell 2

Wie auch schon im vorhergehenden Modell zeigen die Abbildungen 22 bzw. 23, dass sich die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen nur geringfügig ändert, wenn *Alienation* bzw. *Indifference* zutreffen. Für *Alienation* sinkt die Wahrscheinlichkeit um ca. 5 Prozent, für *Indifference* um ca. 8 Prozent. Anhand der EU-Dimension kann daher bisher nicht gesagt werden, dass Personen ihr Verhalten anhand von *Policies* bzw. gemäß *Rational Choice* ausrichten.

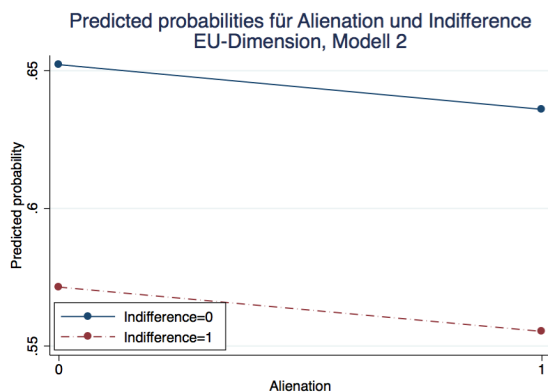


Abbildung24: PP für AL, IN - Modell 2

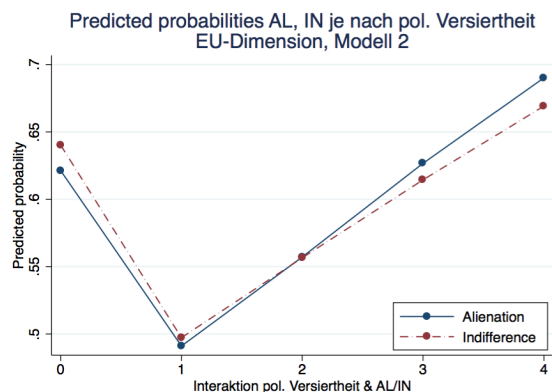


Abbildung25: PP für Interaktionsterme - Modell 2

Abbildung 24 zeigt die *predicted probabilities* unter Variation von *Alienation* und *Indifference*. Verglichen mit Modell 1 (Abbildung 19) sind keine Unterschiede zu erkennen, da auch hier eine Differenz von 10 Prozent zwischen Akteurinnen, für die *Alienation* und *Indifference* zutreffen, und Akteurinnen, bei denen dies nicht zutrifft, aufscheint. Da wir davon ausgehen können, dass nur eine bestimmte Personengruppe ihr Verhalten anhand von *themenbasierter Wahlenthaltung* ausrichtet, gilt es die *politische Versiertheit* zu

berücksichtigen. Hinsichtlich der Interaktionsterme (Abbildung 25) ergibt sich ein bemerkenswertes Muster: Wie in der L/R-Dimension ist auch hier klar ersichtlich, dass die *politische Versiertheit* einer Akteurin den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* moderiert. Die Differenz zwischen höchstem und geringstem Wert von Versiertheit beträgt für *Alienation* 20 Prozent und für *Indifference* 15 Prozent. Verglichen mit den Ergebnissen aus dem L/R-Modell (*Alienation* 19 Prozent, *Indifference* 13 Prozent) zeigt sich, dass die Effektstärke annähernd gleich ist. Besonders hervorzuheben ist, dass – wie anhand der Theorie zu erwarten ist – nur Akteurinnen mit einer sehr geringen *politischen Versiertheit* ihr Verhalten anhand von *themenbasierter Wahlenthaltung* ausrichten. Bei Akteurinnen mit höchster Versiertheit (Wert 4) zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen sogar höher ist, verglichen mit Personen, die nicht *alienated* bzw. *indifferent* (Wert 0) sind. Dies ist damit zu erklären, dass die letztgenannte Personengruppe zwar die Gemeinsamkeit aufweisen, dass sie weder *alienated* noch *indifferent* sind, jedoch in ihrer *politischen Versiertheit* variieren. Da diese Personen jedoch gemäß *Rational Choice* zur Wahl gehen sollten, macht es aus theoretischer Perspektive keinen Sinn, Personen die nicht als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden, in Untergruppen (je nach *politischer Versiertheit*) zu unterteilen.

Inhaltlich bedeutet dies, dass mit zunehmender *politischer Versiertheit* sämtliche – anhand der *Rational Choice* Theorie zu erwartenden – Effekte von *themenbasierter Wahlenthaltung* überlagert werden, womit das individuelle Wahlverhalten durch andere Parameter (siehe Argumentation in Kapitel 3) determiniert wird. Vergleichen wir nun die Personen, die *alienated/indifferent* sind und die geringste Versiertheit aufweisen (Wert 1), mit Akteurinnen, auf die dies nicht zutrifft (Wert 0), so zeigt sich eine Differenz von 13 Prozent (*Alienation*) respektive 14 Prozent (*Indifference*). Wir können daher auch in der EU-Dimension folgende Aussage tätigen: *Themenbasierte Wahlenthaltung* ist nur dann ein ausschlaggebender Faktor für das individuelle Wahlverhalten, wenn eine Akteurin eine geringe *politische Versiertheit* aufweist. Die zunehmende Versiertheit sorgt dafür, dass anstelle von *Policies* bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* andere Faktoren für die Determinierung des individuellen Verhaltens an Einfluss gewinnen.

5.4.3 Modell mit Kontrollvariablen (Modell3)

Wie auch schon in der L/R-Dimension soll abschließend geprüft werden, ob die Berücksichtigung der Kontrollvariablen die Effektstärken verändert. Angesichts der Ergebnisse der Regression ist dies nicht zu erwarten.

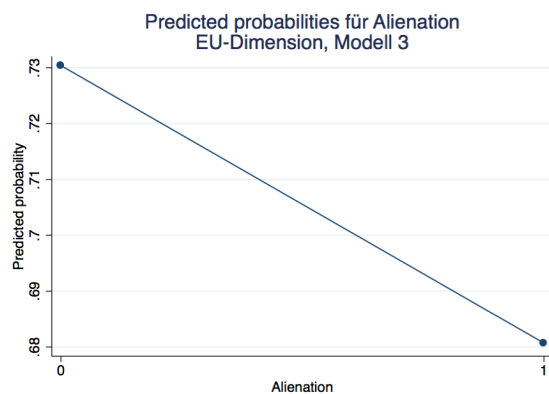


Abbildung26: PP für AL - Modell 3

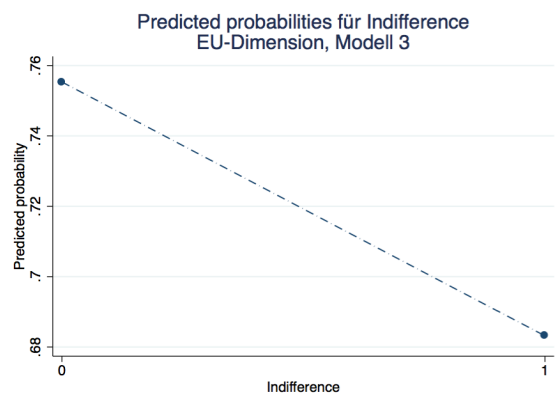


Abbildung27: PP für IN - Modell 3

Wie in allen bisherigen Modellen bezüglich der EU-Dimension weisen auch hier *Alienation* (Abbildung 26) und *Indifference* (Abbildung 27) nur einen geringen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung auf. Mit 5 Prozent (*Alienation*) bzw. 7 Prozent (*Indifference*) kann festgestellt werden, dass es kaum Differenzen zwischen Personen, die *alienated/indifferent* sind, und Personen, wo dies nicht zutrifft, gibt. Bezüglich der Effektstärke sind keine nennenswerten Unterschiede zu den vorhergehenden Modellen zu beobachten.

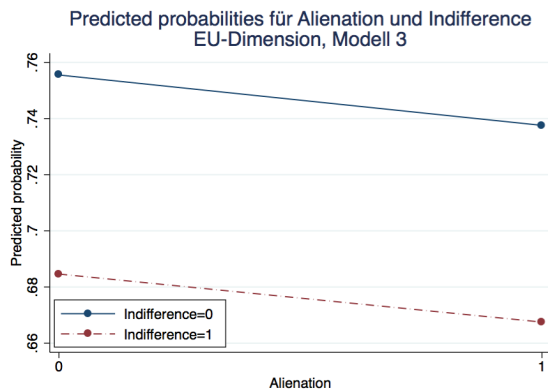


Abbildung 28: PP für AL, IN - Modell 3

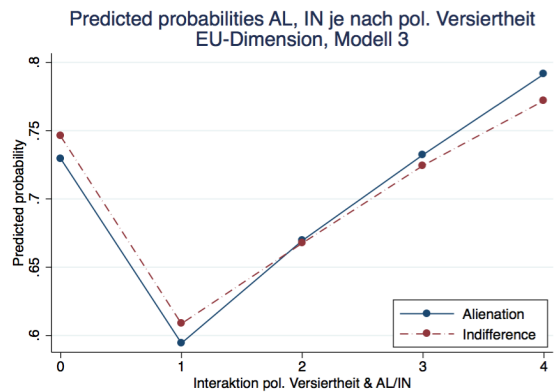


Abbildung 29: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Abbildung 28 beinhaltet die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten unter der Variation von *Alienation* und *Indifference*. Wie schon im Modell ohne Kontrollvariablen ergibt sich auch hier eine Differenz von knapp 10 Prozent zwischen Akteurinnen, die *alienated* und *indifferent* sind und Personen, die keine der beiden Merkmale aufweisen. Damit zeigt sich, dass die Einflüsse beider Variablen auf das individuelle Wahlverhalten in der EU-Dimension deutlich unter den aus der *Rational Choice* Theorie erwarteten Effekten liegt. Die Erklärung hierfür liefert die Berücksichtigung der *politischen Versiertheit*. In Bezug auf die Interaktionsterme (Abbildung 29) zeigt sich, dass je nach *politischer Versiertheit* die Wahrscheinlichkeit der individuellen Wahlbeteiligung deutlich variiert. Zwischen Personen mit geringster bzw. höchster Versiertheit ergeben sich Differenzen von 20 Prozent für *Alienation* und 17 Prozent für *Indifference*. Auch unter der Berücksichtigung von Kontrollvariablen zeigen sich hinsichtlich der Größe des Effekts, als auch dem Muster (bei hoher *politischer Versiertheit* sind *Alienation* und *Indifference* für die individuelle Akteurin irrelevant) keine nennenswerten Unterschiede zu Modell 2 (ohne Kontrollvariablen).

Zusammengefasst lässt sich für die EU-Dimension sagen, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* nur dann einen nennenswerten Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt, wenn die *politische Versiertheit* einer Akteurin berücksichtigt wird. Es zeigt sich, dass nur für einen kleinen Teilbereich der Bevölkerung *Policies* eine Rolle für die individuelle Wahlbeteiligung spielen. Bei ansteigender Versiertheit verlieren beide Parameter deutlich an Relevanz, wodurch die individuelle Wahlentscheidung von anderen Faktoren determiniert wird, was erklärt warum viele Personen zur Wahl gehen obwohl sie *alienated*

bzw. *indifferent* sind. Gleichzeitig muss angemerkt werden, dass die Aussagekraft dieser Modelle bis zu einem gewissen Grad geringer ist, verglichen mit der L/R-Dimension. Dies könnte einerseits durch die geringere Fallzahl, andererseits durch die *second-order* Annahmen - nach denen die EU-Dimension keinen bzw. nur marginalen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten besitzt – erklärt werden.

5.5 Validierung der Ergebnisse

Bevor die Ergebnisse über den Einfluss von *politischer Versiertheit* in eindimensionalen Modellen gezogen werden kann, ist es notwendig, die präsentierten Resultate zu validieren. Dieses Unterkapitel widmet sich daher der Robustheit der Modelle und gliedert sich in drei Teilbereiche: Zu Beginn wird überprüft, ob eine Variation des Schwellwerts für *Alienation* und *Indifference* um ± 1 zu veränderten Resultaten führt. Anschließend wird getestet, inwiefern die Überrepräsentation von Wählerinnen im Datensatz sich auf die Ergebnisse auswirkt. Abschließend erfolgt ein Test zwischen *fixed-* (FE) und *random-effects* (RE) Modellen um auszuschließen, dass anhand der Modellspezifikation die Ergebnisse beeinflusst werden.

Wie in Kapitel 4.4 dargestellt wurde, führt die Verwendung von dichotomen Koeffizienten für *Alienation* und *Indifference* (0 bedeutet *Alienation* bzw. *Indifference* trifft nicht zu, 1 bedeutet *Alienation* bzw. *Indifference* trifft zu) zu Problemen, da es aus theoretischer Sicht nicht eindeutig ist, wo der Schwellwert gesetzt werden soll, ab der eine Akteurin als *indifferent* bzw. *alienated* zu klassifizieren ist. Um die Robustheit der Ergebnisse zu überprüfen, werden die Schwellwerte um ± 1 verändert. Eine Erhöhung um eins würde einer konservativeren Operationalisierungsstrategie entsprechen, dessen Resultat zu einer geringeren Anzahl an Akteurinnen, die als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden, führt. Eine Senkung der Schwellwerte hingegen hätte den gegenteiligen Effekt zur Folge und würde zu einer Erhöhung der Fallzahlen von *Alienation* und *Indifference* beitragen. In beiden Fällen könnte dies zu veränderten Effektstärken führen. Eine Veränderung der Schwellwerte kann sich auch auf die Effektstärke der Interaktionsterme auswirken. Für jede untersuchte *Policy* Dimension wurden drei Modelle berechnet, womit je Dimension 10 Variablen (in Summe daher 20) durch die Variation der Schwellwerte beeinflusst werden können⁷². Die Veränderung der Schwellwerte zeigt, dass sich in 19 von 20 Fällen sowohl die Größenordnung der Effekte, als auch die Signifikanzniveaus nur marginal von den ursprünglich angenommenen Werten von *Alienation* und *Indifference* unterscheiden. Einzig in Modell 3 der EU-Dimension ist *Alienation* signifikant unter der Bedingung, dass der Schwellwert um eins gesenkt wird. Da jedoch auch bei einem niedrigeren Schwellwert in den Modellen 1 und 2 keine Signifikanz von

⁷² 3x Alienation und Indifference sowie je 2x Interaktionsterme für Alienation, Indifference und politischer Versiertheit

Alienation festzustellen ist, kann dieses Ergebnis als Ausreißer klassifiziert werden, der aus verschiedensten Gründen (Set von verwendeten Variablen, statistische Modellauswahl, zufälliger Fehler, ...) zu einem signifikanten Resultat führt. Hinsichtlich des Schwellwerts kann daher gezeigt werden, dass die präsentierten Ergebnisse robust sind.

Wie in Kapitel 4 besprochen, ergeben sich Differenzen zwischen dem in *Surveys* angegebenen Wahlverhalten und der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Aus unterschiedlichsten Gründen ist zu beobachten, dass in Umfragen Nichtwählerinnen unterrepräsentiert sind. Für diese Arbeit ist jedoch (siehe Kapitel 4.3) besonders relevant, ob zwischen den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Muster zu erkennen sind. Um dies festzustellen, wird die Differenz zwischen beobachteter und tatsächlicher Wahlbeteiligung berechnet. Die mittlere Differenz beträgt 24 Prozent mit einer Standardabweichung von 8,95 und einem Variationskoeffizient von 0,36. Eine detailliertere Betrachtung zeigt, dass die Differenzen in 24 der 27 Mitgliedsstaaten annähernd gleich sind. Allerdings ist zu beobachten, dass in Belgien und Luxemburg (je 3 Prozent Differenz) und Malta (10 Prozent Differenz) die Unterschiede zwischen angegebenen Wahlverhalten und der tatsächlichen Wahlbeteiligung deutlich geringer sind. Werden diese drei Fälle aus der Analyse entfernt, reduziert sich die Standardabweichung auf 4,67 (dies entspricht einer Reduktion um 52 Prozent) und der Variationskoeffizient auf 0,17 (annähernde Halbierung des Werts). Dies führt zu folgenden Fragen: Aus welchen Gründen unterscheiden sich die genannten Staaten von den 24 anderen? Welche Auswirkungen auf die Ergebnisse hätte die Exklusion von *Malta*, *Luxemburg* und *Belgien*?

Hinsichtlich der ersten Frage kann gesagt werden, dass *Belgien* besonders strikte Gesetze zur Wahlpflicht besitzt, in *Luxemburg* EP- und nationale Wahlen bisher immer am gleichen Tag stattfanden und *Malta* verglichen mit anderen Staaten grundsätzlich eine hohe Wahlbeteiligung aufweist. Wie wir aus früheren Studien (u.a. Franklin 2004, Blais 2006 oder Geys 2006) wissen, erhöhen Gesetze zur Wahlpflicht („*compulsory voting*“) die Beteiligung an Wahlen. Jedoch gibt es in Staaten mit Wahlpflicht eine unterschiedliche Implementation, was dazu führt, dass der Effekt dieser Gesetze auf die Wahlbeteiligung variiert. Wie von Blais et al. (2003) gezeigt wurde, erhöht sich die Wahlbeteiligung nur dann signifikant, wenn es (monetäre) Sanktionen für Nichtwählerinnen gibt. Franklin (2004) zeigt, dass *Belgien* ein solcher Fall ist, womit die geringe Differenz zwischen angegebenen Wahlverhalten und der

tatsächlichen Wahlbeteiligung erklärt werden kann. *Luxemburg* ist insofern von Interesse, da die nationalen Parlamentswahlen seit der ersten direkten EP-Wahl 1979 immer am gleichen Tag stattfanden⁷³. Dies hat Konsequenzen für das Wahlverhalten, da einige Studien davon ausgehen, dass eine Zusammenfassung von Wahlen mehrerer Ebenen an einem Tag die Wahlbeteiligung ansteigen lässt (Geys 2006). Tatsächlich zeigt sich, dass in Luxemburg kaum Differenzen in der Wahlbeteiligung zwischen den beiden Ebenen bestehen, wodurch sich auch die geringe Differenz von 3 Prozent erklären lässt. In Bezug auf *Malta* ist zu erwähnen, dass viele länderübergreifende Studien, die sich mit der Wahlbeteiligung beschäftigen (u.a. Powell 1986 oder Flickinger/Studlar 1992), das Land exkludieren, da die Wahlbeteiligung beträchtlich höher ist im internationalen Vergleich. Dies bedeutet also, dass Malta hinsichtlich der Wahlbeteiligung als Ausreißer zu klassifizieren ist. Hirczy (1995) untersucht in einer Einzelfallstudie, aus welchen Gründen in Malta eine annähernd universelle Wahlbeteiligung zu beobachten ist. Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass eine geringe Anzahl an Wählerinnen in jedem Wahlkreis, ein intensiver Parteienwettbewerb in einem de facto Zweiparteiensystem, sowie eine besonders starke Parteiidentifikation in der Bevölkerung die hohen Beteiligungsraten erklären.

Doch was bedeutet dies nun für die Ergebnisse? Die entsprechenden Regressionen (ohne *Malta*, *Luxemburg* und *Belgien*) sind in Appendix C dargestellt und zeigen hinsichtlich der Effektstärke, der Standardabweichungen, der Richtung des Zusammenhangs, aber auch der Signifikanz der Koeffizienten keine bzw. nur marginale Differenzen zu den in diesem Kapitel präsentierten Werten. Auch bezüglich der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten zeigen sich nur minimale Unterschiede. Um dies zu verdeutlichen werden an dieser Stelle die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von zwei Variablen (je *Policy Dimension* eine Variable) aus den Modellen 3 gezeigt. Abbildung 30 beinhaltet die *predicted probabilities* für die Variation von *Alienation* und *Indifference* von Modell 3 in der EU-Dimension, während Abbildung 31 sich mit den Wahrscheinlichkeiten anhand der Interaktionsterme in der L/R-Dimension beschäftigt.

⁷³ Detailliertere Informationen hierzu liefern Reif/Schmitt (1980), Schmitt (2005).

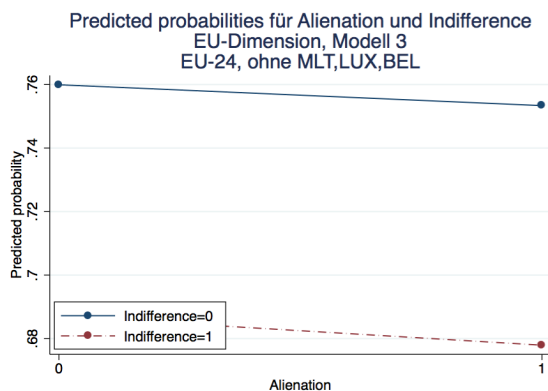


Abbildung30: PP für AL, IN - Modell 3

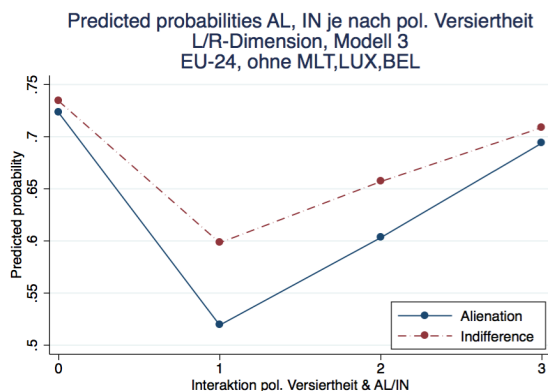


Abbildung31: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Wenn sowohl *Alienation* als auch *Indifference* variieren (Abbildung 30), ergibt sich zwischen Personen, die weder *alienated* noch *indifferent* sind, und Personen, für die beides zutrifft, in der EU-Dimension eine Differenz von 9 Prozent. Zum Vergleich: Unter der Berücksichtigung aller Mitgliedsstaaten liegt dieser Unterschied bei 10 Prozent. Abbildung 31 zeigt die Differenzen zwischen höchster und geringster *politischer Versiertheit* hinsichtlich der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten. Diese Differenz beträgt bei *Alienation* 18 Prozent⁷⁴ (19 Prozent im Modell mit allen Mitgliedsstaaten) und bei *Indifference* 11 Prozent (ebenso 11 Prozent im Modell mit allen Mitgliedsstaaten). Diese Ergebnisse zeigen, dass die Exklusion der drei Länder zu keinen inhaltlichen Veränderungen führt.

Der letzte Teil der Validierung beschäftigt sich mit den Modellspezifikationen der Regressionsmodelle. Wie in Kapitel 4 dargestellt wurde zeigt sich, dass für die Analyse sowohl *fixed-effects* (FE) als auch *random-effects* (RE) Modelle verwendet werden können. Eine Missspezifikation des Modells (sprich falsche Annahmen bezüglich der Auswahl von FE- bzw. RE-Modellen) kann zu Problematiken führen. Wenn RE-Modelle verwendet werden, obwohl FE-Modelle angezeigt sind, ergeben sich Probleme hinsichtlich der Konsistenz der Schätzer. Wenn FE-Modelle gerechnet werden, obwohl RE-Modelle geeigneter sind, so kann dies die Effizienz der Schätzer beeinträchtigen. Um Missspezifikationen zu überprüfen wird

⁷⁴ Lesebeispiel: eine Akteurin mit höchster politischer Versiertheit weist eine um 18 Prozent erhöhte Wahrscheinlichkeit auf an der Wahl teilzunehmen, als eine Akteurin mit geringster Versiertheit, wobei beide Akteurinnen alienated sind.

ein Hausman-Test berechnet⁷⁵. Unter Annahme der Nullhypothese gilt, dass sowohl RE- als auch FE-Modelle konsistente Schätzer besitzen, RE-Modelle jedoch effizientere Parameter besitzen. Wird die Nullhypothese verworfen (p-Wert kleiner 0.05), so liefern FE-Modelle konsistente Schätzer, RE-Modelle hingegen nicht (die Schätzer sind dementsprechend inkonsistent). Die berechnete Testgröße folgt einer Verteilung mit n -Freiheitsgraden, wobei n der Anzahl der unabhängigen Variablen des Modells entspricht.

Tabelle 6: Ergebnisse des Hausman-Tests

	L/R-Dimension Modell 2	L/R-Dimension Modell 3	EU-Dimension Modell 2	EU-Dimension Modell 3
Testgröße	0.53	10.52	7.90	12.02
p-Wert	0.99	0.31	0.16	0.21

Es wurden für die Modelle 2 und 3 beider Dimensionen ein Hausman-Test durchgeführt, um zu überprüfen, ob aus statistischer Perspektive *fixed-effects* oder *random-effects* Modelle zu bevorzugen sind. Die Ergebnisse dieser Tests sind in Tabelle 6 dargestellt, und zeigen, dass für alle gerechneten Modelle hinsichtlich der Effizienz der zu schätzenden Parameter ein RE-Modell bevorzugt werden sollte. Es sei jedoch nochmals darauf verwiesen, dass unter der Nullhypothese sowohl RE- als auch FE-Modelle konsistente Schätzer liefern und sich die Modelle nur hinsichtlich der Effizienz unterscheiden.

Nachdem festgestellt wurde, dass ein *random-effects* Modell zu effizienteren Schätzergebnissen hinsichtlich der Koeffizienten führt und daher verwendet werden sollte, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen dies auf das Ergebnis hat. Hinsichtlich der Effektstärken bzw. den Signifikanzniveaus der Regressionsparameter kann in keinem der Regressionsmodelle von nennenswerten Veränderungen gesprochen werden. Dies ist insofern von Interesse, da ein RE-Modell effizientere – und damit präzisere – Schätzer aufweisen sollte als ein FE-Modell (siehe Bortz 2005 bzw. Skrondal et al. 2005). In Bezug auf die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten werden an dieser Stelle für Modell 3 (Regressionsmodell mit Kontrollvariablen) die Grafiken für *Alienation* und *Indifference* sowie der Interaktionsterme für beide

⁷⁵ An dieser Stelle sei nur darauf eingegangen welche Folgen ein Verwerfen bzw. Annehmen der Nullhypothese auf die Modellauswahl hat. Für eine detaillierte Beschreibung des Hausman-Tests siehe Skrondal et al. (2005) bzw. Hausman (1978).

Dimensionen dargestellt. Diese Auswahl wird dadurch begründet, dass Modell 3 durch die Inklusion der Kontrollvariablen die Robustheit erhöht⁷⁶.

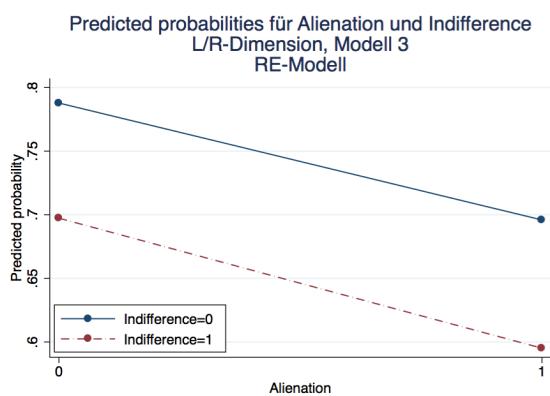


Abbildung 32: PP für AL, IN - Modell 3

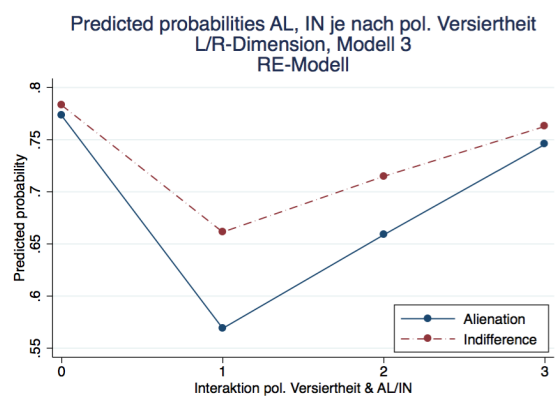


Abbildung 33: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Die Abbildungen 32 und 33 zeigen die entsprechenden prognostizierten Wahrscheinlichkeiten für die L/R-Dimension. Die Differenz zwischen Personen, für die weder *Alienation* noch *Indifference* zutrifft – gegenüber Personen die sowohl *alienated* als auch *indifferent* sind – beträgt im RE-Modell ca. 20 Prozent. Verglichen mit den Ergebnissen des FE-Modells (21 Prozent), ist nur ein marginaler Unterschied von einem Prozent zu erkennen, die inhaltliche Interpretation bleibt somit konsistent. Für die Interaktionsterme ergibt sich ein ähnliches Bild: Die Differenzen zwischen Personen mit geringer (Wert 1) bzw. hoher (Wert 3) *politischer Versiertheit* sind für *Alienation* 18 Prozent (FE-Modell 19 Prozent) und *Indifference* 10 Prozent (FE-Modell 11 Prozent). Diese Ergebnisse zeigen, dass sich in der L/R-Dimension auch hinsichtlich der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten nur marginale Differenzen zwischen RE- und FE-Modellen ergeben die keinen Einfluss auf die inhaltliche Substanz der Interpretation zulassen, obwohl seitens des Hausman-Tests davon ausgegangen werden sollte, dass FE-Modelle zu deutlich schlechteren Ergebnissen führen sollte.

⁷⁶ Appendix C beinhaltet die tabellarische Darstellung der predicted Probabilities für die Modelle 3 unter Berücksichtigung dass der Mitgliedsstaat einem random-effect (RE) entspricht.

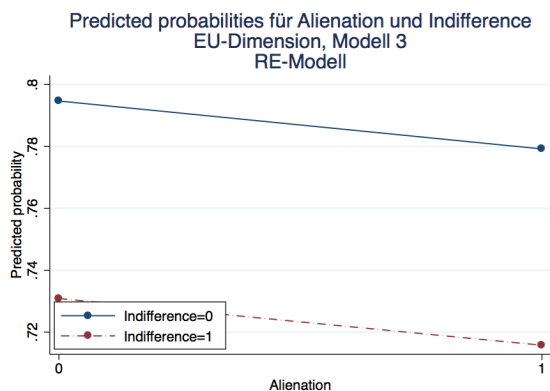


Abbildung34: PP für AL, IN - Modell 3

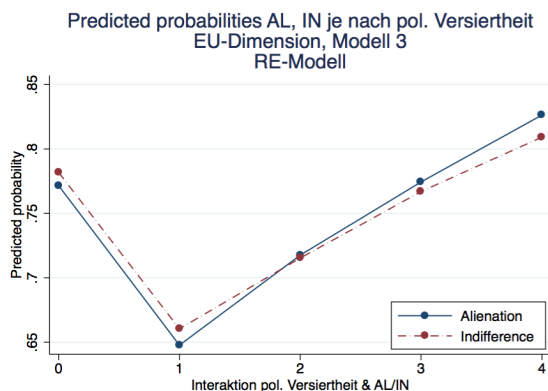


Abbildung35: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Für die Modelle der EU-Dimension zeigen die Abbildungen 34 und 35 die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten für die Variation von *Alienation* und *Indifference* bzw. den Interaktionstermen. Auch in dieser Dimension sind nur marginale Differenzen betreffend der *predicted probabilities* zwischen RE- und FE-Modellen zu beobachten. Die Differenz zwischen Akteurinnen, auf die *Alienation* und *Indifference* zutreffen, und Akteurinnen, die weder *alienated* noch *indifferent* sind, beträgt im RE-Modell knapp 9 Prozent (Vergleich: FE-Modell ca. 10 Prozent). Ähnlich geringe Unterschiede weisen die Interaktionsterme auf. Zwischen Personen mit geringster und höchster Versiertheit ergeben sich im RE-Modell eine Differenz von 18 Prozent für *Alienation* (FE-Modell 20 Prozent) und 15 Prozent für *Indifference* (FE-Modell 17 Prozent). Damit zeigt sich, dass zwar auch in der EU-Dimension Differenzen zwischen FE- und RE-Modellen vorhanden sind, diese jedoch zu keinen substantziellen Veränderungen hinsichtlich der Interpretation führen.

Diese Ergebnisse führen zu der paradoxen Situation, dass aus statistischer Perspektive anhand des Hausman-Tests ein RE-Modell empfohlen wird, obwohl sich die Ergebnisse nicht bzw. nur marginal unterscheiden. In dieser Arbeit (siehe Kapitel 4) wurde argumentiert, dass ein FE-Modell verwendet wird, da alle unabhängigen Variablen auf individueller Ebene variieren jedoch nicht zwischen den Staaten. Ebenso werden anhand dieser Modellauswahl alle nicht erklärten Parameter (wie z.B. Wahlpflicht) berücksichtigt⁷⁷. Damit ergibt sich aus theoretischer Perspektive, dass der Mitgliedsstaat nicht als zufälliger Parameter gesehen werden kann. Eine ähnliche Argumentation führt Skrondal et al. (2005), indem er darauf verweist, dass – ungeachtet des Ergebnisses eines Hausman-Tests – ein RE-Modell nur dann verwendet

⁷⁷ Da der Mitgliedsstaat in dem eine Akteurin wohnt als fixer Effekt moderiert wird.

werden sollte, wenn auch erklärende Variablen inkludiert werden, die nur zwischen Clustern (in unserem Fall Mitgliedsstaaten) jedoch nicht zwischen Individuen variieren. Da dies in den berechneten Modellen nicht der Fall ist wird auch in den kommenden Kapiteln mit FE-Modellen gerechnet. Abschließend sei angemerkt, dass die geringen Unterschiede zwischen FE- und RE-Modellen auch in anderen Studien, die hierarchische logistische Regressionsmodelle im Kontext des individuellen Verhaltens in EP-Wahlen anwendeten, zu beobachten war (siehe Kapitel 4.2 bzw. Hobolt et al. 2011, Franklin/Hobolt 2011).

6. Der empirische Einfluss von politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten auf themenbasierte Wahlenthaltung

6.1 Einleitung

Wie im theoretischen Modell argumentiert wurde, muss für die Erklärung des individuellen Verhaltens neben einem Set von Regeln (z.B. *Alienation* und *Indifference*), nach denen die Entscheidungsfindung abläuft, auch das entsprechende Umfeld, in dem diese umgesetzt werden, berücksichtigt werden. Demzufolge können *politische Versiertheit* sowie *politische und informationsgewinnende Aktivitäten*⁷⁸ als „individuelle Ressourcen“ begriffen werden, die für die Analyse des individuellen Verhaltens inkludiert werden müssen. Während Kapitel 5 gezeigt hat, dass je nach *politischer Versiertheit* der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf das Wahlverhalten variiert (sprich: nur ein Bruchteil der Akteurinnen verhält sich gemäß den Erwartungen der *Rational Choice* Theorie verhält), soll in diesem Kapitel der Einfluss von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* auf Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* untersucht werden. Ausgangspunkt für diese Debatte ist die – beinahe triviale – Feststellung, dass für die Bildung von Präferenzen bzw. sich daraus ableitenden Handlungsalternativen, Informationen benötigt werden.

Hierbei zeigt sich, dass die theoretische Debatte oftmals den Zusammenhang zwischen Informationen (deren Summe auch als Wissensstand definiert wird) und den kognitiven Kapazitäten von Akteurinnen nicht berücksichtigt. Dementsprechend ist es schwierig, den Einfluss von Informationen auf das individuelle Verhalten isoliert zu betrachten. Jedoch zeigt Kapitel 3, dass wir in diesem Kontext zwei elementare Prozesse beobachten können: die Wiedergabe bzw. Verwendung von Informationen als Grundlage für das individuelle Verhalten (siehe *politische Versiertheit*, in Kapitel 5 empirisch behandelt) als auch deren Aufnahme. So zeigten u.a. Krosnick et al. (2002), Biek/Rhodes (1993) oder Holbrook/Krosnick (2008) dass *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* dazu verwendet werden, um Informationen zu erlangen und somit die Basis für individuelles

⁷⁸ Sofern in diesem und den folgenden Kapiteln der Begriff *Aktivitäten* verwendet wird, bezieht sich dies auf die in Kapitel 3 gegebene Definition von politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten.

Verhalten (z.B. ermöglichen diese Aktivitäten einer Akteurin einer Partei eine *Policy-Position* zuzuordnen) legen.

In dieser Arbeit wird argumentiert, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* je nach vorhandener Anzahl an Aktivitäten einen unterschiedlichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzt. Dies bedeutet, dass auch in diesem Fall nur unter bestimmten Bedingungen das von *Rational Choice* postulierte „rationale“ Verhalten vorausgesetzt werden kann. Hierbei sollen insgesamt 3 Hypothesen getestet werden: *Hypothese 1-1* besagt, dass für Akteurinnen mit der geringsten (bzw. einer minimalen) Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Wahlbeteiligung am geringsten ist. Zentral für diese Hypothese sind sogenannte „*information shortcuts*“. Diese erlauben es einer Person Präferenzen zu bilden, ohne ein vollständiges Informationsniveau zu besitzen. Wie jedoch (u.a. von Toká 2004 oder Palfrey/Poole 1987) angemerkt wurde, ist hierzu ein gewisses Maß an informationsgewinnenden Aktivitäten notwendig, um *information shortcuts* überhaupt nutzen zu können. Es ist daher davon auszugehen, dass Personen mit einer minimalen Aktivität nicht die notwendigen Informationen erlangen, um Präferenzen zu bilden. Sind diese Personen in der Lage Präferenzen zu bilden, so ist – mangels Informationen – zu erwarten, dass diese Positionierungen eher zufällig sind und Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* keinen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzen. *Hypothese 1-2* besagt, dass eine sehr hohe Anzahl an Aktivitäten u.a. mit überdurchschnittlich hohem Interesse an Politik verknüpft ist, womit in den meisten Fällen diese Personen auch eine starke Parteiidentifikation aufweisen (siehe Wells 2009). Dies hat zur Folge, dass sich Akteurinnen mit hohem bzw. höchstem Grad an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* sich nicht im Sinne von *Rational Choice* verhalten, da die Entscheidung, ob an einer Wahl partizipiert wird, u.a. durch die Parteiidentifikation determiniert wird. Als Konsequenz ist *themenbasierte Wahlenthaltung* in dieser Personengruppe nur von geringer Relevanz. Anhand dieser Argumentation ist zu erwarten, dass Personen, die den genannten Gruppen (geringste bzw. höchste Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*) nicht angehören, also einen mittlere bzw. geringe Aktivität aufweisen, den höchsten Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) aufweisen (*Hypothese 1-3*), da sie auf Basis der Aktivitäten genügend Informationen besitzen, um *information shortcuts* nützen zu können, womit die Voraussetzungen für rationales Verhalten – zumindest theoretisch – gegeben sind.

Dieses Kapitel ist wie folgt aufgebaut: Zu Beginn erfolgt eine kurze deskriptive Darstellung der in diesem Kapitel verwendeten Variablen samt Darstellung der Interaktionsterme. Anschließend werden die Regressionsmodelle in der L/R-Dimension berechnet und die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten dargestellt. Da sich die Ergebnisse – zumindest in Ansätzen – deutlich von den theoretischen Annahmen unterscheiden, wird im Anschluss debattiert, aus welchen Gründen sich diese Differenzen ergeben und inwiefern sich *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* als geeignet erweisen, um Aussagen über den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* zu treffen.

6.2 Deskriptive Statistik

Bevor auf die Regressionsmodelle eingegangen wird, veranschaulicht Tabelle 7 die gängigsten Lage- und Streuparameter (mw = Mittelwert, sd = Standardabweichung, n = Fallzahl) in Bezug auf den Wissensstand sowie der Interaktionsterme. Hierbei sei angemerkt, dass die deskriptiven Statistiken für *Alienation*, *Indifference*, die individuelle Wahlbeteiligung, sowie die verwendeten Kontrollvariablen in Kapitel 5.2 besprochen wurden.

Tabelle 7: Deskriptive Statistik – politische- und informationsgewinnende Aktivitäten

Variable	mw	sd	n
Aktivität	2,38	1,23	26670
Interaktion Alienation- Aktivität (L/R)	0,63	1,41	21112
Interaktion Indifference- Aktivität (L/R)	0,04	0,37	21112
Interaktion Alienation- Aktivität (EU)	1,36	1,84	19389
Interaktion Indifference- Aktivität (EU)	0,14	0,70	19389

Die Lage- und Streuparameter der Variable Aktivität (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten*) gibt an, an wie vielen Aktivitäten eine Person durchschnittlich teilgenommen hat. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung im Durchschnitt die Hälfte aller abgefragten informationsgewinnenden Aktivitäten durchführt, wobei die Standardabweichung beträchtlich ist. Für die Interpretation der Interaktionsterme ist es notwendig, auf den Aufbau dieser

Variablen hinzuweisen: Hierbei wurden die jeweils binären Variablen für *Alienation* und *Indifference* (0 = nicht *alienated/indifferent*, 1 = *alienated/indifferent*) mit der Variable Aktivität (Maximalwert = 6) multipliziert. Dementsprechend sind Personen, die mit 0 klassifiziert werden, als nicht *alienated* (respektive *indifferent*) zu werten. Für Akteurinnen, die einen Wert von 1-6 annehmen, trifft *Alienation/Indifference* zu, wobei der entsprechende Wert der Anzahl an durchgeführten Aktivitäten entspricht⁷⁹. Bedingt durch unterschiedliche Häufigkeiten von *Alienation* und *Indifference* in beiden Dimensionen ist es nicht möglich, die Kennzahlen der Interaktionsterme zu vergleichen. Anhand der Fallzahlen lässt sich jedoch zeigen, dass – wie schon bei den Interaktionstermen aus Kapitel 5 auf der EU-Dimension für eine signifikant höhere Anzahl an Akteurinnen keine Werte für den Interaktionsterm gebildet werden können. Dies erklärt sich dadurch, dass eine geringere Anzahl an Personen sowohl eine eigene Position, als auch die Positionen der Parteien aus individueller Perspektive angeben konnten.

6.3 Themenbasierte Wahlethaltung und politische- und informationsgewinnende Aktivitäten in der L/R-Dimension

In diesem Unterkapitel wird überprüft, ob anhand L/R-Dimension das individuelle Verhalten mittels Faktoren *themenbasierter Wahlethaltung (Alienation, Indifference)* sowie der Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* erklärt werden kann. Tabelle 8 zeigt die berechneten Regressionsmodelle samt Koeffizienten der Modelle 2 und 3. Modell 1 (nur *Alienation* und *Indifference*), das als „Basismodell“ für die Interpretation der darauf aufbauenden Modelle beruht, wurde in Kapitel 5.3 besprochen und wird deshalb an dieser Stelle nicht nochmals erwähnt.

⁷⁹ Lesebeispiel: Eine Person mit dem Wert 1 ist also *alienated/indifferent* und besitzt die geringste Anzahl an durchgeführten Aktivitäten, während eine Person mit dem Wert 6 ebenso *alienated/indifferent* ist, jedoch Anzahl an Aktivitäten aufweist.

Tabelle 8: Regressionsmodelle L/R-Dimension

EQUATION	VARIABLES	(2) Aktivität	(3) Control	
Voted	Alienation (AL)	-0.21 (0.232)	-0.18 (0.255)	
	Indifference (IN)	-0.23*** (0.076)	-0.18** (0.080)	
	Aktivität (AK)	0.18*** (0.010)	0.17*** (0.010)	
	Interaktion IN-AK	0.01 (0.022)	0.01 (0.024)	
	Interaktion AL-AK	-0.00 (0.069)	-0.01 (0.075)	
	Regierungszufriedenheit		0.13*** (0.037)	
	Soziale Zugehörigkeit		0.05*** (0.018)	
	Sex		0.03 (0.034)	
	First		-0.41*** (0.066)	
	Observations		22,043	19,904
	Number of country		27	27
	Log-likelihood		-10964	-9783
	Prob > chi2		0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Zur Erinnerung sei nochmals auf die Argumentationslogik verwiesen: Modell 1 testet nur *Alienation* (AL) und *Indifference* (IN). Ziel ist es, festzustellen, ob diese beiden Parameter eine grundsätzliche Erklärungsgewalt besitzen. Modell 2 („Aktivität“) inkludiert *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* sowie die Interaktionsterme zwischen den Aktivitäten und *Alienation* bzw. *Indifference*. Abschließend fügt Modell 3 (*Control*) die verwendeten Kontrollvariablen hinzu, die alternative Erklärungsansätze für die Beteiligung bzw. das Fernbleiben von Wahlen liefern.

Allgemein lässt sich zeigen, dass die berechneten Modelle eine signifikante Erklärungsgewalt besitzen (p-Wert aller Modelle kleiner 0.05). Verglichen mit den Resultaten von Kapitel 5.3 zeigt sich, dass die Inklusion von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* sowie

den dazugehörigen Interaktionstermen dazu führen, dass *Alienation* keinen Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzt. *Indifference* besitzt in allen getesteten Modellen einen negativen Einfluss und ist hochsignifikant. Die Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* haben einen positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung, womit die Ergebnisse aus früheren Studien (u.a. Palfrey/Poole 1987 oder Tóka 2002, 2004) verifiziert werden können. Wie auch schon im ersten empirischen Kapitel gilt für die Interpretation der Interaktionsterme, dass der Einfluss auf das individuelle Verhalten erst mittels *predicted probabilities* gezeigt werden kann, da von einem nicht-linearen Zusammenhang ausgegangen werden kann. In Bezug auf die Kontrollvariablen (drei der vier Variablen weisen einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung auf) gibt es keine Unterschiede zu den berechneten Modellen in Kapitel 5.

Zusammengefasst lassen sich die Regressionsmodelle wie folgt interpretieren: *Indifference* besitzt in allen Modellen einen signifikanten negativen Einfluss auf die Beteiligung an Wahlen, während *Alienation* nur in Modell 1 (ohne Aktivitäten) eine relevante Einflussgröße darstellt. Die Interaktionsterme sind nicht signifikant, was durch die nichtlineare Struktur erklärt werden kann. Alle verwendeten Variablen (inklusive der Kontrollvariablen) weisen die erwartete Richtung des Einflusses auf. Da jedoch die Koeffizienten nur eine geringe Aussagekraft besitzen, werden in den nun folgenden Unterkapiteln die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der zentralen Parameter dargestellt.

6.3.1 Predicted probabilities – Modell mit Aktivitäten (Modell2)

Zu Beginn werden die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Alienation*, *Indifference* sowie der Interaktionsterme aus Modell 2 dargestellt. Anhand der Regressionskoeffizienten ist zu erwarten, dass *Indifference* einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzt, während bei *Alienation* nur marginale Änderungen der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten beobachtbar sein sollten. Für die Interaktionsterme ist zu erwarten, dass Akteurinnen mit besonders niedrigem bzw. einer hohen Anzahl an Aktivitäten ihre Entscheidung nicht anhand von *themenbasierter Wahlenthaltung* ausrichten.

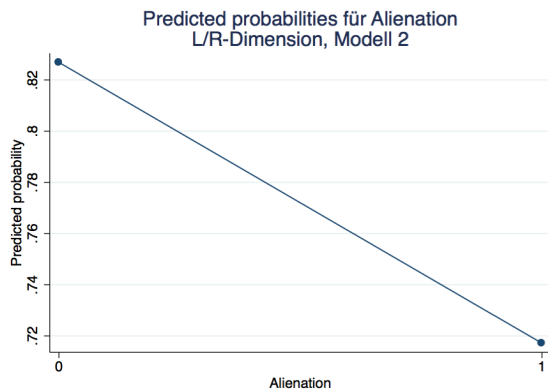


Abbildung36: PP für AL - Modell 2

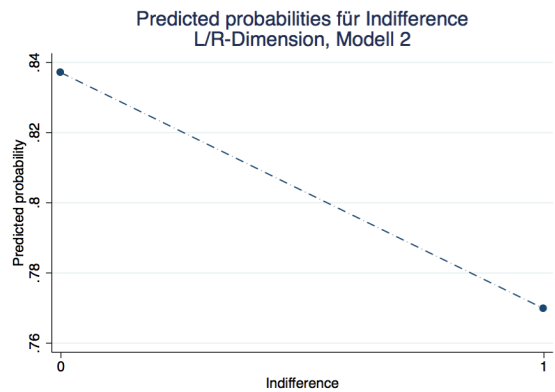


Abbildung37: PP für IN - Modell 2

Abbildungen 36 und 37 zeigen die *predicted probabilities* für den Einfluss von *Alienation* bzw. *Indifference* auf die individuelle Wahlteilnahme unter Fixierung aller anderen Parameter. Während die Ergebnisse der Regressionsanalyse auf einen marginalen Einfluss von *Alienation* verglichen mit *Indifference* schließen lassen, zeigen die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten ein anderes Bild. (Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen sinkt bei *Alienation* um 11 Prozent, bei *Indifference* um knapp 7 Prozent). Der Vergleich mit den Ergebnissen aus Kapitel 5 zeigt, dass sowohl *Alienation* als auch *Indifference* in der L/R-Dimension einen deutlich geringeren Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzen, wenn statt der *politischen Versiertheit* die Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* einer Akteurin berücksichtigt werden. Inhaltlich bedeutet dies, dass sich Personen nur in den seltensten Fällen so verhalten, wie dies anhand von *Rational Choice* Konzepten prognostiziert wird. Dies ist insofern zu erwarten gewesen, da im theoretischen Konzept dieser Arbeit davon ausgegangen wird, dass „rationales Verhalten“ im Sinne von *Rational Choice* nur dann möglich ist, wenn die individuellen Ressourcen einer Akteurin die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.

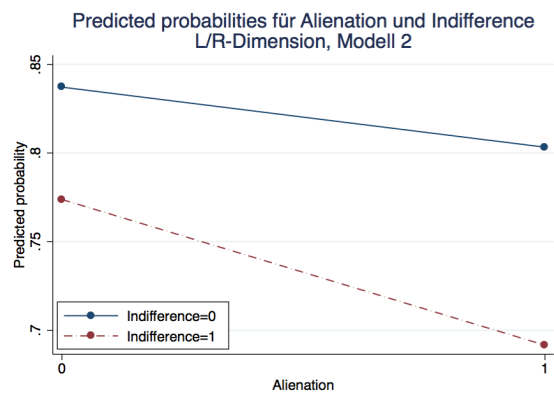


Abbildung38: PP für AL, IN - Modell 2

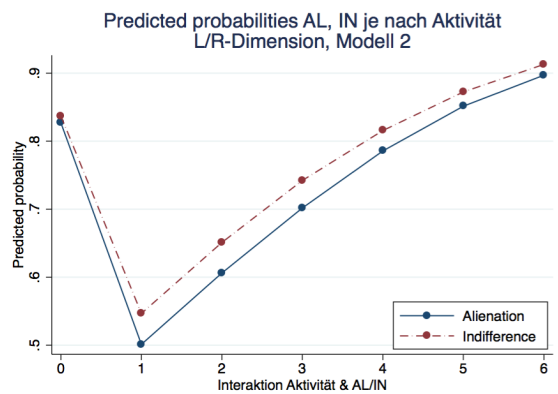


Abbildung39: PP für Interaktionsterme - Modell 2

Die Variation von *Alienation* und *Indifference* unter Fixierung aller anderen Parameter (Abbildung 38) ergibt ein ähnliches Muster: Die höchste Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen besitzen Personen, auf die weder *Alienation* noch *Indifference* zutrifft, während Akteurinnen, die sowohl *alienated* als auch *indifferent* sind, am seltensten zur Wahl gehen. Die Differenz zwischen diesen Personengruppen ist mit 14 Prozent jedoch geringer als in den Modellen der *politischen Versiertheit*. Ebenso zeigt sich hier, dass die Inklusion von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* samt Interaktionsterme zu einem geringeren Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* führt. Allgemein bedeutet dies: Wenn wir individuelle Ressourcen – in diesem Fall *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* – berücksichtigen, so reduziert dies die Aussagekraft von (auf *Rational Choice* Modellen basierenden) Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*.

Bei Betrachtung der Wahrscheinlichkeiten für die Interaktionsterme (Abbildung 39), zeigen sich überraschende Ergebnisse. Zu Beginn sei auf den Verlauf der *predicted probabilities* verwiesen. Erwartungsgemäß besitzen Personen, für die *Alienation* (durchgehender Graph) bzw. *Indifference* (gestrichelter Graph) nicht zutrifft (Wert auf der x-Achse ist 0), eine hohe Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen. Wenn *Alienation* bzw. *Indifference* eintritt und die Anzahl an Aktivitäten, die eine Person durchführt, berücksichtigt wird, so entsprechen die Resultate nicht bzw. nur bedingt den theoretischen Erwartungshaltungen. Die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* besitzen den größten Einfluss bei Personen mit der geringsten Anzahl an Aktivitäten. Mit zunehmender Aktivität sinkt der Einfluss von *Alienation* und *Indifference*, wobei für Akteurinnen mit höchster *politischer und informationsgewinnender Aktivität* beide Parameter irrelevant für die Wahlbeteiligung sind.

Es ergibt sich ein ähnlicher Verlauf der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der Interaktionsterme wie im vorhergehenden Kapitel (*politische Versiertheit*). Anhand der Theorie wäre jedoch zu erwarten gewesen, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* bei Personen mit minimalen bzw. geringen Aktivitäten kaum einen Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzt, da diese Schwierigkeiten aufweisen sollten, überhaupt die Positionen der einzelnen Parteien zu erkennen bzw. zu evaluieren. Am anderen Ende des Interaktionsterms hingegen kann die erwartete geringe Relevanz von *Alienation* und *Indifference* festgestellt werden. Diese Ergebnisse unterstützen die These, dass Personen mit hohem bzw. höchstem Wissensstand meist einer Partei nahe stehen bzw. sehr politisch interessiert sind und deshalb andere Parameter als *themenbasierte Wahlenthaltung* verwenden, um zu entscheiden, ob sie an einer Wahl teilnehmen oder nicht. Generell zeigen diese Ergebnisse, dass die *Rational Choice* Modelle in Bezug auf die Wahlteilnahme nicht zu den erwarteten Ergebnissen führt, da nur ein marginaler Anteil an Akteurinnen sich gemäß den Annahmen von *Rational Choice* verhält. Angesichts der in Kapitel 5 präsentierten Ergebnisse war davon auszugehen, dass der Interaktionsterm von *Alienation* und *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* sowohl hinsichtlich der absoluten Wahrscheinlichkeiten als auch der Differenz zwischen den Gruppen (1-6) einen stärkeren Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzt, als der Interaktionsterm von *Indifference* und *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*. Diese geringe Differenz zwischen den Interaktionstermen wurde bisher nur in den EU-Modellen (siehe Kapitel 5.4) beobachtet, die jedoch eine geringere Erklärungsgewalt aufweisen.

6.3.2 Predicted probabilities – Modell mit Kontrollvariablen (Modell3)

Zur Überprüfung der soeben besprochenen Ergebnisse, widmet sich dieses Unterkapitel den *predicted probabilities* der wesentlichsten Parameter unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen. Da sich die Wahrscheinlichkeiten für *Alienation* und *Indifference* sowohl in Bezug auf die Effektstärke, als auch bezüglich der absoluten Werte nur minimal von den Ergebnissen des Modells 2 unterscheiden, wird an dieser Stelle nicht genauer darauf eingegangen.

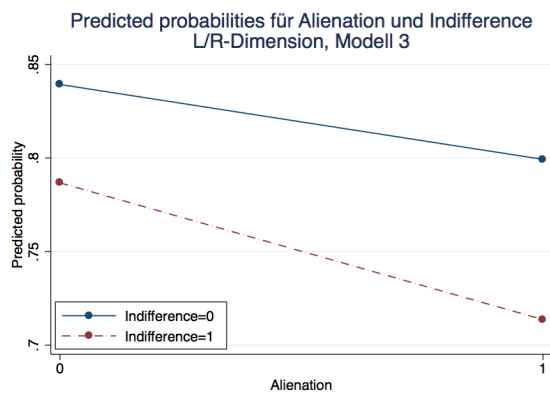


Abbildung40: PP für AL, IN - Modell 3

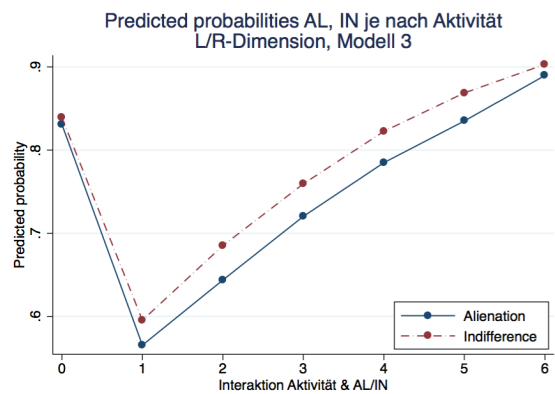


Abbildung41: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Abbildungen 40 und 41 zeigen, dass die Berücksichtigung der Kontrollvariablen zu keinen wesentlichen Veränderungen der berechneten Wahrscheinlichkeiten führt. Sowohl absolute als auch relative Werte weisen nur minimale Veränderungen auf. Auch in diesem Modell zeigt sich eine Differenz der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von knapp 13 Prozent zwischen Personen, die *alienated* und *indifferent* sind, und Personen, auf die weder *Alienation* noch *Indifference* zutreffen, womit der Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten verglichen mit den Ergebnissen aus Kapitel 5 geringer ist, die die *politische Versiertheit* einer Akteurin untersuchen. Ebenso zeigen die Ergebnisse der Interaktionsterme, dass Personen, die *alienated* bzw. *indifferent* sind, und die geringste Anzahl an Aktivitäten besitzen, die größte Differenz zur Gruppe 0 (*Alienation* bzw. *Indifference* trifft nicht zu) mit ca. 27 Prozent (*Alienation*) respektive 25 Prozent (*Indifference*) besitzen. Mit zunehmender Anzahl an Aktivitäten sinken diese Unterschiede, wobei bei einer sehr hohen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten themenbasierte Wahlenthaltung* für die individuelle Wahlbeteiligung irrelevant ist.

Zusammengefasst zeigen beide Modelle – die auf der L/R-Dimension beruhen – einen negativen Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die individuelle Wahlbeteiligung. Dieser ist jedoch deutlich geringer sind verglichen mit den Modellen aus Kapitel 5 (Einfluss von *politischer Versiertheit*), als auch mit der theoretischen Erwartungshaltung von *Rational Choice*. Die Gründe hierfür liefert die Inklusion von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*: nur eine kleine Subgruppe aller untersuchten Personen kann als „rational“ (gemäß der *Rational Choice* Definition) klassifiziert werden. Gleichzeitig weisen die Interaktionsterme auch überraschende Ergebnisse auf, da die Verlaufsstruktur

zumindest teilweise den postulierten Hypothesen widersprechen. Entgegen den Erwartungen besitzen die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* den höchsten Einfluss auf das Wahlverhalten bei Akteurinnen mit der geringsten Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*. Da dies konträr zu allen getätigten Annahmen ist, widmet sich das folgende Unterkapitel den Diskrepanzen zwischen Theorie und Empirie.

6.4 Differenzen zwischen Theorie und Empirie – Erste Erklärungsansätze

Dieses Unterkapitel widmet sich der Frage, wie die Differenzen zwischen den erhaltenen Ergebnissen und den theoretischen Erwartungshaltungen zustande kommen können. Folgende Fragestellungen sind hierfür von Interesse: *Warum besitzt themenbasierte Wahlenthaltung bei Personen mit einer geringen Anzahl an politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten einen so hohen Einfluss? Unter welchen Bedingungen können diese Personen überhaupt (Partei-)präferenzen bilden und evaluieren? Ist die geringe Relevanz der Parameter bei Akteurinnen mit hoher Aktivität anhand der Parteiidentifikation erklärbar?*⁸⁰

Bevor diese Fragen beantwortet werden, sei folgendes angemerkt: Kapitel 6.2 beinhaltet nur die Analyse der L/R-Dimension. Es wurde in diesem Kapitel darauf verzichtet, die Ergebnisse der EU-Dimension darzustellen (die Regressionsmodelle sowie eine tabellarische Darstellung der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten sind in Appendix D enthalten), da dies zu keinem wesentlichen Erkenntnisgewinn führt, da in der EU-Dimension eine geringere Aussagekraft der berechneten Modelle besteht. Ebenso sind die absoluten wie relativen Effekte von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation, Indifference*) sowie der Interaktionsterme deutlich geringer in Relation zur L/R-Dimension. In jedem der berechneten Modelle zeigt sich ein strukturell ähnliches Ergebnis wie in der L/R-Dimension. Um dies zu verdeutlichen werden an dieser Stelle die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der Interaktionsterme (Abbildung 42) sowie für die Variation von *Alienation* und *Indifference* (Abbildung 43) von Modell 3 (Modell mit Kontrollvariablen) besprochen:

⁸⁰ Ungeachtet aller empirischen und methodischen Vorsichtsmaßnahmen (siehe Kapitel 4) kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf Grund der Datenqualität die Ergebnisse „verunreinigt“ sind und somit die Differenz zwischen Theorie und Empirie ansatzweise erklären. Der Fokus dieses Unterkapitels widmet sich jedoch den theoretischen Ansätzen, die diese Differenzen erklären.

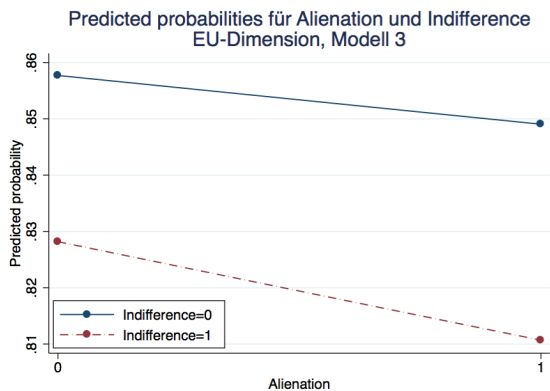


Abbildung42: PP für AL, IN - Modell 3

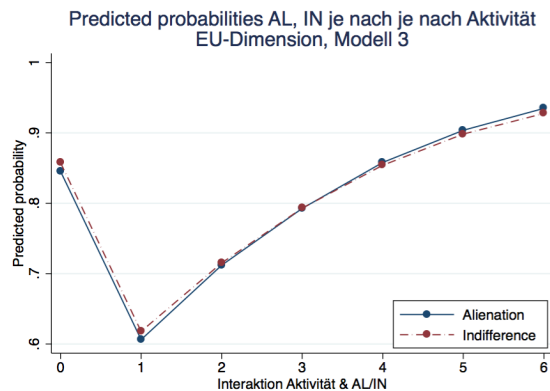


Abbildung43: PP für Interaktionsterme - Modell 3

Auch in der EU-Dimension zeigt sich, dass Personen, die sowohl *alienated* als auch *indifferent* sind die geringste Wahrscheinlichkeit besitzen zur Wahl zu gehen. Die Differenz zu Personen, für die weder *Alienation* noch *Indifference* zutrifft, beträgt knapp 5 Prozent und ist damit deutlich geringer als in der L/R-Dimension. Angesichts dieser Ergebnisse kann gesagt werden, dass auf *Policies* basierende Wahlenthaltung angesichts von „Europäischen Themen“ ausgeschlossen werden kann. In Bezug auf die Interaktionsterme ergibt sich, dass *Alienation* und *Indifference* nur bei Personen mit einer sehr geringen Anzahl an Aktivitäten einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzen. Im Vergleich zur L/R-Dimension ist der Effekt deutlich geringer, womit anzunehmen ist, dass andere Faktoren den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* überlagert. Diese Akteurinnen handeln nicht – wie laut *Rational Choice* Theorie argumentiert – irrational. *Policies* besitzen für diese Personengruppe schlicht keine Relevanz bei der individuellen Wahlbeteiligung, da sich der persönliche *Benefit* durch die Wahlteilnahme anhand der Parteiidentifikation erklärt.

6.4.1 Fehlende Werte für Alienation und Indifference (incl. politische Versiertheit)

Ziel des folgenden Diskurses ist die Beantwortung der Frage, warum *themenbasierte Wahlenthaltung* bei Personen mit minimaler bzw. geringer Anzahl an Aktivitäten einen signifikanten Einfluss besitzt. Anhand der bisher durchgeführten Analysen kann Hypothese 1

nur partiell überprüft werden⁸¹, da in diesem Kapitel bisher noch nicht berücksichtigt wurde, wie hoch der Anteil an Personen ist, die *Policies* nicht berücksichtigen können, da entweder keine eigene Position oder die Positionen der Parteien nicht angegeben wurde. Abbildung 44 zeigt den Anteil der fehlenden Werte für *Alienation* und *Indifference* je nach Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* für beide *Policy*-Dimensionen:

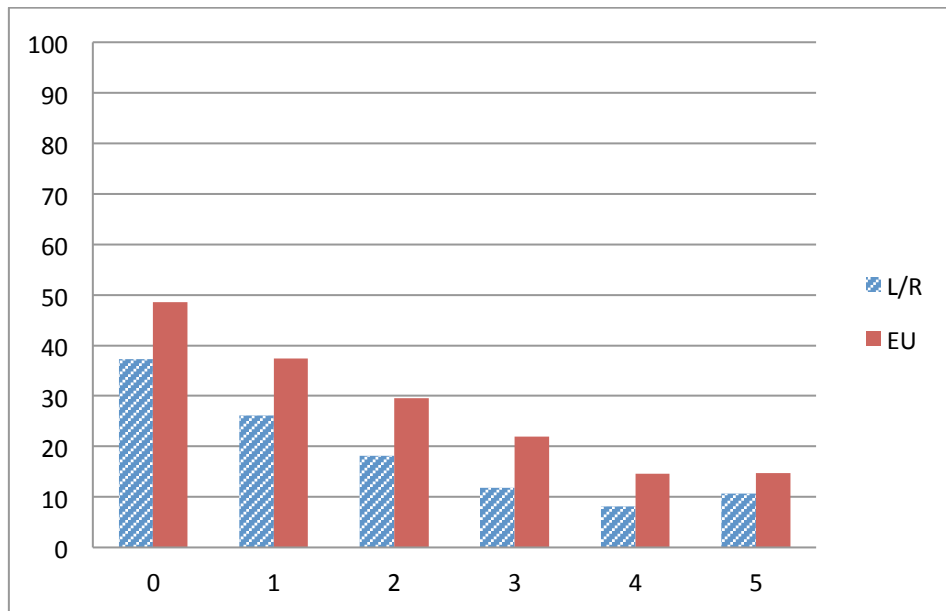


Abbildung44: Anteil der fehlenden Werte für Alienation, Indifference je nach Aktivitäten

Wie aus der Grafik klar ersichtlich ist, zeigt sich, dass mit zunehmender Anzahl an Aktivitäten der Anteil an Personen, die *Alienation* und *Indifference* im Entscheidungsprozess nicht berücksichtigen können, da entweder keine Parteipositionen erkannt und/oder keine eigene Position gebildet werden kann, drastisch abnimmt. Bei Akteurinnen mit geringster *politischer und informationsgewinnender Aktivität*, ist der Anteil an Personen, für die aufgrund fehlender Präferenzen *Policies* nicht von Relevanz sind (in der Regressionsanalyse als fehlender Wert dargestellt) mit 37 Prozent (L/R-Dimension) bzw. 48 Prozent (in der EU-Dimension) am höchsten. Anders ausgedrückt: Knapp jede Zweite in dieser Gruppe kann bei der Entscheidung, ob er oder sie zur Wahl geht, EU-*Policies* nicht berücksichtigen. Bei mehr als jedem dritten Bürger ist dies in der L/R-Dimension der Fall, womit gesagt werden kann,

⁸¹ Annahme: Alienation, Indifference sind bei Akteurinnen mit minimaler Aktivität nicht von Relevanz für die Wahlbeteiligung

dass bei einer geringen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* für einen Großteil der Personen *Policies* schlichtweg keine Rolle spielen, da diese nicht genügend Informationen sammeln, um ihr Verhalten anhand dieser auszurichten. Es fehlt daher die Grundlage, um überhaupt auf der Basis von *Rational Choice* Theorien handeln zu können. Je höher die Anzahl an Aktivitäten, desto eher gelingt es einer Person, eigene Präferenzen zu bilden und die Positionen der Parteien zu erkennen. Angesichts dieser Ungleichheiten zwischen den Untergruppen relativieren sich die Ergebnisse der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der Interaktionsterme, da diese nur Personen berücksichtigen, die für Parteien eine Position angeben und auch selbst eine Präferenz besitzen.

Die Darstellung der fehlenden Werte kann jedoch nicht erklären, wieso es einigen Personen gelingt, trotz einer minimalen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* alle notwendigen Informationen zu sammeln, um *Policies* für die Wahlentscheidung zu berücksichtigen und anderen Personen nicht. Als Ausgangspunkt für die Debatte können die Ergebnisse von Toká (2004) oder Lau/Redlawsk et al. (2001) verwendet werden, die zeigen, dass es einigen Akteurinnen leichter fällt auch mit geringem Wissensstand Präferenzen zu bilden und Entscheidungen zu treffen, während andere deutlich mehr Informationen benötigen. Toká und Lau/Redlawsk erklären dies damit, dass diese Unterschiede unter anderem auf kognitive Differenzen (*politische Versiertheit*) von Akteurinnen zurückzuführen ist. Dies deckt sich mit der Argumentation in Kapitel 3, die zeigt, dass Informationen bzw. der Wissensstand einer Akteurin mit seinen/ihren kognitiven Kapazitäten verknüpft ist (u.a. Krosnick et al. 2002, bzw. Kapitel 3). Dementsprechend wäre zu erwarten, dass Personen mit geringer *politischer Versiertheit* und einer geringen Anzahl an Aktivitäten vermehrt daran scheitern, die *Policy* Positionen der Parteien zu erkennen bzw. eigene Präferenzen zu bilden, womit *themenbasierte Wahlenthaltung* keine Rolle spielt. Tabelle 9 zeigt den Zusammenhang zwischen *politischer Versiertheit* und *themenbasierter Wahlenthaltung* unter der Berücksichtigung von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*. Hierbei wird zwischen zwei Gruppen unterschieden: Personen, die für ihre Wahlentscheidung *Policies* nicht berücksichtigen können, da entweder keine eigene Präferenz angegeben wurde bzw. keine *Policy* Positionen von Parteien vorhanden sind (Wert 0), und Personen, die, da alle notwendigen Informationen besitzen, um ihr Verhalten anhand von *Policies* auszurichten (Wert 1).

Tabelle 9: Politische Versiertheit bei geringer Anzahl an politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten

politische Versiertheit		n	MW	SD	CV	SE	Grenzen Konfidenzintervall	
L/R	0	891	0,9633	0,9319	0,9644	0,0310	0,905	1,027
	1	1499	1,3880	0,9394	0,6760	0,0240	1,340	1,430
EU	0	1162	1,0137	0,9317	0,9190	0,0270	0,960	1,067
	1	1228	1,4364	0,9382	0,9380	0,0260	1,384	1,489

Bevor auf die Interpretation der Kennzahlen (MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung, CV = Variationskoeffizient, SE = Standardfehler) eingegangen wird, sei angemerkt, dass hier nur Personen berücksichtigt wurden, die die geringste Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* aufweisen. Ebenso variiert die *politische Versiertheit* je nach *Policy*-Dimension (siehe Kapitel 4 bzw. 5), womit die Werte der beiden Dimensionen nicht direkt miteinander verglichen werden können.

Insgesamt befinden sich 2390 Personen im Sample, die anhand der vorliegenden Daten als Personen mit geringster Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* klassifiziert werden können. Von diesen 2390 Personen konnten 891 (37,28 Prozent) *Policies* der L/R-Dimension nicht berücksichtigen, da entweder keine eigene Präferenz angegeben wurde bzw. von keiner Partei *Policy* Positionen angegeben werden, während 1499 (62,72 Prozent) Personen für die individuelle Wahlentscheidung politische Themen berücksichtigen könnten. In der EU-Dimension zeigt sich, dass annähernd 50 Prozent (1162 Personen) aufgrund fehlender Werte ihre Entscheidung nicht anhand von *Policies* determinieren können. Tabelle 9 zeigt auch die statistischen Kennzahlen der *politischen Versiertheit* für beide Gruppen. Verglichen mit der durchschnittlichen Versiertheit des gesamten Samples zeigt sich, dass Personen mit einer geringen Anzahl an Aktivitäten auch eine unterdurchschnittliche *politische Versiertheit* aufweisen. Jedoch zeigt sich, dass sowohl in der L/R-Dimension als auch in der EU-Dimension, die *politische Versiertheit* bei Personen, die *Policies* berücksichtigen, höher ist, als bei Personen, denen dies nicht gelungen ist. Die Differenz zwischen beiden Gruppen ist in beiden Dimensionen statistisch signifikant, wie auch anhand der hier abgebildeten Grenzen der Konfidenzintervalle abzulesen ist.⁸² Es kann daher gesagt werden, dass – unter Annahme von minimalen *politischen und*

⁸² Auch ein Test auf Mittelwertsdifferenzen zeigt einen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen in beiden Dimensionen.

informationsgewinnenden Aktivitäten – auch der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (zumindest teilweise) davon abhängt, wie *politisch versiert* die jeweilige Person ist. Nun gilt es zu beantworten, warum gerade bei Personen mit einer niedrigen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* *themenbasierte Wahlenthaltung* einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung besitzt, womit sich Abschnitt 6.3.2 beschäftigt.

6.4.2 Parteiidentifikation und politische und informationsgewinnende Aktivitäten

Während wir bisher klären konnten, wie *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* mit der Bildung von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* zusammenhängen und unter welchen Bedingungen auch bei einer geringen Aktivität *Policy*-basierte Konzepte genutzt werden, ist bisher noch offen, warum der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* nicht bzw. nur bedingt der theoretischen Erwartungshaltung entspricht. Entgegen den Annahmen zeigt sich für Personen, die *alienated* bzw. *indifferent* sind, eine lineare Verlaufsstruktur, wobei *themenbasierte Wahlenthaltung* mit zunehmender Anzahl an Aktivitäten an Relevanz für die individuelle Wahlbeteiligung verlieren. Im Hinblick auf Personen die eine sehr hohe Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* durchführen, wurde argumentiert, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* keinen Einfluss auf das Verhalten einer Akteurin besitzt, da diese Personengruppe laut verschiedensten Studien (beispielsweise Wells 2009) überdurchschnittlich oft einer Partei nahe stehen. Die in den Abbildungen 41 und 43 gezeigten Interaktionsterme liefern weitere Evidenz für diese Annahme, da – verglichen mit Personen, die nicht *alienated* bzw. *indifferent* sind – besonders in den drei höchsten Kategorien von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* kaum Differenzen in Bezug auf die prognostizierte Wahlbeteiligung zu beobachten sind. Bisher konnte noch nicht geklärt werden, ob diese geringe Effektstärke tatsächlich anhand der Parteiidentifikation⁸³ zu erklären ist. Abbildung 45 zeigt den Anteil der Personen, die einer Partei nahe stehen, für Akteurinnen mit einer hohen Anzahl an Aktivitäten:

⁸³ Anmerkung: Hierfür wurde die Frage verwendet, ob die Befragten einer Partei nahe stehen (Frage Q87, siehe Appendix B). Die Variable wurde dichotomisiert (0 = Person steht keiner Partei nahe, 1 = Person steht einer Partei nahe).

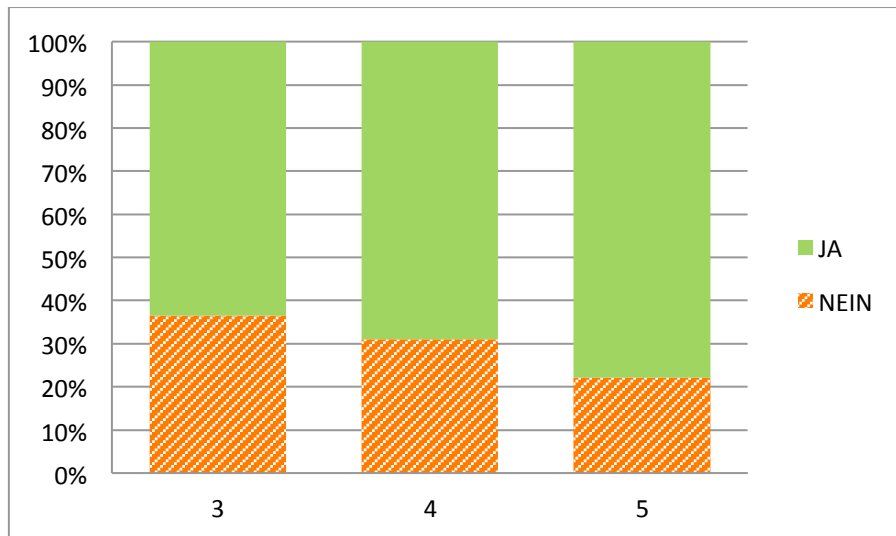


Abbildung45: Anteil der PID bei Personen mit hoher Anzahl an politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten

Diese Grafik lässt sich wie folgt interpretieren: Der grüne (einfarbige) Anteil der Balken entspricht den Personen, die angeben, einer Partei nahe zu stehen, während der orangene (liniierte) Anteil alle Personen repräsentiert, die keiner Partei nahestehen. Für jede der drei angegebenen Gruppen zeigt sich, dass der überwiegende Anteil einer Partei nahesteht. So geben 63 Prozent aller Personen, die den Wert 3 der Variable Aktivität besitzen, an, dass sie sich einer Partei zugehörig fühlen. Dieser Anteil steigt linear für alle Gruppen an, wobei Akteurinnen, die die höchste Anzahl an Aktivitäten aufweisen, überproportional oft in einem Naheverhältnis zu einer politischen Partei stehen. Wenn zur Erklärung der individuellen Wahlbeteiligung nur die Konzepte der *Rational Choice* Theorie herangezogen werden, ist dies ein weiterer Indikator, der erklärt, warum Akteurinnen an Wahlen partizipieren die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen. Anstelle von *Policies* wird das individuelle Verhalten durch andere Faktoren – im konkreten Fall ist dies die Parteidentifikation – determiniert.

Während die geringe Relevanz von *themenbasierter Wahlenthaltung* bei einer hohen Anzahl an Aktivitäten mit der Parteidentifikation der Akteurinnen erklärt werden kann, ist bis jetzt unklar, warum Personen mit einer geringen Anzahl *themenbasierte Wahlenthaltung* für ihren Entscheidungsprozess nutzen. Delli Karpini und Keeter (1996) argumentieren, dass bei zu geringem Wissensstand *Policies* nicht in den individuellen Entscheidungsbildungsprozess

einfließen können, da Akteurinnen schlichtweg nicht genügend Informationen besitzen, um die Positionen der verschiedenen Parteien mit den eigenen Präferenzen zu vergleichen und daraus Informationen für das eigene Verhalten zu gewinnen. Da diese Informationen (siehe Krosnick et al. 2002) durch *politische und informationsgewinnende Aktivitäten* gesammelt werden kann, ist davon ausgegangen worden, dass eine geringe Anzahl an Aktivitäten zu einer verminderten Relevanz von *themenbasierter Wahlenthaltung* führt. Angesichts der im vorherigen Unterkapitel gezeigten Ergebnisse hinsichtlich der fehlenden Werte, gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass eine Vielzahl an Personen schlichtweg keine Präferenzen bilden können. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass nicht die Frage, ob *themenbasierte Wahlenthaltung* abhängig vom Wissensstand signifikante Einflüsse auf das individuelle Verhalten besitzt, von Interesse ist, sondern ob – und wenn ja unter welchen Bedingungen – die Anzahl an Aktivitäten, die eine Person ausführt, genügt, um Präferenzen zu bilden bzw. Parteipositionen zu erkennen.

6.5 Fazit zum Einfluss von politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten

Politische und informationsgewinnende Aktivitäten bzw. die dort gesammelten Informationen gelten in „*memory-based processing models*“ als wesentliche Grundlage zur Erklärung des individuellen Verhaltens. Ohne diese kann eine Person keine eigenen Präferenzen bilden bzw. nicht abschätzen, welche Auswirkungen verschiedene Handlungsalternativen besitzen. Dies gilt insbesondere für theoretische Konzepte, die individuelles Handeln anhand von *Policy*-basierten Komponenten erklären wollen. Dementsprechend wurden im theoretischen Modell Hypothesen aufgestellt, unter welchen Bedingungen *themenbasierte Wahlenthaltung* unter Berücksichtigung von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* einen besonders hohen bzw. niedrigen Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzen sollen. Es wurde angenommen, dass Personen mit besonders geringen Aktivitäten *themenbasierte Wahlenthaltung* durch andere Faktoren ersetzen, um ihr Verhalten zu bestimmen, da sie nicht genügend Informationen sammeln, um ihr Verhalten anhand von *Policies* auszurichten. Eine besonders hohe Anzahl an Aktivitäten ist meist bei Personen, die eine erhöhte Wahrscheinlichkeit aufweisen, einer Partei nahezustehen, zu beobachten. Dementsprechend sollte hier die Parteiidentifikation und nicht *Alienation* und/oder *Indifference* ausschlagge-

bend für die individuelle Wahlbeteiligung sein. Daraus ergibt sich, dass der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* für Personen mit einer geringeren bzw. mittleren Anzahl an Aktivitäten am höchsten sein sollte.

Was können wir nun über den Einfluss von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* auf *themenbasierte Wahlenthaltung* sagen? Diese Frage lässt sich auch nach den Ergebnissen nur bedingt beantworten. Zwar lassen die Ergebnisse in einer ersten Analyse darauf schließen, dass sich Personen auch in einem Umfeld mit geringem Wissensstand theoretisch rational verhalten können, jedoch ist nicht ausgeschlossen, dass es sich hierbei um eine zufällige Beobachtung handelt. Eine hohe Anzahl an Aktivitäten entspricht jedoch eher einem *Proxy* für die Parteiidentifikation, womit die Entscheidung, ob *themenbasierte Wahlenthaltung* für das individuelle Verhalten eine Rolle spielt, nicht anhand der durchgeführten Aktivitäten, sondern anhand der Parteiidentifikation getroffen wird. Gleichzeitig zeigt die Analyse, dass für die Inklusion von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* eine weitere Frage zentral ist: Können Personen überhaupt Präferenzen bilden bzw. die Positionen der Parteien erkennen? Wie angesichts der Resultate zu sehen ist, scheitern viele Personen mit einer geringen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* daran, eigene Präferenzen zu bilden bzw. die eigene Position mit denen der Parteien zu vergleichen. Zentral aus meiner Sicht ist daher, unter welchen Bedingungen Akteurinnen Präferenzen bilden und vergleichen können und nicht die Frage, ob der Einfluss dieser Konzepte (*Alienation, Indifference*) je nach Aktivität variiert. In dieser Arbeit konnte ein Ansatz zur Beantwortung dieser Frage aufgezeigt werden: Bei Personen mit minimaler Aktivität spielt die *politische Versiertheit* einer Akteurin eine zentrale Rolle, ob *themenbasierte Wahlenthaltung* von Relevanz ist. Je höher die Versiertheit, desto wahrscheinlicher können Präferenzen gebildet und mit den Parteipositionen verglichen werden. Gleichzeitig muss betont werden, dass je nach untersuchter Dimension und Wissensstand, bis zu 50 Prozent des *Samples* daran scheitern, für *Policies* eine eigene Position zu bilden und/oder die Positionen der Parteien zu erkennen.

7. Der Einfluss von Policies im mehrdimensionalen politischen Raum

7.1 Einleitung

Die bisherige empirische Analyse konzentrierte sich auf den Einfluss von individuellen Ressourcen (*politischer Versiertheit* bzw. der *Anzahl an politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* einer Akteurin) auf die Effektstärke von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*. In den berechneten Modellen wurden alle verwendeten *Policies* getrennt voneinander analysiert, womit sich das individuelle Verhalten bisher nur anhand von separaten eindimensionalen Räumen erklären lässt. Wie in den Kapiteln 2 und 3 argumentiert wurde, ist jedoch davon auszugehen, dass der *Policy-Space* nur bedingt als eindimensionaler Raum darstellbar ist. Verschiedenste Studien kommen zu dem Schluss, dass Akteurinnen ihr Verhalten in zwei- oder mehrdimensionalen (*Policy-*)Räumen treffen. Aus der Perspektive der politischen Psychologie lässt sich zeigen, dass sich individuelles Verhalten anhand eines Nähe-Distanz Schemas (siehe Kapitel 3.4) beschreiben lässt. Wie in Kapitel 4.4 besprochen, gibt es zahlreiche Konzeptionen von mehrdimensionalen politischen Räumen. Diese Arbeit vertritt die Auffassung, dass sich – aus theoretischer Sicht – der zu bevorzugende Ansatz wie folgt darstellt: der *Policy-Space* variiert von Person zu Person, wobei die Summe aller – aus der Sicht einer Akteurin – relevanten *Policies* dem individuellen *Policy-Space* entspricht. Aus den in Kapitel 4 genannten Gründen wird in dieser Arbeit jedoch nur mit einem zweidimensionalen Modell gearbeitet. Je nachdem, in wie vielen Dimensionen *Alienation* und *Indifference* auftreten, variiert deren Einfluss auf das individuelle Verhalten. Es ist daher davon auszugehen, dass der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* mittels eindimensionaler Modelle nur bedingt dargestellt werden kann.

Dementsprechend ist das Ziel dieses Kapitels, das Verhalten von individuellen Akteurinnen in einem mehrdimensionalen Raum darzustellen. Im Hinblick auf die bisherigen Debatten stellt diese Arbeit eine *Kernhypothese* auf, die davon ausgeht, dass der Einfluss von *Policies* bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die Wahlbeteiligung in einem mehrdimensionalen *Policy-Space* variiert. Aus dieser Kernhypothese lassen sich insgesamt drei Hypothesen ableiten, mit deren Hilfe sich der Einfluss von *Policies* im mehrdimensionalen Raum darstellen lässt: *Hypothese 2-1* beschäftigt sich mit dem Aggregationsprozess der in den

einzelnen Dimensionen erhaltenen Informationen. Wie Bizer/Krosnick (2004) zeigen konnten, richtet sich der Einfluss von *Policies* auf das Wahlverhalten nach der Anzahl der vorhandenen Evaluationsprozesse. Für diese Arbeit bedeutet dies, dass der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* auf die individuelle Wahlbeteiligung steigt, je höher die Anzahl der Dimensionen ist, in denen diese Effekte auftreten. Neben *Alienation* und *Indifference* lässt sich in einem mehrdimensionalen Raum ein weiterer Einflussfaktor illustrieren: Wie in Kapitel 2 besprochen, basiert in *Rational Choice* Theorien der erwartete Nutzen für die Wahl einer Akteurin auf *Utilities*. Da diese für jede Dimension berechnet werden, ist es möglich, dass in verschiedenen Dimensionen unterschiedliche Parteien die höchste *Utility* aufweisen. Ist dies der Fall, so kann davon ausgegangen werden, dass der *Benefit* an einer Wahl teilzunehmen aus individueller Perspektive sinkt. Dementsprechend besagt *Hypothese 2-2*, dass die Wahlbeteiligung sinkt, je höher die Anzahl der Parteien, die in verschiedenen *Policy*-Dimensionen die höchste *Utility* aufweisen. Da auch dieser Effekt eine fehlende bzw. geringe Motivation zur Wahlteilnahme erklärt, und wie *Alienation* und *Indifference* auf *Policies* basiert, ist davon auszugehen, dass individuelle Ressourcen (*politische Versiertheit, politische und informationsgewinnende Aktivitäten*) auch in diesem Fall moderierende Faktoren sind. Dies wird mittels *Hypothese 2-3* getestet.

Dieses Kapitel gliedert sich wie folgt: Da – verglichen mit den eindimensionalen Modellen – in einem mehrdimensionalen Raum leichte Adaptierungen der empirischen Modelle notwendig sind, beinhaltet Kapitel 7-1 neben der deskriptiven Statistik einige Anmerkungen bezüglich des Modellaufbaus. Es folgen die berechneten Modelle samt prognostizierten Wahrscheinlichkeiten im mehrdimensionalen Raum. Ein weiteres Ziel dieses Kapitels ist die Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse bezüglich des Einflusses der individuellen Ressourcen. Hierbei zeigte sich, dass insbesondere die Berücksichtigung der *politischen Versiertheit* einer Akteurin erklärt, warum viele Personen zur Wahl gehen, obwohl *Rational Choice* prognostiziert, dass diese sich der Wahl enthalten würden. Aus diesem Grund widmet sich Kapitel 7.3 dem Einfluss von *Policies* in einem mehrdimensionalen Raum unter Berücksichtigung der *politischen Versiertheit* einer Akteurin. Nach der Interpretation der Regressionsmodelle bzw. der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten erfolgt die Validierung der Ergebnisse. Hierbei werden wie in Kapitel 5 drei Schwerpunkte gelegt: die Variation der Schwellwerte von *Alienation* und *Indifference*, die Modellberechnung unter Berücksichtigung der Differenzen zwischen angegebenen und tatsächlichen Wahlverhalten, sowie statistischen

Modelltests („*random*“ vs. „*fixed-effects*“ Modelle). Wie in Kapitel 3 besprochen, lassen frühere Studien (Palfrey/Poole 1987, Hortala-Valalce und Esteve-Volart 2011, Krosnick et al. 2002) darauf schließen, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* als Evaluationsprozesse definiert werden können.

7.2 Modellaufbau und deskriptive Statistik

Wie in den Kapiteln 2.3 und 3.5 dargelegt wurde, sind *Alienation* und *Indifference* aus theoretischem Blickwinkel zwar nicht ident (siehe formale Darstellung), jedoch sollten beide Parameter zu dem selben Output führen – der individuellen Wahlenthaltung. Dementsprechend können wir für *Alienation* und *Indifference* den Überbegriff *themenbasierte Wahlenthaltung* verwenden. Um dies in einem mehrdimensionalen Kontext darzustellen, werden *Alienation* und *Indifference* zu der Variable *Abstention* zusammengefasst. Wenn wir über *themenbasierte Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen Kontext sprechen, verwenden wir die Variablen *Abstention* und *Variation* (Beschreibung erfolgt im kommenden Absatz). *Abstention* entspricht einem additiven Index, der aus *Alienation* und *Indifference* gebildet wird. Da in dieser Arbeit zwei Dimensionen vorhanden sind, und in jeder Dimension sowohl *Alienation* als auch *Indifference* auftreten können, kann *Abstention* Werte von 0 (in keiner Dimension *alienated* bzw. *indifferent*) bis 4 (in beiden Dimensionen *alienated* und *indifferent*) annehmen, wobei davon ausgegangen wird, dass mit einem ansteigenden Wert die Wahrscheinlichkeit, an der Wahl teilzunehmen, sinkt.

In Kapitel 3.5 wurde ebenfalls argumentiert, dass in einem mehrdimensionalen *Policy-Space* ein weiterer Effekt auftreten kann: So ist es möglich, dass in unterschiedlichen Dimensionen verschiedene Parteien einer Akteurin nahe stehen. Dies würde – gemäß *Rational Choice* – dazu führen, dass die *Utilities* für die Wahl einer der beiden Parteien sinkt. Die Variable *Variation* misst, ob verschiedene Parteien in den jeweiligen Dimensionen einer Akteurin am nächsten stehen. Da mit einem zweidimensionalen *Policy-Space* gearbeitet wird, ist diese Variable dichotom (0 bedeutet, dass in beiden Dimensionen die gleiche Partei einer Akteurin am nächsten ist, 1 bedeutet, dass für jede Dimension eine andere Partei der Akteurin am nächsten ist). Anhand der theoretischen Argumentation ist davon auszugehen, dass Personen,

die mit 1 klassifiziert werden, eine geringere Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme besitzen. Tabelle 10 zeigt wesentliche deskriptive Parameter (mw= Mittelwert, sd= Standardabweichung, n= Fallzahl) für *Abstention* und *Variation*.

Tabelle 10: Deskriptive Parameter

Variable	mw	sd	n
<i>Abstention</i>	0,61	0,74	18102
<i>Variation</i>	0,53	0,50	18102

In Hinblick auf die Fallzahlen zeigt sich, dass *Abstention* und *Variation* nur für zwei Drittel aller Befragten berechnet werden kann, da *Alienation* und *Indifference* in beiden (allen) verwendeten Dimensionen vorhanden sein müssen. Damit zeigt sich, dass in einem mehrdimensionalen Raum viele Akteurinnen Probleme bei der Inklusion von *Policies* aufweisen, da sie nicht die notwendigen Informationen (eigene *Policy* Präferenz bzw. wahrgenommene Positionen von Parteien) besitzen. Die Werte von *Abstention* weisen darauf hin, dass etliche Personen in keiner Dimension Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen, wobei die hohe Standardabweichung die Interpretation des Mittelwerts nur bedingt zulässt. Betreffend der Variable *Variation* zeigen die Ergebnisse, dass für eine Mehrzahl der im *Sample* verbliebenen Personen in beiden Dimensionen unterschiedliche Parteien am nächsten stehen. Dies lässt erwarten, dass die Variable *Variation* einen signifikanten Einfluss (sollte dementsprechend individuelle Wahlenthaltung erklären) auf die individuelle Partizipation an Wahlen besitzt. Die Tabellen 11 und 12 liefern absolute sowie relative Häufigkeiten von *Abstention* und *Variation*.

Tabelle 11: Häufigkeitstabelle Abstention

Abstention	Freq.	Percent	Cum.
0	9.695	53,56	53,56
1	6.021	33,26	86,82
2	2.189	12,09	98,91
3	172	0,95	99,86
4	25	0,14	100,00

Wie schon anhand der deskriptiven Parameter abzulesen war, zeigt sich auch hier, dass knapp mehr als die Hälfte der Befragten in keiner untersuchten Dimension Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen. Jedoch ist die Auswahl der verwendeten Dimensionen zu berücksichtigen. Würden – wie im „idealen“ theoretischen Konzept -

mehrere einzelne *Policies* abgefragt und somit ein individueller *Policy-Space* gebildet, ist anzunehmen, dass dieser Wert deutlich sinken würde. Sofern *themenbasierte Wahlenthaltung* auftritt (Werte 1 bis 4) zeigt sich, dass nur eine sehr geringe Anzahl an Personen in beiden Dimensionen *alienated* bzw. *indifferent* ist. So weist nur knapp ein Prozent aller Personen *Alienation/Indifference* drei oder vier Mal auf. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass – sofern dies überhaupt auftritt – die Akteurinnen mehrheitlich nur in jeweils einer Dimension *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen.

Tabelle 12: Häufigkeitstabelle Variation

Variation	Freq.	Percent	Cum.
0	8.471	31,29	31,29
1	9.631	35,58	66,87
.	8.967	33,13	100,00

Die Häufigkeiten der Variable *Variation* zeigen, dass – unter Berücksichtigung der fehlenden Werte – die Stichprobenpopulation in drei gleich große Gruppen unterteilt werden kann. Für ein Drittel der Befragten kann die Variable *Variation* nicht berechnet werden, da in einer (oder beiden) Dimensionen weder *Policy-Positionen* noch Wahrnehmung der Parteienpositionen vorhanden sind. Von den verbleibenden Personen sind für knapp mehr als die Hälfte der Fälle (53 Prozent) eine Variation der *Utilities* zu beobachten. Dies bedeutet, dass in beiden Dimensionen eine andere Partei einer Akteurin am nächsten steht. Diese Änderungen der Variablen bezüglich *themenbasierter Wahlenthaltung* im mehrdimensionalen Kontext führen auch zu einer gewissen Modifizierung der empirischen Modelle.

Wie in der Einleitung beschrieben, sollen zum Abschluss des Kapitels alle bisherigen Faktoren (sprich individuelle Ressourcen) und die Mehrdimensionalität des *Policy-Space* kombiniert werden, um alle relevanten Aspekte des theoretischen Modells zu testen. Hierfür sind jedoch einige Adaptionen des empirischen Modells notwendig. Dies erklärt sich wie folgt:

Einen wesentlichen Ausgangspunkt dieser Dissertation bilden die empirischen Studien zu *themenbasierter Wahlenthaltung*. Diese zeigten, dass diese Faktoren von geringer Relevanz

sind – sprich ein Großteil der Akteurinnen, die als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert wurden, gingen zur Wahl, obwohl dies aus theoretischer Sicht nicht der Fall sein sollte. Diese Arbeit geht davon aus, dass sich Akteurinnen im Sinne der *Rational Choice* Theorie verhalten können – dies trifft jedoch nur auf eine geringe Anzahl an Personen zu. Je nach individuellen Ressourcen verändert sich - um es in *Rational Choice* Diktion zu sagen – die Nutzenfunktion einer Akteurin, womit *themenbasierte Wahlenthaltung* durch andere Faktoren im Entscheidungsfindungsprozess ersetzt wird. In den bisherigen Kapiteln wurde diese theoretische Verknüpfung von individuellen Ressourcen⁸⁴ und Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* mittels Interaktionstermen – sprich einer Multiplikation der beiden Variablen – dargestellt. Hierzu wurden die binären Variablen für *Alienation* und *Indifference* mit der *politischen Versiertheit* (bzw. den *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*) multipliziert. Diese Multiplikation führt dazu, dass wir Personen, die *alienated/indifferent* sind, nach ihrer *politischen Versiertheit* differenzieren können (da Personen, die *alienated/indifferent* sind den Wert 1 erhalten, entspricht das Ergebnis der Multiplikation dem Wert der *politischen Versiertheit*). Die verschiedenen Untergruppen, die wir dadurch erhalten, können wir nun sowohl untereinander vergleichen, als auch mit Personen, die nicht *alienated/indifferent* sind (Wert 0), um zu konkretisieren, unter welchen Bedingungen *themenbasierte Wahlenthaltung* einen signifikanten Einfluss auf das individuelle Verhalten besitzt und welche Rolle die individuellen Ressourcen hierbei spielen.

In einem mehrdimensionalen Kontext ist dies jedoch nicht so trivial feststellbar. Da sowohl *Alienation* als auch *Indifference* theoretisch zu dem selben Output führen sollten – nämlich der Wahlenthaltung – und dieser in jeder Dimension vorkommen können, wurde – wie soeben besprochen – ein additiver Index (repräsentiert durch die Variable *Abstention*) gebildet, der Werte von 0 bis 4 annehmen kann. Würden wir diesen Index mit der *politischen Versiertheit* einer Akteurin multiplizieren, so wäre nicht mehr exakt feststellbar, welchen Einfluss die *politische Versiertheit* auf die *themenbasierte Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen Kontext haben würde. Ein Beispiel: Ein solcher Interaktionsterm zwischen *politischer Versiertheit* und *Abstention* könnte den Wert 8 annehmen. Hierbei gibt es mehrere Möglichkeiten, wie dieser Wert zustande kommen kann: Einerseits durch oftmaliges Auftreten von *themenbasierter Wahlenthaltung* (Wert 4) und geringer *politischer*

⁸⁴ Angesichts der empirischen Ergebnisse empfiehlt es sich nur die politische Versiertheit eines Akteurs zu berücksichtigen.

Versiertheit (Wert 2, $2*4=8$), oder durch ein eher moderates Auftreten von *themenbasierter Wahlenthaltung* (Wert 1) und hoher *politischer Versiertheit* (Wert 8, $1*8=8$). Dementsprechend wäre es schwierig, die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten eines solchen Interaktionsterms zu interpretieren bzw. ist nicht mehr klar ersichtlich, welchen Einfluss individuelle Ressourcen auf die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* hätten. Nur in einem geringen Teilbereich dieses Interaktionsterms wäre eine solche Zuordnung möglich (eine detailliertere Ausführung erfolgt in Kapitel 7.5).

Um die theoretische Verknüpfung von individuellen Ressourcen (in unserem Fall von *politischer Versiertheit*) und Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (repräsentiert durch *Abstention*) auch in einem mehrdimensionalen Kontext zu testen, benötigt es daher eines „Kunstgriffs“. Bisher haben wir individuelle Ressourcen bzw. *politische Versiertheit* im Regressionsmodell (mittels Interaktionsterm) berücksichtigt und dieses Modell für alle im *Sample* enthaltenen Personen gerechnet. Da dies – wie soeben besprochen – in einem mehrdimensionalen Kontext mit Problemen behaftet ist, werden die individuellen Ressourcen bzw. die *politische Versiertheit* „indirekt“ berücksichtigt. Hierzu wird das gesamte *Sample* in mehrere Untergruppen aufgeteilt, wobei sich diese Untergruppen in ihrer *politischen Versiertheit* unterscheiden. Wir teilen also die Personen je nach *politischer Versiertheit* in verschiedene Gruppen und für jede dieser Gruppen werden die entsprechenden Regressionsmodelle aus Kapitel 7.3 (Modell 1 enthält nur die Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*, Modell 2 inkludiert die Kontrollvariablen) gerechnet. Die daraus resultierenden prognostizierenden Wahrscheinlichkeiten der verschiedenen Gruppen werden anschließend miteinander verglichen. Sollte – wie sich anhand der bisherigen Ergebnisse sowie der theoretischen Annahmen – *politische Versiertheit* auch in einem mehrdimensionalen Kontext eine Rolle spielen, so ist zu erwarten, dass die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten bei Personen mit hoher *politischer Versiertheit* höher sind, verglichen mit Personen, die eine geringere *politische Versiertheit* aufweisen.

Die ursprüngliche Variable für *politische Versiertheit* beinhaltet insgesamt 8 Merkmalsausprägungen (siehe Operationalisierung in Kapitel 4.5), daher wäre es möglich das gesamte *Sample* in 8 Untergruppen aufzuteilen. Wird dies gemacht, führt dies zu einer Fallzahlenproblematik bei der Berechnung der einzelnen Regressionsmodelle. Für bestimmte

Untergruppen wäre es angesichts der geringen Fallzahl nicht möglich, Regressionsmodelle zu berechnen. Um jedoch nicht ganz auf *politische Versiertheit* zu verzichten, wurde dementsprechend die Anzahl der Merkmalsausprägungen für *politische Versiertheit* reduziert, indem immer zwei Merkmalsausprägungen zusammengefasst wurden. Die hierdurch generierte Variable („*politische Versiertheit neu*“ genannt) besitzt 4 Merkmalsausprägungen, womit wir das gesamte *Sample* in 4 Untergruppen einteilen können. Durch diese Reduktion der Merkmalsausprägungen ist es möglich, für jede Gruppe die entsprechenden Regressionsmodelle zu rechnen und somit auch in einem mehrdimensionalen Kontext die Verbindung von *politischer Versiertheit* und Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* zu berücksichtigen. Tabelle 13 zeigt die absoluten und relativen Häufigkeiten der neu generierten Variable für *politische Versiertheit*.

Tabelle 13: Häufigkeitstabelle "politische Versiertheit neu"

Versiertheit	Freq.	Percent	Cum.
1	3324	12,28	12,28
2	7455	27,54	39,82
3	10187	37,63	77,45
4	6103	22,55	100,00

Durch die Reduktion der Merkmalsausprägungen ergibt sich folgendes Bild: Eine relative Mehrheit von knapp 38 Prozent besitzt eine hohe Versiertheit (Wert von 3), die jeweiligen Enden (Personen die eine besonders hohe/niedrige Versiertheit aufweisen) ergeben zusammen knapp ein Drittel aller Personen, wobei nur 12 Prozent eine sehr geringe oder minimale *politische Versiertheit* aufweisen.

7.3 Modelle im mehrdimensionalen Raum

Ziel dieses Unterkapitels ist es, festzustellen, inwiefern *themenbasierte Wahlenthaltung* (repräsentiert durch *Abstention* und *Variation*) das individuelle Verhalten in einem mehrdimensionalen Raum abbildet. Verglichen mit dem Modellaufbau der bisherigen empirischen Kapitel ergeben sich folgende Änderungen: Während die bisherigen Modelle separat in zwei eindimensionalen Räumen getestet wurden, werden die hier getesteten Modelle nur im mehrdimensionalen (in unserem Fall zweidimensionalen) Kontext berücksichtigt. Da beide Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation* und *Indifference*) zu dem selben Ergebnis

führen, werden diese nun nicht getrennt analysiert sondern (siehe Kapitel 7.2) zusammengefasst. Dies führt dazu, dass zwei Modelle getestet werden: Modell 1 („Basis“) beinhaltet *Abstention* und *Variation*, womit getestet wird, ob themenbasierende Faktoren das individuelle Verhalten in mehrdimensionalen Räumen erklären kann. Modell 2 („Control“) inkludiert die bekannten Kontrollvariablen (Regierungszufriedenheit, Soziale Zugehörigkeit, Sex, First), womit alternative Erklärungsansätze berücksichtigt werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Modellen ist aus theoretischer Perspektive davon auszugehen, dass sowohl *Abstention* als auch *Variation* eine lineare Zusammenhangsstruktur besitzen. Dies bedeutet, dass (verglichen mit den Interaktionstermen der Kapitel 5 und 6) bei nicht signifikanten Ergebnissen der Regressionskoeffizienten davon auszugehen ist, dass diese Parameter keine relevanten Einflussfaktoren sind. Damit einhergehend sollten auch die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten in diesem Fall nur marginale Differenzen aufzeigen. Tabelle 14 zeigt die beiden Regressionsmodelle im mehrdimensionalen Raum.

Tabelle 14: Regressionsmodelle im mehrdimensionalen Raum

EQUATION	VARIABLES	(1) Basis	(2) Control
Voted	Abstention	-0.29*** (0.024)	-0.26*** (0.026)
	Variation	0.09** (0.037)	0.08** (0.039)
	Regierungszufriedenheit		0.25*** (0.042)
	Soziale Zugehörigkeit		0.19*** (0.019)
	Sex		-0.05 (0.038)
	First		-0.70*** (0.071)
	Observations	18,050	16,535
	Number of country	27	27
	Log-likelihood	-9271	-8339
	Prob > chi2	0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Bevor auf die einzelnen Modelle und deren *predicted probabilities* eingegangen wird, erfolgt zu Beginn ein erster Überblick über die Regressionsmodelle. Wie anhand von Tabelle 14 zu erkennen ist, besitzen beide Modelle signifikante Erklärungsgewalt (p -Wert $< 0,05$). In Bezug auf die Fallzahlen zeigt sich, dass die Modelle im mehrdimensionalen Raum einen deutlich geringeren Wert aufweisen, als die bisher gerechneten eindimensionalen Modelle, was darauf zurückzuführen ist, dass nur Personen berücksichtigt werden, die in beiden verwendeten Dimensionen sowohl eine Selbstpositionierung als auch Parteienpositionen angegeben haben. Dies führt dazu, dass in Modell 2 (mit Kontrollvariablen) knapp 9.000 Personen aus dem ursprünglichen *Sample* nicht berücksichtigt werden konnten. Modell 1 zeigt, dass – entsprechend der theoretischen Erwartungshaltung – *Abstention* einen signifikanten negativen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt. Der Koeffizient von *Variation* zeigt entgegen der theoretischen Erwartungshaltung einen positiven Einfluss, der – verglichen mit *Abstention* – deutlich schwächer ausgeprägt ist. Unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen (Modell 2) sind nur marginale Veränderungen zu beobachten. Sowohl die Stärke als auch die Richtung des Einflusses von *Abstention* und *Variation* sind unverändert, womit davon ausgegangen werden kann, dass diese gemessenen Einflüsse robust sind. Im Hinblick auf die Kontrollvariablen zeigt sich, dass (wie in allen bisherigen Modellen) drei der vier Kontrollvariablen einen hochsignifikanten Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten besitzen. Diese weisen ebenso die erwartete Richtung auf: verstärkte Wahlbeteiligung bei Regierungszufriedenheit und höherer Klassenzugehörigkeit bzw. geringere Beteiligung bei Personen, die zum ersten Mal an einer EP-Wahl teilnehmen können.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass beide getesteten Koeffizienten einen signifikanten Einfluss auf das individuelle Verhalten aufweisen, wobei der Effekt von *Abstention* verglichen mit *Variation* deutlich stärker zu bewerten ist. Die Berücksichtigung der Kontrollvariablen führt zu keinen nennenswerten Veränderungen. Da jedoch die Interpretation der Regressionskoeffizienten nur bedingt Aufschlüsse über die Effektstärke liefern kann, widmen sich die folgenden Unterkapitel den prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Abstention* und *Variation* in beiden Modellen.

7.3.1 Predicted probabilities – Modell mit Abstention und Variation (Modell 1)

Wie in allen bisherigen Kapiteln werden auch an dieser Stelle die Wahrscheinlichkeiten graphisch dargestellt, um eine übersichtliche und möglichst einfache Interpretation zu ermöglichen. Die tabellarische Darstellung der Wahrscheinlichkeiten ist in Appendix E zu finden. Anhand der gerechneten Modelle, sollten die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Abstention* einen negativen linearen Verlauf aufweisen, während bei *Variation* ein schwacher positiver Anstieg zu erwarten ist. Abbildungen 46 und 47 stellen die entsprechenden prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von Modell 1 dar.

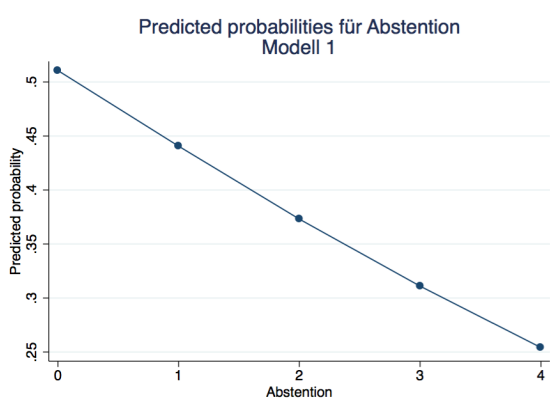


Abbildung46: PP für Abstention - Modell 1

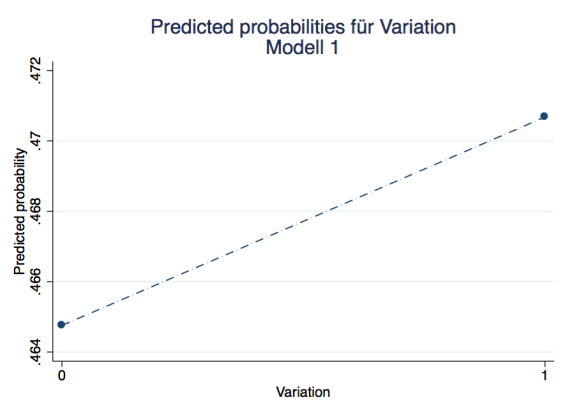


Abbildung47: PP für Variation – Modell 1

Wie schon anhand der Regressionsparameter zu erkennen war, zeigen die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Abstention* den erwarteten negativen Verlauf. Die höchste Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme besitzen demnach Personen, die in keiner Dimension *alienated* bzw. *indifferent* sind (Wert 0), während die geringste Wahlbeteiligung bei Personen zu verzeichnen ist, die in beiden Dimensionen *Alienation* und *Indifference* aufweisen (Wert 4). Auf den ersten Blick würde dies einem „rationalen Verhalten“ im Sinne der *Rational Choice* Theorie entsprechen. Interessant ist jedoch, dass die Differenzen zwischen den einzelnen Ausprägungen geringer sind, als anhand der theoretischen Argumentation vermutet werden könnte. So sinkt die Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme nur um knapp 7 Prozent (von 51% auf 44%), wenn einmal *Alienation* bzw. *Indifference* auftritt (Wert 1) verglichen mit Personen, die nie *alienated* bzw. *indifferent* sind. Dies bedeutet, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* bei geringem Auftreten nur einen schwachen Einfluss auf das individuelle Verhalten aufweisen. Ähnlich geringe Differenzen finden sich zwischen den

Gruppen 1 und 2 sowie 2 und 3. Es muss an dieser Stelle jedoch angemerkt werden, dass nur knapp ein Prozent aller berücksichtigten Akteurinnen Werte von 3 oder 4 aufweisen. Dies bedeutet, dass die Gruppen bei denen wir „rationales Verhalten“ – also eine geringere Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme basierend auf *themenbasierter Wahlenthaltung* – beobachten können, nur eine verschwindend geringe Minderheit ist. Erst mit zunehmendem Auftreten von *themenbasierter Wahlenthaltung* zeigen sich substantielle Unterschiede zu Personen, die – würden sie sich im Sinne von Downs verhalten – zur Wahl gehen sollten. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass *Policies* erst dann ein relevanter Einflussfaktor für die individuelle Wahlbeteiligung darstellen, wenn massive Differenzen zwischen der eigenen Position und den wahrgenommenen Positionen der Parteien vorhanden sind bzw. Akteurinnen in einer Mehrzahl von *Policies* keine Differenzen zwischen Parteien erkennen können. Ist dies nur selten der Fall, so besitzen *Policies* kaum einen Einfluss.

In Bezug auf die Variable *Variation*, zeigen die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten entgegen der theoretischen Annahmen und im Einklang mit den Regressionskoeffizienten einen positiven Verlauf. Wie anhand der Grafik zu erkennen ist, entspricht die Differenz zwischen Personen, die in beiden Dimensionen die gleiche Partei bevorzugen, und Akteurinnen, die in jeder Dimension einer anderen Partei nahe stehen, jedoch nur knapp 1 Prozent. Damit kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Variation der *Utilities* – also unterschiedlich bevorzugte Parteien je nach Dimension – einen nennenswerten Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung besitzt. Dieses Ergebnis bedeutet, dass eine Akteurin in keinem Dilemma (dass zur Wahlenthaltung führen sollte) steht, wenn in verschiedenen *Policy*-Dimensionen unterschiedliche Parteien der Akteurin am nächsten sind. Dementsprechend ist es fraglich, inwiefern die von Merrill und Grofman getätigte Aussage, dass „... *the Downsian proximity model (the traditional spatial model) specifies that utility – i.e., a voter’s quantitative evaluation of a candidate – is a declining function of policy distance from voter to candidate. Thus, a voter’s utility is greatest for a candidate holding identical positions with the voter on all issues and drops off as the candidate’s spatial position recedes from that of the voter.*“ (Grofman/Merrill 1999, S. 20-21) in einem mehrdimensionalen Kontext zwingend zutrifft.

7.2.2 Predicted probabilities – Modell mit Kontrollvariablen (Modell2)

In diesem Unterkapitel werden die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten des Modells „Control“ dargestellt, die alternative Erklärungsansätze wie z.B. Regierungszufriedenheit oder soziale Zugehörigkeit berücksichtigen. Anhand der Ergebnisse der Regression ist zu erwarten, dass die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Abstention* und *Variation* sich nicht nennenswert von den Wahrscheinlichkeiten des Modells 1 unterscheiden. Abbildungen 48 und 49 zeigen die entsprechenden Grafiken.

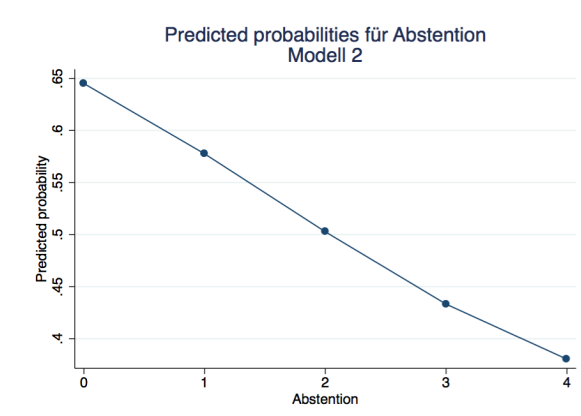


Abbildung48: PP für Abstention - Modell 2

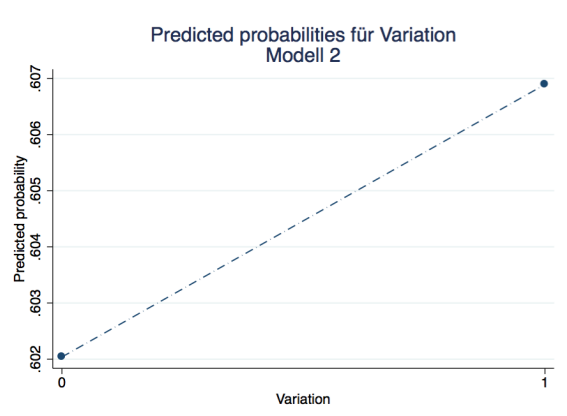


Abbildung49: PP für Variation – Modell 2

Die Berücksichtigung der Kontrollvariablen führt – wie erwartet – nur zu marginalen Veränderungen der Effektstärke von *Abstention* und *Variation*. Wie schon im vorhergehenden Modell sinkt die Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme bei verstärktem Auftreten von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*, wobei sich – verglichen mit Personen die keine Anzeichen von *themenbasierter Wahlenthaltung* zeigen, also weder *alienated* noch *indifferent* sind – erst mit zunehmender Anzahl eine nennenswerte Differenz zwischen den Gruppen zeigt. Ebenso ist für die Variable *Variation* keine Differenz zwischen den Gruppen zu beobachten. Der geringe Einfluss der Variation der *Utilities* kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden, wobei die Anzahl der verwendeten Dimensionen, eine geringe Relevanz der EU-Dimension oder die Falsifikation des theoretischen Ansatzes am wahrscheinlichsten sind. Da diese Arbeit nur zwei Dimensionen verwendet, ist es möglich, dass die Variation der *Utilities* für eine Akteurin erst dann von Relevanz ist, wenn dies in mehreren Dimensionen (zumindest mehr als die hier getesteten) der Fall ist. Einen alternativen Erklärungsansatz liefern die bisherigen empirischen Ergebnisse, die zeigen, dass die EU-Dimension aus der Perspektive

der Wählerinnen eine geringere Relevanz für die individuelle Wahlbeteiligung besitzt, als die L/R-Dimension. Es kann daher sein, dass Personen, denen in der EU-Dimension eine andere Partei näher steht als in der L/R-Dimension, trotzdem zur Wahl gehen, da sie der L/R-Dimension eine höhere Bedeutung zumessen. Des Weiteren könnte die Variation der *Utilities* auch unter Berücksichtigung eines individuellen *Policy-Space* keinen Einfluss auf das Verhalten besitzen, womit die theoretischen Annahmen verworfen werden müssten. Es empfiehlt sich daher, dieses Konzept für einen Datensatz mit mehr als zwei Dimensionen zu wiederholen um letztendlich festzustellen welche der genannten Möglichkeiten zutrifft.

Zusammenfassend zeigen beide Modelle, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* zwar einen Einfluss auf das individuelle Verhalten haben können, welcher jedoch geringer ist als man anhand der Argumentation der *Rational Choice* Theorie erwarten würde. Die Betonung hierbei sollte auf *können* gelegt werden. Bei vermehrtem Auftreten von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* ist eine signifikant geringere Wahlbeteiligung zu beobachten (verglichen mit Personen bei denen *Alienation/Indifference* nicht auftritt). Jedoch entspricht diese Gruppe bei der wir „rationales Verhalten“ beobachten können, nur einer verschwindend geringen Minderheit der untersuchten Personen.

7.4 Politische Versiertheit und der Einfluss von themenbasierter Wahlenthaltung im mehrdimensionalen Raum

Während wir bisher den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* in einem mehrdimensionalen Kontext untersucht haben, sollte nicht vergessen werden, dass auch die individuellen Ressourcen einer Akteurin den Einfluss von *Policies* entscheidend beeinflussen. Demzufolge verknüpft dieses Kapitel die Erkenntnisse aller bisherigen empirischen Modelle, indem zusätzlich zu den beiden mehrdimensionalen Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Abstention* und *Variation*) auch die *politische Versiertheit* einer Akteurin berücksichtigt wird.

Wie wir in Kapitel 7.2 besprochen haben, ist die Berücksichtigung der *politischen Versiertheit* nicht trivial, da die bisherige Form die theoretische Verknüpfung zwischen *politischer Versiertheit* und Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* zu testen – nämlich mittels Interaktionstermen – zu Problematiken führt. Ungeachtet dessen ergeben sich zwei Möglichkeiten, bei denen eine Verwendung des Interaktionsterms einen inhaltlichen Mehrwert liefert: Erstens, kann die prognostizierte Wahrscheinlichkeit der Merkmalsausprägung 1 des Interaktionsterms mit dem Wert 1 von *Abstention* verglichen werden, wodurch zusätzliche Informationen über den Einfluss von *Policies* bei sehr geringer Versiertheit gewonnen werden kann, da hier die Einflüsse von *themenbasierter Wahlenthaltung* und *politischer Versiertheit* klar zuordenbar⁸⁵ sind. Zweitens, ergeben höhere Werte des Interaktionsterms einen tendenziellen Aufschluss darüber, wie stark der Einfluss der Variable *Abstention* bei hoher Versiertheit ist. Tabelle 15 zeigt das Regressionsmodell mit Interaktionsterm.

Tabelle 15: Regressionsmodell mit Interaktionsterm

EQUATION	VARIABLES	(3) Interaktion
Voted	Abstention	-0.74*** (0.061)
	Variation	0.08** (0.039)
	Interaktion	0.19*** (0.022)
	Regierungszufriedenheit	0.25*** (0.042)
	Soziale Zugehörigkeit	0.18*** (0.020)
	Sex	-0.01 (0.038)
	First	-0.67*** (0.071)
	Observations	16,535
	Number of country	27
	Log-likelihood	-8301
Prob > chi2	0.00	

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

⁸⁵ Multiplikation 1*1=1, daher müssen sowohl Abstention als auch die politische Versiertheit den Wert 1 besitzen

Verglichen mit Modell 2 weisen alle bisher verwendeten Parameter die gleiche Struktur (Signifikanz, Vorzeichen) auf. Dies zeigt, dass die Inklusion des Interaktionsterms nichts an der Robustheit der Ergebnisse verändert. Der Interaktionsterm selbst ist hochsignifikant und weist ein positives Vorzeichen auf. Die Zusammenhangsstruktur dieser Variable ist jedoch aus theoretischer Sicht nur bedingt vorhersehbar, somit kann nicht explizit gesagt werden, wie sich individuelle Akteurinnen bei höheren Werten des Interaktionsterms verhalten sollen. Allgemein gilt, dass die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der Merkmalsausprägung 0 von *Abstention* und Interaktion gleich sein sollten, da in beiden Variablen dieselben Akteurinnen mit 0 klassifiziert werden. Tendenziell ist davon auszugehen, dass die Wahrscheinlichkeiten der höchsten Merkmalsausprägungen keine Unterschiede zur Gruppe 0 aufweisen, da eine hohe Versiertheit aus den oben genannten Gründen dazu führt, dass *Policies* für das individuelle Verhalten nicht relevant sind. Tabelle 16 zeigt die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten für *Variation*, *Abstention* und Interaktion von Modell 3.

Tabelle 16: PP des Modells mit Interaktionsterm⁸⁶

	Variation	Abstention	Interaktion
0	0,601842	0,641303	<i>0,641303</i>
1	0,607721	0,585499	0,479548
2	-	0,502643	0,506532
3	-	0,420445	0,593424
4	-	0,371947	0,586685
6	-	-	0,525591
8	-	-	0,63789
9	-	-	0,481488
12	-	-	<i>0,615929</i>
16	-	-	<i>0,645048</i>

Wie auch schon anhand der Regressionskoeffizienten zu sehen ist, weisen die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Variation* und *Abstention* nur marginale Unterschiede in der Effektstärke verglichen mit den vorhergehenden Modellen auf. Die Variation der *Utilities* besitzt weiterhin keinen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung, während *Abstention* den bekannten linearen Verlauf aufweist. Auch in diesem Modell zeigt sich, dass sich – verglichen mit Personen, die in keiner Dimension *alienated* bzw. *indifferent* sind – erst ab einem

⁸⁶ Die im Text besprochene Analyse wird in Tabelle 16 grafisch herausgehoben. Wahrscheinlichkeiten die kursiv bzw. fett abgebildet sind, werden miteinander verglichen.

höheren Wert signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen ergeben. *Policies* sind also nur dann von Relevanz, wenn *themenbasierte Wahlenthaltung* entsprechend oft auftritt. Der Interaktionsterm weist die erwartete nichtlineare Zusammenhgangsstruktur auf. Die prognostizierte Wahrscheinlichkeit für Personen, die nicht *alienated* bzw. *indifferent* sind (Wert 0), ist in allen getesteten Modellen – wie erwartet – am höchsten. Für höhere Werte des Interaktionsterms (12 bzw. 16) zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme annähernd gleich hoch ist wie bei Personen, die nie *Alienation* oder *Indifference* aufweisen, wodurch davon ausgegangen werden kann, dass eine hohe Versiertheit auch in mehrdimensionalen Modellen den Einfluss von *Policies* moderiert. Von besonderem Interesse sind die *predicted probabilities* von *Abstention* und *Interaktion* für den Wert 1. Bei *Abstention* handelt es sich um alle Akteurinnen, die einmal *Alienation* bzw. *Indifference* aufweisen, aber im Hinblick auf die *politische Versiertheit* der Akteurinnen variieren. Der Wert 1 des Interaktionsterms beinhaltet Personen, die ebenfalls nur einmal *Alienation* und *Indifference* aufweisen, jedoch weisen alle Akteurinnen die geringste *politische Versiertheit* auf. Die Differenz zwischen der Merkmalsausprägung 1 beider Variablen beträgt annähernd 9 Prozent. Wie schon in Kapitel 5 lässt sich auch an dieser Stelle beobachten, dass eine besonders geringe Versiertheit den Einfluss von *Policies* verstärkt bzw. im Umkehrschluss mit zunehmender Versiertheit das individuelle Verhalten durch andere Faktoren beeinflusst wird.

Wenn wir nun eine klare Zuordnung der Einflüsse von *themenbasierter Wahlenthaltung* und *politischer Versiertheit* untersuchen wollen, müssen wir auf den in Kapitel 7.2 präsentierten „Kunstgriff“ zurückgreifen und die in Kapitel 7.3 präsentierten Modelle für mehrere Gruppen – die sich in ihrer *politischen Versiertheit* unterscheiden – berechnen. Die hierzu generierte Variable „*politische Versiertheit neu*“ samt Häufigkeitstabelle wurde in Kapitel 7.2 dargestellt. Diese Häufigkeiten entsprechen jedoch nicht den Fallzahlen der nun zu berechnenden Regressionsmodelle, da nur Personen inkludiert werden können, die in beiden Dimensionen sowohl eine eigene Position als auch die wahrgenommenen Parteienpositionierungen angegeben haben. Da sich nur minimale Differenzen zwischen den Modellen 1 und 2 aus Kapitel 7.2 ergeben haben, werden in diesem Kapitel jeweils nur die „Control“-Modelle (unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen) dargestellt. Tabelle 17 zeigt die Fallzahlen der Regressionsmodelle.

Tabelle 17: Fallzahlen je nach politischer Versiertheit (Total 16535)

Gruppe	Fallzahl
1	1116
2	4152
3	6756
4	4511

Je nach politischer Versiertheit schwanken die Differenzen zwischen den ursprünglichen Fallzahlen (Tabelle 16) und den inkludierten Akteurinnen (Tabelle 17). Es zeigt sich folgender Trend: Je höher die Versiertheit einer Akteurin, desto geringer der Anteil an Personen, die aufgrund von fehlenden Werten nicht berücksichtigt werden können. Dies deckt sich teilweise auch mit den Ergebnissen aus Kapitel 6, die zeigten, dass bei einer sehr geringen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*, die *politische Versiertheit* entscheidend die Anzahl an fehlenden Werten beeinflusst. Da bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden muss, dass die jeweiligen Fallzahlen sich in Mehrebenenmodellen nochmals in Untergruppen (in unserem Fall in 27 Gruppen, je nach Mitgliedsland) unterteilen, kann es vorkommen, dass aufgrund der geringen Fallzahl nur geringe Effektstärken zu beobachten sind. Tabelle 18 beinhaltet die Regressionsparameter je nach *politischer Versiertheit* einer Akteurin. Die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten sind in Appendix E enthalten.

Tabelle 18: Regressionsmodelle je nach politischer Versiertheit

EQUATION	VARIABLES	(1) Vers.=1	(2) Vers.=2	(3) Vers.=3	(4) Vers.=4
Voted	Abstention	-0.22*** (0.082)	-0.16*** (0.046)	-0.26*** (0.042)	-0.23*** (0.063)
	Variation	0.20 (0.138)	0.02 (0.072)	0.04 (0.061)	0.19** (0.085)
	Regierungszufriedenheit	0.44*** (0.148)	0.31*** (0.079)	0.25*** (0.065)	0.02 (0.091)
	Soziale Zugehörigkeit	0.10 (0.067)	0.13*** (0.035)	0.13*** (0.031)	0.25*** (0.044)
	Sex	0.09 (0.142)	0.06 (0.073)	0.08 (0.060)	0.08 (0.088)
	First	-0.19 (0.225)	-0.71*** (0.118)	-0.72*** (0.117)	-0.44** (0.184)
	Observations	1,116	4,152	6,756	4,511
	Number of country	27	27	27	27
	Log-likelihood	-611.6	-2283	-3323	-1780
	Prob > chi2	0.00244	0.00	0.00	0.00

Standard errors in parentheses
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Anhand der p-Werte ist ersichtlich, dass in allen berechneten Modellen *Abstention* einen signifikanten Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten besitzt, während die Variation der *Utilities* nur bei Akteurinnen mit höchster *politischer Versiertheit* eine Rolle spielen. Da jedoch auch in dieser Gruppe nur geringe Differenzen hinsichtlich der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten auftreten, ist dies vernachlässigbar. Der überwiegende Anteil der Parameter weist sowohl in Bezug auf die Vorzeichen, als auch der Signifikanz keine Unterschiede zu Modell 2 auf. Für die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten ist feststellbar, dass teilweise nur geringe Unterschiede zwischen den Gruppen zu beobachten sind, was jedoch auf die oben besprochene Fallzahlenproblematik zurückzuführen ist. Die größte Differenz ergibt sich – wie zu erwarten war – zwischen Personen mit geringster bzw. höchster *Versiertheit*⁸⁷. Abbildung 50 zeigt den Verlauf der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von *Abstention* bei Personen mit höchster bzw. geringster *Versiertheit*.

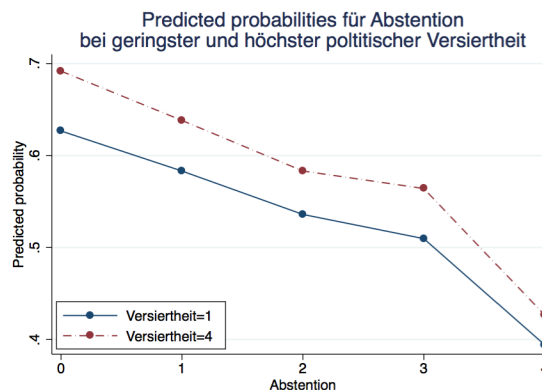


Abbildung50: PP für Abstention - Modell 2

Die Abbildung zeigt, dass für alle Merkmalsausprägungen Akteurinnen mit höchster *politischer Versiertheit* eine größere Wahrscheinlichkeit besitzen, zur Wahl zu gehen, als Personen mit geringer *Versiertheit*. Beide Gruppen weisen einen annähernd linearen Verlauf der Variable *Abstention* auf, wobei besonders große Differenzen zwischen Personen, die in allen Dimensionen Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* (*Alienation, Indifference*) aufweisen (Wert 4) und Personen, für die dies nie zutrifft (Wert 0), feststellbar sind.

⁸⁷ Die numerische Darstellung der Wahrscheinlichkeiten ist in Appendix E zu finden.

Akteurinnen, die eine sehr hohe Versiertheit besitzen und nur einmal⁸⁸ *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen, besitzen annähernd die gleiche Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme, wie Personen, die nicht *alienated* bzw. *indifferent* sind, jedoch eine minimale Versiertheit aufweisen. Darüber hinaus weist die letztgenannte Gruppe verglichen mit sehr versierten Personen, die häufig Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* wie *Alienation* oder *Indifference* aufweisen⁸⁹, nur eine marginale Differenz der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten von 6 Prozent auf. Dies bedeutet, dass die *politische Versiertheit* einer Akteurin den Einfluss von *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* deutlich verringert.

7.5 Validierung der Ergebnisse

Wie in Kapitel 5, wird auch an dieser Stelle die Robustheit der Ergebnisse anhand dreier Teilbereiche getestet: Zu Beginn erfolgt die Variation der Schwellwerte für *Alienation* und *Indifference*. Anschließend erfolgen ein Test auf Überrepräsentation der Wählerinnen im Datensatz, sowie eine Überprüfung ob *fixed-effects* Modelle zu anderen Ergebnissen als *random-effects* Modelle führen. Für den Aufbau und die Motivation dieses Unterkapitels, sei auf Kapitel 5.5 verwiesen. Die Validierung der Variable *Abstention* erfolgt „indirekt“ mittels Variation der Schwellwerte von *Alienation* und *Indifference*. Dies ist notwendig, da diese nur bedingt auf einer theoretischen Argumentation basieren. Eine Erhöhung der Schwellwerte würde einer konservativeren Operationalisierungsstrategie entsprechen und zu geringeren Werten von *Alienation* und *Indifference* respektive *Abstention* führen. Eine Verringerung der Schwellwerte hingegen würde zum gegenteiligen Effekt führen, wodurch die genannten Werte ansteigen. Betreffend die in diesem Kapitel präsentierten Ergebnisse, zeigen sich keine nennenswerten Änderungen der Regressionskoeffizienten bzw. der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten bei einer Variation der Schwellwerte. Einzige Ausnahme bildet Wert 4 der Variable *Abstention* bei erhöhten Schwellwerten. Aufgrund zu geringer Fallzahlen kann für diese Gruppe keine Wahrscheinlichkeiten für die individuelle Wahlbeteiligung prognostiziert werden. Da die Fallzahlen bei einer Unterteilung des Samples anhand der *politischen Versiertheit* (wie in Kapitel 7.3) weiter sinken, wurden nur die Modelle aus Kapitel 7.2 validiert.

⁸⁸ Wert der Variable *Abstention* ist 1

⁸⁹ Wert der Variable *Abstention* ist 3

Wie wir wissen, unterscheiden sich drei Länder (Malta, Luxemburg und Belgien) von den restlichen 24 Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Differenz zwischen angegebenen Wahlverhalten und der tatsächlichen Wahlbeteiligung. In allen genannten Staaten ist – aus verschiedensten Gründen – nur ein geringer Unterschied zu beobachten. Tabelle 19 zeigt die Regressionskoeffizienten der Modelle 1 bis 3 unter Exklusion von Malta, Luxemburg und Belgien.

Tabelle 19: Regressionsmodelle ohne MLT, LUX, BEL

EQUATION	VARIABLES	(1) Basis	(2) Control	(3) Interaktion	
Voted	Abstention	-0.29*** (0.025)	-0.27*** (0.027)	-0.74*** (0.063)	
	Variation	0.09** (0.037)	0.08** (0.039)	0.09** (0.040)	
	Interaktion			0.18*** (0.022)	
	Government_Approval		0.25*** (0.042)	0.25*** (0.042)	
	Social_Class		0.20*** (0.020)	0.18*** (0.020)	
	Sex		-0.06 (0.039)	-0.02 (0.039)	
	First			-0.72*** (0.073)	
	Observations		16,243	14,926	14,926
	Number of country		24	24	24
	Log-likelihood		-8803	-7921	-7886
Prob > chi2		0.00	0.00	0.00	

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Für alle berechneten Modelle ergibt sich ein p-Wert kleiner 0,05, womit eine signifikante Erklärungsgewalt gewährleistet ist. Die berechneten Parameter weisen die erwartete Signifikanz bzw. Effektstärke auf, wobei – verglichen mit den ursprünglichen Modellen – nur minimale Unterschiede der Koeffizienten feststellbar sind. Die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten sind in Appendix E dargestellt, an dieser Stelle werden exemplarisch die Werte für *Abstention* und *Variation* aus Modell 2 besprochen (Abbildungen 51 und 52).

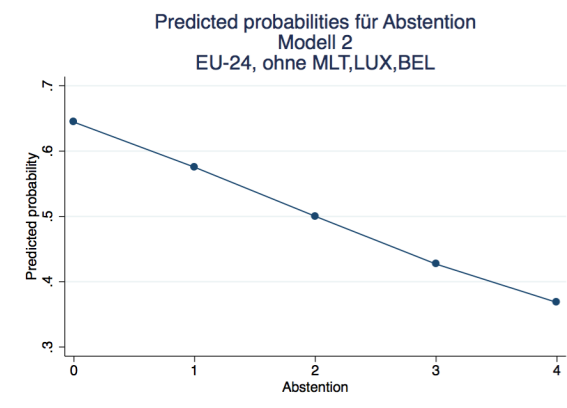


Abbildung51: PP für Abstention - Modell 2

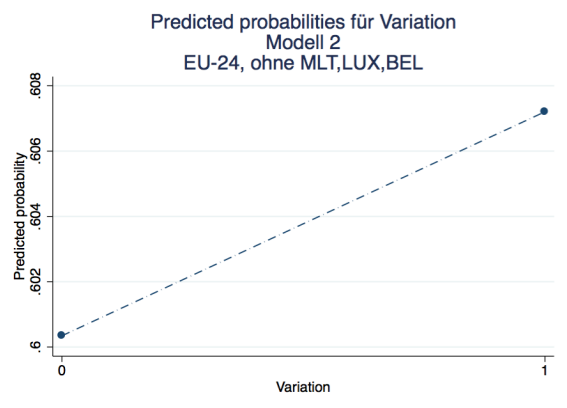


Abbildung52: PP für Variation – Modell 2

Wie in Abbildung 51 zu sehen ist, verändert sich der Verlauf der Wahrscheinlichkeiten für *Abstention* nicht, wenn Malta, Luxemburg und Belgien nicht berücksichtigt werden. Es zeigen sich jedoch zwei interessante Ergebnisse, auf die eingegangen werden soll: Erstens, sind keine Änderungen der Verlaufsstruktur der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten verglichen mit den Ursprungsmodellen zu beobachten. Dies ist insofern von Interesse, als dass die Ergebnisse der Validierung in Kapitel 5 auch in einem mehrdimensionalen Kontext bestätigt werden können. Zweitens verringert sich die Effektstärke von *Abstention* im Modell mit 24 Mitgliedsstaaten kaum. Zwischen Personen, die nie *alienated* und *indifferent* sind (Wert von *Abstention* ist 0) und *Akteuren* mit maximaler *themenbasierter Wahlenthaltung* (Wert 4), ergibt sich eine Differenz von ca. 25 Prozent (im Modell mit allen Staaten zeigte sich zwischen diesen Gruppen ein Unterschied von ca. 26 Prozent). Dies bedeutet, dass eine Überrepräsentation der Wählerinnen nur zu einer minimalen Verzerrung der Effektstärke von *Policies* auf die individuelle Wahlbeteiligung führt. Während bei *Abstention* geringe Differenzen zu den ursprünglichen Modellen vorhanden sind, ist in Hinblick auf *Variation* kein nennenswerter Unterschied zu verzeichnen. Wie in allen Modellen ist die *Variation* der *Utilities* irrelevant für die Entscheidung, ob eine Akteurin zur Wahl geht oder nicht. Wie an Tabelle 19 abgelesen werden kann, wurde ebenfalls getestet, welche Veränderungen sich unter der Berücksichtigung des Interaktionsterms von *Abstention* und *politischer Versiertheit* ergeben. Auch hier gilt, dass die Multiplikation der beiden Variablen nur erste Tendenzen liefern kann, da die Zusammenhangsstruktur dieser Variable nur bedingt erklärbar ist. Tabelle 20 zeigt die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten für Modell 3.

Tabelle 20: Prognostizierte Wahrscheinlichkeiten - Modell 3

	Variation	Abstention	Interaktion
0	0,600063	0,640506	0,640506
1	0,607608	0,583018	0,477195
2	-	0,499027	0,504685
3	-	0,411356	0,591285
4	-	0,346745	0,587183
6	-	-	0,523629
8	-	-	0,636909
9	-	-	0,478556
12	-	-	0,626225
16	-	-	0,641286

Für die Effektstärken von *Variation* und *Abstention* zeigen sich keine nennenswerten Differenzen zu dem Modell mit allen Mitgliedsstaaten. In beiden Fällen tritt *themenbasierte Wahlenthaltung* einmal auf, jedoch beinhaltet der Interaktionsterm nur Personen mit geringster *politischer Versiertheit*, während die Merkmalsausprägung 1 der Variable *Abstention* Akteurinnen mit unterschiedlicher Versiertheit beinhaltet (Werte in der Tabelle fett dargestellt). Auch hier ist die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen bei Personen mit minimaler Versiertheit verglichen mit *Abstention* deutlich geringer. Dies zeigt, dass eine höhere Versiertheit bei einem konstanten Wert von *Abstention* zu einem geringeren Einfluss von *Policies* führt. Auf eine Unterteilung des *Samples* in vier Untergruppen (je nach *politischer Versiertheit*) samt Kalkulation der entsprechenden Regressionsmodelle, wurde aufgrund der Fallzahlenproblematik verzichtet.

Abschließend stellt sich die Frage, ob sich die Ergebnisse ändern, wenn die Ländervariable als *random effect* (RE) gesetzt wird. Hierbei kann es sein, dass Missspezifikationen in der Modellauswahl zu ineffizienten Schätzern führen. Wie in Kapitel 5 werden auch an dieser Stelle Hausman-Tests verwendet. Zur Erinnerung: Unter Annahme der Nullhypothese gilt, dass sowohl RE- als auch FE-Modelle konsistente Schätzer liefern, RE-Modelle jedoch effizientere Parameter besitzen. Unter Annahme der Alternativhypothese führen RE-Modelle zu inkonsistenten Schätzern, womit FE-Modelle verwendet werden sollten. Für alle Modelle des Kapitels 7.2 wurden Hausman-Tests gerechnet, deren Ergebnisse in Tabelle 21 dargestellt werden.

Tabelle 21: Ergebnisse des Hausman-Tests

	Modell 1 – „Basis“	Modell 2 – „Control“
Testgröße	8.47	10.04
p-Wert	0.45	0.39

Wie schon in den eindimensionalen Modellen ist auch hier feststellbar, dass die Ergebnisse des Hausman-Tests für beide Modelle ein RE-Modell bevorzugen würden. Dies bedeutet, dass die in Kapitel 7 gerechneten Modelle mit ineffizienten Schätzern arbeiten würden. Da jedoch die Validierung der Ergebnisse in Kapitel 5 gezeigt hat, dass der Hausman-Test zwar signifikante Unterschiede anzeigt, aber die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten der RE-Modelle sich nur marginal von denen der FE-Modelle unterscheiden, wurde auch an dieser Stelle für beide Modelle die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten berechnet. Wie im eindimensionalen Fall zeigen sich nur sehr geringe Unterschiede in Bezug auf die Effektstärke der Regressionskoeffizienten bzw. der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten. Exemplarisch hierfür zeigen die Abbildungen 53 und 54 die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten⁹⁰ von *Alienation* und *Variation* in Modell 2.

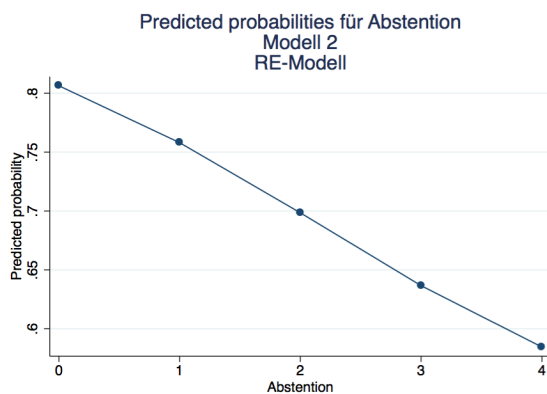


Abbildung 53: PP für Abstention - Modell 2

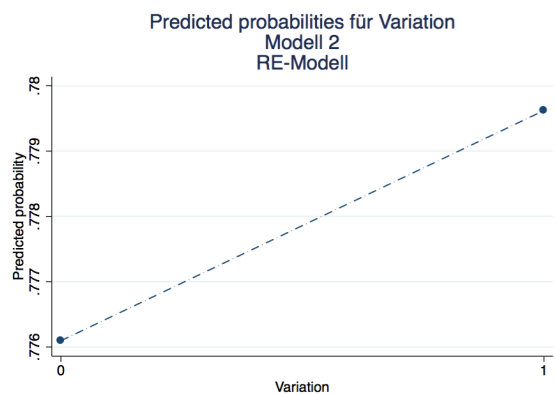


Abbildung 54: PP für Variation – Modell 2

Wie anhand der Grafiken zu sehen ist, verändern sich die Verlaufsstrukturen der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten bei beiden Variablen in RE-Modellen nicht. Während die absoluten Werte der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten in RE-Modellen etwas höher sind

⁹⁰ Die Regressionsterme sowie eine tabellarische Darstellung der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten sind in Appendix E zu finden.

als in FE-Modellen, können im Hinblick auf die Effektstärken nur sehr geringe Unterschiede festgestellt werden. Wie in den eindimensionalen Modellen konnte gezeigt werden, dass RE-Modelle tendenziell einen geringeren Effekt von *Policies* sehen. So beträgt die Differenz der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten zwischen Personen, die nie *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen (Wert von *Abstention* ist 0), und Personen mit maximaler Ausprägung (Wert von *Abstention* ist 4), in FE-Modellen ca. 26 Prozent, in RE-Modellen nur 23 Prozent. Dies bedeutet, dass zwar ein Unterschied von 3 Prozent messbar ist, die inhaltliche Interpretation jedoch konsistent bleibt. *Themenbasierte Wahlenthaltung* besitzt nur dann einen nennenswerten Einfluss auf die Wahlbeteiligung, wenn diese entsprechend oft auftritt. Die Variation der *Utilities* spielt – wie in Abbildung 54 zu sehen ist – keine Rolle für das individuelle Verhalten. Dies führt zu der gleichen Conclusio wie in Kapitel 5, dass sowohl aus theoretischer Perspektive (die Effekte des Mitgliedsstaats sind auf alle Wahlberechtigten des entsprechenden Landes gleich), wie auch aus statistischem Blickwinkel (siehe Kapitel 5.5 bzw. Skrondal et al. 2005) ein *fixed-effects* (FE) Modell verwendet werden sollte.

7.5 Fazit zum individuellen Verhalten in mehrdimensionalen Räumen

Ziel dieses Kapitels war es, festzustellen, wie sich Akteurinnen in einem mehrdimensionalen Raum verhalten, basierend auf den Ansätzen der *Rational Choice* Theorie sowie den Modellen der politischen Psychologie. Dies ist insofern von Interesse, da bisherige Modelle, die den Einfluss von *Policies* mittels *Alienation* und *Indifference* testen, meist nur mit einem eindimensionalen Raum arbeiten. Basierend auf Krosnick et al. (2004) geht diese Arbeit jedoch davon aus, dass Entscheidungsverfahren in einem mehrdimensionalen Kontext ein wesentliches Charakteristikum zur Erklärung des individuellen Verhaltens darstellen. Hierbei wurden drei Schwerpunkte gesetzt:

Erstens wurde überprüft, welchen Einfluss Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* in mehrdimensionalen Modellen besitzen. Es wurde (siehe Hypothese 2-1) ein linearer Verlauf angenommen, also mit zunehmendem Auftreten sollte ein verstärkter Einfluss gemessen werden. Um dies zu testen wurde ein additiver Index (*Abstention*) aus *Alienation* und

Indifference gebildet. Dies ist angesichts der Ergebnisse durchaus zu beobachten. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* erst ab einer gewissen Häufung die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen senkt. Verglichen mit Akteurinnen, die nicht *alienated* bzw. *indifferent* sind, ergeben sich nur dann relevante (Differenz der Wahrscheinlichkeiten von mehr als 10 Prozent) Unterschiede, wenn mindestens drei oder vier Mal *themenbasierte Wahlenthaltung* auftritt. Da dies nur bei einer geringen Anzahl von Personen (ca. 1% der Stichprobe) feststellbar ist, sehen wir einen weiteren Grund für den geringen Einfluss von früheren Studien, die nur auf einem eindimensionalen *Policy-Space* beruhen.

Zweitens wurde angenommen, dass eine Variation der *Utilities* (wenn in jeder Dimension eine andere Partei einer Akteurin inhaltlich am nächsten steht) ein weiterer Einflussfaktor für das Verhalten einer Person darstellt. Dies wurde damit begründet, dass in einer solchen Konstellation der erwartete *Benefit* einer Person zu gering ist, um an einer Wahl zu partizipieren (siehe Grofman/Merill 1999). Diese Hypothese kann jedoch angesichts der Ergebnisse nicht gehalten werden. Zwar sind in den meisten Modellen die Regressionskoeffizienten signifikant, die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten weisen jedoch nur geringe Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen, die vernachlässigbar sind, auf. Dieser geringe Einfluss kann durch folgende Ansätze erklärt werden:

1. Eine zu geringe Anzahl an verwendeten Dimensionen (in dieser Arbeit werden nur zwei Dimensionen getestet)
2. Eine unterschiedliche Gewichtung der Relevanz der Dimensionen (L/R-Dimension besitzt eine höhere Erklärungsgewalt für die Erklärung des individuellen Verhaltens)
3. Die theoretischen Annahmen entsprechen nicht der Realität, womit die Variation der *Utilities* für das Verhalten von individuellen Akteurinnen nicht von Relevanz ist.

Da diese Arbeit keine der genannten Gründe ausschließen kann, sollte dieses Konzept in einem mehrdimensionalen Kontext (gegebenenfalls bei nationalen Wahlen) getestet werden.

Drittens wurden die Erkenntnisse der bisherigen empirischen Kapitel in Bezug auf die individuellen Ressourcen einer Akteurin berücksichtigt. Da die *politische Versiertheit* ein zentraler Faktor für den Einfluss von *Policies* ist (siehe Kapitel 5) wurde getestet, inwiefern sich die Resultate in einem mehrdimensionalen Kontext von den eindimensionalen Modellen unterscheiden. Es wurde gezeigt, dass auch in einem mehrdimensionalen politischen Raum die *politische Versiertheit* einer Akteurin den Einfluss von *Policies* moderiert. Je geringer die Versiertheit, desto stärker der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung*. Insbesondere, wenn die Wahrscheinlichkeiten zur Wahlteilnahme von Personen mit unterschiedlicher Versiertheit verglichen werden, ist feststellbar, dass Akteurinnen mit hoher Versiertheit zur Wahl gehen, auch wenn sie mehrmals *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen. Ein Modell, das nur auf *Rational Choice* beruht, würde argumentieren, dass sich diese Personen nicht rational verhalten. Jedoch ist dies nicht zutreffend. Wird das theoretische Modell erweitert, zeigt sich, dass anstelle von *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* andere Faktoren ausschlaggebend sind, die das individuelle Verhalten determinieren. Die Nutzenfunktion einer Akteurin entspricht schlichtweg nicht den Annahmen von *Rational Choice*, zumindest für eine Mehrheit der Akteurinnen. Wie diese Ergebnisse zeigen, verhält sich nur ein Bruchteil aller Akteurinnen so, wie dies die *Rational Choice* Theorie erwarten ließe.

8. Conclusio

Die Beteiligung an Wahlen und deren Stellenwert für ein demokratisches System ist ein elementarer Bestandteil von Demokratie- und Wahlforschung. Unabhängig davon, welches theoretische Konzept für Demokratie zugrunde gelegt wird, eine Gemeinsamkeit weisen sie alle auf: Wahlen sind ein zentrales Kernelement für die Funktionsweise von Demokratien. Dementsprechend gehört die Frage, warum manche Personen an Wahlen partizipieren und andere nicht, zu den zentralsten Fragen der Politikwissenschaft und beschäftigt Wissenschaftlerinnen seit Jahrzehnten. Wie diese Dissertation gezeigt hat, sind hierfür viele theoretische Konzepte vorhanden, deren Ziel es ist, die Beteiligung an Wahlen anhand von institutionellen (wie beispielsweise die Wahlpflicht) oder individuellen Faktoren (z.B. soziodemographische Charakteristika) zu erklären.

Bedingt durch den Verlust der Erklärungsgewalt von sozio-ökonomischen Modellen sind theoretische Konzepte, die individuelle Charakteristika einer Person in den Mittelpunkt stellen, seit einiger Zeit im Vormarsch. Eine zentrale Denkschule hierfür ist die *Rational Choice* Theorie. Laut diesem Ansatz verhalten sich Personen rational und treffen ihre Entscheidungen anhand einer Kosten-/Nutzen Rechnung. Während *Rational Choice* heutzutage eine beinahe dominante Position in Modellen zur Erklärung des Wahlverhaltens (also welche Partei gewählt wird) einnimmt, so wird dieses Konzept für die Partizipation an Wahlen nur bedingt angewandt. Sofern dies der Fall ist, zeigten bisherige Studien jedoch theoretische und empirische Probleme, insbesondere der *Calculus of Voting*. Als Alternative zu den vorhandenen Konzepten können auf *Policies* basierende Faktoren (*Alienation* und *Indifference* bzw. *themenbasierte Wahlenthaltung*) verwendet werden, mit deren Hilfe die Wahlenthaltung mittels *Rational Choice* Framework erklärt werden kann. Wie frühere Studien zeigen, besitzen diese Faktoren meist nur eine geringe oder gar keine Aussagekraft. Ein großer Anteil an Akteurinnen geht zur Wahl, obwohl diese als *alienated* bzw. *indifferent* klassifiziert werden können. Wie Melton in seiner wegweisenden Arbeit (2009) darstellt, ist dies teilweise durch mangelhafte Operationalisierung bedingt. Die zentrale Erkenntnis ist jedoch, dass individuelle Akteurinnen sich nicht nur in ihren *Policy* Positionen unterscheiden, sondern auch persönliche Attribute den Einfluss von *Policies* moderieren können.

Diese zentrale Erkenntnis führt zu der Frage, **unter welchen Bedingungen *Policies* die Entscheidung, ob an einer Wahl partizipiert wird oder nicht, beeinflussen**, die in dieser Arbeit beantwortet wird. Die grundlegende Annahme dieser Arbeit ist, dass sich Akteurinnen „rational“ (also im Sinne der *Rational Choice* Theorie) verhalten können, dies jedoch nur auf einen geringen Teil zutrifft. Diese Arbeit geht davon aus, dass *Rational Choice* Modelle zur Erklärung der individuellen Wahlbeteiligung ihr theoretisches Modell zu eng fassen, wodurch die Differenzen zwischen Theorie und Empirie erklärt werden können. Dementsprechend wurden anhand eines theoretischen Frameworks, der über *Rational Choice* hinausgeht, der Entscheidungsprozess einer individuellen Akteurin dargestellt und basierend darauf Hypothesen gebildet, deren Ziel es ist, festzustellen, wann *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* ausschlaggebend für individuelle Wahlbeteiligung sind. Das Ziel dieses Kapitels ist es, die Resultate der durchgeführten Analyse verdichtet wiederzugeben sowie Implikationen für eine Weiterentwicklung der theoretischen Modelle zu liefern. Dieses Kapitel gliedert sich wie folgt: Zu Beginn wird kurz die Forschungslücke sowie der theoretische Rahmen umrissen, mit deren Hilfe die Fragestellung beantwortet werden soll. Darauf aufbauend folgt eine Darstellung der wesentlichsten Ergebnisse dieser Arbeit inklusive einer Debatte, welche Auswirkungen diese auf die theoretische Modellierung der individuellen Wahlbeteiligung besitzt. Abschließend werden konzeptuelle Vorschläge, mit deren Hilfe das individuelle Verhalten in Zukunft noch besser erklärt werden könnte, besprochen.

Zur Erklärung des individuellen Verhaltens bieten sich *Rational Choice* Modelle an, da diese eine leicht nachvollziehbare und logisch kohärente Struktur aufweisen, die eine Anwendung in vielen Forschungsgebieten ermöglicht, beispielsweise der Wahlforschung. Nach Downs (1957) verhalten sich Personen grundsätzlich rational. Ihr Ziel ist es, den persönlichen Nutzen zu maximieren, und gleichzeitig möglichst wenige Ressourcen aufzuwenden, um diese Ziele zu erreichen. Damit sich Akteurinnen rational verhalten können, benötigen Sie alle relevanten Informationen und unterscheiden sich voneinander nur in ihren Präferenzen, sowie den zur Verfügung stehenden Ressourcen (Geld, Zeit). Für die Anwendung dieser Grundsätze im Bereich der Wahlforschung kann jedoch – wie Kapitel 2 gezeigt hat – ein asymmetrisches Verhältnis diagnostiziert werden. Während unzählige Publikationen *Rational Choice*

anwenden, um zu erklären, warum eine Person eine bestimmte Partei gewählt hat, gibt es nur eine überschaubare Anzahl an Arbeiten, die sich der Frage widmen ob – und wenn ja wie – die Partizipation an Wahlen als Ausdruck eines rationalen Verhaltens gesehen werden kann. Zentral in dieser Debatte ist das Ursprungsmodell von Downs (1975). Demzufolge kann die individuelle Beteiligung an Wahlen durch mehrere Faktoren erklärt werden: den erwarteten Nutzen, wenn die am meisten präferierte Partei gewählt wird, der Wahrscheinlichkeit mit der die Stimmabgabe das Ergebnis entscheidend beeinflussen kann, sowie den Kosten des Wählens. Da jedoch eine Einzelperson de facto nie das Ergebnis einer Wahl entscheidet, überwiegen die Kosten des Wählens, womit es nie rational wäre, an einer Wahl zu partizipieren. Diese Problematik führt zugespitzt zu der *Frage* „...is turnout the paradox that ate rational choice theory?“ (Grofman 1993, S. 93). Da auch der von Riker/Ordeshook (1968) postulierte „*Calculus of Voting*“ diese Probleme nur bedingt lösen konnte, empfehlen unter anderem Aldrich (1993), Grofman (1993) oder Fiorina (1975), sich verstärkt der Kosten/Nutzen Relation aus individueller Perspektive zu widmen, womit die von Smithies (1941) und Downs (1957) vorgestellten Konzepte von *Alienation* und *Indifference* in der theoretischen Debatte an Bedeutung gewannen. Bei *Alienation* handelt es sich um Wahlenthaltung durch Entfremdung. Eine Person nimmt nicht an einer Wahl teil, da die *Policy* Positionen aller Parteien zu weit von der eigenen Position entfernt sind und der erwartete *Benefit* daher kleiner ist als die Kosten des Wählens. *Indifference* kann wie folgt definiert werden: (Brody/Page 1973, S. 2):

„... those who perceive a great difference in the attractiveness of different candidates⁹¹ will be apt to vote; those who see little or no difference will tend to abstain. This is the notion that abstention results from **indifference**. Its theoretical underpinnings involve a simple model of rational behavior: a citizen's expected utility from voting varies with the amount of difference the outcome would make to him (as well as the probability of his vote affecting the outcome); if the outcome would make no difference, and voting involves costs, the rational citizen would not vote.“

Da sowohl *Alienation* als auch *Indifference* auf *Policies* basieren und zu dem gleichen Output (Wahlenthaltung) führen, können diese als Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* zusammengefasst werden. Obwohl anhand der theoretischen Argumentation davon ausgegangen werden kann, dass *themenbasierte Wahlenthaltung* zentrale Faktoren des

⁹¹ Anmerkung: Unter „attractiveness“ ist in diesem Kontext der erwartete Benefit bzw. die Utilities gemeint.

individuellen Verhalten sind, zeigen empirische Studien, dass viele Personen zur Wahl gehen obwohl diese *alienated* bzw. *indifferent* sind. Aus der Sicht von *Rational Choice* entspricht dies einem irrationalen Verhalten. Bis heute stellt die individuelle Wahlenthaltung *Policy*-basierte *Rational Choice* Modelle vor immense Schwierigkeiten. Dementsprechend stellt sich die Frage, wie sich diese Differenzen zwischen Theorie und Empirie erklären lassen.

Zentral für diese Arbeit sind die Ergebnisse von Melton (2009, 2011), der zeigen konnte, dass die Operationalisierung dieser Konzepte ein Element für die geringe Relevanz von *themenbasierter Wahlenthaltung* und *Indifference* darstellen. Von elementarer Bedeutung ist jedoch, dass individuelle Prädispositionen im Hinblick auf das frühere Wahlverhalten, den Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* moderieren. Dies ist der Ansatzpunkt dieser Arbeit: *Rational Choice* geht davon aus, dass sich Akteurinnen nur hinsichtlich der (*Policy*) Präferenzen sowie den Kosten des Wählens unterscheiden, in allen anderen Teilbereichen wie z.B. den zur Verfügung stehenden kognitiven Kapazitäten jedoch keine nennenswerten Unterschiede vorhanden sind. Meiner Ansicht nach ist dies nicht zutreffend. Mittels Konzepten der politischen Psychologie versucht diese Arbeit das Verhalten von individuellen Akteurinnen in einem komplexeren theoretischen Setting zu erklären, mit dessen Hilfe gezeigt werden kann, dass *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* nur unter bestimmten Voraussetzungen eine Rolle spielen. Anders ausgedrückt: Personen *können* sich rational (im Sinne der *Rational Choice* Theorie) verhalten, dies trifft jedoch nur auf einen kleinen Kreis von Akteurinnen zu. Motivation als Grundlage für individuelles Handeln (in dieser Arbeit durch *Alienation* und *Indifference* bzw. *themenbasierter Wahlenthaltung* repräsentiert) stellt nur einen Teilbereich des individuellen Entscheidungsprozesses dar, womit die Differenz zwischen Theorie und Empirie damit erklärt werden kann, dass die bisherigen Modelle das individuelle Verhalten nur unzureichend abbilden. Diese Arbeit verwendet stattdessen sogenannte „*memory-based-processing-models*“, die das individuelle Verhalten als Zusammenspiel von persönlichen Ressourcen (*politische Versiertheit, politische und informationsgewinnende Aktivitäten*), die von Akteurin zu Akteurin variieren, der Motivation einer Akteurin, sowie der Schwierigkeit des Prozesses (Mehrdimensionalität des *Policy-Space*) sehen. Dieses Modell beruht auf zwei Kernannahmen: Erstens, je nach Ausprägung der persönlichen Ressourcen variiert auch der Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung*, womit auch die *Rational Choice* Annahmen bezüglich des individuellen Verhaltens nicht zwingend zutreffen. Zweitens, bilden Modelle, die nur mit einem eindimen-

sionalen *Policy-Space* arbeiten, die Realität nur unzureichend ab, da (siehe Kapitel 2 und 3) davon ausgegangen werden muss, dass nicht alle Themen in eine Dimension konvergieren. Dies hat zur Folge, dass bisherige Modelle nur unzureichend darstellen, wie Akteurinnen in einem mehrdimensionalen Kontext Entscheidungen treffen. Hierbei wird eine Akteurin vor Schwierigkeiten gestellt, da es nicht trivial ist, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der eigenen Position und den wahrgenommenen Parteienpositionen in verschiedenen *Policies* bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Aus diesem Grund geht diese Arbeit davon aus, dass der Einfluss von *Policies* in einem zwei- oder mehrdimensionalen *Policy-Space* variiert. Um nun die Frage zu beantworten, unter welchen Bedingungen *Policies* einen Einfluss auf darauf haben, ob eine Akteurin zur Wahl geht oder nicht, wurden in dieser Arbeit drei Teilbereiche klassifiziert, die von elementarer Bedeutung für das individuelle Verhalten sind: die *politische Versiertheit* einer Akteurin, die Anzahl an durchgeführten *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*, sowie das Verhalten in einem mehrdimensionalen Kontext. Die sich daraus ergebenden Hypothesen sowie deren empirische Überprüfung werden in den folgenden Absätzen dargestellt.

Die wahrscheinlich wesentlichsten Ergebnisse dieser Arbeit liefern die Erkenntnisse zum Einfluss der *politischen Versiertheit* auf die Effektstärke von *themenbasierter Wahlenthaltung*. Anknüpfend an Bargh/Thein (1985) zeigt eine Vielzahl an Studien der (politischen) Psychologie, dass die Aufbereitungs- und Verarbeitungskapazitäten einer Akteurin zentral für die Determinierung des individuellen Verhaltens sind. Basierend auf kognitiven Kapazitäten entspricht der in dieser Arbeit verwendete Begriff von *politischer Versiertheit* der Kapazität Informationen für die Bildung von Präferenzen abzurufen, politische Positionierungen anderer Akteurinnen zu evaluieren, sowie realistische Prognosen in Bezug auf politische Ereignisse zu treffen. Frühere Studien zeigten, dass *politische Versiertheit* (sprich das Ausmaß an kognitiven Kapazitäten) zentrale Faktoren determinieren, die in bisherigen Arbeiten mit der Partizipation an Wahlen in Verbindung gebracht wurden – u.a. der Bildungsstand oder das Interesse an Politik (beispielsweise Jennings/Niemi 1991). Des Weiteren zeigt sich, dass mit zunehmender Versiertheit die Wahrscheinlichkeit an sozialen Interaktionen – wozu lt. Krosnick et al. (2002) auch politische Interaktionen wie beispielsweise die Teilnahme an Demonstrationen oder Mitarbeit in NGO gehören – teilzunehmen, ansteigt. Dies wird u.a. mit einer verbesserten Informationsverarbeitung, erhöhten Lese- und Schreibfähigkeiten oder einer besseren verbalen Ausdrucksfähigkeit

begründet (Denny/Doyle 2008, Holbrook/Krosnick 2008). Es ist daher davon auszugehen, dass mit zunehmender *politischer Versiertheit* der Einfluss von themenbasierter *Wahlenthaltung* auf die individuelle Wahlbeteiligung sinkt, da die *politische Versiertheit* einer Akteurin dazu führt, dass andere Faktoren – wie beispielsweise das Interesse an Politik bzw. die vermehrte (politische) Partizipation das Verhalten einer Akteurin determinieren. *Policies* spielen demnach nur eine Rolle bei der Frage, *wer* gewählt wird, jedoch nicht *ob* eine Person zur Wahl geht. Die entsprechenden Hypothesen gehen daher davon aus, dass Akteurinnen mit der höchsten *politischen Versiertheit* den geringsten Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen. Wie die empirischen Ergebnisse zeigen, ist dieser Effekt linear – je größer die Versiertheit, desto geringer der Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung*. Die erhebliche Differenz zwischen Theorie und Empirie – also Akteurinnen, die zur Wahl gehen, obwohl sie *alienated* bzw. *indifferent* sind – ergibt sich durch die schwindende Relevanz von *themenbasierter Wahlenthaltung*. Ebenso konnten diese Ergebnisse das Argument von Rabinowitz/Listhaug (1995) bestätigen, wonach *Rational Choice* Modelle, die auf *Policies* basieren, nur unter der Berücksichtigung der *politischen Versiertheit* einer Akteurin analysiert werden können.

Ein zentrales Element zur Erklärung des individuellen Verhaltens sind Informationen. Die Bildung von Präferenzen oder die Auswahl von Handlungsoptionen ist nicht möglich, ohne ein Mindestmaß an Informationen. Diesem Umstand wurde sowohl in *Rational Choice* Modellen als auch in der Debatte über den Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten behandelt. Jedoch geht ein Großteil der *Rational Choice* Modelle davon aus, dass eine Akteurin entweder ein vollständiges Informationsniveau aufweist bzw. alle notwendigen Informationen besitzt. Wie u.a. Toká (2004) oder Palfrey/Poole (1987) zeigen, ist dies jedoch nicht der Fall. Wesentlich zentraler als diese Debatte ist jedoch, dass die Rolle von Informationen sehr stark mit den kognitiven Kapazitäten (u.a. Holbrook/Krosnick 2008) verknüpft ist. So können zwei Akteurinnen mit gleicher Menge an Informationen ein unterschiedliches Verhalten aufweisen, da sich die kognitiven Kapazitäten unterscheiden. Wie Krosnick zeigt, handelt es sich bei der Rolle von Informationen um einen komplexen Prozess, deren Kernelemente die Wiedergabe bzw. Verwendung von Informationen (Kernelement von *politischer Versiertheit*) bzw. der Informationsaufnahme darstellt. Krosnick et al. (2002), Bick/Rhodes 1996 oder Nie et al. (1996) zeigen, dass Aktivitäten, die es einer Akteurin erlauben, Informationen über ein Objekt bzw. einen Sachverhalt zu

erlangen, zentral für die Aufnahme von Informationen sind. Hierzu zählen u.a. persönliche Gespräche, Medienkonsum oder der Besuch einer Wahlveranstaltung. Da einige dieser Aktivitäten bei einer allgemeinen Auslegung unter den Begriff politische Partizipation fallen, können wir also von *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* sprechen. Diese ermöglichen einer Person beispielsweise bestimmten Akteurinnen (z.B. Parteien) eine *Policy* Position zuzuordnen oder die Vor- und Nachteile von verschiedenen *Policy* Positionen zu erkennen.

Es wurde davon ausgegangen, dass eine minimale Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* zu einem geringen Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* führt, da Akteurinnen nicht genügend Informationen sammeln, um eigene Präferenzen zu bilden bzw. Parteien *Policy*-Positionen zuordnen zu können. Akteurinnen, die eine geringe bzw. mittlere Anzahl an Aktivitäten aufweisen, sollten den höchsten Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen, da Personen die sehr bzw. überdurchschnittlich viele Aktivitäten durchführen, sich oftmals einer Partei zugehörig fühlen (Parteiidentifikation). Wie u.a. Huckfeld und Wells (2010) zeigen, richtet diese Personengruppe ihr individuelles Verhalten anhand der Identifikation bzw. Loyalität mit einer politischen Partei aus, selbst wenn inhaltliche Differenzen zwischen der eigenen und der Parteiposition bestehen. Demzufolge ist zu erwarten, dass Akteurinnen mit einer hohen Anzahl an Aktivitäten einen geringen Einfluss von *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen. Die Ergebnisse aus Kapitel 6 zeigen, dass diese Annahmen jedoch nur bedingt zutreffen. Es zeigt sich, dass mit ansteigender Anzahl an Aktivitäten die Relevanz von *themenbasierter Wahlenthaltung* abnimmt. Dieses – auf den ersten Blick – überraschende Ergebnis lässt sich durch zwei Faktoren erklären: Der geringe Einfluss von *Policies* für Akteurinnen mit hoher Aktivität ist tatsächlich anhand der Parteiidentifikation erklären. Je höher die Anzahl an Aktivitäten, desto häufiger identifizieren sich Personen mit einer Partei. Dies beantwortet jedoch nicht, weshalb bei Personen mit geringster Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten* *themenbasierte Wahlenthaltung* ein zentraler Einflussfaktor ist. Dies wird erst klar, wenn berücksichtigt wird, ob Personen überhaupt die Parteipositionen erkennen beziehungsweise eigene Präferenzen bilden können. Wie die Analyse gezeigt hat, gelingt es – je nach *Policy*-Dimension – bis zu 50 Prozent der Personen nicht, sowohl eine eigene Position zu einem Thema, als auch Parteipositionierungen anzugeben. Dies zeigt, dass insbesondere Personen mit einer geringeren Anzahl an Informationen

oftmals *Policies* bzw. Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* nicht berücksichtigen können, wodurch Ihnen auch die Grundlage fehlt, um Ihr Verhalten anhand von *Rational Choice* Modellen auszurichten.

Dies führt zu der Frage warum es einzelnen Akteurinnen gelingt, trotz einer geringen Anzahl an *politischen und informationsgewinnenden Aktivitäten*, eigene Präferenzen zu bilden, die Positionen von Parteien zu erkennen und diese Informationen im Entscheidungsfindungsprozess zu berücksichtigen. Ausgehend von Toká (2004) oder Lau/Redlawsk et al. (2001), die zeigten, dass es einigen Akteurinnen leichter fällt auch mit einer geringen Anzahl von Präferenzen Entscheidungen zu treffen, während andere Personen deutlich mehr Informationen benötigen, konnte festgestellt werden, dass bei Personen mit einer geringen Anzahl an Aktivitäten die *politische Versiertheit* einer Akteurin determiniert, ob eigene Positionen gebildet werden können bzw. die Positionen von Parteien erkannt werden können. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass Akteurinnen mit geringer Anzahl an Aktivitäten meist auch eine unterdurchschnittliche *politische Versiertheit* aufweisen. Dementsprechend ist die zentrale Frage, ob und unter welchen Bedingungen Präferenzen gebildet werden können und weniger, welche Auswirkungen informationsgewinnende Aktivitäten auf den Einfluss von Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* ausüben. Angesichts dieser Ergebnisse ist davon auszugehen, dass die *politische Versiertheit* einer Akteurin nicht nur bei der Wiedergabe und Verwendung von Informationen von zentraler Bedeutung ist, sondern auch bei deren Aufnahme.

Das letzte empirische Kapitel untersucht, ob sich die Erklärung des individuellen Verhaltens in mehrdimensionalen Modellen, grundlegend von den eindimensionalen Modellen unterscheidet. Anhand von bisherigen Studien, die sich mit dem *Policy-Space* beschäftigen (siehe Kapitel 2 und 3) ist davon auszugehen, dass der *Policy-Space*, in dem Akteurinnen ihr Verhalten ausrichten, mehrdimensional ist. Dies hat zur Folge, dass der Entscheidungsfindungsprozess mit Schwierigkeiten behaftet ist, da es für eine Akteurin nicht trivial ist, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der eigenen Position und den wahrgenommenen Parteienpositionen in verschiedenen *Policies* bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Es lässt sich zeigen, dass individuelles Verhalten auf Basis von Evaluationsprozessen basiert. Wie u.a. Bizer/Krosnick (2013) zeigten, führt eine erhöhte Anzahl an Evaluationsprozessen

zu einem verstärkten Einfluss des Evaluationsobjektes im Entscheidungsfindungsprozess. In unserem Forschungskontext bedeutet dies, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* als Evaluationsprozess gesehen werden können. Basierend auf Studien von Palfrey/Poole (1987) sowie Hortalá-Vallace und Esteve-Volart (2011) wurde argumentiert, dass mit zunehmendem Auftreten von *themenbasierter Wahlenthaltung* der Einfluss auf das individuelle Verhalten steigen sollte.

Die Ergebnisse in Kapitel 7 zeigen, dass diese Annahme auf den ersten Blick bestätigt werden konnte: Wenn *themenbasierte Wahlenthaltung* nur in einem geringem Maße auftritt, so zeigen sich nur marginale Unterschiede in den prognostizierten Wahrscheinlichkeiten verglichen mit Personen, die keine *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen. Erst Akteurinnen, bei denen dies häufig auftritt, gehen – wie seitens der *Rational Choice* Modelle zu erwarten ist – in geringerem AusmaÙe zur Wahl. Zentral bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch die Fallzahl. So gibt es kaum Personen, die sehr oft Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* aufweisen – nur etwas mehr als ein Prozent aller Untersuchten Personen fällt in diese Gruppe, womit der Anteil an Personen, die sich gemäß *Rational Choice* Ansätzen verhalten, marginal ist.

Diese Arbeit ging davon aus, dass neben *Alienation* und *Indifference* auch ein weiterer auf Themen basierender Faktor für die Wahlenthaltung eine Rolle spielen sollte: die Variation der *Utilities*. Wenn in unterschiedlichen *Policy*-Dimensionen jeweils eine andere Partei einer Akteurin nahe steht, so lässt sich mittels Merrill/Grofman (1993) argumentieren, dass der persönliche *Benefit* sinkt. Dies sollte der Fall sein, da mehrere Parteien in unterschiedlichen Dimensionen einen erwarteten Nutzen aus der Perspektive einer Akteurin darstellen. Diese Annahme kann jedoch angesichts der empirischen Ergebnisse nicht gehalten werden. Die Variation der *Utilities* zeigt keinen nennenswerten Einfluss auf die individuelle Partizipation an Wahlen. Abschließend wurden die Erkenntnisse aus den vorhergehenden Kapiteln berücksichtigt und getestet, ob auch in einem mehrdimensionalen Setting die *politische Versiertheit* einer Akteurin den Einfluss von *Policies* determiniert. Wie die Ergebnisse zeigen, kann dies größtenteils bejaht werden. Personen, die häufig *themenbasierte Wahlenthaltung* aufweisen, jedoch eine hohe *politische Versiertheit* aufweisen, besitzen die gleiche Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen, wie Personen, die kaum *themenbasierte*

Wahlenthaltung aufweisen, jedoch nur eine geringe Versiertheit besitzen. Diese Personen verhalten sich jedoch nicht – wie *Rational Choice* argumentiert – irrational. *Policies* spielen in dieser Personengruppe bei der Entscheidung, ob an einer Wahl teilgenommen wird, schlichtweg keine Rolle (nur bei der Frage, welche Partei gewählt wird), da durch die *politische Versiertheit* bzw. die kognitiven Kapazitäten einer Akteurin andere Faktoren den Einfluss von *Policies* überlagern. An dieser Stelle muss jedoch einschränkend gesagt werden, dass in den mehrdimensionalen Modellen sich – im Gegensatz zu den eindimensionalen Modellen – nur Unterschiede zwischen Personen mit höchster und geringster Versiertheit zeigen. Dies könnte jedoch anhand der Fallzahlen, sowie dem verwendeten statistischem Modell erklärt werden.

Die Validierung der genannten Resultate zeigt, dass die Untersuchungsergebnisse robust gegenüber einer Vielzahl an Faktoren – z.B. der Modellauswahl oder der Variation der Schwellwerte für *Alienation* und *Indifference* – sind. Einschränkend sei an dieser Stelle auf zwei Faktoren hingewiesen, die in zukünftigen Studien berücksichtigt werden sollten: die Auswahl der *Policy*-Dimensionen sowie die Fallauswahl. Erstens wurde in dieser Arbeit ein zweidimensionaler *Policy-Space* verwendet. Diese Entscheidung entsprach einer Kompromisslösung, um möglichst viele Staaten zu berücksichtigen und damit für eine Generalisierbarkeit der Ergebnisse zu sorgen. Jedoch wurde in Kapitel 3 der Arbeit dargestellt, dass – aus theoretischer Sicht – ein individueller *Policy-Space* besteht, der von Akteurin zu Akteurin variieren kann und dementsprechend zukünftige Arbeiten mit mehreren *Policies* sowie deren Salienz aus der Sicht einer Akteurin arbeiten sollten. Zweitens sollte das in dieser Arbeit vorgestellte Modell für nationale Wahlen getestet werden. Die Auswahl der Wahlen zum Europäischen Parlament erfolgte, da in diesen Wahlen *Policies* grundsätzlich eine geringe Relevanz darstellen, und signifikante Ergebnisse hier einem „*least-likely-case*“ entsprechen. Ebenso ermöglichen die Wahlen zum Europäischen Parlament, das individuelle Verhalten in 27 Staaten gleichzeitig zu beobachten, ohne auf externe Faktoren wie z.B. zeitliche Differenzen oder exogene Schocks (Stichwort Finanzkrise) einzugehen, die eine Schwäche von bisher publizierten Studien darstellt. Es könnte durchaus sein, dass z.B. die Variation der *Utilities* in einer nationalen Wahl mit z.B. sechs getesteten *Policies* samt zugehörigen Messungen der Salienz durchaus einen relevanten Faktor für das individuelle Verhalten darstellt.

Angesichts der Ergebnisse dieser Arbeit stellt sich die Frage: Ist die individuelle Partizipation an Wahlen weiterhin das Paradoxon, das *Rational Choice* nicht erklären kann? Die Antwort hierauf ist ein klares Ja. Zwar finden wir Personen, die ihr (Nichtwahl-)Verhalten gemäß den Erwartungen der *Rational Choice* Theorie ausrichten, jedoch ist diese Personengruppe marginal. Wie auch schon in vorherigen Studien zeigt sich, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* nicht in dem Ausmaß das individuelle Verhalten determinieren, wie dies angesichts der theoretischen Argumentation zu erwarten gewesen wäre. Der große Unterschied zu früheren Studien jedoch ist, dass diese Arbeit ganz klar gezeigt hat, dass diese geringe Relevanz dadurch erklärt werden kann, dass *Rational Choice* Modelle, die sich mit der individuellen Wahlbeteiligung beschäftigen, ihren theoretischen Rahmen zu eng fassen. Berücksichtigen wir, dass der individuelle Entscheidungsfindungsprozess – wie dies die politische Psychologie argumentiert – durch individuelle Ressourcen (*politische und informationsgewinnende Aktivitäten* bzw. *politische Versiertheit*) bzw. Schwierigkeiten während des Prozesses (Entscheidungen in einem mehrdimensionalen Kontext) beeinflusst wird, so zeigt sich, dass Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* bzw. *Policies* nur eine geringe Rolle spielen. Wenn wir die Forschungsfrage – also unter welchen Bedingungen *Policies* das Verhalten determinieren – kurz und knapp beantworten müssten, so ist dies der Fall wenn

- Faktoren *themenbasierter Wahlenthaltung* oftmals auftreten
- Akteurinnen eine geringe *politische Versiertheit* aufweisen

Während der erstgenannte Grund durchaus einleuchtend erscheint, ist er dennoch nicht trivial. Da die meisten Modelle in einem eindimensionalen Raum arbeiten bzw. bisherige mehrdimensionale Modelle keine Aussagen liefern, inwiefern die Häufigkeit von *themenbasierter Wahlenthaltung* sich auf den Entscheidungsfindungsprozess auswirkt, konnte erstmals gezeigt werden, dass *Policies* bzw. darauf basierende Faktoren, erst mit zunehmenden Auftreten ein relevanter Einflussfaktor sind. Diese Arbeit zeigt eindeutig, dass mit eindimensionalen Modellen der Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten nur unzureichend erklärt werden kann. Zukünftige Arbeiten sollten von einem individuellen *Policy-Space* ausgehen (siehe Kapitel 3), der die neben der eigenen Position und der wahrgenommenen Position von Parteien, auch die individuelle Salienz einer *Policy* berücksichtigen. Selbst wenn dies nicht möglich ist, und Kompromisse betreffend den *Policy-Space* gemacht werden müssen (wie in dieser Arbeit), ist klar zu sehen, dass nur ein

mehrdimensionales Konzept es ermöglicht, den Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten zu untersuchen.

In Bezug auf die *politische Versiertheit* ist festzustellen, dass diese den Einfluss von *Policies* auf das individuelle Verhalten entscheidend beeinflussen. Somit gehen auch Akteurinnen zur Wahl, die als *alienated/indifferent* klassifiziert werden können. Die *politische Versiertheit* bzw. die kognitiven Kapazitäten sorgen für eine bessere verbale Ausdrucksfähigkeit oder erhöhte Lese- und Schreibfähigkeiten. Dies wiederum führt u.a. zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit an sozialen Interaktionen (wozu auch die Teilnahme an Wahlen gezählt werden kann) teilzunehmen. Und genau diese – auf *politischer Versiertheit* basierende Faktoren – sind es, die das individuelle Partizipationsverhalten erklären.

Diese Ergebnisse zeigen auch, warum in zukünftigen Studien Wahlteilnahme und Wahlentscheidung (also welche Partei gewählt wird) getrennt behandelt werden sollten. Während die *politische Versiertheit* bei der Entscheidung, *wer* gewählt wird, zu einem verstärkten Einfluss von *Policies* führt, da die soeben genannten Faktoren es einer Akteurin erleichtern, politische Positionen zu formulieren bzw. die Position von anderen Parteien zu erkennen, sehen wir bei der Entscheidung, *ob* eine Akteurin zur Wahl geht, eine verminderte Relevanz von *Policies*. Eine wesentliche Erkenntnis dieser Arbeit ist, dass die kausale Beziehung von Einflussfaktoren – in unserem Fall der Einfluss von *politischer Versiertheit* auf die Relevanz von *Policies* – je nach Untersuchungskontext (Wahlteilnahme oder Wahlentscheidung) zu diametralen Erwartungshaltungen (Anstieg bzw. Rückgang des Einflusses von *Policies* auf das individuelle Verhalten) führen kann.

Wenn wir im wissenschaftlichen Diskurs über *Policies* sprechen, wird oftmals die zentrale Rolle von Informationen bzw. des Wissensstandes für das individuelle Verhalten betont. Informationen sind notwendig, damit eine Akteurin eine eigene Präferenz bilden bzw. die *Policy*-Positionen von verschiedenen Akteurinnen erkennen kann. Angesichts der Resultate dieser Arbeit ist klar zu sehen, dass in zukünftigen Arbeiten vermehrt die kognitiven Kapazitäten bzw. die *politische Versiertheit* einer Akteurin in den Fokus gerückt werden sollte, da diese nicht nur bei der Wiedergabe- und Verwendung von Informationen im

Entscheidungsfindungsprozess elementar sind, sondern auch bei der Aufnahme von Informationen. So gelingt es Personen mit höherer *politischer Versiertheit*, auch bei einer geringen Anzahl an informationsgewinnenden Aktivitäten, sich eine eigene Meinung zu bilden bzw. die Positionen von zentralen Akteurinnen zu erfassen und diese bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Die Rolle von Informationen in diesem Prozess ist demnach eine Funktion der *politischen Versiertheit*. Dies führt dazu, dass zukünftige Arbeiten einen Schwerpunkt darauf legen müssen, unter welchen Bedingungen eine Akteurin eine *Policy*-Position bildet, die Position von anderen Akteurinnen erkennen und dies in weiterer Folge für ihren individuellen Entscheidungsfindungsprozess berücksichtigen kann.

Zusammengefasst sind *Policies* nur einer von vielen Einflussfaktoren, die uns die individuelle Partizipation an Wahlen erklären können. Solange es *Rational Choice* Modellen nicht gelingt, die soeben genannten Elemente in den theoretischen Modellen adäquat abzubilden – da „rationales Verhalten“ offensichtlich mehr sein muss, als ein auf *Policies* basierendes Kosten/Nutzen-Schema – werden diese Konzepte auch in Zukunft nur ein Schattendasein in der Wahlforschung fristen.

9. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

9.1. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Modelltypen für die Operationalisierung von Alienation und Indifference	127
Tabelle 2: Lage- und Streuparameter der abhängigen Variable bzw. der Kontrollvariablen	137
Tabelle 3: Lage- und Streuparameter für Alienation, Indifference, Interaktionsterme	140
Tabelle 4: Regressionsmodelle - L/R-Dimension.....	141
Tabelle 5: Regressionsmodelle EU-Dimension.....	151
Tabelle 6: Ergebnisse des Hausman-Tests.....	164
Tabelle 7: Deskriptive Statistik – politische- und informationsgewinnende Aktivitäten	170
Tabelle 8: Regressionsmodelle L/R-Dimension	172
Tabelle 9: Politische Versiertheit bei geringer Anzahl an politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten.....	182
Tabelle 10: Deskriptive Parameter.....	190
Tabelle 11: Häufigkeitstabelle Abstention.....	190
Tabelle 12: Häufigkeitstabelle Variation	191
Tabelle 13: Häufigkeitstabelle "politische Versiertheit neu".....	194
Tabelle 14: Regressionsmodelle im mehrdimensionalen Raum.....	195
Tabelle 15: Regressionsmodell mit Interaktionsterm	201
Tabelle 16: PP des Modells mit Interaktionsterm.....	202
Tabelle 17: Fallzahlen je nach politischer Versiertheit (Total 16535)	204
Tabelle 18: Regressionsmodelle je nach politischer Versiertheit.....	204
Tabelle 19: Regressionsmodelle ohne MLT, LUX, BEL	207
Tabelle 20: Prognostizierte Wahrscheinlichkeiten - Modell 3	209

Tabelle 21: Ergebnisse des Hausman-Tests.....	210
Tabelle 22: Predicted probabilities L/R-Dimension	272
Tabelle 23: Predicted probabilities EU-Dimension	272
Tabelle 24: Modelle L/R-Dimension, ohne MLT, LUX, BEL	273
Tabelle 25: Modelle L/R-Dimension, ohne MLT, LUX, BEL	274
Tabelle 26: Predicted probabilities der RE-Modelle	274
Tabelle 27: Regressionsmodelle EU-Dimension	275
Tabelle 28: Predicted probabilities L/R-Dimension	276
Tabelle 29: Predicted probabilities EU-Dimension	276
Tabelle 30: Predicted Probabilities im mehrdimensionalen Raum.....	277
Tabelle 31: Predicted Probabilities des Interaktionsmodells	277
Tabelle 32: Predicted Probabilities je nach politischer Versiertheit.....	278
Tabelle 33: PP für Modelle 1+2 (ohne MLT, BEL, LUX)	278
Tabelle 34: PP für Modell 3 (ohne MLT, BEL, LUX)	279
Tabelle 35: PP für Modell 2 (RE-Modell)	279

9.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grafische Darstellung von Alienation	39
Abbildung 2: Grafische Darstellung von Indifference.....	40
Abbildung 3: Präferenzen in einem zweidimensionalen Policy-Space	50
Abbildung 4: Präferenzen in einem zweidimensionalen Policy-Space	89
Abbildung 5: Einfluss von Policies in bisherigen Modellen (vereinfachte Darstellung)	92
Abbildung 6: Einfluss von Policies im theoretischen Modell (vereinfachte Darstellung)	94

Abbildung 7: Einfluss von Policies im theoretischen Modell (detaillierte Darstellung).....	95
Abbildung8: PP für AL - Modell 1	144
Abbildung9: PP für IN - Modell 1	144
Abbildung10: PP für AL und IN - Modell 1	145
Abbildung11: PP für AL - Modell 2	146
Abbildung12: PP für IN - Modell 2	146
Abbildung13: PP für AL, IN - Modell 2.....	147
Abbildung14: PP für Interaktionsterme - Modell 2	147
Abbildung15: PP für AL - Modell 3	149
Abbildung16: PP für IN - Modell 3	149
Abbildung17: PP für AL, IN - Modell 3.....	149
Abbildung18: PP für Interaktionsterme - Modell 3	149
Abbildung19: PP für AL - Modell 1	153
Abbildung20: PP für IN - Modell 1	153
Abbildung21: PP für AL und IN - Modell 1	154
Abbildung22: PP für AL - Modell 2	155
Abbildung23: PP für IN - Modell 2	155
Abbildung24: PP für AL, IN - Modell 2.....	155
Abbildung25: PP für Interaktionsterme - Modell 2	155
Abbildung26: PP für AL - Modell 3	157
Abbildung27: PP für IN - Modell 3	157
Abbildung28: PP für AL, IN - Modell 3.....	158
Abbildung29: PP für Interaktionsterme - Modell 3	158

Abbildung30: PP für AL, IN - Modell 3.....	163
Abbildung31: PP für Interaktionsterme - Modell 3.....	163
Abbildung32: PP für AL, IN - Modell 3.....	165
Abbildung33: PP für Interaktionsterme - Modell 3.....	165
Abbildung34: PP für AL, IN - Modell 3.....	166
Abbildung35: PP für Interaktionsterme - Modell 3.....	166
Abbildung36: PP für AL - Modell 2.....	174
Abbildung37: PP für IN - Modell 2.....	174
Abbildung38: PP für AL, IN - Modell 2.....	175
Abbildung39: PP für Interaktionsterme - Modell 2.....	175
Abbildung40: PP für AL, IN - Modell 3.....	177
Abbildung41: PP für Interaktionsterme - Modell 3.....	177
Abbildung42: PP für AL, IN - Modell 3.....	179
Abbildung43: PP für Interaktionsterme - Modell 3.....	179
Abbildung44: Anteil der fehlenden Werte für Alienation, Indifference je nach Aktivitäten	180
Abbildung45: Anteil der PID bei Personen mit hoher Anzahl an politischen- und informationsgewinnenden Aktivitäten.....	184
Abbildung46: PP für Abstention - Modell 1.....	197
Abbildung47: PP für Variation – Modell 1.....	197
Abbildung48: PP für Abstention - Modell 2.....	199
Abbildung49: PP für Variation – Modell 2.....	199
Abbildung50: PP für Abstention - Modell 2.....	205
Abbildung51: PP für Abstention - Modell 2.....	208

Abbildung52: PP für Variation – Modell 2.....	208
Abbildung53: PP für Abstention - Modell 2.....	210
Abbildung54: PP für Variation – Modell 2.....	210

10. Bibliographie

- Aarts, K., Wessels, B. (2005):** Electoral Turnout. In: Thomassen, J. (Hrsg): *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford. Oxford University Press. S. 64-83.
- Aarts, K., Thomassen, J. (2008):** Dutch Voters and the Changing Party Space 1989-2006. In: *Acta Politica*. Vol. 43. S. 203-234.
- Abrams, B.A., Settle, R. F. (1976):** The Determinants of Voter Participation. A More General Model. In: *Public Choice*. Vol. 27. S. 81-89.
- Abramson, P.R. et al. (2013):** The British general election of 2010 under different voting rules. In: *Electoral Studies*. Vol. 32. S. 134-139.
- Adams, J., Merrill, S.I. et al. (2006):** The Political Consequences of Alienation- Based and Indifference- Based Voter Abstention. Applications to Presidential Elections. In: *Political Behavior*. Vol.28. S. 65-86.
- Aldrich, J. H. (1993):** Rational Choice and Turnout. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 37. S. 535-563.
- Alvarez, R.M. (1997):** *Information and Elections*. University of Michigan Press. Ann Arbor.
- Alvarez, R.M., Brehm, J. (1998):** Speaking in two voices. American equivocation about the Internal Revenue Service. In: *American Journal of Political Science*. Vol.42. S. 418-452.
- Alvarez, R.M., & Brehm, J. (2002):** *Hard choices, easy answers*. Princeton. Princeton University Press.
- Almond, G.A., Verba, S. (1963):** *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston. Princeton University Press.
- Anand, S., Krosnick, J.A. (2003):** The impact of attitudes toward foreign policy goals on public preferences among presidential candidates. A study of issue publics and the attentive public in the 2000 US Presidential election. In: *Presidential Studies Quarterly*. Vol. 33. S.31-71.
- Arrow, K. (1951):** *Social Choice and Individual Values*. New Heaven. Yale University Press.
- Baddeley, A.D., Hitch, G.J. (1974):** Working memory. In: Bower, G.A. (Hrsg.): *The psychology of learning and motivation: Advances in research and theory*. New York. Academic Press. S. 47-89.
- Bakker, R. et al. (2012):** Complexity in the European party space. Exploring dimensionality with experts. In: *European Union Politics*. Vol. 13., S. 219-245.
- Bargh, J.A., Thein, R.D. (1985):** Individual construct accessibility, person memory, and the recall-judgment link. The case of information overload. In: *Journal of Personality and Social Psychology*. Vol. 49. S. 1129-1146.
- Bélanger, É., Meguid, B.M. (2008):** Issue salience, issue ownership and issue-based vote choice. In: *Electoral Studies*. Vol. 27. S. 477-491.
- Bennett, S. E. (1989):** Trends in Americans' Political Information. In: *American Political Quarterly*. Vol. 17. S. 422-435.
- Bizer, G.Y., Krosnick, J.A. et al. (2004):** The impact of personality on cognitive, behavioral, and affective political processes. The effects of need to evaluate. In: *Journal of Personality*. Vol.72. S. 995-1028.
- Blais, A. (2000):** *To Vote Or Not To Vote? The Merits and Limits of Rational Choice*. Pittsburgh. Univ. Pittsburgh Press.
- Blais, A. et al. (2003):** *Why is Turnout Higher in Some Countries than in Others?* Ottawa. Elections Canada.
- Blais, A. et al. (2004):** Where does turnout decline come from? In: *European Journal of Political Research*. Vol. 43. S. 221-236.

- Blais, A. (2006):** What Affects Voter Turnout?. In: Annual Political Science Review. Vol. 9. S. 111-125.
- Blais, A., Young, R. (1999):** Why do people vote? An experiment in rationality. In: Public Choice. Vol. 99. S. 39-55.
- Blondel, J., Sinnott, R. et al. (1997):** "Representation and voter participation. In: European Journal of Political Research. Vol. 32. S.243-272.
- Blondel, J., Sinnott, R. et al. (1998):** People and Parliament in the European Union. Participation, Democracy, and Legitimacy. Oxford. Oxford University Press.
- Bortz, J. (2005):** Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg. Springer Medizin Verlag.
- Brady, H.E. et al. (1995):** Beyond SES: A resource model of political participation. In: American Political Science Review. Vol. 89. S. 271-295.
- Brannon, L. A., Krosnick, J. A. (1993):** The impact of the Gulf War on the ingredients of presidential evaluations. Multidimensional effects of political involvement. In: American Political Science Review Vol. 87. S. 963-975.
- Brody, R., Page, B. (1973):** Indifference, Alienation and Rational Decisions. In: Public Choice. Vol. 15. S. 1-17.
- Brouard, S., Hobolt, S.B. (2010):** Contesting the European Union? Why Dutch and French Rejected the European Constitution. In: *Political Research Quarterly*. Vol. 63. S.
- Burdon, B.C. (2009):** The dynamic effects of education on voter turnout. In: Electoral Studies. Vol. 28. S.540-549.
- Campbell, A., Converse, P. et al. (1960):** The American voter. New York. John Wiley.
- Carmines, E.G., Stimson, J.A. (1980):** Two faces of issue voting. In: American Political Science Review. Vol. 74. S. 78-91.
- Carruba, C., Timpone, R.J. (2005):** Explaining Vote Switching Across First- and Second-Order Elections. Evidence from Europe. In: Comparative Political Studies. Vol 38. S. 260-281.
- Clausen, A.R. (1968):** Response validity. Vote report. In: Public Opinion Quarterly. Vol. 32. S. 588-606.
- Conger, K., Hasecke, E. et al. (2003):** Ambivalence, Uncertainty, and Processes of Candidate Evaluation. In: Political Psychology. Vol. 24. S. 421-448.
- Converse, P.E. (1964):** The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: Apter, D.E. (Hrsg.:.) Ideology and Discontent. New York. Free Press. S. 206-261.
- Cox, M. (2003):** When trust matters: Explaining differences in voter turnout. In: Journal of Common Market Studies. Vol. 41. S. 757-770.
- Crain, W.M., Deaton, T.H. (1977):** A Note on Political Participation as Consumption Behavior. In: Public Choice. Vol. 32. S. 131-135.
- Dahl, R. (1989):** Democracy and Its Critics. New Haven. Yale University Press.
- Dalton, R.J. (1996):** Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies. Chatham. Chatham House.
- Della Porta, D., Keating, M. (Hrsg.) (2008):** Approaches and Methodologies in the Social Sciences. Cambridge. Cambridge University Press.
- Delli Carpini, M. X., Keeter, S. (1991):** Stability and Change in the U.S. Public's Knowledge of Politics. In: Public Opinion Quarterly. Vol. 55. S. 583-612.

- Delli Carpini, M. X., Keeter, S. (1996):** What Americans know about politics and why it matters. New Haven. Yale University Press.
- Denny, K., Doyle, O. (2008):** Political Interest, Cognitive Ability and Personality. Determinants of Voter Turnout in Britain. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 38. S. 291-310.
- De Vries, C. et al. (2011):** Individual and contextual variation in EU issue voting. The role of political information. In: *Electoral Studies*. Vol. 30. S.16-28.
- De Vries, C., Hobolt, S.B. (2012):** When dimensions collide. The electoral success of issue entrepreneurs. In: *European Union Politics*. Vol. 13. S. 246-268.
- De Vries, C., Marks, G. (2012):** The struggle over dimensionality. A note on theory and empirics. In: *European Union Politics*. Vol. 13. S. 185-193.
- Dolezal, M. et al. (2013):** The structure of issue attitudes revisited. A dimensional analysis of Austrian voters and party elites. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*. Vol. 23. S. 423-443.
- Downs, A. (1957):** *An Economic Theory of Democracy*. Harper and Row. New York.
- Duch, R.M. (2001):** Developmental Model of Heterogeneous Economic Voting in New Democracies. In: *American Political Science Review*. Vol. 95. S.895–910.
- Dubin, J.A., Rivers, D. (1989):** Selection Bias in Linear Regression, Logit and Probit Models. In: *Sociological Methods Research*. Vol. 18. S. 360-390.
- Eagly, A. H., Chaiken, S. (1993):** *The psychology of attitudes*. Wadsworth Inc Fulfillment.
- Emler, N., Frazer, E. (1999):** The education effect. In: *Oxford Review of Education*. Vol. 25. S. 251–273.
- Enelow, J., Hinic, M. (1984):** *The Spatial Theory of Voting*. New York. Cambridge University Press.
- Esser, H. (1986):** Können Befragte lügen? Zum Konzept des „wahren Wertes“ im Rahmen der handlungstheoretischen Erklärung von Situationseinflüssen bei der Befragung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Vol. 38. S. 314-336.
- Eymann, A., Thurner, P.W. (2000):** Policy-specific alienation and Indifference in the calculus of voting. A simultaneous model of party choice and abstention. In: *Public Choice*. Vol. 102. pp. 51–77.
- Fahrmeier, L. et al. (2007):** *Regression. Modelle, Methoden, Anwendungen*. Berlin. Springer Verlag.
- Feldstain, A. et al. (2012):** An introduction to hierarchical linear modelling. In: *Tutorials in Quantitative Methods for Psychology*. Vol. 8. S. 52-69.
- Ferejohn, J.A., Fiorina, M.P. (1974):** The paradox of not voting. A decision theoretic analysis. In: *American Political Science Review*. Vol. 68. S. 525-536.
- Fiorina, M.P. (1975):** Closeness Counts Only in Horseshoes and Dancing. In: *American Political Science Review*. Vol. 69. S. 920-25.
- Fiorina, M.P. (1990):** Information and rationality in elections. In: Ferejohn, J.A., Kuklinski, J.H. (Hrsg.): *Information and democratic processes*. University of Illinois Press. S. 329-342.
- Fiorina, M.P. (1997):** Professionalism, Realignment, and Representation. In: *American Political Science Review*. Vol. 91. S.156-162.
- Flanagan, S.C. (1987):** Value Change in Industrial Societies. In: *American Political Science Review*. Vol.81. S. 1303-1319.
- Flickinger, R., Studlar, D. (1992):** The disappearing voters? Exploring declining turnout in western European elections. In: *West European Politics*. Vol. 15. S. 1-16.

- Flickinger, R. et al. (2003):** Turnout in European Parliament elections. Towards a European-centred model. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*. Vol. 13. S. 195-209.
- Flickinger, R., Studlar, D. (2007):** One Europe, many electorates? Models of turnout in European Parliament elections after 2004. In: *Comparative Political Studies*. Vol. 40. S. 383-404.
- Foster, C.B. (1984):** The Performance of Rational Voter Models in Recent Presidential Elections. In: *American Political Science Review*. Vol. 78. S.678-690.
- Franklin, M.N. et al. (1992):** *Electoral Change*. Cambridge University Press. Cambridge.
- Franklin, M.N. (1996):** Electoral Participation. In: Norris, P. et al.: *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Sage. S. 216-235.
- Franklin, M.N. (2004):** *Voter Turnout and The Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies Since 1945*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Franklin, M.N. (2005):** European elections and the European Voter. In: Richardson, J.: *European Union. Power and Policy-Making*. London. Longman. S.187-199.
- Franklin, M.N., Hobolt, S.B. (2011):** The legacy of lethargy. How elections to the European Parliament depress turnout. In: *Electoral Studies*. Vol. 30. pp. 67-76.
- Gabel, M.J., Huber, J. (2000):** Putting parties in their place. Inferring party left–right ideological positions from manifestos data. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 44. S.94-103.
- Gabel, M.J., Anderson, C.J. (2002):** The Structure of Citizen Attitudes and the European Political Space. In: *Comparative Political Studies*. Vol. 35. S. 893-913.
- Gelman, A., Hill, J. (2007):** *Data Analysis Using Regression and Multilevel/Hierarchical Models*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Gerber, A. S., Green, D. et al. (2003):** Getting out the vote in local elections: Results from six door to door canvassing experiments. In: *Journal of Politics*. Vol. 65. S.1083-1096.
- Gerring, J. (1999):** What Makes a Concept Good? A Critical Framework for Understanding Concept Formation in the Social Science. In: *Polity*. Vol. 31. S. 357-393.
- Geys, B. (2006):** Explaining voter turnout. A review of aggregate-level research. In: *Electoral Studies*. Vol. 25. S. 637-663.
- Gilens, M. (2001):** Political Ignorance and Collective Policy Preferences. In: *American Political Science Review*. Vol. 95. S. 379-96.
- Glencross, A., Trechsel, A. (2011):** First or second order referendums? Understanding the votes on the EU Constitutional Treaty in four EU Member States. In: *West European Politics*. Vol.34. S.755-772.
- Gomez, B.T., Willson, J.M. (2001):** Political Sophistication and Economic Voting in the American Electorate: A Theory of Heterogeneous Attribution. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 45. S. 899-914.
- Gomez, B.T., Willson, J.M. (2006):** Cognitive Heterogeneity and Economic Voting: A Comparative Analysis of Four Democratic Electorates. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 50. S. 127-145.
- Górecki, M.A. (2013):** Election Closeness, Habit Formation and Voter Turnout. Evidence from Sixteen Swedish Elections. In: *Political Studies*. Vol. 61. S. 234-248.
- Grafstein, R.C. (1990):** An Evidential Decision Theory of Turnout. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 35. S. 989-1010.
- Granberg, D., Holmberg, S. (1992):** The Hawthorne effect in election studies. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 22. S. 240–248.

- Grand, P. (2012):** Alienation or Indifference? Determinants of Voter Abstention at the National and European Level Compared., presented at the 2012 Annual Meeting of the Mid-West American Political Science Association, 12th–15th April 2012, Chicago
- Green, J., Hobolt, S.B. (2008):** Owning the issue agenda: Party strategies and vote choices in British elections. In: *Electoral Studies*. Vol. 27. S. 460-476.
- Grofman, B. (1993):** Is turnout the paradox that ate rational choice theory? In: Grofman, B. (Hrsg.): *Information, participation and choice. An economic theory of democracy*. Ann Arbor. University of Michigan Press. S. 93-103.
- Grofman, B., Weisenberg, H. (1981):** Candidate Evaluations and Turnout. In: *American Politics Quarterly*. Vol. 9. S. 197-219.
- Grofman, B., Merrill, S. (1999):** *A Unified Theory of Voting. Directional and Proximity Spatial Models*. Cambridge University Press.
- Hamlin, A., Jennings, C. (2011):** Expressive Political Behaviour: Foundations, Scope and Implications. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 41. S. 645-670.
- Hancké, B. (2009):** *Intelligent Research Design*. Oxford. Oxford University Press.
- Hanmer, M.J., Kalkan, K.O. (2013):** Behind the Curve. Clarifying the Best Approach to Calculating Predicted Probabilities and Marginal Effects from Limited Dependent Variable Models. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 57. S. 263-277.
- Harder, J., Krosnick, J.A. (2009):** The Psychological Underpinnings of Political Behavior. In: Fiske, S.T., Gilbert, D.T., Lindzey, G. (Hrsg.): *Handbook of Social Psychology*. Hoboken. Wiley&Sons. S. 1288-1342.
- Hastie, R., Park, B. (1986):** The relationship between memory and judgment depends on whether the task is memory-based or on-line. In: *Psychological Review*. Vol. 93. S.258–268.
- Hausman, J.A. (1978):** Specification Tests in Econometrics. In: *Econometrica*. Vol. 46. S. 1251-1271.
- Highton, B. (2009):** Revisiting the relationship between educational attainment and political sophistication. In: *The Journal of Politics*. Vol. 71. S. 1564-1576.
- Hinich, M. J. (1981):** Voting as an Act of Contribution. In: *Public Choice*. Vol. 36. S. 135-140.
- Hirczy, W. (1995):** Explaining near-universal turnout. The case of Malta. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 27. S. 255-272.
- Hix, S. (1999):** Dimensions and Alignments in European Union Politics. Cognitive Constraints and Partisan Responses. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 35. S. 69-106.
- Hix, S., Lord, C. (1997):** *Political Parties in the European Union*. Houndmills. Macmillan.
- Hobolt, S.B., Spoon, J-J., et al. (2009):** A Vote Against Europe? Explaining Defection at the 1999 and 2004 European Parliament Elections. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 39. pp. 93-115.
- Hobolt, S.B., Wittrock, J. (2011):** The second-order election model revisited: An experimental test of vote choices in European Parliament elections. In: *Electoral Studies*. Vol. 30. S. 29-40.
- Holbrook, A., Krosnick, J.A. (2008):** Knowledge and Attitudes. In: Donsbach, W. (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Public Opinion Research*. Thousand Oaks. Sage Publications Inc. S. 127-140.
- Hortala-Valle, R., Esteve-Volart, B. (2011):** Voter turnout and electoral competition in a multidimensional policy space. In: *European Journal of Political Economy*. Vol. 27. pp. 376–384.
- Huckfeldt, R.R. (1979):** Political participation and the neighborhood social context. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 23. S. 579-592.

- Huckfeld, R.R. et al. (2010):** Communication, Influence, and Informational Asymmetries among Voters. In: *Political Psychology*. Vol. 31. S. 763-787.
- Humphreys, M., Laver, M. (2010):** Spatial Models, Cognitive Metrics, and Majority Rule Equilibria. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 40. A. 11-30.
- Jackman, R.W. (1978a):** Political institutions and voter turnout in industrial democracies. In: *American Political Science Review*. Vol. 22. S. 471-488.
- Jackman, R.W., Miller, R.A. (1978b):** Voter turnout in the industrial democracies during the 1980s. In: *Comparative Political Studies*. Vol. 27. S. 467-492.
- Jacoby, W.G. (1991):** Ideological Identification and Issue Attitudes. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 35. S. 178-205.
- Jacobson, G.C. (1990):** The electoral origins of divided government. Competition in US House elections 1946-1988. Boulder. Westview Press.
- Jennings, M.K. (1996):** Political Knowledge over Time and Across Generations. In: *Public Opinion Quarterly*. Vol. 60. S. 228-252.
- Jennings, M.K., Niemi, R.G. (1991):** Youth-Parent Socialization Panel Study, 1965-1982: Three Waves Combined. Ann Arbor. Interuniversity Consortium for Political and Social Research.
- Johnston, R. et al. (2007):** Turnout and the party system in Canada, 1988-2004. In: *Electoral Studies*. Vol. 26. S. 735-745.
- Jones, B.S., Steenbergen, M.R. (2002):** Modeling Multilevel Data Structures. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 46. S. 218-237.
- Kam, C.D., Palmer, C.L. (2008):** Reconsidering the effects of education on political participation. In: *Journal of Politics*. Vol. 70. S. 612-631.
- Kaminski, G., Neisser, U. (1994):** Kognition. In: Häcker, H., Stäpf, K.H. (Hrsg.): *Dorsch Psychologisches Wörterbuch Göttingen*. Verlag Hans Huber.
- Katz, G. (2007):** Policy-based Abstention in Brazil's 2002 Presidential Election. Social Science Working Paper 1288.
- King, G., Keohane, R.O. et al. (1994):** Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research. Cambridge. Princeton University Press.
- Kitschelt, H. (1994):** The Transformation of European Social Democracy. Cambridge. Cambridge University Press.
- Klein, M., Kühirt, M. (2010):** Sozial erwünschtes Antwortverhalten bezüglich der Teildung häuslicher Arbeit. In: *Methoden-Daten-Analysen*. Vol. 4. S. 79-104.
- Klingemann, H.D. (1972):** Testing the left-right continuum on a sample of German voters. In: *Comparative Political Studies*. Vol. 5. S. 93-106.
- Kriesi, H. et al. (2006):** Globalization and the transformation of the national political space. Six European countries compared. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 45. S. 921-956.
- Krosnick, J.A. (1988):** The role of attitude and importance in social evaluation. A study of policy preferences, presidential candidate evaluations, and voting behaviour. In: *Journal of Personality and Social Psychology*. Vol. 55. S. 196-210.
- Krosnick, J.A. et al. (2002):** The challenges of political psychology. Lessonsto be learned from research on attitude perception. In: Kuklinski, J. (Hrsg.): *Thinking about political psychology*. New York. Cambridge University Press. S. 115 - 152.

- Krosnick, J.A. (2002):** Context Dependence and Aggregation in Disaggregate Choice Analysis. In: *Marketing Letters*. Vol. 13. S.195–205.
- Krosnick, J.A. et al. (2008):** Why Do People Vote? A Psychological Analysis of the Causes of Voter Turnout. In: *Journal of Social Issues*. Vol. 64., S. 525-549.
- Krosnick, J.A., Miller, J.M. et al. (2000):** News Media Impact on the Ingredients of Presidential Evaluations. Politically Knowledgeable Citizens Are Guided by a Trusted Source? In: *American Journal of Political Science*. Vol. 44. S. 301-315.
- Krosnick, J.A., Petty, R.E. (1995):** Attitude strength. Antecedents and consequences. Mahwah. Erlbaum.
- Krosnick, J.A., Simmons, J.P. et al. (2003):** Distinguishing the cognitive and behavioral consequences of attitude importance and certainty: A new approach to testing the common-factor hypothesis. In: *Journal of Experimental Social Psychology*. Vol. 39. S. 118-141.
- Kuklinski, J.H. et al. (2000):** Misinformation and the Currency of Democratic Citizenship. In: *Journal of Politics*. Vol. 62. S. 790-816.
- Kuklinski, J.H., Peyton, B. (2007):** Belief Systems and Political Decision Making. In: Dalton, R.J., Klingemann, H-D.: *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford University Press. New York.
- Lau, R.R., Redlawsk, D.P. et al. (2001):** Advantages and disadvantages of cognitive heuristics in political decision making. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 44. S. 951-971.
- Lazarsfeld, P.F. et al. (1960):** The People's Choice. How Voter Makes up His Mind in a Presidential Campaign. New York. Columbia University Press.
- Lau, R.R. et al. (2008):** An Exploration of Correct Voting in Recent U.S. Presidential Elections. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 52. S.395–411.
- Lavine, H. (2001):** The electoral consequences of ambivalence toward presidential candidates. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 45. S.915-929.
- Lijphart, A. (1997):** Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. In: *The American Political Science Review*. Vol. 91. S. 1-14.
- Lipset, S.M. (1960):** Political Man. The Social Bases of Politics. New York. Anchor Books.
- Lipset, S.M., Rokkan, S. (1967):** Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In: Lipset, S.M., Rokkan, S. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York. Free Press. S. 1-64.
- Lupia, A. (1994):** Shortcuts versus encyclopedias. Information and voting behavior in California insurance reform elections. In: *American Political Science Review*. Vol. 88. S. 63-76.
- Luskin, R.C. (1987):** Measuring Political Sophistication. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 31. S. 856-899.
- Marsh, M. (1996):** Ireland. An Electorate with its Mind on Lower Things. In: Van der Eijk, C., Franklin, M.N. (Hrsg.): *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor. University of Michigan Press. S. 166-186.
- Marsh, M. (2006):** Party identification in Ireland. An insecure anchor for a floating party system. In: *Electoral Studies*. Vol. 25. S. 489-508.
- Marsh, M., Mikhaylov, S. (2010):** European Parliament Elections and EU governance. In: *Living Reviews in European Governance*. Vol. 5. S. 1-30.
- Matthews, S.A. (1979):** A Simple Direction Model of Electoral Competition. In: *Public Choice*. Vol. 34. S. 141-156.

- Mattila, M. (2003):** Why bother? Determinants of turnout in the European elections. In: *Electoral Studies*. Vol. 22. S.449-468.
- Melton, J. (2009):** Understanding the Effects of Alienation and Indifference on Voter Turnout through the Lens of Habitual Voting. Dissertation. University of Illinois.
- Melton, J. (2011):** Measuring Indifference. A Validity Test of Several Commonly Used Measures. Working Paper. Previous Version presented at the annual meeting of the MPSA Annual National Conference 2008.
- Miller, A.H. et al. (1976):** Ideology in the 1972 election. Myth or reality-a rejoinder. In: *American Political Science Review*. Vol. 70. S.832-849.
- Miller, J.M., Krosnick, J.A. (2000):** News Media Impact on the Ingredients of Presidential Evaluations: Politically Knowledgeable Citizens Are Guided by a Trusted Source? In: *American Journal of Political Science*. Vol. 44. S. 301-315.
- Morton, R. (2006):** Analyzing Elections. W. W. Norton & Company.
- Mutz, D. (2007):** Political Psychology and Choice. In: Dalton, R.J., Klingemann, H-D.: *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford University Press. New York.
- Mutz, D.C., Soss, J. (1997):** Reading public opinion: The influence of news coverage on perceptions of public sentiment. In: *Public Opinion Quarterly*. Vol. 61. S. 431-451.
- Nie, N.H., Verba, S. (1972):** Participation in America: Political democracy and social equality. New York. Harper&Row.
- Niemi, R.G. (1976):** Costs of Voting and Nonvoting. In: *Public Choice*. Vol. 27. S.115-119.
- Norris, P. (2002):** Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behaviour. New York. Cambridge University Press.
- Palfrey, T.R., Poole, K.T. (1987):** The Relationship between Information, Ideology and Voting Behaviour. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 31. S. 511-530.
- Palfrey, T.R., Rosenthal, H. (1983):** A Strategic Calculus of Voting. In: *Public Choice*. Vol. 41. S. 7-53.
- Palfrey, T.R., Rosenthal, H. (1985):** Voter Participation and Strategic Uncertainty. In: *American Political Science Review*. Vol. 79. S. 62-78.
- Pearson, K. (1892):** The Grammar of Science. Dover Publications. 2004 edition.
- Pierce, R. (1999):** Mass-elite linkages and the responsible party model of representation. In: Miller, W. et al. (Hrsg.): *Policy Representation in Western Democracies*. New York. Oxford University Press. S. 9-32.
- Piereson, J. et al. (1977):** Ideological perceptions and political judgement. Some problems of concept and measurement. In: *Political Methodology*. Vol. 4. S. 77-102.
- Popkin, S.L. (1991):** The Reasoning Voter. University of Chicago Press. Chicago.
- Popkin, S.L. (1993):** Information Shortcuts and the Reasoning Voter. In: Grofman, B. (Eds.): *Information Participation and Choice*. University of Michigan. Michigan. S. 17-37.
- Powell, G.B. (1986):** American voter turnout in comparative perspective. In: *American Political Science Review*. Vol. 80. S. 17-43.
- Powell, G.B. (2009):** The Ideological Congruence Controversy : The Impact of Alternative. Measures, Data, and Time Periods on the Effects of Election Rules. In: *Comparative Political Studies*. Vol. 42. S. 1475-1497.
- Rabinowitz, G., Macdonald, S.E. (1989):** A Directional Theory of Issue Voting. In: *The American Political Science Review*. Vol. 81. S. 93-121.

- Rabinowitz, G., Listhaug, O. et al. (1995):** Political Sophistication and Models of Issue Voting. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 25. S. 453-483.
- Reif, K. (1997):** European Elections as Member State Second-Order Elections Revisited. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 31. S. 115–24.
- Reif, K., Schmitt, H. (1980):** Nine second-order national elections: A conceptual framework for the analysis of European election results. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 8. pp. 3-44.
- Riker, W.H., Ordeshook, P.C. (1968):** A Theory of the Calculus of Voting. In: *American Political Science Review*. Vol. 62. S. 25–42.
- Riker, W.H., Ordeshook, P.C. (1973):** *An Introduction to Positive Political Theory*. Englewood Cliffs. Prentice Hall.
- Rosenstone, S. J., & Hansen, J. M. (1993):** *Mobilization, participation, and democracy in America*. New York. Macmillan.
- Sanz, A. (2008):** Split-Ticket Voting in Multi-Level Electoral Competition. European, National and Regional Concurrent Elections in Spain. In: Schmitt, H., Van der Eijk, C. (Hrsg.): *The Multilevel Electoral System of the EU*. CONNEX Report Series Nr. 4. S. 101-136.
- Schmidt, M.G. (2010):** *Demokratietheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Schmitt, H. (2005):** The European Parliament Elections of June 2004. Still Second Order? In: *West European Politics*. Vol. 28. S. 650-679.
- Schmitt, H., Mannheimer, R. (1991):** About Voting and Non-voting in the European Parliament Elections of June 1989. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 19. S. 31-54.
- Schmitt, H., Van der Eijk, C. (2007):** Legitimacy and Electoral Abstention in European Parliament Elections. In: Van der Brug, W., Van der Eijk, C. (Hrsg.): *European Elections and Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*. S. 208-224.
- Scott, D.J., Steenbergen, M.R. (2004):** Contesting Europe? The salience of European integration as a party issue. In: Marks, G., Steenbergen, M.R. (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*. Cambridge. Cambridge University Press. S. 165-192.
- Sidanius, J., Lau, R.R. (1989):** Political sophistication and political deviance. A matter of context. In: *Political Psychology*. Vol. 10. S. 85-109.
- Skrinis, S., Teperoglu, E. (2008):** Studying and Comparing Second-Order Elections. Examples from Greece, Portugal and Spain. In: Schmitt, H., Van der Eijk, C. (Hrsg.): *The Multilevel Electoral System of the EU*. CONNEX Report Series Nr. 4. S. 163-190.
- Skrondal, A. et al. (2005):** *Multilevel and Logitudinal Modeling Using Stata*. College Station. Stata Press.
- Simon, H.A. (1985):** Human nature in politics. The dialogue of psychology with political science. In: *American Political Science Review*. Vol. 79. S. 293-305.
- Smithies, A. (1941):** Optimum Location in Spatial Competition. In: *Journal of Political Economics*. Vol. 49. S. 423-439.
- Snijders, T.A.B. et al. (1999):** *Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*. London. Sage.
- Steenbergen, M., Brewer, P. (2000):** The not-so ambivalent public. In: Saris, W.E., Sniderman, P. (Hrsg.): *The issue of belief. Essays in the intersection of non-attitudes and attitude change*. Amsterdam. Amsterdam School of Communication Research. S. 103-142
- Stockemer, D. (2011):** Citizens support for the European Union and participation in European Parliament elections. In: *European Union Politics*. Vol. 13. S. 26-46.

- Timpone, R.J. (1998):** Structure, behavior, and voter turnout in the United States. In: *American Political Science Review*. Vol. 92. S. 145-158.
- Tóka, G. (2002):** Voter Inequality, Turnout and Information. Helen Kellogg Institute Working Paper Series No. 297. Notre Dame. In: *The Helen Kellogg Institute for International Studies at the University of Notre Dame*.
- Tóka, G. (2004):** Information Effects on Vote Choices in European Elections. In: Marsh M, Mikhaylov S.: *European elections after Eastern enlargement. Preliminary results from the European election study 2004*. Mannheim. CONNEX. S. 141-79.
- Tóka, G. (2007):** Information Effects on Vote Choices in European Elections. In: Marsh, M., Schmitt, H. et al. (Hrsg.): *European Elections After Eastern Enlargement* Mannheim. MZES. S. 141-179.
- Tóka, G. (2010):** The Impact of Everyday Political Talk on Political Knowledge and Voting Correctly. In: Ikeda, K. et al. (Hrsg.): *The Role of Political Discussion in Modern Democracies in a Comparative Perspective*. London. Routledge. S. 129-144.
- Van der Brug, W. (2004):** Issue ownership and party choice. In: *Electoral Studies*. Vol. 23. S. 209-233.
- Van der Brug, W., van Spanje, J. (2009):** Immigration, Europe and the 'new' cultural dimension. *European Journal of Political Research*. Vol. 48. S. 309-334.
- Van der Eijk et al. (1996):** The Institutional Context. Turnout. In: Van der Eijk, C., Franklin, M.N. (Hrsg.): *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor. University of Michigan Press. S. 306-332.
- Van Egmond, M.H. et al. (2010):** EES 2009 voter study advance release notes. University of Amsterdam, Amsterdam.
- Verba, K. et al. (1995):** Beyond SES. A resource model of political participation. In: *American Political Science Review*. Vol. 89. S. 271-295.
- Warwick, P.V. (2002):** Toward a common Dimensionality in West European Policy Spaces. In: *Party Politics*. Vol. 8. S. 101-122.
- Weber, T. (2007):** Campaign Effects and Second-Order Cycles. A Top-Down Approach to European Parliament Elections. In: *European Union Politics*. Vol. 8. S. 509-536.
- Wells, C. et al. (2009):** Information Distortion and Voting Choices: The Origins and Effects of Factual Beliefs in Initiative Elections. In: *Political Psychology*. Vol. 30. S. 953-969.
- Zaller, J.R., Feldman, S. (1992):** A simple theory of the survey response. Answering questions versus revealing preferences. In: *American Journal of Political Science*. Vol. 36. S.579-616.
- Zechmeister, E.J. (2008):** Policy-based voting, perceptions of issue space, and the 2000 Mexican elections. In: *Electoral Studies*. Vol. 27. S. 649-660.
- Zeglovits, E., Kritzing, S. (2014):** New Attempts to Reduce Overreporting of Voter Turnout and Their Effects. In: *International Journal of Public Opinion Research*. Vol. 26. S.224-234.
- Zipp, J. F. (1985):** Perceived Representativeness and Voting. An Assessment of the Impact of "Choices" vs. "Echoes". In: *The American Political Science Review*. Vol. 79. pp. 50-61.

11. Appendix

11.1 Appendix A: Wahlbeteiligung in EP-Wahlen im historischen Vergleich

Land	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
AUT	-	-	-	67,73	49,40	42,43	45,97
BEL	91,36	92,09	90,73	90,66	91,05	90,81	90,39
BUL	-	-	-	-	-	29,22	38,99
CYP	-	-	-	-	-	72,50	59,40
CZE	-	-	-	-	-	28,30	28,20
DEN	47,82	52,38	46,17	52,92	50,46	47,89	59,54
EST	-	-	-	-	-	26,83	43,90
FIN	-	-	-	57,60	30,14	39,43	40,30
FRA	60,71	56,72	48,80	52,71	46,76	42,76	40,63
GER	65,73	56,76	62,28	60,02	45,19	43,00	43,30
GRE	81,48	80,59	80,03	73,18	70,25	63,22	52,61
HUN	-	-	-	-	-	38,50	36,31
IRE	63,61	47,56	68,28	43,98	50,21	58,58	58,64
ITA	85,65	82,47	81,07	73,06	69,76	71,72	65,05
LAT	-	-	-	-	-	41,34	53,70
LIT	-	-	-	-	-	48,38	20,98
LUX	88,91	88,79	87,39	88,55	87,27	91,35	90,75
MLT	-	-	-	-	-	82,39	78,79
NED	58,12	50,88	47,48	35,69	30,02	39,26	36,75
POL	-	-	-	-	-	20,87	24,53
POR	-	72,42	51,10	35,54	39,93	38,60	36,78
ROM	-	-	-	-	-	29,47	27,67
SLK	-	-	-	-	-	16,97	19,64
SLO	-	-	-	-	-	28,35	28,33
SPA	-	68,52	54,71	59,14	63,05	45,14	44,90
SWE	-	-	-	41,63	38,84	37,85	45,53
UK	32,35	32,57	36,37	36,43	24,00	38,52	34,70
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	61,99	58,98	58,41	56,67	49,51	45,47	43,00
		POR 87 SPA 87		AUT 96 FIN 96 SWE 96		BUL 07 ROM 07	

11.2 Appendix B: 2009 EES Voter Survey – Master Questionnaire Template (Austria)

2009 EES VOTER SURVEY⁹²

MASTER QUESTIONNAIRE TEMPLATE (AUSTRIA)

**Q1. Was meinen Sie: Was ist derzeit das wichtigste Problem in Österreich?
[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]**

77 - [VERWEIGERT] WEITER MIT Q7
88 - [WN] WEITER MIT Q7

**Q2. Und was ist derzeit das zweitwichtigste Problem in Österreich?
[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]**

77 - [VERWEIGERT] WEITER MIT Q4
88 - [WN] WEITER MIT Q4
99 - [NICHT ZUTREFFEND]

**Q3. Und was ist derzeit das drittwichtigste Problem in Österreich?
[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]**

77 - [VERWEIGERT]
88 - [WN]
99 - [NICHT ZUTREFFEND]

**Q4. Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, [Antwort aus Frage Q1] zu lösen?
[OFFENE FRAGE MIT PRECODES]
[98 "SONSTIGES" = OFFENE ANTWORT, DIE WÖRTLICH AUFGENOMMEN WERDEN MUSS]
[NICHT VORLESEN]**

01 - SPÖ
02 - ÖVP
03 - FPÖ
04 - BZÖ
05 - GRÜNE
06 - Liste Hans Peter Martin
07 - Junge Liberale
08 - KPÖ
98 - andere Partei (bitte eintragen) -----

⁹² Alle Fragebögen sind unter folgender Adresse zu finden: http://www.piredeu.eu/public/Voters_Quests.asp - zuletzt aufgerufen am 15.04.2013

- 66 - [KEINE]
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q5. Und meinen Sie, dass man sich derzeit mit {Antwort Q1: } hauptsächlich in den Bundesländern, auf Bundesebene oder in Europa befasst?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - in den Bundesländern
- 2 - im Bund
- 3 - in Europa
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]
- 9 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q6. Und was meinen Sie: Wer wäre am geeignetsten: sollte man sich mit {Antwort Q1: } in den Bundesländern, auf Bundesebene oder in Europa befassen?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - in den Bundesländern
- 2 - im Bund
- 3 - in Europa
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]
- 9 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q7. An wie vielen Tagen einer Woche verfolgen Sie normalerweise die Nachrichten?

INTERVIEWER: BETRIFFT NACHRICHTEN IN FERNSEHEN, RADIO UND ZEITUNG

[OFFENE FRAGE MIT PRECODES]

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Q8. An wie vielen Tagen in der Woche sehen Sie sich normalerweise die folgenden Nachrichtensendungen an?

[OFFENE FRAGE MIT PRECODES]

	0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN
a. ZiB 19.30 (ORF1)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
b. Aktuell 19.20 (ATV)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Q9. Gibt es eine andere Nachrichtensendung, die Sie häufiger ansehen als die gerade genannten?

- 1 - ja
- 2 - nein **WEITER MIT Q12**
- 7 - [VERWEIGERT] **WEITER MIT Q12**
- 8 - [WN] **WEITER MIT Q12**

[Falls Q9: = Ja:]

Q10. Welche Sendung ist das?

[OFFENE FRAGE MIT PRECODES]

NICHT VORLESEN, BIS ZU FÜNF ANTWORTEN CODIEREN

- 01 - ORF1
- 02 - ORF2
- 03 - ATV plus
- 04 - ARD
- 05 - ZDF
- 06 - RTL
- 07 - Sat.1
- 08 - PRO7
- 09 - RTLII
- 10 - KABEL 1
- 11 - Super RTL
- 12 - VOX
- 13 - 3sat
- 14 - MTV
- 15 - VIVA
- 16 - Eurosport
- 17 - DSF
- 18 - Arte
- 19 - Gotv
- 20 - Premiere
- 21 - EuroNews
- 71 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 72 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 73 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 74 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 75 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

WENN Q10 NICHT MIT "77", "88" ODER "99" BEANTWORTET WURDE, FÜR ALLE GENANNTE SENDER ABFRAGEN

Q11A. Wie viele Tage pro Woche schauen Sie die Nachrichten auf [ANTWORT 1 IN Q10]

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11B. Wie viele Tage pro Woche schauen Sie die Nachrichten auf [ANTWORT 2 IN Q10]

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11C. Wie viele Tage pro Woche schauen Sie die Nachrichten auf [ANTWORT 3 IN Q10]

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11D. Wie viele Tage pro Woche schauen Sie die Nachrichten auf [ANTWORT 4 IN Q10]

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11E. Wie viele Tage pro Woche schauen Sie die Nachrichten auf [ANTWORT 5 IN Q10]

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

AN ALLE

Q12. An wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie normalerweise die folgenden Tageszeitungen? [OFFENE FRAGE MIT PRECODES]

	0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN
a. Neue Kronen Zeitung	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
b. Der Standard	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
c. Die Presse	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

**Q13. Gibt es eine andere Tageszeitung, die Sie häufiger lesen als die gerade genannten?
[NICHT VORLESEN]**

1 - ja

2 - nein

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

WEITER MIT Q16

WEITER MIT Q16

WEITER MIT Q16

[Falls Q13: = Ja:]

Q14. Welche Zeitung ist das?

[OFFENE FRAGE MIT PRECODES]

[NICHT VORLESEN, BIS ZU FÜNF ANTWORTEN CODIEREN]

01 - Kurier

02 - Wirtschaftsblatt

03 - Kleine Zeitung

04 - KTZ- Neue Kärntner Tageszeitung

05 - Neues Volksblatt

06 - OÖN-OÖ Nachrichten

07 - SN - Salzburger Nachrichten

08 - TT - Tiroler Tageszeitung

09 - Neue Vbg. Tageszeitung

10 - VN - Vorarlberger Nachrichten

11 - WZ - Wiener Zeitung

71 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____

72 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____

73 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____

74 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____

75 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____

77 - [VERWEIGERT]

88 - [WN]

99 - [NICHT ZUTREFFEND]

WENN Q14 NICHT MIT "77", "88" ODER "99" BEANTWORTET WURDE,
FÜR ALLE GENANNTEN ZEITUNGEN ABFRAGEN

Q15A. Wie viele Tage pro Woche lesen Sie [ANTWORT 1 IN Q14]?

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15B. Wie viele Tage pro Woche lesen Sie [ANTWORT 2 IN Q14]?

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15C. Wie viele Tage pro Woche lesen Sie [ANTWORT 3 IN Q14]?

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15D. Wie viele Tage pro Woche lesen Sie [ANTWORT 4 IN Q14]?

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15E. Wie viele Tage pro Woche lesen Sie [ANTWORT 5 IN Q14]?

0	1 Tage	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	WN	NICHT ZUTREFFEND
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

AN ALLE

Q16-Q20. Ich lese Ihnen jetzt einige Tätigkeiten vor. Sagen Sie mir bitte, wie oft Sie das in den letzten vier Wochen vor der Europa-Wahl gemacht haben! Wie oft haben Sie:

[VORLESEN]

	oft	gelegentlich	nie	VERW	WN
Q16. etwas über die Wahl im Fernsehen gesehen?	1	2	3	7	8
Q17. einen Bericht über die Wahl in der Zeitung gelesen?	1	2	3	7	8
Q18. über die Wahl mit Freunden oder der Familie gesprochen?	1	2	3	7	8
Q19. eine Wahlveranstaltung besucht?	1	2	3	7	8
Q20. im Internet eine Webseite über die Wahl angesehen?	1	2	3	7	8

Q21. Wurden Sie während des Wahlkampfs von einem Kandidaten oder einer Partei auf die folgende Art und Weise angesprochen?

[VON 'A' BIS 'H' VORLESEN]

	Angesprochen/Kontaktiert	Nicht angesprochen/Nicht kontaktiert	VERW	WN
a. per e-mail	1	2	7	8
b. über eine Internet-Plattform wie myspace oder facebook	1	2	7	8
c. über das Telefon	1	2	7	8
d. persönliches Anschreiben	1	2	7	8
e. Broschüre per Post	1	2	7	8
f. persönlich an der Haustür	1	2	7	8
g. persönlich auf der Straße	1	2	7	8
h. persönlich auf Versammlungen oder Veranstaltungen	1	2	7	8
i. nie kontaktiert	1	2	7	8

Q22. Es gibt Internetseiten, die Ihnen auf der Grundlage Ihrer eigenen Werte, Vorstellungen und politischen Präferenzen eine Empfehlung für die Europawahl geben können.

a. Haben Sie in den Wochen vor der Europawahl eine solche Seite besucht?

1 - ja

2 - nein

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

WEITER MIT Q23

WEITER MIT Q23

WEITER MIT Q23

[Wenn Q22: a=Ja]

b. Können Sie mir den Namen der Internetseite nennen?

NICHT VORLESEN, OFFENE ANTWORTEN WÖRTLICH AUFNEHMEN, NUR "EU-PROFILER" ALS '01' CODIEREN

01 - EU-PROFILER

02 - SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN: _____

03 - SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN: _____

04 - SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN: _____

05 - SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN: _____

06 - SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN: _____

77 - [VERWEIGERT]

88 - [WN]

99 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q23. Wenn Sie jetzt einmal an die Zeit unmittelbar vor der Europa-Wahl zurückdenken: Wie interessiert waren Sie da am Wahlkampf zur Europa-Wahl? Waren Sie sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder gar nicht interessiert?

[NICHT VORLESEN]

1 - sehr interessiert

2 - ziemlich interessiert

3 - wenig interessiert

4 - gar nicht interessiert

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

Q24. Am Sonntag, den 7. Juni, fand die Europa-Wahl statt. Aus dem einen oder anderen Grund sind viele Menschen in Österreich nicht zur Wahl gegangen. Sind Sie selbst zur Wahl gegangen bzw. haben Sie per Brief gewählt?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - Ja bzw. per Brief gewählt
- 2 - Nein, habe nicht gewählt **WEITER MIT Q26**
- 7 - [VERWEIGERT] **WEITER MIT Q26**
- 8 - [WN] **WEITER MIT Q26**

[Falls Q24: = JA]

Q25. Welche Partei haben Sie bei dieser Europa-Wahl gewählt?

[OFFENE FRAGE, NICHT VORLESEN, NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

INTERVIEWER: Wenn der Befragte für eine Liste/einen Zusammenschluss (von zwei oder mehr Parteien) gestimmt hat und die Parteien dieser Liste getrennt in den Antwortvorgaben aufgeführt sind, fragen Sie, ob der Befragte eine dieser Parteien besonders bevorzugt. Wenn ja, dann codieren Sie diese Partei und nicht die Liste.

- 01 - SPÖ
- 02 - ÖVP
- 03 - FPÖ
- 04 - BZÖ
- 05 - GRÜNE
- 06 - Liste Hans Peter Martin
- 07 - Junge Liberale
- 08 - KPÖ
- 20 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 94 - [habe einen leeren Stimmzettel abgegeben]
- 95 - [habe ungültig gewählt]
- 96 - [habe nicht gewählt]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

[Falls Q24: = Nein]

Q26. Wenn Sie in den Europawahlen gewählt hätten, für welche Partei hätten Sie dann gestimmt?

[OFFENE FRAGE, NICHT VORLESEN, NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

INTERVIEWER: Wenn der Befragte für eine Liste/einen Zusammenschluss (von zwei oder mehr Parteien) gestimmt hat und die Parteien dieser Liste getrennt in den Antwortvorgaben aufgeführt sind, fragen Sie, ob der Befragte eine dieser Parteien besonders bevorzugt. Wenn ja, dann codieren Sie diese Partei und nicht die Liste.

- 01 - SPÖ
- 02 - ÖVP
- 03 - FPÖ
- 04 - BZÖ
- 05 - GRÜNE

- 06 - Liste Hans Peter Martin
- 07 - Junge Liberale
- 08 - KPÖ
- 20 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 94 - [hätte einen leeren Stimmzettel abgegeben]
- 95 - [hätte ungültig gewählt]
- 96 - [hätte nicht gewählt]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q27. Und welche Partei haben Sie bei der letzten Nationalratswahl 2008 gewählt?

[OFFENE FRAGE, NICHT VORLESEN, NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

INTERVIEWER: Wenn der Befragte für eine Liste/einen Zusammenschluss (von zwei oder mehr Parteien) gestimmt hat und die Parteien dieser Liste getrennt in den Antwortvorgaben aufgeführt sind, fragen Sie, ob der Befragte eine dieser Parteien besonders bevorzugt. Wenn ja, dann codieren Sie diese Partei und nicht die Liste.

- 01 - SPÖ
- 02 - ÖVP
- 03 - FPÖ
- 04 - BZÖ
- 05 - GRÜNE
- 06 - Liste Hans Peter Martin
- 07 - Junge Liberale
- 08 - KPÖ
- 20 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 93 - [War nicht wahlberechtigt/nicht alt genug]
- 94 - [habe einen leeren Stimmzettel abgegeben]
- 95 - [habe ungültig gewählt]
- 96 - [habe nicht gewählt]

Q28. Und welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahlen wären?

[OFFENE FRAGE, NICHT VORLESEN, NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

INTERVIEWER: Wenn der Befragte für eine Liste/einen Zusammenschluss (von zwei oder mehr Parteien) gestimmt hat und die Parteien dieser Liste getrennt in den Antwortvorgaben aufgeführt sind, fragen Sie, ob der Befragte eine dieser Parteien besonders bevorzugt. Wenn ja, dann codieren Sie diese Partei und nicht die Liste.

- 01 - SPÖ
- 02 - ÖVP
- 03 - FPÖ
- 04 - BZÖ

- 05 - GRÜNE
- 06 - Liste Hans Peter Martin
- 07 - Junge Liberale
- 08 - KPÖ
- 20 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 94 - [würde einen leeren Stimmzettel abgeben]
- 95 - [würde ungültig wählen]
- 96 - [würde nicht wählen]

AN ALLE

Q29-Q38. Ich stelle Ihnen nun einige Fragen zum Ausmaß der Zuständigkeiten von Bundesregierung und Europäischer Union in verschiedenen Bereichen. Natürlich können Sie auch angeben, dass keine von beiden zuständig ist.

Denken Sie zunächst an die Wirtschaft: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für die wirtschaftlichen Bedingungen in Österreich? Bitte geben Sie Ihre Einschätzung auf einer Skala von 0 bis 10 an, wobei 0 für "keine Zuständigkeit" und 10 für "volle Zuständigkeit" steht.

[VORLESEN]

	0 Keine Zuständigkeit	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 volle Zuständigkeit	VERW	WN
Q29. Denken Sie zunächst an die Wirtschaft: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für die wirtschaftlichen Bedingungen in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q30. Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftslage in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q31. Denken Sie nun an das Gesundheitswesen: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für die Qualität des Gesundheitswesens in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q32. Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für die Qualität des Gesundheitswesens in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q33. Weiter mit der Einwanderung: Wie steht es mit der	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88

Zuständigkeit der Bundesregierung für das Ausmaß der Einwanderung nach Österreich?																		
Q34. Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für das Ausmaß der Einwanderung nach Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88					
Q35. Denken Sie nun an die Zinssätze: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für die Festlegung der Zinssätze in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88					
Q36. Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für die Festlegung der Zinssätze in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88					
Q37. Kommen wir schließlich zum Klimawandel: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für Fragen des Klimawandels in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88					
Q38. Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für Fragen des Klimawandels in Österreich?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88					

Q39. Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Österreich. Jede davon würde gerne Ihre Stimme bekommen. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Parteien, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen werden. Drücken Sie bitte Ihre Einstellung anhand einer Skala aus. 0 bedeutet "sehr unwahrscheinlich", 10 bedeutet "sehr wahrscheinlich". Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Einstellung abtufen.

INTERVIEWER: ROTIEREN - BEGINNEN SIE DIE ROTATION ENTSPRECHEND DER ROTATIONSLISTE, MARKIEREN SIE DEN STARTPUNKT MIT EINEM "R", LESEN SIE DIE ITEMS VOM STARTPUNKT AUS DER REIHE NACH VOR - ALLE ITEMS VORLESEN

Wenn Sie an (Partei x) denken: Welcher Wert von 0 bis 10 beschreibt am besten, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie jemals (Partei x) wählen?

Frage wird für alle Parteien aus der Liste wiederholt

Und (Partei y): Welcher Wert von 0 bis 10 beschreibt am besten, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie jemals (Partei y) wählen?

Wenn der Befragte eine Partei nicht kennt, codieren Sie 88 "kennt die Partei nicht"; wenn der Befragte die Partei nicht einordnen kann, codieren Sie bitte 89 "kann die Partei nicht einordnen"

		0 sehr unwahrscheinlich	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 sehr wahrscheinlich	VER W	Kennt die Partei nicht	Kann die Partei nicht einordnen
a.	SPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b.	ÖVP	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c.	FPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d.	BZÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e.	GRÜNE	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
f.	Liste Hans Peter Martin	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
g.	Junge Liberal e	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
h.	KPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

**Q40-Q45: Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder sie ablehnen.
 “Das Europäische Parlament berücksichtigt die Belange der europäischen Bürger.”**

Stimmen Sie voll und ganz zu, stimmen Sie zu, stimmen Sie weder zu noch nicht zu, stimmen Sie nicht zu, oder stimmen Sie überhaupt nicht zu?

[VORLESEN]

	Stimme voll und ganz zu	Stimme zu	Stimme weder zu noch nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	VERW	WN
Q40. “Das Europäische Parlament berücksichtigt die Belange der europäischen Bürger.”	1	2	3	4	5	7	8
Q41. “Sie vertrauen den Institutionen der Europäischen Union.”	1	2	3	4	5	7	8
Q42. Für Sie ist es sehr wichtig, welche Kandidaten in den Europawahlen erfolgreich sind und ins Europäische Parlament einziehen.	1	2	3	4	5	7	8
Q43. Für Sie ist es sehr wichtig, welche Partei die meisten Mandate in den Europawahlen erzielt hat.	1	2	3	4	5	7	8
Q44. Der Nationalrat berücksichtigt die Belange der österreichischen Bürger	1	2	3	4	5	7	8
Q45. Für Sie ist es sehr wichtig, welche Partei die meisten Mandate in den letzten Nationalratswahlen erzielt hat.	1	2	3	4	5	7	8

Q46: In der Politik spricht man von links und rechts. Wie ist das bei Ihnen? Bitte geben Sie Ihren persönlichen Standpunkt auf einer Skala von 0 bis 10 an. 0 bedeutet “links” und 10 bedeutet “rechts”. Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen. Welche Zahl gibt am besten ihren Standpunkt wider?

0 links	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 rechts	VERW 77	WN 88
---------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----------	------------	----------

--	--

Q47. Und wo auf dieser gleichen Skala würden Sie die folgenden Parteien einordnen?

INTERVIEWER: ROTIEREN - BEGINNEN SIE DIE ROTATION
ENTSPRECHEND DER ROTATIONSLISTE, MARKIEREN SIE DEN
STARTPUNKT MIT EINEM "R", LESEN SIE DIE ITEMS VOM STARTPUNKT
AUS DER REIHE NACH VOR - ALLE ITEMS VORLESEN

Welche Zahl von 0 bis 10 gibt am besten den Standpunkt von {Partei X} wieder? Denken Sie daran: 0 bedeutet "links" und 10 bedeutet "rechts".

Frage wird für alle Parteien aus der Liste wiederholt

Und (Partei Y)?

Wenn der Befragte eine Partei nicht kennt, codieren Sie 88 "kennt die Partei nicht"; wenn der Befragte die Partei nicht einordnen kann, codieren Sie bitte 89 "kann die Partei nicht einordnen"

		0 links	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 rechts	VERW	Kennt die Partei nicht	Kann die Partei nicht einordnen
a.	SPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b.	ÖVP	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c.	FPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d.	BZÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e.	GRÜNE	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
f.	Liste Hans Peter Martin	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
g.	Junge Liberale	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
h.	KPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Q48. Was würden Sie sagen: Ist die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich im Vergleich zu vor 12 Monaten heute

[VORLESEN]

- 1 - wesentlich besser
- 2 - etwas besser
- 3 - genauso
- 4 - etwas schlechter oder
- 5 - wesentlich schlechter
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q49. Und wie wird Ihrer Meinung nach die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich in 12 Monaten sein? Wird sie...

[VORLESEN]

- 1 - wesentlich besser
- 2 - etwas besser
- 3 - genauso
- 4 - etwas schlechter oder
- 5 - wesentlich schlechter sein

7 - [VERWEIGERT]

8. - [WN]

Q50. Und hat sich Ihrer Meinung nach die Qualität des Gesundheitswesens in Österreich während der letzten 12 Monate wesentlich verbessert, etwas verbessert, nicht verändert, etwas verschlechtert oder wesentlich verschlechtert?

[NICHT VORLESEN]

1 - wesentlich verbessert

2 - etwas verbessert

3 - nicht verändert

4 - etwas verschlechtert

5 - wesentlich verschlechtert

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

Q51. Und hat Ihrer Meinung nach die Einwanderung nach Österreich während der letzten 12 Monate wesentlich zugenommen, etwas zugenommen, sich nicht verändert, etwas abgenommen oder wesentlich abgenommen?

[NICHT VORLESEN]

1 - wesentlich zugenommen

2 - etwas zugenommen

3 - sich nicht verändert

WEITER MIT Q53

4 - etwas abgenommen

5 - wesentlich abgenommen

7 - [VERWEIGERT]

WEITER MIT Q53

8 - [WN]

WEITER MIT Q53

[WENN Q51 NICHT '3', '7' ODER '8']

Q52. Ist das Ihrer Meinung nach eine gute oder eine schlechte Entwicklung?

[NICHT VORLESEN]

1 - gut

2 - schlecht

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

Q53. Und haben sich Ihrer Meinung nach die Zinssätze in Österreich während der letzten 12 Monate wesentlich erhöht, etwas erhöht, nicht verändert, etwas verringert oder wesentlich verringert?

[NICHT VORLESEN]

1 - wesentlich erhöht

2 - etwas erhöht

3 - nicht verändert

WEITER MIT Q55

4 - etwas verringert

5 - wesentlich verringert

7 - [VERWEIGERT]

WEITER MIT Q55

8 - [WN]

WEITER MIT Q55

[WENN Q53 NICHT '3', '7' ODER '8']

Q54. Ist das Ihrer Meinung nach eine gute oder eine schlechte Entwicklung?

[NICHT VORLESEN]

1 - gut

- 2 - schlecht
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q55. Und hat sich Ihrer Meinung nach das Problem des Klimawandels in Österreich während der letzten 12 Monate wesentlich verschlimmert, etwas verschlimmert, nicht verändert, etwas verbessert oder wesentlich verbessert?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - wesentlich verschlimmert
- 2 - etwas verschlimmert
- 3 - nicht verändert
- 4 - etwas verbessert
- 5 - wesentlich verbessert
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q56-Q67. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Aussagen, inwiefern Sie der Aussage zustimmen oder nicht zustimmen. Stimmen Sie voll und ganz zu, stimmen Sie zu, stimmen Sie weder zu noch nicht zu, stimmen Sie nicht zu, oder stimmen Sie überhaupt nicht zu?

INTERVIEWER: ROTIEREN – BEGINNEN SIE DIE ROTATION ENTSPRECHEND DER ROTATIONSLISTE, MARKIEREN SIE DEN STARTPUNKT MIT EINEM "R", LESEN SIE DIE ITEMS VOM STARTPUNKT AUS DER REIHE NACH VOR– ALLE ITEMS VORLESEN

		Stimme voll und ganz zu	Stimme zu	Stimme weder zu noch nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	VERW	WN
Q56. Einwanderinnen und Einwanderer sollen verpflichtet werden, sich der österreichischen Kultur anzupassen		1	2	3	4	5	7	8
Q57. Privatwirtschaft ist das beste Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Österreichs.		1	2	3	4	5	7	8
Q58. Gleichgeschlechtliche Ehen sollten gesetzlich verboten werden.		1	2	3	4	5	7	8
Q59. Bedeutende Dienstleistungs- und Industriebetriebe sollten sich in Staatseigentum befinden..		1	2	3	4	5	7	8
Q60. Frauen sollten frei über Fragen des Schwangerschaftsabbruchs entscheiden können.		1	2	3	4	5	7	8

Q61. Die Politik sollte nicht in die Wirtschaft eingreifen.	1	2	3	4	5	7	8
Q62. Menschen die das Gesetz brechen, sollten viel härter bestraft werden, als sie heute bestraft werden.	1	2	3	4	5	7	8
Q63. Einkommen und Vermögen sollten zugunsten normaler Leute umverteilt werden.	1	2	3	4	5	7	8
Q64. Die Schule muss Kindern Gehorsam und Disziplin beibringen.	1	2	3	4	5	7	8
Q65. Änderungen der Verträge der Europäischen Union sollten einer Volksabstimmung unterworfen werden.	1	2	3	4	5	7	8
Q66. Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten ihrer Familie zu reduzieren.	1	2	3	4	5	7	8
Q67. Die Einwanderung nach Österreich sollte deutlich verringert werden.	1	2	3	4	5	7	8

Q68-Q72. Nun möchte ich Sie um Ihre Meinung zu dem Einfluss bitten, den die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union während der letzten 12 Monate in verschiedenen Bereichen gehabt hat.

[VORLESEN]

	positiver Einfluss	negativer Einfluss	kein Einfluss	VERW	WN
Q68. Würden Sie sagen, dass die Politik der Bundesregierung auf die wirtschaftlichen Bedingungen in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q69. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Bundesregierung auf die Qualität des Gesundheitswesens in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q70. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Bundesregierung auf das Ausmaß der Einwanderung nach Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q71. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Bundesregierung auf die Höhe der Zinssätze in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q72. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Bundesregierung auf den Klimawandel in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8

Q73-Q77. Und nun zur Europäischen Union. Würden Sie sagen, dass die Politik der Europäischen Union einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte auf:
[VORLESEN]

	positiver Einfluss	negativer Einfluss	kein Einfluss	VERW	WN
Q73. die Wirtschaftslage in Österreich?	1	2	3	7	8
Q74. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Europäischen Union auf die Qualität des Gesundheitswesens in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q75. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Europäischen Union auf das Ausmaß der Einwanderung nach Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q76. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Europäischen Union auf die Höhe der Zinssätze in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8
Q77. Und würden Sie sagen, dass die Politik der Europäischen Union auf den Klimawandel in Österreich einen positiven Einfluss, einen negativen Einfluss oder keinen Einfluss hatte?	1	2	3	7	8

Q78. Wie stark sind Sie an Politik interessiert? Sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder gar nicht interessiert?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - sehr interessiert
- 2 - ziemlich interessiert
- 3 - wenig interessiert
- 4 - gar nicht interessiert
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q79. Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - eine gute Sache
- 2 - eine schlechte Sache
- 3 - weder gut noch schlecht
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q80. Man hört manchmal, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Andere sagen, dass sie schon zu weit gegangen ist. Was ist Ihre Meinung? Bitte geben sie Ihre Ansicht auf einer Skala von 0 bis 10 an. 0 bedeutet dabei, die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen, und 10, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Welche Zahl von 0 bis 10 gibt am besten Ihre Meinung an?

die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden	VERW	WN
00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	77	88

Q81. Und wie ungefähr würden sie die Ansichten der folgenden Parteien zur europäischen Einigung einstufen?

INTERVIEWER: ROTIEREN – BEGINNEN SIE DIE ROTATION ENTSPRECHEND DER ROTATIONSLISTE, MARKIEREN SIE DEN STARTPUNKT MIT EINEM “R”, LESEN SIE DIE ITEMS VOM STARTPUNKT AUS DER REIHE NACH VOR– ALLE ITEMS VORLESEN

Nutzen Sie bitte wieder dieselbe Skala. 0 bedeutet, dass nach Ansicht dieser Partei die europäische Einigung schon zu weit gegangen ist, und 10, dass nach Ansicht dieser Partei die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden sollte. Wie würden Sie {Partei X} einstufen?

Frage wird für alle Parteien aus der Liste wiederholt

Und (Partei Y)?

Wenn der Befragte eine Partei nicht kennt, codieren Sie 88 “kennt die Partei nicht”; wenn der Befragte die Partei nicht einordnen kann, codieren Sie bitte 89 “kann die Partei nicht einordnen”

	0 die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden	VERW	Kennt die Partei nicht	Kann die Partei nicht einordnen
a. SPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. ÖVP	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. FPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d. BZÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. GRÜNE	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
f. Liste Hans Peter Martin	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
g. Junge Liberale	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
h. KPÖ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Q82. Sehen Sie sich...

[VORLESEN]

1 - nur als Österreicher(in)

2 - als Österreicher(in) und als Europäer(in)

- 3 - als Europäer(in) und als Österreicher(in)
- 4 - nur als Europäer(in)
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q83. Wäre allgemein gesehen die Erweiterung der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - eine gute Sache
- 2 - eine schlechte Sache
- 3 - weder gut noch schlecht
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q84. Wie beurteilen Sie alles in allem die Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert? Sind Sie

[VORLESEN]

- 1 - sehr zufrieden
- 2 - ziemlich zufrieden
- 3 - nicht sehr zufrieden oder
- 4 - überhaupt nicht zufrieden
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q85. Und alles in allem gesehen, sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

[VORLESEN]

- 1 - sehr zufrieden
- 2 - ziemlich zufrieden
- 3 - nicht sehr zufrieden oder
- 4 - überhaupt nicht zufrieden
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q86. Zurück zu Österreich. Sind Sie mit den bisherigen Leistungen der Bundesregierung zufrieden oder unzufrieden?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - zufrieden
- 2 - unzufrieden
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q87. Gibt es eine politische Partei, der Sie nahe stehen? Wenn ja: Welcher?

[OFFENE FRAGE, NICHT VORLESEN, NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

INTERVIEWER: Wenn der Befragte für eine Liste/einen Zusammenschluss (von zwei oder mehr Parteien) gestimmt hat und die Parteien dieser Liste getrennt in den Antwortvorgaben aufgeführt sind, fragen Sie, ob der Befragte eine dieser Parteien besonders bevorzugt. Wenn ja, dann codieren Sie diese Partei und nicht die Liste.

- 00 - Nein, stehe keiner Partei nahe **Weiter bei Q89:**
01 - SPÖ
02 - ÖVP
03 - FPÖ
04 - BZÖ
05 - GRÜNE
06 - Liste Hans Peter Martin
07 - Junge Liberale
08 - KPÖ
20 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
77 - [VERWEIGERT] **Weiter bei Q89:**
88 - [WN] **Weiter bei Q89:**

Q88. Fühlen Sie sich dieser Partei sehr verbunden, ziemlich verbunden oder sind Sie nur Sympathisant?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - sehr verbunden
2 - ziemlich verbunden
3 - nur Sympathisant
7 - [VERWEIGERT]
8 - [WN]
9 - [NICHT ZUTREFFEND]

[Wenn der Befragte einer Partei nicht nahesteht (Q87 = 0 oder Q87 = WN oder verweigert)]

Q89. Gibt es eine politische Partei, der Sie etwas näher stehen als den anderen?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - ja
- 2 - nein **WEITER MIT Q91**
- 7 - [VERWEIGERT] **WEITER MIT Q91**
- 8 - [WN] **WEITER MIT Q91**
- 9 - [NICHT ZUTREFFEND] **WEITER MIT Q91**

[Falls Q89: = Ja]

Q90. Welche Partei ist das?

[OFFENE FRAGE, NICHT VORLESEN, NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

INTERVIEWER: Wenn der Befragte für eine Liste/einen Zusammenschluss (von zwei oder mehr Parteien) gestimmt hat und die Parteien dieser Liste getrennt in den Antwortvorgaben aufgeführt sind, fragen Sie, ob der Befragte eine dieser Parteien besonders bevorzugt. Wenn ja, dann codieren Sie diese Partei und nicht die Liste.

- 01 - SPÖ
- 02 - ÖVP
- 03 - FPÖ
- 04 - BZÖ
- 05 - GRÜNE
- 06 - Liste Hans Peter Martin
- 07 - Junge Liberale
- 08 - KPÖ
- 20 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q91. Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass Entscheidungen, die von der Europäischen Union getroffen werden, im Interesse Österreichs sein werden?

[VORLESEN]

- 1 - sehr großes Vertrauen
- 2 - ziemlich großes Vertrauen
- 3 - Kein großes Vertrauen oder
- 4 - überhaupt kein Vertrauen
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q92-Q98. Nun werde ich Ihnen einige Aussagen zur Europäischen Union und zu Österreich vorlesen. Könnten Sie mir bitte jeweils sagen, ob die Aussage Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist? Wenn Sie die Antwort nicht wissen, sagen Sie das einfach und wir gehen zur nächsten Aussage über.

INTERVIEWER: ROTIEREN – BEGINNEN SIE DIE ROTATION ENTSPRECHEND DER ROTATIONSLISTE, MARKIEREN SIE DEN STARTPUNKT MIT EINEM "R", LESEN SIE DIE ITEMS VOM STARTPUNKT AUS DER REIHE NACH VOR– ALLE ITEMS VORLESEN

	richtig	falsch	VERW	WN
Q92. Die Schweiz ist Mitglied der Europäischen Union.	1	2	7	8
Q93. Die EU besteht derzeit aus 25 Mitgliedsländern.	1	2	7	8
Q94. Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union wählt dieselbe Anzahl von Abgeordneten des Europäischen Parlaments.	1	2	7	8
Q95. Alle sechs Monate übernimmt ein anderes Mitgliedsland die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union.	1	2	7	8
Q96. Die österreichische Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur heißt Dr. Claudia Schmied.	1	2	7	8
Q97. Um bei Nationalratswahlen zu kandidieren, muß man mindestens 25 Jahre alt sein.	1	2	7	8
Q98. Der Nationalrat hat 275 Mitglieder.	1	2	7	8

Q99. Sind Sie selbst oder ist jemand anderes aus Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - Ja, ich
- 2 - Ja, jemand anderes
- 3 - Ja, ich und jemand anderes
- 4 - nein
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q100. Wie alt waren Sie, als Sie Ihre Schul- bzw. Universitätsausbildung abgeschlossen haben?

[OFFEN]

(Alter in Jahren, 2stellig)

- 98 - noch in der Ausbildung
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]

Q101. Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluss haben Sie?

INTERVIEWER: "Abschluss" bedeutet mit Abschluss/ Zeugnis/ Diplom/ Zertifikat]

[OFFENE FRAGE MIT PRECODES] [NUR EINE ANTWORT IST MÖGLICH]

INT: Lassen Sie sich vom Befragten bestätigen, dass dies der richtige Code ist

- 01 - Noch Schüler/in (ohne ersten allgemeinbildenden Schulabschluss) [A]
- 02 - Schule beendet ohne ersten allgemeinbildenden Abschluss [B]
- 03 - Hauptschulabschluss, Volksschulabschluss 8. Klasse (auch bei Besuch einer mittleren/höheren Schule ohne entsprechenden Abschluss) [C]
- 04 - Berufsbildende mittlere Schule (z.B. Handelsschule) oder Polytechnikum (9. Klasse) [D]
- 05 - Berufsschule und Lehre [E]
- 06 - AHS oder Berufsbildende Höhere Schule [F]
- 07 - Matura oder Hochschulreife im zweiten Bildungsweg [G]
- 08 - Gesundheits- und Krankenpflegeschule, Schulen für medizinisch-technischen Fachdienst [H]
- 09 - Berufsakademie oder Kolleg (mit Diplomabschluss) [I]
- 10 - Bachalaureat (Hochschule, Universität, Fachhochschule) [J]

- 11 - Magisterium/Diplom (Hochschule, Universität, Fachhochschule) [K]
- 12 - Promotion od. Habilitation (Hochschule, Universität, Fachhochschule) [L]
- 71 - [SONSTIGE, SPEZIFIZIEREN]: _____
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]

AN ALLE

Q102. Sind Sie...

[VORLESEN]

- 1 - männlich
- 2 - weiblich
- 7 - [VERWEIGERT]

Q103. In welchem Jahr wurden Sie geboren?

[OFFEN]

(Geburtsjahr erfassen (4stellig))

7777 - [VERWEIGERT]

Q104. Wurden Ihre Eltern beide in Österreich geboren?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - ja **Weiter bei Q108**
- 2 - nein
- 7 - [VERWEIGERT] **Weiter bei Q108**
- 8 - [WN] **Weiter bei Q108**

[Falls Q104: =2 Nein:]

[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]

Q105. In welchem Land wurde Ihre Mutter geboren? _____

- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

[Falls Q104: =2 Nein:]

[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]

Q106. In welchem Land wurde Ihr Vater geboren? _____

- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

[Falls Q104: =2 Nein:]

[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]

Q107. In welchem Land wurden Sie geboren? _____

- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

AN ALLE

Q108. Viele Menschen in diesem Land sehen sich als Österreicher, während andere dies nicht tun. Wie ist das mit Ihnen? Sehen Sie sich als Österreicher(in), betrachten Sie sich einer anderen Gruppe zugehörig, oder sehen Sie sich sowohl als Österreicher(in) und als Angehörige(r) einer anderen Gruppe?

[NICHT VORLESEN]

1 - Ich betrachte mich nur als Österreicher(in)

2 - Ich betrachte mich einer anderen Gruppe zugehörig, und zwar: [VERBATIM/OFFENE NENNUNG AUFNEHMEN]: _____

3 - Ich betrachte mich als Österreicher(in), aber auch als Zugehöriger einer anderen Gruppe, und zwar: [VERBATIM/OFFENE NENNUNG AUFNEHMEN]: _____

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

9 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q109. Was ist Ihr Familienstand?

[VORLESEN]

1 - Verheiratet

2 - mit einem/einer Partner/in zusammen lebend (nicht verheiratet)

3 - Verwitwet

4 - Geschieden

5 - Verheiratet, aber getrennt lebend

6 - Ledig

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

Q110. Was ist Ihre derzeitige Beschäftigung? Sind Sie:

[VORLESEN]

01 - selbständig

02 - angestellt

03 - in der Ausbildung **WEITER MIT Q112**

04 - Hausfrau/Hausmann **WEITER MIT Q112**

05 - im Wehr- oder Zivildienst **WEITER MIT Q112**

06 - Pensionist/in

07 - zur Zeit ohne Arbeit

08 - oder trifft etwas anderes auf Sie zu **WEITER MIT Q112**

77 - [VERWEIGERT] **WEITER MIT Q112**

88 - [WN] **WEITER MIT Q112**

Falls Q110: = selbständig, angestellt, nicht berufstätig oder in Pension

Q111. Arbeiten Sie (oder haben Sie gearbeitet)...

[VORLESEN]

01 - in der Landwirtschaft

02 - in der staatlichen Industrie

03 - in der Privatindustrie

- 04 - im öffentlichen Dienst
- 05 - im privaten Dienstleistungsbereich
- 06 - in einem anderen Bereich
- 66 - [HAT NIE GEARBEITET]
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q112.

WENN ANTWORT IN Q110= SELBSTÄNDIG, ANGESTELLT FRAGEN:
WENN ANTWORT AUF Q110= MILITÄRDIENT UND BEFRAGTER IST
BERUFSSOLDAT, FRAGEN:

Und in Ihrer derzeitigen Beschäftigung, was ist Ihre hauptsächliche Tätigkeit?

WENN ANTWORT AUF Q110= HAUSFRAU/-MANN, MILITÄRDIENT*, IN
RENTE ODER ZUR ZEIT OHNE ARBEIT (CODE 04, 05, 06 ODER 07)
FRAGEN:
*WENN ANTWORT AUF Q110= MILITÄRDIENT UND BEFRAGTER IST
WEHRDIENSTLEISTENDER, FRAGEN:

Bitte sagen Sie mir, was Ihre hauptsächliche Tätigkeit bei Ihrer letzten Beschäftigung war.

[OFFENE FRAGE, WORTLAUT AUFNEHMEN]

BITTE AUSFÜHRLICH BESCHREIBEN; ZWEI WÖRTER ODER MEHR; BITTE
KEINE ABKÜRZUNGEN Wenn der Befragte nur die Bezeichnung seiner
Arbeit nennt, fragen "Und was genau machen Sie bei dieser Arbeit?"

Q113.

Wenn Befragungsmethode TELEFONISCH ist: Interviewer codiert
basierend auf der Antwort in Q112; INT: Lassen Sie sich vom Befragten
bestätigen, dass dies der richtige Code ist

[OFFENE FRAGE MIT PRECODES] [NUR EINE ANTWORT IST MÖGLICH]

**Als Bestätigung, dass ich Ihre Antwort richtig verstanden habe, würden Sie sagen, Ihr
derzeitiger/letzter Beruf ist/war [NAME DES GENANNTEN CODES]?**

Wenn Befragungsmethode NICHT TELEFONISCH:

Bitte wählen Sie die Antwort aus, die Ihren derzeitigen Beruf am besten beschreibt.

INTERVIEWER: wenn in Rente/ zur Zeit ohne Arbeit/
Hausfrau/Hausmann/ Wehrdienst, fragen: "Bitte beschreiben Sie Ihre
letzte Beschäftigung"

[INT: Lassen Sie sich vom Befragten bestätigen, dass dies der richtige Code ist]

- 01 - Akademische und technische Berufe (wie: Arzt, Lehrer, Ingenieur, Künstler, Steuerberater)
- 02 - Höhere Verwaltungs- und Managementberufe (wie: Finanzmanager, Geschäftsführer, Regierungsdirektor, Gewerkschaftsführer)
- 03 - Büroberufe (wie: Sekretär, Büroangestellter, Büroleiter, Buchhalter)
- 04 - Vertriebsberufe (wie: Vertriebsmanager, Ladenbesitzer, Verkäufer, Versicherungsvertreter)
- 05 - Dienstleistungsberufe (wie: Restaurantbesitzer, Polizist, Kellner, Pflegepersonal, Friseur)
- 06 - Ausgebildete Arbeitskräfte in technischen und handwerklichen Berufen (wie: Werk- und Industriemeister, Kfz-Mechaniker, Drucker, Werkzeugmacher, Elektriker)
- 07 - Angelernte Arbeitskräfte in technischen und handwerklichen Berufen (wie: Maurer, Busfahrer, Zimmerer, Metallarbeiter, Bäcker)
- 08 - Ungelernte Arbeitskräfte in technischen und handwerklichen Berufen (wie: Hilfsarbeiter, Portier, ungelerner Fabrikarbeiter)
- 09 - Landarbeiter
- 10 - Landwirt
- 11 - In der Ausbildung
- 12 - Habe nie eine Beschäftigung ausgeübt
- 66 - [HAT NIE GEARBEITET]
- 77 - [VERWEIGERT]
- 88 - [WN]
- 99 - [NICHT ZUTREFFEND]

Q114. Wenn es um die soziale Schicht geht, wo würden Sie sich einordnen? Arbeiterschicht, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht oder Oberschicht?

[NICHT VORLESEN]

- 1 - Arbeiterschicht
- 2 - untere Mittelschicht
- 3 - Mittelschicht
- 4 - obere Mittelschicht
- 5 - Oberschicht
- 6 - [oder trifft etwas anderes auf Sie zu]
- 7 - [verweigert]
- 8 - [WN]

Q115. Würden Sie sagen, Sie leben in einer/einem

[VORLESEN]

- 1 - ländliche Gegend oder Dorf
- 2 - kleine oder mittelgroße Stadt
- 3 - Ballungsgebiet einer Großstadt
- 4 - Großstadt?
- 7 - [VERWEIGERT]
- 8 - [WN]

Q116. Wie lange leben Sie schon in Ihrer Gemeinde oder Ihrem Wohnort?

[OFFEN]

_____ Jahre

777 - [VERWEIGERT]

888 - [WN]

Q117. Gehören Sie einer Religionsgemeinschaft an? Wenn ja, welcher?

[OFFEN MIT PRECODES]

INTERVIEWER: Als 0 eintragen wenn keine Konfession

0 - Nein, ich gehöre keiner Religionsgemeinschaft an

Wenn ja, welcher?

1 - Römisch-Katholisch

2 - Evangelisch

3 - Russisch- oder griechisch-orthodox

4 - Jüdisch

5 - Muslim

6 - Hindu

7 - Buddhist

8 - etwas anderes, und zwar [VERBATIM/OFFENE NENNUNG AUFNEHMEN]: _____

77 - [VERWEIGERT]

88 - [WN]

Q118. Abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen, wie oft gehen Sie derzeit zum Gottesdienst?

[VORLESEN]

1 - Häufiger als einmal in der Woche

2 - Einmal in der Woche

3 - Mindestens einmal im Monat

4 - Ein paar Mal im Jahr

5 - Seltener,

6 - nie

7 - [VERWEIGERT]

8 - [WN]

Q119. Unabhängig davon, ob Sie sich einer bestimmten Religion zugehörig fühlen, für wie religiös würden Sie sich selber halten?

Auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 "überhaupt nicht religiös" und 10 "sehr religiös" bedeutet, wo würden Sie sich einordnen?

0 überhaupt nicht religiös	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 sehr religiös	VERW	WN
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88

Q120. Alles in allem genommen: welchem Niveau entspricht der Lebensstandard Ihrer Familie?

Bitte antworten Sie anhand einer Skala von 1 bis 7. 1 bedeutet "eine arme Familie", 7 bedeutet "eine reiche Familie". Mit den Werten dazwischen können Sie abstufen. Wie schätzen Sie Ihre Familie ein?

INTERVIEWER: Die Frage bezieht sich auf den eigenen Haushalt / die eigene Familie des Interviewpartners.
Für Singles bezieht sie sich nur auf den Lebensstandard der Person selbst.

1 arme Familie	2	3	4	5	6	7 reiche Familie	VERW	WN
1	2	3	4	5	6	7	77	88

11.3 Appendix C: Tabellarische Darstellung der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten sowie Ergebnisse der Validierung – Kapitel 5

Tabelle 22: Predicted probabilities L/R-Dimension⁹³

		AL	IN	AL, IN=0	AL, IN=1	PV*AL	PV*IN
Modell 1	0	0,4791	0,4997	0,5000	0,3861	-	-
	1	0,3148	0,3809	0,3996	0,2950	-	-
	2	-	-	-	-	-	-
	3	-	-	-	-	-	-
Modell 2	0	0,6249	0,6448	0,6450	0,5289	0,6243	0,6380
	1	0,4495	0,5232	0,5509	0,4243	0,4068	0,4870
	2	-	-	-	-	0,4931	0,5518
	3	-	-	-	-	0,5910	0,6155
Modell 3	0	0,7268	0,7428	0,7431	0,6421	0,7263	0,7377
	1	0,5567	0,6365	0,6408	0,5339	0,5072	0,6034
	2	-	-	-	-	0,6006	0,6612
	3	-	-	-	-	0,6951	0,7174

Tabelle 23: Predicted probabilities EU-Dimension

		AL	IN	AL, IN=0	AL, IN=1	PV*AL	PV*IN
Modell 1	0	0,4688	0,4998	0,5000	0,4185	-	-
	1	0,4177	0,4173	0,4851	0,4041	-	-
	2	-	-	-	-	-	-
	3	-	-	-	-	-	-
	4	-	-	-	-	-	-
Modell 2	0	0,6223	0,6521	0,6522	0,5714	0,6213	0,6402
	1	0,5694	0,5700	0,6360	0,5553	0,4911	0,4973
	2	-	-	-	-	0,5571	0,5565
	3	-	-	-	-	0,6267	0,6144
	4	-	-	-	-	0,6901	0,6691
Modell 3	0	0,7304	0,7553	0,7555	0,6846	0,7295	0,7459
	1	0,6807	0,6832	0,7376	0,6675	0,5944	0,6086
	2	-	-	-	-	0,6694	0,6676
	3	-	-	-	-	0,7324	0,7244
	4	-	-	-	-	0,7914	0,7720

⁹³ AL = Alienation, IN = Indifference, AL,IN=0 = predicted probabilities für Alienation wenn Indifference gleich 0, AL,IN=1 = predicted probabilities für Alienation wenn Indifference gleich 1, PV*AL = Interaktionsterm zwischen politischer Versiertheit und Alienation, PV*IN= Interaktionsterm zwischen politischer Versiertheit und Indifference

Tabelle 24: Modelle L/R-Dimension, ohne MLT, LUX, BEL

EQUATION	VARIABLES	(1) Basis	(2) Versiertheit	(3) Control	
Voted	Alienation (AL)	-0.38*** (0.136)	-0.47* (0.251)	-0.46* (0.269)	
	Indifference (IN)	-0.45*** (0.041)	-0.27*** (0.080)	-0.20** (0.086)	
	Politische Versiertheit (PV)		0.32*** (0.021)	0.30*** (0.022)	
	Interaktion IN-PV		-0.08* (0.044)	-0.10** (0.047)	
	Interaktion AL-PV		0.08 (0.146)	0.09 (0.155)	
	Regierungszufriedenheit			0.25*** (0.038)	
	Soziale Zugehörigkeit			0.16*** (0.018)	
	Sex			0.03 (0.036)	
	First			-0.74*** (0.067)	
	Observations		20,139	20,139	18,221
	Number of country		24	24	24
	Log-likelihood		-11140	-10998	-9765
	Prob > chi2		0.00	0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Tabelle 25: Modelle L/R-Dimension, ohne MLT, LUX, BEL

EQUATION	VARIABLES	(1) Basis	(2) Versiertheit	(3) Control	
Voted	Alienation (AL)	-0.03 (0.088)	-0.11 (0.172)	-0.12 (0.185)	
	Indifference (IN)	-0.33*** (0.037)	-0.22*** (0.076)	-0.22*** (0.081)	
	Politische Versiertheit (PV)		0.26*** (0.020)	0.24*** (0.022)	
	Interaktion IN-PV		-0.02 (0.030)	-0.02 (0.032)	
	Interaktion AL-PV		0.05 (0.073)	0.06 (0.078)	
	Regierungszufriedenheit			0.29*** (0.041)	
	Soziale Zugehörigkeit			0.17*** (0.019)	
	Sex			0.05 (0.038)	
	First			-0.68*** (0.071)	
	Observations		17,514	17,514	15,987
	Number of country		24	24	24
	Log-likelihood		-9684	-9546	-8535
	Prob > chi2		0.00	0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Tabelle 26: Predicted probabilities der RE-Modelle

		AL	IN	AL, IN=0	AL, IN=1	PV*AL	PV*IN
Modell 3 - L/R Dimension	0	0,7735	0,7876	0,7879	0,6973	0,7731	0,7831
	1	0,6171	0,6922	0,6959	0,5951	0,5690	0,6614
	2	-	-	-	-	0,6587	0,7148
	3	-	-	-	-	0,7455	0,7627
Modell 3 - EU Dimension	0	0,7723	0,7945	0,7947	0,7309	0,7715	0,7818
	1	0,7279	0,7296	0,7792	0,7158	0,6477	0,6604
	2	-	-	-	-	0,7176	0,7153
	3	-	-	-	-	0,7744	0,7669
	4	-	-	-	-	0,8263	0,8092

11.4 Appendix D: Tabellarische Darstellung der Regressionsmodelle und prognostizierten Wahrscheinlichkeiten – Kapitel 6

Tabelle 27: Regressionsmodelle EU-Dimension

EQUATION	VARIABLES	(2) Aktivität	(3) Control
Voted	Alienation (AL)	-0.15 (0.255)	-0.05 (0.276)
	Indifference (IN)	-0.17 (0.108)	-0.15 (0.114)
	Aktivität (AK)	0.45*** (0.021)	0.41*** (0.022)
	Interaktion IN-AK	-0.01 (0.031)	-0.01 (0.033)
	Interaktion AL-AK	0.05 (0.079)	0.02 (0.083)
	Regierungszufriedenheit		0.22*** (0.041)
	Soziale Zugehörigkeit		0.09*** (0.019)
	Sex		0.03 (0.037)
	First		-0.54*** (0.071)
		Observations	19,327
	Number of country	27	27
	Log-likelihood	-9456	-8503
	Prob > chi2	0.00	0.00

Standard errors in parentheses

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Note: The reported models are fixed effects logistic regression models.

Tabelle 28: Predicted probabilities L/R-Dimension

L/R		AL	IN	AL, IN=0	AL, IN=1	AK*AL	AK*IN
Modell 2 - L/R-Dimension	0	0,826859	0,837071	0,837171	0,773772	0,826895	0,837071
	1	0,717174	0,769824	0,803281	0,691599	0,501191	0,546616
	2	-	-	-	-	0,606083	0,650989
	3	-	-	-	-	0,701677	0,742152
	4	-	-	-	-	0,785580	0,815581
	5	-	-	-	-	0,851333	0,872293
	6	-	-	-	-	0,896981	0,912884
Modell 3 - L/R-Dimension	0	0,830858	0,839144	0,839261	0,786704	0,830858	0,839144
	1	0,733492	0,783194	0,799271	0,713698	0,565329	0,595278
	2	-	-	-	-	0,643713	0,685115
	3	-	-	-	-	0,720212	0,759371
	4	-	-	-	-	0,784869	0,822502
	5	-	-	-	-	0,835002	0,868757
	6	-	-	-	-	0,889730	0,903114

Tabelle 29: Predicted probabilities EU-Dimension

EU		AL	IN	AL, IN=0	AL, IN=1	AK*AL	AK*IN
Modell 2 - EU-Dimension	0	0,823196	0,838482	0,838563	0,795573	0,823196	0,838462
	1	0,793918	0,794701	0,831609	0,785242	0,547757	0,565335
	2	-	-	-	-	0,668072	0,671129
	3	-	-	-	-	0,767415	0,762115
	4	-	-	-	-	0,845285	0,833998
	5	-	-	-	-	0,900894	0,887266
	6	-	-	-	-	0,935618	0,925078
Modell 3 - EU-Dimension	0	0,845115	0,857614	0,857715	0,828180	0,845115	0,857614
	1	0,818143	0,820901	0,849046	0,810682	0,606233	0,617945
	2	-	-	-	-	0,711927	0,715207
	3	-	-	-	-	0,792635	0,793017
	4	-	-	-	-	0,858046	0,854044
	5	-	-	-	-	0,903738	0,898324
	6	-	-	-	-	0,934852	0,927643

11.5 Appendix E: Tabellarische Darstellung der prognostizierten Wahrscheinlichkeiten – Kapitel 7

Tabelle 30: Predicted Probabilities im mehrdimensionalen Raum

		Variation	Abstention
Modell 1	0	0,464755	0,510604
	1	0,470678	0,440585
	2	-	0,373071
	3	-	0,311013
	4	-	0,254115
Modell 2	0	0,602039	0,645041
	1	0,606892	0,577533
	2	-	0,502671
	3	-	0,433224
	4	-	0,380350

Tabelle 31: Predicted Probabilities des Interaktionsmodells

	Variation	Abstention	Interaktion
0	0,601842	0,641303	0,641303
1	0,607721	0,585499	0,479548
2	-	0,502643	0,506532
3	-	0,420445	0,593424
4	-	0,371947	0,586685
6	-	-	0,525591
8	-	-	0,63789
9	-	-	0,481488
12	-	-	0,615929
16	-	-	0,645048

Tabelle 32: Predicted Probabilities je nach politischer Versiertheit

		Versiertheit = 1		Versiertheit = 2		Versiertheit = 3		Versiertheit = 4	
		Variation	Abstention	Variation	Abstention	Variation	Abstention	Variation	Abstention
Modell 1	0	0,465365	0,520973	0,474646	0,503345	0,467981	0,504597	0,474411	0,525363
	1	0,489715	0,473176	0,470746	0,460127	0,463670	0,437680	0,515885	0,464070
	2	-	0,423119	-	0,417450	-	0,375381	-	0,403382
	3	-	0,378394	-	0,376585	-	0,315938	-	0,347384
	4	-	0,331880	-	0,336452	-	0,262030	-	0,298394
Modell 2	0	0,572325	0,626691	0,578538	0,608661	0,578398	0,614638	0,650272	0,691729
	1	0,602114	0,583163	0,578529	0,567323	0,575247	0,550416	0,682126	0,638144
	2	-	0,535956	-	0,518551	-	0,476159	-	0,583184
	3	-	0,509640	-	0,456835	-	0,400561	-	0,564098
	4	-	0,393995	-	0,442404	-	0,371110	-	0,426412

Tabelle 33: PP für Modelle 1+2 (ohne MLT, BEL, LUX)

		Variation	Abstention
Modell 1	0	0,465357	0,510856
	1	0,472440	0,440831
	2	-	0,373104
	3	-	0,311119
	4	-	0,254680
Modell 2	0	0,600344	0,644358
	1	0,607204	0,575312
	2	-	0,500129
	3	-	0,426993
	4	-	0,368255

Tabelle 34: PP für Modell 3 (ohne MLT, BEL, LUX)

	Variation	Abstention	Interaktion
0	0,600063	0,640506	0,640506
1	0,607608	0,583018	0,477195
2	-	0,499027	0,504685
3	-	0,411356	0,591285
4	-	0,346745	0,587183
6	-	-	0,523629
8	-	-	0,636909
9	-	-	0,478556
12	-	-	0,626225
16	-	-	0,641286

Tabelle 35: PP für Modell 2 (RE-Modell)

		Variation	Abstention
Modell 2	0	0,776096	0,806337
	1	0,779621	0,758017
	2	-	0,698465
	3	-	0,636620
	4	-	0,584462

11.6 Appendix F: Abstract Deutsch

Die Beteiligung an Wahlen und warum manche Personen nicht partizipieren ist ein elementarer Bestandteil von Konzepten der Demokratie- und der Wahlforschung. Nach Rational Choice Modellen von u.a. Downs (1957) lässt sich die Beteiligung an Wahlen anhand von themenbasierten Faktoren (Alienation und Indifference) erklären. Jedoch weisen diese Konzepte empirische Schwächen auf, da sie meist nur eine geringe oder gar keine Aussagekraft aufweisen. Diese Arbeit untersucht daher, unter welchen Bedingungen Policies die Entscheidung, ob an einer Wahl partizipiert wird oder nicht, beeinflussen. Die grundlegende Annahme dieser Arbeit ist, dass sich Akteurinnen „rational“ (im Sinne von Rational Choice) verhalten *können*, dies jedoch nur auf einen geringen Teil zutrifft.

Diese Arbeit verwendet – basierend auf Konzepten der politischen Psychologie – sogenannte „memory-based-processing-models“, die das individuelle Verhalten als Zusammenspiel von persönlichen Ressourcen (politische Versiertheit, politische- und informationsgewinnende Aktivitäten) die von Akteurin zu Akteurin variieren, der Motivation einer Akteurin, sowie der Schwierigkeit des Prozesses (Mehrdimensionalität des Policy-Space) sehen. In Bezug auf den Einfluss der politischen Versiertheit auf das individuelle Verhalten zeigt sich, dass mit zunehmender politischer Versiertheit der Einfluss von themenbasierter Wahlenthaltung auf die individuelle Wahlbeteiligung sinkt, da die politische Versiertheit einer Akteurin dazu führt, dass andere Faktoren – z.B. Interesse an Politik – das Verhalten einer Akteurin determinieren. Ebenso konnte gezeigt werden, dass die Frequenz des Auftretens von themenbasierter Wahlenthaltung dessen Einfluss determiniert. Nur Akteurinnen, bei denen dies häufig auftritt, gehen – wie seitens der Rational-Choice Modelle zu erwarten ist – in geringerem Ausmaße zur Wahl.

Diese Dissertation zeigt klar, dass diese geringe Relevanz von Policies dadurch erklärt werden kann, dass Rational-Choice Modelle ihren theoretischen Rahmen zu eng fassen. Neben der Inklusion von politischer Versiertheit und einem individuellen Policy-Space müssen sich zukünftige Arbeiten damit beschäftigen, unter welchen Bedingungen eine Akteurin eine Policy-Position bildet, die Position von anderen Akteurinnen erkennen und dies in weiterer Folge für den individuellen Entscheidungsfindungsprozess berücksichtigen kann.

11.7 Appendix G: Abstract English

Voter's participation in elections and why some people do not vote is a core component of democracy and electoral studies. Based on rational-choice models (i.e. Downs 1957), individual turnout behaviour could be explained by policy-based factors: Alienation and Indifference. However, both concepts lack empirical evidence. Most people who are alienated or indifferent tend to vote. Therefore this thesis examines under which conditions policies influence the decision whether to vote or not. The core argument of this thesis is as follows: People are able to behave "rationally" (in terms of rational-choice), but rarely do so.

Based upon theories from political psychology, this thesis uses „memory-based-processing-models“, which explain the individual behaviour as a function of resources (political sophistication, political- and informational activities), which vary from person to person according to their individual motivation and the complexity of the process (multidimensional policy-space). The results show that political sophistication controls the impact of policies on turnout behaviour. The higher the level of political sophistication, the lower the impact of policies on individual turnout since an increased sophistication leads to other factors (i.e. interest in politics), which determine individual behaviour more strongly. Moreover, the frequency of alienation and indifference determine their impact on the decision making process. Only persons who show a high degree of policy-based factors tend not to vote.

In conclusion, this thesis clearly shows that rational-choice uses a theoretical model that is too strict and results in the empirical lack of evidence for alienation and indifference. Further studies on individual turnout behaviour should include a personal policy-space and measures of political sophistication. Moreover, an examination of the conditions under which a person is able to build their own policy position or recognize the position of others, as well as how and under which circumstances this information could be used in the decision making process, would be essential.

11.8 Appendix H: Lebenslauf

Akademische Ausbildung

seit 03/2010	Doktoratsstudium Sozialwissenschaft – Universität Wien
10/2010 – 09/2013	Postgraduate Programm – Institut für Höhere Studien; „Multi-Level Politics in Europe“
02/2006 – 11/2010	Diplomstudium Politikwissenschaft – Universität Wien
10/2006 – 10/2009	Bakkalaureatsstudium Statistik – Universität Wien

Schulische Ausbildung

09/1999– 06/2004	HTL für Elektronik – HTL Wien Donaustadt; Abteilung: Technische Informatik
09/1995 – 08/1999	Hauptschule mit ökologischem Schwerpunkt – 2301 Groß- Enzersdorf
09/1991 – 08/1995	Volksschule – 2301 Groß-Enzersdorf

Berufliche Erfahrungen

seit 03/2010	Lektor – Universität Wien; Institut für Politikwissenschaft (Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung)
seit 05/2013	Freiberuflich beratend / wissenschaftlicher Mitarbeiter – u.a. für das Institut für Technikfolgenabschätzung (ÖAW) oder NEOS Lab – Das liberale Forum Enigma Institut für Markt- und Sozialforschung
02/2012 – 02/2014	TA, Instructor – ECPR Winter School in Methods & Techniques
04/2010 – 09/2010	Studienassistent – Institut für Höhere Studien
10/2008 – 06/2012	Lektor – Universität Wien; Institut für Politikwissenschaft, Department of Methods in the Social Sciences (u.a. Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung, Advanced Quantitative Methods, Electoral Forecasting)

Sprachkenntnisse Statistische Software

Deutsch und Englisch in Wort und Schrift
SPSS, R, STATA, SAS